

228/KOMM XXIV. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen (910/GO XXIV. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll der 32. Sitzung vom 22. Mai 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL
Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
32. Sitzung/ öffentlicher Teil
vom 22. Mai 2012
Gesamtdauer der Sitzung:
09.11 Uhr – 18.34 Uhr

Wien, 2012 05 22

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek

Schriftführer

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

32. Sitzung/ öffentlicher Teil

Dienstag, 22. Mai 2012

Gesamtdauer der 32. Sitzung
9.11 Uhr – 18.34 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(32. Sitzung; Dienstag, 22. Mai 2012)

Kommerzialrat Ernst Karl PLECH	3
Ing. Walter MEISCHBERGER	58
Mag. Karl-Heinz GRASSER	108

Beginn der Sitzung: 9.11 Uhr

Obfrau Dr. Gabriela Moser eröffnet die 32. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen, begrüßt alle Anwesenden – und ersucht darum, die **erste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

9.12

Auskunftsperson Kommerzialrat Ernst Karl Plech

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen zur Anhörung von **Kommerzialrat Ernst Karl Plech** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter wieder darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und –übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Kommerzialrat Plech, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre Pflicht zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung ist auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Inzwischen habe ich den Eindruck gewonnen, dass die Vertreter der Bildmedien ausreichend Zeit hatten, und ich ersuche diese, den Sitzungssaal zu verlassen.

Ihr vollständiger Name lautet: **Ernst Karl Plech**. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Sie sind der Verschwiegenheitspflicht entbunden, der Sie unterlagen, als Sie Mitglied einer Bewertungskommission waren.

Ich lese vorsichtshalber diesen Text noch einmal vor:

Unter Bezugnahme auf die Veräußerung der Bundeswohnbaugesellschaften und der Ladungen im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss zur Bekämpfung von Korruption werden Sie als seinerzeitiges Mitglied der diesbezüglichen Bewertungskommission zwecks Ablegung einer Aussage, unter anderem vorgesehen für 2. und 22. Mai 2012, in der diesbezüglichen Angelegenheit von der am 12. März 2002 vereinbarten Pflicht zur Verschwiegenheit bis auf Widerruf entbunden.

Nun darf ich zu Ihrer **Vertrauensperson** übergehen. Ihr vollständiger Name lautet **Mag. Dr. Andreas Nödl**. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Nödl als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen sein oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien oder vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Beweisaussage** als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafandrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Ergänzend weise ich noch darauf hin, dass die Auskunftsperson sich an Sie wenden muss, falls die Notwendigkeit besteht, Ihren Rat einzuholen. Es ist nicht gestattet, dass Sie sich von sich aus an die Auskunftsperson wenden und sozusagen ihr direkte Antworten in den Mund legen. – Das nur zur Ergänzung, weil das immer wieder auch der Fall war und die fragenden Abgeordneten dann entsprechend protestiert haben.

Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wir haben gestern dankenswerterweise die Entwürfe bekommen, die im Justizressort für die Beantwortung parlamentarischer Anfragen erstellt worden sind. Aus diesen Entwürfen ergeben sich zumindest aus meiner Sicht einige Punkte, die im Ausschuss diskutiert werden müssen.

Ich entnehme dem Entwurf zur Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der Abg. z. NR Mag. Becher, Kolleginnen und Kollegen betreffend das „Sachverständigengutachten zur Absiedlung des BGHS Wien, des HG Wien und des BG Innere Stadt Wien in den City Tower Vienna“ Folgendes – ich zitiere aus dem Entwurf –:

„Vorauszuschicken ist, dass über Angemessenheit des Mietzinses und der Betriebskosten zwei Gutachten in Auftrag gegeben wurden (KR Franz Schwarz und KR Alfons Metzger). In der Anfrage wird auf das von BMF Mag. Grasser erwähnte GA Bezug genommen. Nur das GA von KR Metzger wurde dem BMF übermittelt. Der Antwortentwurf bezieht sich daher nur auf das SV-GA“, also Sachverständigen-Gutachten, „von KR Metzger.“

Frau Vorsitzende! Wir haben das zweite Gutachten von Kommerzialrat Franz Schwarz nicht aufgefunden. Ich darf ersuchen, dass dieses Gutachten beigebracht wird, damit wir umfassend über diese Thematik diskutieren und auch entsprechende Fragen stellen können.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Dem wird nachgegangen, und es wird um die Herbeischaffung dann im entsprechenden Ministerium ersucht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich möchte eine zweite Herbeischaffung anregen.

Wie wir alle wissen, hat ja die Telekom beziehungsweise die ÖIAG die Wirtschaftstreuhandkanzlei **BDO** beauftragt, einen entsprechenden internen Kontroll- und Revisionsbericht zu erstatten. Wir haben das schon früher urgiert, dass wir da Rohentwürfe oder Ähnliches bekommen. Es wurde immer verweigert mit dem Hinweis darauf, dass aus aktienrechtlichen Bestimmungen dieser Bericht zunächst dem Aufsichtsrat vorgelegt werden soll. Nunmehr ist dem Vernehmen nach aus Medienkreisen durchgesickert, dass diese Aufsichtsratssitzung mit Vorlage des Berichtes morgen stattfinden soll.

Ich darf daher die Frau Vorsitzende ersuchen, direkt an den Herrn Generaldirektor Beyrer heranzutreten, allenfalls auch an die Frau Bundesministerin für Finanzen, dass dieser Bericht nach dieser Aufsichtsratssitzung, in der er der BDO vorgelegt wird, umgehend dem Parlament beziehungsweise dem Untersuchungsausschuss zugeleitet wird.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe das schon im Vorfeld in die Wege geleitet. Morgen ist ja Hauptversammlung. Aber Ihr Antrag unterstützt dieses Vorhaben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zwei kurze Bemerkungen:

Erstens: Kollege Maier, dieses Gutachten findet sich ganz versteckt in den Unterlagen. Wir haben es auch lange gesucht; jedenfalls: Es ist da. Ich wollte nur darauf hinweisen.

Das Zweite ist, dass wir diesen BDO-Untersuchungsbericht aus folgendem Grund ganz dringend brauchen: Laut Medienberichten, die ich nicht überprüfen kann, dürfte in diesem BDO-Bericht auch der Sachverhalt analysiert werden, dass Alcatel der Telekom wahrscheinlich im Zusammenhang mit TETRON überhöhte Preise verrechnet hat. Ganz am Anfang, als wir begonnen haben, das Beweisthema 3, also TETRON, Behördenfunk, zu strukturieren, haben wir darauf hingewiesen, dass wir untersuchen müssen, ob es nicht indirekte Parteienfinanzierung dadurch gegeben hat, dass Alcatel im Rahmen von TETRON überhöhte Preise an die Telekom verrechnet hat, als privates Unternehmen darüber nicht rechenschaftspflichtig war und über eine bekannte und große Interessenvertretung im Zuge von Spendenwäsche zumindest einer politischen Partei mehrere große Geldsummen zugeleitet hat.

Ich kann das jetzt nicht beurteilen, ohne dieses BDO-Gutachten vorliegen zu haben, weise nur darauf hin – mir ist es wichtig, dass das im Protokoll ist –, dass wir zum Beweisthema 3 unbedingt dieses BDO-Gutachten brauchen, um insbesondere den Vorstandsvorsitzenden von Alcatel dazu befragen zu können.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich möchte mich der Meinung anschließen, dass es unbedingt erforderlich ist, dass wir den BDO-Bericht erhalten. Ich halte es eigentlich für einigermaßen eigenartig, dass das morgen auf der Generalversammlung der Telekom präsentiert wird. Ich gehe davon aus, dass die Staatsanwaltschaft schon im Besitz des BDO-Berichts ist, und es wäre eigentlich eine gute Vorgangsweise gewesen, wenn uns die Staatsanwaltschaft diesen Bericht vorab übermittelt hätte.

Ich würde daher Sie, Frau Vorsitzende, ersuchen, dass Sie mit der Staatsanwaltschaft Kontakt aufnehmen und fragen, ob ihr der BDO-Bericht vorliegt, und wenn ja, dass er unverzüglich an uns weitergeleitet wird.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Selbstverständlich! Die Vorgangsweise ist insofern vonseiten der Telekom sehr eigenartig, als laut APA-Meldung nicht einmal die Aufsichtsräte den gesamten BDO-Bericht bekommen, sondern nur Auszüge. Aber wir

als Parlament, als Abgeordnete haben sicherlich mindestens so ein Anrecht auf den gesamten Bericht, und ich werde so vorgehen, wie Sie vorschlagen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nur ganz kurz: Wenn es irgendwelche Schwierigkeiten gibt, dann bitte auch die Frau Bundesministerin für Finanzen in die Pflicht zu nehmen, weil sie ja die Anteile der ÖIAG da vertritt. Ich glaube, sie könnte da schon auch entsprechend sanften Druck ausüben, dass das Parlament nicht missachtet wird.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur eine Anregung: Ich glaube, wir sind alle einer Meinung, wir wollen den BDO-Bericht so geschwind wie möglich hier im Ausschuss haben. Meine Bitte an den Vorsitz ist nur, das Justizministerium zu ersuchen, den BDO-Bericht auch zum Beweisthema 3 vorzulegen, damit wir uns alle Diskussionen ersparen, ob eine spätere Vorlage vereinbart worden ist, nämlich in Bezug auf Beweisthema 1.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dagegen spricht nichts. Ich bin auch der Meinung, dass man das zum Beweisthema 3 durchaus auch vorlegen kann. Ich möchte nur Ihre Ausführungen, Frau Vorsitzende, insofern ergänzen, als Sie gemeint haben, die Telekom müsse uns den Bericht übermitteln. Ich meine, es ist nicht so klar, ob uns die Telekom den Bericht übermitteln muss, und wie sie im Innenverhältnis damit umgeht, ist wiederum eine Angelegenheit der Telekom; aber wenn die Staatsanwaltschaft über den Gesamtbericht verfügt, dann sollten wir ein deutliches Signal setzen, denke ich, dass die Staatsanwaltschaft uns jedenfalls den **gesamten Bericht** zu übermitteln hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich werde alle Hebel in alle Richtungen in Bewegung setzen – mit Ihrer Unterstützung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Kommerzialrat Plech, möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, vor Eingang in die Befragung eine kurze Darstellung Ihrer Sicht der Dinge abzugeben?

(Die Auskunftsperson bejaht dies. – Die Obfrau erteilt Kommerzialrat Plech das Wort.)

Auskunftsperson Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bedanke mich für die Einladung zur heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses und möchte von der Möglichkeit einer kurzen Stellungnahme Gebrauch machen.

Bei meiner Befragung als Auskunftsperson Anfang Mai habe ich inhaltlich schon zu vielen Dingen Stellung bezogen, soweit dies möglich war, ohne dass meine Rechte beschnitten werden, denn wie Sie wissen, führe ich ja einige Prozesse: teils als Beschuldigter, aber teils auch als Kläger. Aus diesem Grund möchte ich Ihnen aus meiner Sicht einige zentrale Punkte mitteilen – in der Hoffnung, dass diese auch entsprechend gewürdigt werden.

Ich bin, wie schon beim ersten Einleitungsstatement gesagt, seit Jahrzehnten Geschäftsmann und habe immer korrekt und selbstverständlich entsprechend der Gesetze gehandelt. Etwas anderes hätte ich mir auch nicht erlauben können. Sämtliche Verdächtigungen meine Person betreffend, die nun bezüglich etwaiger Provisionszahlungen aufgetaucht sind, kann ich nur entschieden zurückweisen, weil ich mir nie etwas zuschulden kommen habe lassen.

Wirklich bedauerlich an diesen unwahren Verdächtigungen gegenüber meiner Person ist aber etwas anderes, und auch das möchte ich Ihnen heute in aller Klarheit darlegen. Seit über zwei Jahren lebt meine Familie in einer Ausnahmesituation, die – das sage ich ganz offen – teilweise auch an die emotionale und an die psychische Substanz geht.

Seit über zwei Jahren stehe ich – damit leider auch meine Familie – unter **Generalverdacht**. Die Medien, angeheizt von teils niederen politischen Motiven, fällen schon längst ein **Urteil**, ohne dass es je eine Gerichtsverhandlung gegeben hätte. Ausschließlich vordergründig belastendes Material wird an ebendiese Medien gespielt, und eine objektive Berichterstattung oder gar entlastende Aussagen – die es übrigens zahlreich gibt – werden verhindert beziehungsweise bewusst zurückgehalten. Das ist nicht korrekt!

Ich gebe Ihnen da gleich ein Beispiel des Abgeordneten Petzner – Protokoll vom 2. Mai 2012, Seite 8f. –, der mir unterstellt, das Konto „Karin“ sei mir wirtschaftlich zuzurechnen, als Treuhänder. – Meine Damen und Herren! Für Herrn Meischberger: ja; aber als Provisionsempfänger und Schmiergeldtransporteur: nein.

Noch etwas: „von langer Hand“, „ganz geschickt aufgezogen“, Herr Petzner, war hier überhaupt nichts, auch wenn Ihnen das politisch in den Kram passen würde. Ich betone, dass ich **keine** Unrechtmäßigkeiten begangen habe!

Und Ihnen, Herr Pilz, darf ich sagen: Ich habe nicht gewusst, wie viel CA Immo und Immofinanz bezahlen wollten. Sie verstehen: Es geht um dieses 960- beziehungsweise 961-Millionen €-Thema. Von österreichischen Gerichten ist festgestellt worden, dass ich erst nach der offiziellen Eröffnung der Angebote von deren Inhalt erfuhr, auch wenn Ihnen das nicht passt und Sie daraus gerne politisches Kapital schlagen möchten – aber bitte nicht auf meinem Rücken!

Der 3. September 2002 hat mit dem Zuschlag im Juni 2004 tatsächlich und wirklich nichts zu tun – ich zitiere das Protokoll vom 2. Mai., Seite 24. Und hören Sie auf, aus einer Entschlagung, von der ich der Verfassung nach Gebrauch machen darf, ein **Schuldeingeständnis** zu machen – wieder das Stenographische Protokoll vom 2. 5., Seite 47! Es kommt nicht darauf an, was Sie daraus für Schlüsse ziehen wollen oder wie Sie mich verstehen wollen; es kommt lediglich darauf an, dass ich als Beschuldigter in einem Strafverfahren geführt werde und hier im Ausschuss unter Wahrheitspflicht aussagen muss.

Ich verwahre mich dagegen, dass Rückschlüsse aus der Entschlagung gezogen werden, die da heißen, ich würde mich entschlagen, weil ich strafbares Verhalten gesetzt habe. Ich habe das letzte Mal mehrfach und deutlich klarzumachen versucht, dass ich zu all diesen Themen bereits vor der Strafbehörde Aussagen getätigt habe, die auch Ihnen vorliegen.

Nun mag es im Interesse des Parlaments sein, all diese Ausgaben transparent zu machen – von „Transparenzmaschine“ war ja die Rede. Ich werde aber nicht Aussagen wiederholen und in Nuancen davon abweichen, einfach weil zehn oder mehr Jahre zwischen damals und heute liegen und die Erinnerung nicht in der Schärfe vorhanden ist, nach so langer Zeit eben. Ich bin nicht gewillt – auch wenn es nur um Nuancen geht –, mich hier einer falschen Aussage schuldig zu machen.

Herr Abgeordneter Krainer – er ist jetzt leider nicht hier –, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass nicht Sie mir die Absolution zur Abweichung in der Nuance erteilen können; das kann nur ein Strafrichter.

Ich weise mit Nachdruck darauf hin, dass ich zu Themen, hinsichtlich derer ein Strafverfahren gegen mich geführt wird, **keine** Aussagen tätige. Sie können gerne versuchen, mich zu zwingen.

Das bringt mich direkt zum letzten Punkt, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, der Sie alle und dieses Hohe Haus betrifft. Ich ersuche Sie höflich, nicht auf diesen Zug aufzuspringen und auch die Worte von Herrn Bundespräsident Fischer ernst zu nehmen, der erst kürzlich in einem „Ö1“-Interview davor gewarnt hat, in diesem Ausschuss **Show-Elemente** in den Vordergrund zu stellen und Auskunftspersonen wie **Angeklagte** zu behandeln.

Glauben Sie an den Rechtsstaat, so wie ich das auch tue, denn ich habe mir nichts vorzuwerfen und vertraue darauf, dass der österreichische Rechtsstaat dies auch feststellen wird! Wie dann allerdings der Schaden dieser medialen und politischen Negativkampagne gegen mich und meine Familie wiedergutmacht werden kann, das ist wohl noch zu klären. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Petzner das Wort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Danke für Ihre Ausführungen. – Die Themen, zu denen wir heute kommen, Herr Plech, sind ja im Prinzip drei verschiedene. Zum Ersten geht es um das Projekt **Nordbergstraße**, zum Zweiten geht es um den **Terminal Tower**, und zum Dritten geht es um den **Vienna City Tower** beziehungsweise das **Justizzentrum**.

Unabhängig von den Ermittlungen der Justiz, von der strafrechtlichen Relevanz – es ist ja nicht unsere Aufgabe, das hier zu beurteilen; wir haben hier die politische Aufklärung zu leisten – fällt bei all diesen drei Projekten, die ich jetzt genannt habe, schon auf, dass immer das gleiche – ich verwende dazu jetzt kein Adjektiv, sondern sage nur – Dreieck vorkommt, nämlich Plech, Grassner, Meischberger. Dieses Dreieck gilt es, politisch aufzuklären, nicht mehr und nicht weniger, und dieser Aufklärung kommen wir auch nach.

Wir geben Ihnen eingangs die Möglichkeit, selbst dieses Dreieck zu erklären, bei den einzelnen drei Projekten. Sie kommen bei allen drei Projekten vor. Vielleicht können Sie uns schildern – nacheinander: Nordbergstraße, Terminal Tower und Justizzentrum –, was da Ihre Rolle war, wie Sie Ihre Leistung erklären, wie Sie die Leistung und die Beteiligung des Herrn Meischberger erklären.

Ich nenne da nur das Beispiel **Nordbergstraße**. Gestern war Herr Minister Böhmendorfer da, viele Zeugen wurden zu diesem Thema befragt – niemandem ist der Herr Meischberger untergekommen, niemand kann sich die Leistung des Herrn Meischberger erklären. Der Einzige, der das erklären kann, sind **Sie**. Dazu haben Sie heute die Möglichkeit. Ich lade Sie auch herzlich dazu ein, das jetzt hier zu tun – anschließend an Ihr Eingangsstatement – und dieses Dreieck bei diesen drei Projekten zu beleuchten.

Beginnen wir vielleicht bei der Nordbergstraße: Sie haben da einen **Alleinvertretungsauftrag** gehabt. Es gibt auch unterschiedliche Aussagen des Herrn Meischberger dazu. Da fällt auch dieser berühmte Satz: „Wo war meine Leistung?“, den Meischberger Sie am Telefon fragt.

Daher: Wo war die Leistung des Herrn Meischberger, Herr Plech? Welche Rolle spielen Sie bei der Nordbergstraße? Zitat aus einem Telefonüberwachungsprotokoll vom 2. Februar 2010:

„Ich hob mitkassiert“ – sagen Sie.

Also: Wo haben Sie da mitkassiert, und wie ist das gelaufen? Wie sind Sie zu diesem Auftrag gekommen? Welche Kontakte hatten Sie da mit Böhmdorfer? Schildern Sie uns das Projekt einmal!

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Also ich glaube, ich bin da nicht als Erzähler; ich würde eher darum bitten, dass man mich frägt, wenn solche Sachen sind, und möchte eigentlich keine Antwort darauf geben. Ich warte auf Ihre Fragen, außer die Frau Vorsitzende sagt, dass ich diese Sachen in dieser Form beantworten muss.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Kommerzialrat Plech, Sie sind hier als Auskunftsperson geladen, und Sie müssen eigentlich antworten, außer es besteht – wie Ihnen der Verfahrensanwalt schon oft darlegte – die Gefahr, dass Sie sich selber in einem Verfahren zusätzlich beschuldigen.

Diese Fragestellungen sind meines Erachtens nach relativ allgemeiner Natur, aber Sie können sich ohne Weiteres sowohl mit Herrn Dr. Hoffmann, dem Verfahrensanwalt, als auch mit Ihrer Vertrauensperson beraten.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe ja gesagt, Frau Vorsitzende, wenn Sie sagen, ich muss das beantworten, dann werde ich das beantworten; aber ich möchte da nicht eine **Erzählung** abliefern, sondern ich möchte **gefragt** werden. Ich bin eine **Auskunftsperson**, und die wird in der Regel **gefragt**. Ich bin keine Berichtsperson, daher ersuche ich, dass ich einzelne Teile dieser Vorgänge gefragt werde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Sie sind schon ein bisschen lustig– entschuldigen Sie! –, Herr Plech: Sie beschwerten sich eingangs, zitieren sogar den Herrn Bundespräsidenten, den Sie da für sich verwenden, und beschwerten sich über die ungerechte Behandlung, attackieren den Kollegen Pilz, attackieren mich, sagen, die Auskunftspersonen werden hier wie Angeklagte behandelt und wie unfair das alles ist, dann gibt man Ihnen die Möglichkeit – daher habe ich ja jetzt auch diese allgemeine Frage gestellt –, dass Sie eben auch einmal Ihre Sicht der Dinge darstellen können – und jetzt regen Sie sich darüber auch auf.

Also was wollen Sie jetzt? Wollen Sie jetzt Ihre Rolle von selbst aus erklären? Wollen Sie diese Chance und diese Möglichkeit nutzen oder nicht? Wenn Sie Nein sagen, dann steigen wir eben direkt ein, das ist mir auch recht. Ich wollte Ihnen jetzt nur auf Basis Ihres Eingangsstatements die Möglichkeit geben, dass Sie Ihre Sicht der Dinge frei, unzensuriert, ungeschnitten darstellen.

Schauen Sie, wie viele Medienvertreter heute da sind! Da haben Sie jetzt eine große Bühne, Ihre Sicht der Dinge darzustellen. Wenn Sie das nicht wollen, dann steigen wir direkt ein. Das ist Ihre Entscheidung.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: „Bühne“ ist gut, ich bin nur leider kein Schauspieler, deswegen hätte ich dringend ersucht, dass Sie Ihre **Fragen** stellen. Und diese Fragen werde ich mich wahrheitsgemäß zu beantworten bemühen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann fangen wir mit der ersten Fragestellung an; kommen wir eben noch einmal zum Thema **Nordbergstraße**. Da gibt es eine Beschuldigtenvernehmung vom Herrn Meischberger vom 10. November 2009, wo Meischberger angibt, dieses Projekt gemeinsam mit Ihnen abgewickelt zu haben, und dann sei das auch geteilt worden. Meischberger beschreibt seine Leistung damit,

dass er Mieter vermittelt habe, und Plech sei aufgrund der Kontakte von Meischberger zu diesem Auftrag gekommen.

Dann ändert Meischberger seine Aussage plötzlich komplett und sagt, das war etwas ganz, ganz anderes, er hat dieses Projekt alleine abgewickelt und er hätte Sie, Herr Plech, immer wieder um freundschaftlichen Rat gefragt – und nicht mehr.

Das heißt, das ist ein völliger Bruch, eine völlig neue Aussage des Herrn Meischberger als Beschuldigter, und da ist natürlich die Frage, warum das passiert. Und einen Tag vor dieser Beschuldigtenvernehmung vom 3. Februar 2010 gibt es eben dieses berühmte Telefonat in Sachen Nordbergstraße zwischen Ihnen und Herrn Meischberger, wo Sie sagen – zur Nordbergstraße –: „Ih hob mitkassiert.“

Erste Frage: Haben Sie mitkassiert? Wenn ja: in welcher Form? Wie haben Sie das mit Meischberger geteilt und gehandhabt? Wofür haben Sie kassiert?

Zweite Frage in diesem Zusammenhang: Warum fragt Sie der Herr Meischberger: „Wo woar mei Leistung?“, und Sie erklären ihm das dann – oder versuchen, es ihm zu erklären. Sie erklären dann: „ahhh das du, ih bin jetzt völlig durcheinander“, bla bla bla; aber irgendwie einigen Sie sich dann doch auf ein Wording.

Ich frage Sie: Warum hat Herr Meischberger nicht gewusst, was seine Leistung ist, und musste da Sie fragen, wenn er bei diesem Projekt federführend beteiligt war?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Warum er das nicht gewusst hat, weiß ich nicht. Ich weiß aber, dass Herr Meischberger diese Causa mit dem Herrn Senator Kallinger bearbeitet hat und mit der Porr zusammen, und ich gehe davon aus, dass all die Wege, die dort notwendig waren – es war ein sehr komplizierter Fall; das Haus musste hergerichtet werden, es musste ein Mietvertrag gemacht werden –, es waren eine Menge von Tätigkeiten, und ich gehe davon aus, dass diese Tätigkeiten hauptsächlich von Porr und Kallinger gemacht wurden, sodass Meischberger vielleicht nicht ganz zu Unrecht sagt: „Wo woar mei Leistung?“ Tatsache ist, dass sie Partner waren in dieser Angelegenheit und das abgewickelt haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und was war Ihre Rolle genau in diesem Projekt? Sie sagen ja in diesem Telefonprotokoll: „Ih hob mitkassiert“ – also müssen Sie auch irgendeine Rolle gespielt haben, wenn Sie **mitkassiert** haben.

Welche Rolle haben Sie denn gespielt, und in welcher Form haben Sie denn mitkassiert bei diesem Projekt Nordbergstraße?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Meine Rolle war eigentlich zum Ende dieses Ablaufes, dieses Geschäftes; ich habe vorher mit diesen Dingen nichts zu tun gehabt. Ich habe von der Nordbergstraße Anfang 2001, glaube ich, von Herrn Fischer erfahren. Anlässlich eines Cocktails hat er mir gesagt, die Telekom verkauft Objekte, Häuser und andere Liegenschaften. Daraufhin habe ich – nachdem ich wusste, dass Meischberger gut befreundet ist mit Fischer – den Herrn Meischberger aufgefordert, er soll sich darum kümmern, dass das eine oder andere Objekt auch über uns, nämlich die Kanzlei Plech, gemacht wird.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist das Ihrer Meinung nach vereinbar? Sie sagen jetzt, dass „das eine oder andere über uns gemacht wird“, das heißt über Ihre Firma. Ist das vereinbar, konkret im Bereich Nordbergstraße, mit Ihrer Funktion als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender in der BIG? Ist das Ihrer Meinung nach vereinbar?

Ich frage das auch deswegen, weil ja die Entscheidung war, bekommt die BIG dieses Gebäude und macht das in dem Fall für die Wirtschaftsuni – oder bekommt das das Porr-Konsortium, das da gegründet wurde. Es ist Zweiteres passiert, und die Frage ist,

ob da nicht auch die BIG beziehungsweise die Steuerzahler finanziell geschädigt wurden.

Daher frage ich Sie: Halten Sie es für vereinbar, dass Sie im Rahmen von Aufsichtsratsfunktionen wie in der BIG oder in der BUWOG parallel Geschäfte machen zugunsten Ihrer eigenen privaten Tasche, während Sie parallel die Interessen von Gesellschaften, von Unternehmen zu vertreten haben, die im Eigentum der Republik stehen und die dem Steuerzahler verpflichtet sind? Halten Sie das für vereinbar? – Ich halte es für dezidiert nicht.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das wäre unvereinbar. Ich habe mich aber, wie gesagt ... – Um das zeitlich noch einmal einzugrenzen: 2001 habe ich erfahren, dass die Nordbergstraße und mehrere andere Objekt von der Telekom verkauft werden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem haben Sie das erfahren?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Von Herrn Fischer; ich habe es eingangs gesagt.

In der Folge habe ich mich, als dieses Thema ein Jahr später in der BIG aufgetreten ist oder als man darüber geredet hat, dass man diese Liegenschaft kaufen will, zurückgezogen, einfach, weil ich wusste, dass sich auch Meischberger mit diesem gleichen Thema oder mehreren anderen, aber auch mit der Nordbergstraße, beschäftigt. Ich habe mich völlig zurückgezogen und habe auch von Herrn Meischberger keinerlei Provision bekommen.

Meine Tätigkeit beginnt zu einem späteren Zeitpunkt, nämlich dem, als das ganze Projekt **abgeschlossen** war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der entscheidende Punkt ist – bleiben wir beim Komplex Nordbergstraße –: Es finden Verhandlungen statt zwischen der Telekom und der BIG. Das läuft alles, alles wunderbar; man ist sich de facto schon einig. Ein Vertreter der Universität, der Vizerektor, sagt in seiner Zeugenvernehmung, es hat nur mehr die Unterschrift des Finanzministers gefehlt. Alles war unter Dach und Fach – und plötzlich kommt da die Porr ins Spiel und bekommt **Porr** völlig überraschend, gegen alles bisher Verhandelte, den **Zuschlag**. Der BIG sagt man, wir wollen 35 Millionen, die bieten 29, und am Ende kriegt es die Porr um knapp 30,5 Millionen. Sehr auffallend dieses ganze Procedere!

Was da dazwischen passiert – und das ist bei allen diesen Projekten in einem ähnlichen Fall abgelaufen –, ist, dass eine Aufsichtsratssitzung stattfindet am 22. Mai 2002, konkret bei der Nordbergstraße, wo Sie mit dabei sind und wo genau auch die Summe diskutiert wird, wo diskutiert wird, wie viel die BIG bietet, wie die Preisvorstellungen sind, und genau später dann dieser Schwenk passiert Richtung Porr, wo Herr Meischberger mit dabei war. Das heißt, Sie ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind um!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Frage ist: Haben Sie jemals im Rahmen Ihrer Tätigkeit in den diversen Aufsichtsräten, BUWOG, BIG oder anderen, Informationen, die Sie dort bekommen haben in Aufsichtsratssitzungen – Sie unterliegen normalerweise der Verschwiegenheitspflicht –, weitergegeben zum Beispiel an Walter Meischberger, um private Geschäfte des Meischberger beziehungsweise private Geschäfte zwischen Meischberger, Ihnen und anderen anzuheuern, zu forcieren, zu beschleunigen, zu einem positiven Abschluss zu bringen? Dieser Verdacht drängt sich nämlich bei allen Projekten auf, und das ist genau das Problem, das wir im Rahmen der politischen Aufklärung mit Ihnen dabei haben.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das habe ich natürlich nicht. Ich habe in meiner Zeit in der BIG immer penibel darauf geachtet, dass es **keinerlei** geschäftliche Kontakte

oder keinerlei geschäftliche Besprechungen gegeben hat, denn Sie müssen sich vorstellen, ich bin ja in diesen Aufsichtsrat eingezogen als ein Fremder. Ein kleiner Fehler dort, und ich hätte massive Probleme gehabt, und zwar sowohl medial als auch natürlich vom Minister. Ich habe mit der BIG niemals irgendein Geschäft gemacht, und ich habe auch niemals mein Mandat in irgendeiner Form missbraucht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da haben wir 5 000 ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind schon vorbei gewesen, mit einer Minute Überziehung. Vielleicht in der nächsten Runde dann.

Abgeordneter Maier.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Plech, ich möchte mit dem Thema Nordbergstraße fortsetzen und vorweg aus unserer Sicht festhalten: Es geht hier im Untersuchungsausschuss nicht nur um strafrechtliche Verantwortung, es geht sehr wohl auch um zivilrechtliche Fragen, nämlich ob beispielsweise Provisionen zu Recht ausbezahlt worden sind, ob entsprechend der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes die Verdienstlichkeit tatsächlich gegeben war. Und ich sehe eben eine unserer Aufgaben darin, dazu entsprechende Fragen zu stellen.

Bei Ihnen ergibt sich genau diese Fragestellung, sowohl beim Justiz-Tower und den Provisionen, die bezahlt worden sind, genauso wie bei der Nordbergstraße. Es geht letztendlich um die Frage, ob Ihre Tätigkeit in der BIG vereinbar war mit Ihrer privatwirtschaftlichen Tätigkeit als Immobilienmakler – oder ob eben eine Interessenkollision vorgelegen ist. Ich möchte das mit aller Deutlichkeit festhalten.

Damit komme ich zur ersten Frage. Kollege Petzner hat es bereits ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Darf ich kurz etwas sagen dazu? (*Abg. Mag. Maier: Bitte!*) – Aufgrund einer parlamentarischen Anfrage der Frau Abgeordneten Moser wurde der damalige Rechnungshofpräsident Fiedler zu dieser Thematik gefragt und hat eindeutig gesagt, dass das **nicht unvereinbar** ist. Sie werden sich erinnern, Frau Vorsitzende.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es geht hier nicht nur um eine formalrechtliche Betrachtungsweise, sondern es kommt natürlich auf die Umstände an, unter welchen derartige Vertragsabschlüsse erfolgt sind.

Ich komme nun zu meiner ersten Frage. Sie haben soeben erklärt, dass Sie sich 2002 innerhalb der BIG in Fragen der Nordbergstraße zurückgezogen haben und keine Provision bezogen haben. – Ist das richtig?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist nicht richtig.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Warum ist das nicht richtig?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die Frage des Herrn Petzner war, ob ich vom Herrn Meischberger in dieser Sache eine Provision bekommen habe.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Von wem haben Sie dann eine Provision bekommen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe die Provision, **eine** Provision, eine Nennprovision – über die Umstände können wir dann noch später reden – von Herrn Kallinger bekommen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wie hoch war diese Provision?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das waren zirka 25 000 €. (*Zwischenbemerkung von Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann.*) – Entschuldigung, noch einmal die Frage.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wie hoch war die Provision und wann wurde sie ausbezahlt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist ein Jahr später oder zwei Jahre später im Weg einer Gegenverrechnung – ich habe mit Herrn Kallinger sehr, sehr viele Geschäfte gemacht – bezahlt worden.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich zitiere nun aus dem Anlassbericht Causa Porr, Projekt Nordbergstraße, des BMI – Zitat –:

Wie bereits angeführt, besteht laut Einvernahmen und TÜ-Protokollen der Verdacht, dass auch Ernst Karl Plech einen Teil der Provision kassiert hat und die Gelder über Kallinger und über die Schweiz geflossen sind. Weiter ergibt sich aus den TÜ-Protokollen, dass sich entsprechende Unterlagen bei Kallinger-Prskawetz befinden sollen. – Zitatende.

Was sagen Sie zu dieser Feststellung seitens der Beamten des BMI? Haben Sie Teile der Provision kassiert und sind Gelder über Kallinger und über die Schweiz geflossen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Mein Anteil ist von Kallinger ganz normal mit einer Rechnung bezahlt worden. Von einer österreichischen Bank. Also von der Schweiz ist da überhaupt nicht die Rede. Ich weiß nicht, wie die auf die Schweiz kommen, aber das ...

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich habe nur aus einem Bericht zitiert und dem Bericht entnehme ich, dass die Beamten in dieser Frage weiter ermitteln werden.

Kollege Petzner hat bereits auf eine Aufsichtsratssitzung hingewiesen. Ich möchte darauf verweisen, dass gestern Herr Dr. Hübner als Auskunftsperson im Untersuchungsausschuss war, und Dr. Hübner teilte uns mit, dass die Ankaufsverhandlungen im Aufsichtsrat besprochen wurden, wobei Sie dabei anwesend waren.

Meine Frage ist einfach: Wie sehen Sie den Begriff „zurückziehen“? Sie haben zuerst gesagt, Sie haben sich **zurückgezogen**. Haben Sie sich gänzlich aus dem Aufsichtsrat zurückgezogen, oder wie ist das zu verstehen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein. Ich habe mich in dieser Causa zurückgezogen, weil ich wusste, dass sich Meischberger damit beschäftigt. Aber noch einmal: Das war eine Aufsichtsratssitzung, ein Bericht im Aufsichtsrat. Es war keinerlei Abstimmung darüber, sondern Chromy hat berichtet, und Herr Dr. Chromy, so sehr ich ihn schätze, hat einige Fälle in dieser Zeit aufgrund seiner Verschlossenheit gegenüber Kaufpreiserweiterungen ... – Dr. Chromy hat sich seine Kalkulation gemacht, und wenn das nicht auf den Groschen gepasst hat, hat er das einfach nicht gemacht. Es hat viele Fälle gegeben, wo nicht gekauft werden konnte, weil er einfach nicht mehr geboten hat. Unter der Devise: Ich bin die BIG!

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Eine Frage insgesamt zu den Verkaufsverhandlungen. Gestern konnten wir ja mit einigen Beteiligten sprechen. Wer war aus Ihrer Sicht der Hauptverhandler im Bereich der Telekom für das Projekt Nordbergstraße?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das entzieht sich völlig meiner Kenntnis, weil ich wirklich zu einem späteren Zeitpunkt erst überhaupt in die Sache eingestiegen bin, und zwar dann, als es zur Abrechnung kam. Etwas anderes habe ich damit nie zu tun gehabt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben Sie jemals mit dem Prokuristen Frauenholz diesbezüglich ein Gespräch geführt? (*Ernst Karl Plech: Wer ist*

Frauenholz?) – Frauenholz war nach den Angaben von Generaldirektor Sundt, der gestern hier im Untersuchungsausschuss war, der Mann im Bereich der Telekom, der für die Verhandlungen zuständig war und der auch gegenüber Colombo berichtspflichtig war.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Kann ich ausschließen. Ich höre diesen Namen das erste Mal. Ich habe nie mit ihm gesprochen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben Sie mit Dr. Colombo beziehungsweise mit Generaldirektor Sundt über dieses Projekt jemals gesprochen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Niemals. Ich habe Herrn Sundt einmal in meinem Leben gesehen, bei einem Cocktail.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wie sah konkret Ihre Zusammenarbeit mit Herrn Kallinger aus? Es gibt einige Informationen aus den Unterlagen aus den Einvernahmen. Uns würde interessieren: Bestand ein längeres Zusammenarbeitsverhältnis mit der Kallinger-Gruppe oder Herrn Kallinger – oder war das eine einmalige Geschichte?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Es bestand ein längeres Zusammenarbeitsverhältnis mit der Firma Kallinger, insbesondere ab dem Zeitpunkt, als er in Konkurs gegangen ist. Wir haben aus dieser Konkursmasse einige Objekte erworben, und es hat sich so eine Art Vater-Sohn-Beziehung gebildet zu ihm. Wir haben einige große Geschäfte und einige kleine Geschäfte gemacht, aber das hat es Jahre vorher schon gegeben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Kallinger hat Ihnen für Ihre Tätigkeiten in der Nordbergstraße, in diesem Liegenschaftsverkauf an die Porr, eine Provision bezahlt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich würde das *Bemühungshonorar* nennen, denn es gab zum Ende dieser Abwicklung, die ja nicht unkompliziert war – da mussten Renovierungen und so weiter gemacht werden –, Schwierigkeiten. Das hat mir Meischberger gesagt. Meischberger hat sich an mich gewandt und gesagt: Du, jetzt ist das alles fertig, aber die wollen mit mir nicht abrechnen, ich kriege kein Geld! – Ab diesem Zeitpunkt bin ich eingestiegen und habe versucht, dass es wenigstens einmal zu einer Abrechnung für den Herrn Meischberger kommt.

Aus dieser Angelegenheit, die sehr kompliziert war, weil Herr Mag. Huber erschienen ist, nach mehrmaliger Aufforderung, und gesagt hat, also jetzt rechnen wir ab, und da hat sich herausgestellt, dass es am gleichen Tag zwei Abrechnungen gegeben hat, nämlich eine für den Meischberger, die entsprechend niedriger ausgefallen ist, und eine, die die Porr für sich selbst gemacht hat. Alle Unterlagen sind bei der Porr zu finden. Also es hat faktisch zwei Abrechnungen gegeben.

Ich habe dann Herrn Huber noch einmal angerufen nach dieser Darstellung, die er mir gemacht hat, und habe gesagt: Es ist dringend notwendig, dass man da etwas erwirkt, denn das stimmt alles von vorne bis hinten nicht! – Ja, so war das eigentlich. Ab da habe ich angefangen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Warum hat es eine zweite Abrechnung für die Porr gegeben? Könnten Sie uns das aus Ihrer Sicht darlegen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die Porr-Abrechnung war die echte. Die zweite Abrechnung war die, die für den Meischberger und den Herrn Kallinger bestimmt war. Die war erheblich niedriger.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): War das somit eine Scheinrechnung?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, das war keine Rechnung, das war nur eine Abrechnung, eine Aufstellung der Tätigkeiten, versehen mit Summen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wie war denn Ihr Verhältnis zu Herrn Martin Huber?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Bis zu diesem Zeitpunkt eigentlich sehr gut.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben Sie sich seitdem mit ihm wieder einmal getroffen, um diese Thematik zu besprechen? (*Ernst Karl Plech: Habe ich nicht!*) – Herr Plech, ich möchte zu einem anderen Thema kommen, wo es ebenfalls um die Frage eines möglichen Interessenskonfliktes geht, zum Justiz-Tower. Es gab dazu, wie Sie wissen, sieben parlamentarische Anfragen mit Antworten. (*Ernst Karl Plech: Weiß ich!*) – Wir haben dankenswerterweise gestern auch die Entwürfe aus dem Justizministerium bekommen, weil es ja oft so ist, dass Abgeordnete parlamentarische Anfragen nicht in der Fassung bekommen, wie sie im Ministerium eben erarbeitet werden, und da ergeben sich interessante Informationen für uns Abgeordnete.

Ich möchte auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Verlegung des Handelsgerichts Wien, des Bezirksgerichts für Handelssachen Wien und des Bezirksgerichts Innere Stadt Wien kurz eingehen. Hier finde ich folgenden handschriftlichen Vermerk aus dem Justizministerium, den ich zitieren möchte:

Frist: 26.5.2003. Bitte mit BM – also Bundesminister – besprechen. Ein Schwachpunkt ist, dass uns das Objekt schon im Juli 2001 von der Porr AG vorgestellt wurde und Kommerzialrat Plech offenbar erst im September 2001 tätig wurde. Wenn er keinen Alleinvermittlungsauftrag hatte, erhebt sich die Frage nach seiner Verdienstlichkeit. Datum: 19.05.2003. – Zitatende.

Meine Frage an Sie aufgrund dieses Aktenvermerkes: Worin bestand Ihre Verdienstlichkeit? Denn es ist schon bemerkenswert, dass sich in einem Akt des Justizministeriums ein derartiger handschriftlicher Vermerk findet.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe keine Ahnung, wo dieser handschriftliche Vermerk herkommt. Das kann ich mir auch nicht erklären. Tatsache ist, dass ... – Jetzt muss ich aber nachschauen. Wann war die Nordbergstraße? Sie sagten welches Jahr?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Datiert ist dieser handschriftliche Vermerk mit 19.5.2003.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: 19.5.2003? – Darf ich mir das einmal anschauen?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt, das diese liest.)

Ich kann dazu eigentlich nicht sehr viel sagen. Ich weiß nur, dass ich auf der Suche war um diese Zeit, also im Frühjahr 2001, nach einem größeren Büro für eine Steuerberatungskanzlei.

Diesen Aktenvermerk kann ich mir nicht erklären, aber bei der Porr müsste man finden, ob das tatsächlich so passiert ist. Nur: Ich wusste davon nichts. Ich gehe als Makler zu meinem Kunden, hole mir einen Auftrag und suche dann einen Partner dafür.

Wie gesagt, wir hatten dort mehrere Besichtigungen. Es war ein ganz normaler Vermittlungsakt. Was da vorher passiert ist, habe ich keine Ahnung. Ich kann mir aber nicht vorstellen: Warum soll die Porr, wenn sie das bereits angeboten hat – was Anfang 2002 gar nicht so sicher war, denn da waren ja noch Probleme mit dem Erwerb des Baurechtsgrundes der ÖBB –, warum sollen die dann mir, warum sollen die jemandem eine Provision zahlen, wenn sie das 1999 oder 2001 angeboten haben?

Das Anbot müsste sich ja wo finden: entweder bei der Justiz oder bei der Porr. – Ich wusste davon nichts.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Schauen Sie, Herr Plech, ich finde diesen Aktenvermerk und frage daher auch nach.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Und ich gebe Ihnen eine Antwort, wie ich es mir erklären kann.

Aber noch einmal: Mir hat, wie ich auf meiner Suche an die Porr herangetreten bin, die Porr nicht gesagt, ich habe das dem und dem angeboten, sondern ich habe einen **Alleinauftrag** zur Vermittlung bekommen. Und der Grund dieses Alleinauftrages war eine Steuerberatungskanzlei. Das hat sich erst im Nachhinein ergeben, dass die Justiz dann als Interessent aufgetreten ist.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben Sie damals gewusst, dass das Justizministerium bereits 1999 von dieser Liegenschaft gewusst hat und diese Liegenschaft, die Anschrift der Liegenschaft dem Justizministerium als mögliches Justizzentrum oder Gerichtsgebäude bekanntgegeben wurde?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Herr Abgeordneter, wie soll ich das gewusst haben? Wie soll ich das gewusst haben? Das war 1999, da war ein anderer Minister. Ich habe 1999 zum Justizministerium überhaupt keine Beziehung gehabt und habe auch keine Ahnung, was da angeboten wurde. Ich weiß davon nichts.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Und Sie haben keine Information von der zuständigen Sektion, beispielsweise von Dr. Fellner oder von Dr. Germ, bekommen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich weiß nicht, ob Fellner damals überhaupt schon dort war. Noch einmal: 1999 ist ein Zeitraum, wo ein anderer Minister und eine andere Regierung war. Außerdem habe ich gerade vorher ganz kurz bemerkt, dass dieses Projekt ja noch nicht einmal **baugenehmigt** war. Da hat es ja Riesenprobleme gegeben 1999. Es hat ja bis 2001 gedauert, bis diese Sachen überhaupt geklärt waren.

Zum Jahr 1999 kann ich überhaupt nichts sagen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Eine Frage noch: Die Honorarvereinbarung, die Sie mit Walter Meischberger abgeschlossen haben, wurde diese schriftlich abgeschlossen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die wurde schriftlich abgeschlossen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lege Ihnen – das passt jetzt sehr gut – die entsprechende Honorarnote vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Herr Plech, wir haben jetzt beide vor uns eine Honorarnote liegen:

Ing. Walter Meischberger, Döblinger Hauptstraße, an die Firma Ernst Karl Plech, Trattnerhof 2; Wien, am 16.12.2002.

Ich lese es nur vor, damit es im Protokoll ist. (**Kommerzialrat Plech:** Ja, ich habe es eh da!) – Ja, aber nur damit es im Protokoll steht, worüber wir reden.

Honorarnote

Sehr geehrter Herr Plech!

Ich erlaube mir, im Sinne unserer Vereinbarung vom 12.6.2001 nach Eintreten der dortigen Vertragsbedingungen für die Vermittlung des Objektes 1030 Wien City Tower wie folgt in Rechnung zu stellen:

Honorar: 525 182,20 , 20 Prozent Mehrwertsteuer, und dann Summe: 630 218,64 .

Mit der Bitte um prompte Überweisung und so weiter.

Mit freundlichen Grüßen, Walter Meischberger.

Sie haben das vor sich. (*Kommerzialrat Plech: Ja!*) – Hat Ihnen Walter Meischberger wirklich diese Rechnung gelegt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich gehe davon aus. Wenn Sie mir das da so herlegen, mit seinem Titel, hat er sie so gelegt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sagen Sie: Wie dürfen wir uns das vorstellen – wir kommen ja dann noch auf die Leistungen des Herrn Meischberger zu sprechen, das ist ja eine eigene Frage –: Hat Herr Meischberger diese Rechnung entworfen, geschrieben und Ihnen gestellt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich gehe davon aus. Dazu war er eigentlich immer fähig, Rechnungen zu schreiben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Oder haben Sie diese Rechnung entworfen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nach meiner Erinnerung nicht. Wieso soll ich *seine* Rechnung entwerfen? Das verstehe ich nicht. Das ergibt sich aus ...

Es ist eine gewisse Summe geflossen, aus dieser Summe hatte er einen prozentuellen Anteil, und dieser prozentuelle Anteil wurde verrechnet. Dann habe ich ihn wahrscheinlich – ich weiß nicht mehr, wie es genau war – angerufen und habe gesagt: So, das Geld ist da; du kannst die Rechnung stellen!

Das ist – auch nebenbei bemerkt – nicht meine ... – So wird bei uns nicht geschrieben. Diese Lettern sind nicht die, die wir verwenden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie ausschließen, dass Sie oder Ihre Mitarbeiter diese Rechnung entworfen haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kann es nicht ausschließen. Wieso soll ich es ausschließen können? Aber das entspricht in keiner Weise einem normalen Denken, dass ich jemandem anderen eine Rechnung vorschreiben muss.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann lege ich Ihnen jetzt einen Beleg für ein nicht normales Denken vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Wir haben hier ein Fax von Plech & Co vom 13. Dezember 2002, 14.25 Uhr an den Herrn Meischberger, mit einem Entwurf, aber mit völlig anderer Schrift, für ganz genau diese Rechnung. (*Kommerzialrat Plech: Genau!*)

Ich lese Ihnen vor. (*Kommerzialrat Plech: Brauchen Sie mir nicht vorzulesen!*) – Nein, ich lese es Ihnen trotzdem vor:

Oben steht: XXX XXX XXX – wo dann später „Meischberger“ steht. Darunter: Firma Ernst Karl Plech, Immobilienreuhänder, Trattnerhof 2, 11.12.2002. – Da steht allerdings – das muss man Ihnen zugutehalten – in Ihrem Entwurf „Honorarnote“ in der Mitte geschrieben, Meischberger rückt das Ganze dann an den linken Rand. Also es gibt schon eine eigene Leistung von Walter Meischberger.

Sehr geehrter Herr Plech!

Ich erlaube mir, im Sinne unserer Vereinbarung vom 12.6.2001 nach Eintreten der dortigen Vertragsbedingungen für die Vermittlung des Objektes 1030 Wien City Tower wie folgt in Rechnung zu stellen: ...

Sie haben ein altes Problem, das uns durch den ganzen Untersuchungsausschuss begleitet, deswegen glaube ich auch, dass Sie es persönlich geschrieben haben.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, ich schreibe persönlich überhaupt keine Rechnung. Wenn, dann hat es mein Sekretariat geschrieben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage Ihnen auch, warum, aber Sie können das gerne richtigstellen.

Da steht nämlich wieder: Schilling 525 182,20 und Summe: 630 218,64.

Ich ersuche um Überweisung auf das Konto ... – und das ist offengelassen.

Und dann: Mit freundlichen Grüßen XXXX, und dann noch etwas zur Mehrwertsteuer.

Stammt dieser Entwurf von Ihnen oder Ihrem Büro?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wahrscheinlich, ja. Aber noch einmal, das ist ein **Entwurf**, Herr Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Plech, jetzt haben Sie vorher geschildert, dass das absolut unüblich ist, dass man jemandem, der einem eine Rechnung legt, selbst den Entwurf für diese Rechnung schickt.

Wenn wir das jetzt gemeinsam ... (*Ernst Karl Plech: Wo ist das Problem?*)

Warum haben Sie ...? (*Ernst Karl Plech: Wo ist das Problem, Herr Abgeordneter Pilz?*)

Herr Plech, lassen Sie mich einfach die Frage ... (*Ernst Karl Plech: Dann habe ich es ihm halt geschickt! Was ist da dabei?*)

Lassen Sie mich einfach die Frage stellen. Sie können ja nur Fragen beantworten, die Ihnen gestellt worden sind.

Jetzt stelle ich einmal meine Frage: Warum haben Sie – mit „Sie“ kann auch Ihr Büro gemeint sein – dem Herrn Meischberger einen Rechnungsentwurf geschickt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wahrscheinlich deswegen, damit er sich den Betrag exakt abschreibt. Deswegen habe ich das als Modell geschickt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jaja. Und jetzt gehen wir durch – wir werden ja heute noch zu erkunden versuchen, was die Leistungen von Walter Meischberger waren –: Er war nicht in der Lage, eine eigene Honorarnote zu erstellen. (*Ernst Karl Plech: Das ist wieder falsch!*) – Jetzt lassen Sie mich einmal ausreden! – Diese Honorarnote wird am 13. Dezember 2002 um 14.25 Uhr von Ihnen an den Herrn Meischberger gefaxt, datiert mit 11.12.2002, und da steht alles wörtlich drin.

Die Leistung von Walter Meischberger ist:

Erstens: Er schreibt fehlerfrei den Absender, nämlich „Ing. Walter Meischberger“, oben drauf.

Zweitens: Er rückt den Begriff „Honorarnote“ aus der Mitte an den linken Rand.

Drittens: Er trägt fehlerfrei seine Kontonummer ein.

Also wir haben schon drei Leistungen von Walter Meischberger auf einer einzigen DIN-A4-Seite. Das finden wir nicht überall in diesen Projekten, aber das ist zumindest eine Leistung.

Sagen Sie mir bitte, Herr Plech, ... (*Ernst Karl Plech: Ich glaube, Sie verhöhnen da ...!*) Herr Plech, ich möchte Sie etwas fragen. (*Obfrau Dr. Moser – in Richtung*

Auskunftsperson –: Es kann immer der Abgeordnete ausreden und fragen, und dann antworten Sie ihm.)

Die eine Zeile lautet:

Ich erlaube mir, im Sinne unserer Vereinbarung vom 12.6.2001 wie folgt in Rechnung zu stellen: ...

Was war diese Vereinbarung vom 12.6.2001?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das liegt Ihnen vor. Das war die Honorarvereinbarung (*Abg. Dr. Pilz: Das war die Honorarvereinbarung?*) zwischen Meischberger und mir – nehme ich an; ich habe sie nicht da.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wann haben Sie diese Honorarvereinbarung mit Herrn Meischberger geschlossen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das weiß ich nicht mehr. Wenn das Datum draufsteht, an diesem Tag.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Plech, das ist ja kein Problem: Ich lege Ihnen wieder ein Dokument vor.

(Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.)

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Aber ich meine, es ist schon billig, aus einer Vorlage die Leistung – „Was war mei Leistung?“ – abzuleiten. Das muss ich schon sagen. Das darf ich mir auch erlauben, nicht wahr?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist ja schön, wenn Leistungen nachvollziehbar sind! Und drei Leistungen, ich möchte es nicht wiederholen, auf **einer** Seite! – Wir kommen dann darauf zurück, ob es das wert war.

So, wir haben jetzt Folgendes vor uns liegen – diesmal mit Firmenkopf: Ernst Karl Plech, Immobilientreuhänder und so weiter, an: Herrn Ing. Walter Meischberger, Döblinger Hauptstraße und so weiter, Wien, am 11. 06. 2001 –:

City Tower Honorarvereinbarung

Sehr geehrter Herr Ing. Meischberger, lieber Walter!

Der guten Ordnung halber und weil uns ja beiden etwas passieren könnte, wodurch unsere Erben ohne jede Information blieben, bestätige ich dir hiermit auch schriftlich, dass du im Hinblick auf deine speziellen Kontakte und deiner konstruktiven Mitarbeit am Projekt City Tower, 1030 Wien, im Falle des Zustandekommens eines rechtsgültigen Miet- beziehungsweise Kaufvertrages mit dem Justizministerium –

heißt das „50 Prozent“ oder „60 Prozent“? (*Kommerzialrat Plech: Das heißt „50 Prozent“!*) –

50 Prozent zuzüglich Mehrwertsteuer des gesamt eingehenden Honorars erhältst.

Schicke mir bitte beiliegendes Doppel zum Zeichen deines Einverständnisses unterfertigt retour. Ich würde mich freuen, wenn es uns gelänge, diesen Geschäftsfall nach längerer Zeit gemeinsam einer positiven Erledigung zuführen zu können.

Mit freundlichen Grüßen,

Plech Ernst – heißt das offensichtlich. Und dann haben Sie rechts eine Unterschrift – ich nehme an, das heißt „Walter Meischberger“. – Ist das die Unterschrift von Walter Meischberger?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist die Unterschrift von Walter Meischberger.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und drunter steht: 14.6.2001. – Wer hat denn das dazugeschrieben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Da es seine Schrift ist, nehme ich an, er. – Sie sehen ja im Text vorne, dass ich ihn dazu verpflichtete, eine Kopie unterschrieben zurückzuschicken. Wie ich ihm das geschickt habe, war ja seine Unterschrift nicht drauf.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja ja, das bezweifle ich auch gar nicht. Ich glaube auch, dass das genau so geschehen ist.

Sind Sie sich sicher, dass diese Honorarvereinbarung im Juni 2001 geschlossen worden ist?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wenn das Datum dort draufsteht, wird das so ... – ich bin da **ganz** sicher. – Wieso ... Was soll das?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sind sich **ganz** sicher? – Okay.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Aber noch einmal, ich sage, das Ganze ist jetzt 11 Jahre her.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lege Ihnen eine zweite Variante dieser Honorarvereinbarung vor.

(Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.)

Da haben Sie jetzt genau dasselbe wie vorher, aber es fehlt erstens der Eingangsstempel und zweitens dieses „14.6.2001“, das handschriftlich unter „Walter Meischberger“ steht.

Können Sie das erklären? Hat es da zwei Doppel gegeben? Hat es da zwei Honorarvereinbarungen gegeben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, es hat nicht zwei Honorarvereinbarungen gegeben, aber das wird die Kopie von seinem Doppel sein. Sie haben beide Kopien, nämlich meine Vereinbarung, die beide Unterschriften trägt, ... – Es ist seine Kopie. Er wird sich eine behalten haben, nehme ich an.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das Erste mit dem „14.6.2001“, ist das jetzt Ihre Kopie oder die Kopie von Meischberger?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Bei mir, meiner Kopie, sehe ich ja auf dieser Rechnung, wo das Datum draufsteht, den Eingangsstempel „17. Juni“. (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) Ich nehme an, er hat eines davon mit der Post zurückgeschickt, denn sonst braucht man nicht drei Tage dazu.

Und das, was Sie mir jetzt vorlegen, ist wieder eine Falle. Das ist das, was er sich behalten hat. Er musste sich ja eines behalten. Er schreibt selber das Datum nicht dazu. (*Abg. Dr. Pilz: Ja! Ja! Ja! – Obfrau Dr. Moser: Die 7 Minuten sind vorüber!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe nur eine kleine ergänzende Frage, damit wir das mit der „Falle“ auch klären.

Bei dieser zweiten Honorarvereinbarung, wo nicht dieser Zusatz „14.6.2001“ drunter steht, liegt auch ein Sendebericht des Faxgerätes dabei. Dieser Sendebericht vom „Seitenblicke“-Verlag an die Gegenstelle – und die Gegenstelle ist Ihre Faxnummer, wir haben das überprüft – stammt vom 10.3.2003.

Sagen Sie, wie kann das am **10.3.2003** Ihnen gefaxt werden, wenn die Honorarvereinbarung vom **11. Juni 2001**, also fast zwei Jahre vorher, ist? Ist die nicht möglicherweise doch im Nachhinein erstellt worden?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, die ist sicher nicht im Nachhinein erstellt worden. Aber ich kann aus diesem Sendebericht überhaupt nicht erkennen, worum es sich hier handelt. Das ist ein Sendebericht, ein Ausdruck.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Man kann ja das Ganze noch einmal schicken! (*Abg. Dr. Pilz: Ja, ja!*) Man kann es noch einmal schicken.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist Ihnen zwei Jahre später genau diese Honorarvereinbarung von Walter Meischberger noch einmal gefaxt worden?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wo geht daraus hervor, dass das die Honorarvereinbarung von Walter Meischberger ist?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage es Ihnen gerne – meine Fragezeit ist dann vorbei, ich komme dann aber ohnehin noch einmal detaillierter darauf zurück (*Ernst Karl Plech: Ich sehe da überhaupt kein Datum! Wo ist denn da ein Datum?*) –:

Aus dem Akt des Justizministeriums gehören diese beiden Stücke zusammen. Das hinten ist der Sendebericht zu dem vorne, und da steht drauf: 10.3.2003, „Seitenblicke“-Verlag – und das geht an die Nummer 0043-1-5330953. Das ist Ihre Faxnummer, wir haben das überprüft. Es steht im Übrigen auch in Ihrem Briefkopf: Telefax 5330963. – Also das ist genau das, und deswegen habe ich Sie das gefragt.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Keine Ahnung, was da dranhängt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Plech, wissen Sie, es ist nicht das erste Mal, dass man leistungsfrohen Provisionsvermittlern Rechnungsentwürfe schickt, selber die Rechnungen schreibt (*Ernst Karl Plech: Ja?*), Ihnen dann am Telefon erklärt, was ihre Leistung war (*Ernst Karl Plech: Ja?*), Ihnen die Adressen der Objekte erklärt, wie Sie ohne Blindenhund hinfinden. (*Abg. Dr. Moser: Erstens ...*) Das alles ist in diesem Ausschuss schon bekannt, und deswegen wollte ich diese Frage stellen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Erstens ist die Zeit schon längst vorüber, und zweitens muss ich darauf hinweisen, dass sowohl die Vertrauensperson als auch vor allem der Herr Verfahrensanwalt diese Unterstellungen als **nicht zulässig** ansehen. – Das teile ich mit.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): So weit waren wir noch gar nicht. Zu den möglichen Unterstellungen komme ich erst in der zweiten Runde.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, das war dann eine sanfte Vorwarnung beiderseits.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Kommerzialrat Plech, ich möchte das nur sagen, damit es mir nicht durchrutscht: Bei der Befragung durch den Herrn Kollegen Maier, als er Sie zur Nordbergstraße befragt hat, hat er Sie gefragt, ob da allenfalls etwas über die Schweiz gelaufen sei. – Erinnern Sie sich an diese Fragestellung? Und was haben Sie darauf geantwortet?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe gesagt: nein.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und woher er das habe, wie er eigentlich auf das kommt, haben Sie als Gegenfrage gestellt. (*Ernst Karl Plech: Woher der Abgeordnete das habe?*) Sie haben ihn gefragt, wie er denn auf das kommt. (*Ernst Karl Plech: Ja!*)

Ich möchte sagen, Kollege Maier kommt durch Ihre Aussagen darauf. Es gibt nämlich eine Telefonüberwachung vom 2. Februar 2010, wo Sie sich mit dem Herrn Meischberger unterhalten. Ich zitiere einleitend:

„ja ja ich weiß eh, das hab ich schon gesagt, aber ... es geht mehr oder weniger ... bei dir um die AKP Geschichte mit der Nordbergstraße, da hab ich, glaube ich, ausgesagt, dass ich mit dir geteilt habe, das glaub ich war falsch.“

Darauf sagen Sie: „das war falsch, ja“

Dann sagt der Meischberger: „AKP ist Kallinger“

Dann sagt Meischberger: „Also keine Tochter der Porr Gruppe“

Und dann sagen Sie: „Na, Kallinger und ich glaub, das hat er“ –

die Schrift ist leider sehr klein –

„über die Schweiz laufen lassen. Ich habe da Unterlagen, die muss ich aber erst besorgen“.

Das heißt, **Sie** bringen eigentlich in dem Zusammenhang die Schweiz ins Spiel. – Können Sie uns dazu etwas sagen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich bringe sie ins Spiel, habe aber mit diesen Dingen nichts zu tun, denn das war ja dem Kallinger seine Angelegenheit. Ich sage noch einmal: Ich bin in diesen Fall Nordbergstraße erst eingebunden worden, als es um die Abrechnungen und um die Verprovisionierung gegangen ist.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aber das hätten Sie ja sagen können – denn der Kollege Maier hat Sie ja gefragt, ob in dem Zusammenhang etwas über die Schweiz gelaufen ist.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ja, nicht von mir! Wenn andere etwas über die Schweiz laufen lassen, das kann ich leider nicht beeinflussen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Zum **City Tower:** Können Sie uns sagen, wann Sie erstmals über dieses Projekt Kenntnis erlangt haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das kann ich datumsmäßig nicht mehr exakt eingrenzen, aber ich nehme an, das war so Anfang 2002.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und durch wen beziehungsweise wie haben Sie Kenntnis erlangt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wir haben regelmäßig Kontakt gehabt mit der PORR. Wir haben ja mehrere Objekte dort vermietet und verkauft. Wann das genau war, kann ich nach elf Jahren nicht mehr sagen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Mit wem haben Sie da Verhandlungen geführt: mit Huber, mit Pöchhacker, mit dritten Personen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Da hat es gegeben einen Herrn Gruber, einen Herrn Huber, natürlich den Generaldirektor, den Herrn Pöchhacker. Es hat noch eine Menge anderer Personen gegeben, aber deren Namen sind mir jetzt nicht mehr erinnerlich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wann haben Sie erstmals davon erfahren, dass das Justizministerium auf der Suche nach einem neuen Quartier ist?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das muss vor meiner Anbotsleistung gewesen sein, eine oder zwei Wochen vorher. (*Abg. Amon: Von wem?*) – Vom Herrn Meischberger.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie hatten dann einen Alleinvermietungsaufrag der Firma PORR? (*Ernst Karl Plech: Ja!*) – Und eine Vereinbarung mit dem Justizministerium?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein! – Das muss man einmal klarstellen: Es gab und gibt **keine** Vereinbarung mit dem Justizministerium! Die österreichische Maklerverordnung sieht vor, dass, wenn ein Angebot gelegt wird, in dem Provisionen genannt werden, und der Makler dann verdienstlich geworden ist, ein Provisionsanspruch auch **ohne Vereinbarung** entsteht. – Das laut Maklergesetz.

Ein Provisionsvereinbarung hatte ich mit der PORR, von beiden Teilen unterschrieben.

Der Anspruch eines Maklers entsteht mit dem Anbot, wo die Provisionshöhe drinnen steht, und der Leistung, die er danach zu erbringen hat. – Das ist jetzt ein paar Mal schon gesagt worden. Das gehört aber noch einmal gesagt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ja, ich verstehe, aber wie kam jemand, mit dem Sie **keine** Vereinbarung haben, dann mit Ihnen Verhandlungen über die Reduktion der Provision führen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe bitte durch diese Leistung einen gesetzlichen Anspruch.

Es ist sehr oft der Fall, dass Leute dann beginnen, die Provision herunterzuhandeln. Wir sind ja frei in unseren Entscheidungen.

Diese drei Monatsmieten, die ich dort verlangt habe, ist der Höchstsatz. Mein Anspruch war gegeben durch meine Leistung. Und wenn dann der Mieter kommt und sagt: Ich will nicht so viel zahlen!, dann verhandelt man darüber.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das heißt, Justizminister Böhmendorfer hat mit Ihnen die Reduktion vereinbart?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Da bin ich mir gar nicht so sicher, ob das nicht Dr. Fellner war. Das weiß ich nicht mehr, da kann ich mich nicht mehr erinnern. Einer der beiden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Hatten Sie da auf der Seite des Justizministeriums irgendwelche starken Argumente ausgemacht, warum Sie Ihre Provision reduzieren sollen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Eigentlich nicht! Ich wollte nur nicht die Republik klagen und dann jahrelang auf das Geld warten und mir die Reputation sozuagen beschädigen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Gestern sagte Herr Dr. Böhmendorfer aus, er habe mit Ihnen verhandelt und diese Reduktion erwirkt. (*Ernst Karl Plech: Ja, das kann sein!*)

Sie schließen das ja nicht aus, haben Sie auch jetzt nicht gemacht. (*Ernst Karl Plech: Ja!*)

Ihr Argument, warum Sie reduziert haben, ist, Sie wollten sich lange Prozesse ersparen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Erstens einmal wollte ich keinen Streit. Zweitens bin ich das gewohnt. Es passiert immer wieder, dass Provisionen heruntergehandelt werden. Und dann wollte ich mich nicht mit der Republik auf einen Streit einlassen, denn im Anbot ist eindeutig die Höchstgrenze, nämlich drei Monatsmieten, drinnen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und dass ein Anspruch bestand, war für Sie völlig klar und unstrittig?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Bei dem, wie dieser Fall abgehandelt wurde – ich habe leider die Akten nicht da; da gibt es drei Akten –, und wenn man die Person des

Dr. Böhmdorfer kennt, da kann ich nur sagen: Das war eines der härtesten Geschäfte, die ich überhaupt in meinem Leben gemacht habe!

Dr. Böhmdorfer hat mich mitten in der Nacht angerufen. Wenn der Baufortschritt nicht so war, wie er es sich vorgestellt hat, hat er mir gesagt: Ich mache dich **persönlich** verantwortlich, wenn da irgendwas passiert, das muss pünktlich fertig werden!

Es gibt zwei Akten, wo x Briefe, Unterlagen und so weiter drinnen sind. Die waren alle bis November vorigen Jahres beschlagnahmt.

Wir haben in dieser Causa vom Bestellen von Sachverständigen für Elektrosmog, was ungewöhnlich war, nämlich aus Deutschland – da muss man erst einmal eruieren, wo man die herkriegt –, von Fachleuten für die Erschütterungen – es ist ja darunter die Bahn durchgefahren –, wir haben das alles organisiert. Wir haben organisiert die Gespräche mit dem richterlichen Personal in der PORR. Wir haben organisiert gesonderte Gespräche mit dem nicht-richterlichen Personal. Da war ja ein gewisser Widerspruch: Die nicht-richterlichen, die zu viert in einem Hofzimmer gesessen sind, waren natürlich begeistert von der Idee, die Richter selber waren nicht so begeistert von der Idee, die haben alle ein eigenes Zimmer gehabt, der Vorsitzende sogar ein Bad. All diese Dinge haben wir organisiert. Und wir haben zum Schluss auch noch den Umzug organisiert.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben eine **beträchtliche** Leistung erbracht.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe eine **außergewöhnliche** Leistung erbracht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aber wenn dem so ist, verstehe ich überhaupt nicht, warum Sie dann Ihre Provision halbieren?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Ich wollte die Republik **nicht** klagen! Ich hätte klagen können, aber das wollte ich nicht. (*Abg. Amon: Ich verstehe schon!*) Wer macht das?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Na ich denke mir, dass viele Leute, die bei Ihnen mit Immobilien zu tun haben, eine Freude haben, wenn Sie so bereitwillig nach umfassender erbrachter Leistung einfach Ihre Provision halbieren. Das ist eigentlich sehr entgegenkommend.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, bitte! Aber, Herr Abgeordneter, da muss man schon auch sehen, da ging es ja nicht um die Vermietung einer Zimmer/Küche-Wohnung, wo die Provision 100 000 € ausmacht. Es war ja trotzdem ein beträchtlicher Betrag.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich verstehe.

Ich darf Ihnen noch einmal vorhalten die schriftliche Vereinbarung zwischen Walter Meischberger und Ihnen, datiert mit 11.6.2001.

Haben Sie gegenüber Ihren Auftraggebern eigentlich offengelegt, dass Sie mit Walter Meischberger eine Vereinbarung haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das habe ich nicht! Es gibt auch keine Verpflichtung dazu. Die Aufteilung ... (*Abg. Amon: Ich frage ja nur!*) Nein, habe ich nicht!

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist die Aufteilung aus Ihrer Sicht – ich frage noch einmal, auch für das Protokoll – richtig datiert, rückdatiert, vordatiert?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die ist weder rückdatiert noch vordatiert noch in irgendeiner Form manipuliert. Sie ist nur nicht so zur Auszahlung gekommen, wie da drinnen steht. Meischberger hat nicht 50 Prozent gekriegt, sondern auf Grund des

soeben erwähnten großen Aufwandes – ich weiß jetzt nicht genau – 30 Prozent oder 32 Prozent. Ich weiß es jetzt nicht genau.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie verweisen in dieser Vereinbarung auf die „speziellen Kontakte“ des Walter Meischberger. – Können Sie uns das erläutern?

(Ernst Karl Plech: Darf ich die Frage noch einmal hören?) Ja, gerne.

In dieser Vereinbarung ist von den „speziellen Kontakten“ als Leistungsbegründung die Rede. Können Sie uns die näher erklären?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das war eher generell gemeint. Walter Meischberger hat damals um diese Zeit alle gekannt ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Eben deshalb, weil es generell ist, frage ich Sie. – Es heißt ja hier „spezielle Kontakte“.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Da gibt es keine Spezialität.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Spezielle Kontakte sind keine generellen Kontakte.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe das generell gemeint.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aber es steht nicht da!

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die „speziellen Kontakte“: Meischberger hat seine Verbindungen überallhin gehabt. Und das sind spezielle Kontakte.

Wenn Sie darauf hinauswollen, dass er Minister ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich will auf gar nichts hinaus. Sie unterstellen mir, dass ich auf irgendetwas hinauswill. Das will ich gar nicht.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich erkläre es so: Es hat zu dieser Zeit viele, viele Dinge gegeben, die wir gemeinsam gemacht haben. Und der Begriff „speziell“ ist weit auslegbar.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ja. Aber hier geht es um ein **konkretes** Projekt.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ja. – Ich habe das einfach reingeschrieben, ohne daran zu denken, dass das elf Jahre später im Untersuchungsausschuss diskutiert wird.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Gut. – Dann sprechen Sie von der „konstruktiven Mitarbeit“ des Herrn Meischberger. – Können Sie das ein wenig umreißen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Na ja, „konstruktive Mitarbeit“ war es insofern, als er mit den ÖBB oder damals zu den ÖBB ... Ich habe vorhin schon erwähnt, da war der Erwerb eines Grundstückes notwendig, das den ÖBB ...

Noch komplizierter: Es musste ein Grundstück vom Bahnbuch abgeschrieben werden. Anwälte wissen, wie schwierig das ist. Und auch da hat Walter Meischberger halt spezielle Beziehungen gehabt und hat uns dabei geholfen. Zum Beispiel! – Aber es waren noch andere Dinge, an die ich mich jetzt nicht erinnere. Das ist jetzt elf Jahre her.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie uns sagen: Waren noch andere Personen an dieser Vermittlung des Projektes City Tower beteiligt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Materiell waren keine anderen Personen daran beteiligt, wenn Sie jetzt meinen, ob wer Geld gekriegt hat.

Aber ansonsten, bei den, wie ich schon vorhin erwähnte, Gutachtern und Handwerkern und Übersiedlungsunternehmen, da war das ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sagt Ihnen der Name *Valentino Donau* etwas?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Na klar, das ist mein Neffe. Der hat das mit mir bearbeitet. (*Abg. Amon: War der beteiligt?*) – Der hat seinen Anteil an der Provision gekriegt, auf die er als Angestellter bei mir einen Anspruch gehabt hat.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich darf noch einmal zu Herrn Dr. Böhmendorfer zurückkommen: Woher kennen Sie ihn?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Denn kenne ich, glaube ich, 20 Jahre oder 25 Jahre – aus der Partei! Den habe ich irgendwann einmal bei der Partei kennengelernt. Ich weiß nicht mehr wann.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie zu ihm ein freundschaftliches Verhältnis?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wir haben eher ein freundschaftliches Verhältnis. Jetzt ist es ... (*Abg. Dr. Pilz: Welche Partei?*) Freiheitliche Partei! Bei Veranstaltungen der Freiheitlichen Partei.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie aus dem Umfeld des Dr. Böhmendorfer – ich denke da an die Ministerialzeit –, aus seinem Kabinett noch Personen gekannt, zu denen Sie ein freundschaftliches Verhältnis unterhalten oder unterhalten haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Gekannt habe ich einige, aber ein freundschaftliches Verhältnis habe ich zu niemanden davon gehabt. Ich habe den Herrn Fellner gekannt, den Herrn Sektionschef Germ, oder so ähnlich hat der geheißen, und zahlreiche andere Leute, die in die Details dann eingebunden waren. Da sind ja die ganzen Belegungspläne gemacht worden. Also es ist wirklich sehr viel Arbeit gewesen. Aber freundschaftliche Verhältnisse hatte ich keinerlei.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wann haben Sie das erste Mal mit Walter Meischberger über das Projekt Nordbergstraße gesprochen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das erste Mal unmittelbar nach dem Gespräch mit Fischer. Das muss 2001 gewesen sein. Ich kann das Datum nicht sagen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): In Ihrer Einvernahme geben Sie an, dass Sie sich mit Walter Meischberger über sehr viele Detailfragen beraten hätten.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: In welcher Einvernahme? Darf ich mir die anschauen?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ja, wir legen sie Ihnen vor. Wir suchen es heraus, Herr Kommerzialrat. Wir kommen später noch einmal darauf zurück.

Können Sie Ihren Kontakt zum Herrn Pöchhacker ein wenig näher beschreiben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Herr Abgeordneter, ich habe schon eingangs gesagt, ich möchte hier nicht als *Erzähler* auftreten. Aber den Kontakt kann ich beschreiben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das heißt sogar in der Geschäftsordnung so, dass Sie einleitend eine Erzählung abgeben können.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe Herrn Generaldirektor Pöchhacker irgendwann vor 15 oder 20 Jahren kennengelernt. Wir haben auch eine gewisse

Freundschaft aufgebaut. Unsere Frauen sind gemeinsam ausgegangen und haben sehr viele technische und immobilienbezogen Dinge besprochen und auch gemacht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Also Sie würden das auch eher als freundschaftliches Verhältnis bezeichnen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ja, es geht in die Nähe der Freundschaft.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich darf Ihnen jetzt die Einvernahme vom 10. Februar 2010 vorhalten. Ich zitiere:

Ich habe mit ihm nur ab und zu Detailfragen beraten. – Zitatende.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die Aussage vom 10.2.2010 – ich habe das in der ersten Einvernahme schon gesagt – habe ich getätigt nach einem 30-stündigen Flug, ohne dass ich ein Auge zugeedrückt habe auf Grund der Aufregungen, die sich da abgespielt haben.

Heute würde ich das wahrscheinlich genauer sagen können als damals. Ich war todmüde und wurde danach neuneinhalb Stunden einvernommen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Zurück zu der Person **Martin Huber**. – Haben Sie mit Martin Huber auch ein freundschaftliches Verhältnis?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Zum Martin Huber hatte ich bis zu dem Ereignis „Nordbergstraße“ eine sehr gute Beziehung – oder: nicht eine gute Beziehung, eine geschäftliche Beziehung. Und ab dem Ereignis „Nordbergstraße“ eine weniger gute.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Was waren die Gründe dafür?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die bereits erwähnte Abrechnung der „Nordbergstraße“ für den Herrn Meischberger und für den Herrn Kallinger.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Hatten Sie freundschaftliche Beziehungen zu Mitgliedern des Vorstandes der Telekom Austria?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, freundschaftliche nicht. Ich habe den Herrn Fischer ein paar Mal bei Gesellschaften getroffen, aber sonst eigentlich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Zunächst zu Ihrem Eingangsstatement. Sie haben da gesagt, „entlastende Aussagen werden verhindert“. (**Ernst Karl Plech:** Ja!)

Können Sie mir da ein Beispiel geben, wer so etwas verhindert? Ich kann mir so etwas nicht vorstellen (**Ernst Karl Plech:** Ich kann es Ihnen genau erklären!), wer Leute hindern soll, etwas auszusagen. Wird da bei der Justiz, bei der Staatsanwaltschaft die Tür zugemacht?

Also: Wer wird gehindert, entlastende Aussagen zu machen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Na ja, ich empfinde das so. Nach meinem Empfinden ist das eine Verhinderung, wenn man eine Beschuldigung, die im Strafverfahren gegen mich läuft, dass Hohegger behauptet, ich hätte ihn zu Dr. Patzak, zu dem berühmten Dr. Patzak, gebracht, damit er einen Vertrag entwirft – und das ist eines der Belastungsmomente im Strafverfahren bei mir –, und Patzak sagt aus am 22.11. – und wir haben bis heute kein Protokoll –, sagt wahrheitsgemäß aus, dass das **nicht** der Fall ist.

Das ist für mich eine Behinderung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber an sich hat Dr. Patzak offensichtlich schon in Ihrem Sinne entlastend ausgesagt.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Er hat nicht in *meinem* Sinne ausgesagt, er hat die *Wahrheit* gesagt!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das muss ja auch in *Ihrem* Sinne sein, wenn die Wahrheit gesagt wird, oder? (*Ernst Karl Plech: Er hat in meinem Sinne ...!*) Also dann ist ja auch die Wahrheit in Ihrem Sinne. (*Ernst Karl Plech: Ja!*)

Jedenfalls: Dr. Patzak hat ausgesagt. Er ist nicht gehindert worden, auszusagen. Nur: Sie haben ein Protokoll nicht bekommen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wir haben weder ein Protokoll ... Das Protokoll scheint nicht einmal auf, es ist im Akt *nicht* vorhanden. Es war bis gestern, bis ich nicht selber mit ihm geredet habe, weil ich nicht mehr geglaubt habe ...

Ich habe ihn fragen müssen: Waren Sie dort? – Er hat mir das dann bestätigt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Darf ich nachfragen, wo er „dort“ war?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Bei der Staatsanwaltschaft.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gibt es noch weitere Beispiele, wo Sie das festmachen können, dass Entlastungsmomente in irgendeiner Form behindert werden?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ja, aber das ist jetzt nicht ... Das war meine Einleitung. Das hat sicher mit dem Untersuchungsgegenstand nichts zu tun. Das kann ich Ihnen gerne einmal privat erzählen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Na ja, aus meiner Sicht hat das schon sehr wohl etwas damit zu tun, denn Sie haben ja auch die Mahnung des Herrn Bundespräsidenten zum Beispiel, wie man umgeht, hier hineingeworfen.

Dabei gehe ich für mich selbst, für meine Person und für meine Fraktion, davon aus, dass mich und meine Fraktion der Bundespräsident nicht gemeint haben kann.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das glaube ich auch. Ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber jetzt zu den einzelnen Punkten. – Es ist halt – um jetzt nicht vorverurteilend zu sein – eine ungünstige Optik aufgrund von verschiedenen Dingen entstanden, um es sehr vorsichtig zu formulieren.

Die Staatsanwaltschaft hegt da viel eher das, was man einen *strafrechtlichen Verdacht* nennt, und untersucht da sehr detailliert, sehr lange, mit Ermittlungen ... (*Ernst Karl Plech: Sehr lange!*)

Ja, das ist ja auch bei „Gottes Mühlen“ so, da dauert es oft noch länger gemäß diesem Sprichwort.

Es ist ja nicht so einfach, dass man da jetzt einen Hendlieb auf frischer Tat ertappt hätte. Das ist es ja nicht. Und ich kann auch nicht sagen, ob es sich bei Ihnen auch tatsächlich um eine strafbare Handlung handelt, weil es eben nur einen Verdacht gibt. Es gibt noch kein Urteil in irgendeiner Form. Das gibt es nicht. (*Ernst Karl Plech: Nicht einmal ein ...!*) Aber wir haben Unterlagen vorliegen. Und da tun sich halt Punkte auf, die nachfragenswert und nachfragenswürdig sind.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Was ich gemeint habe – entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter! –, was ich gemeint habe, ist, dass in den Medien *niemals* irgendeine entlastende Sache gebracht wird.

Ich habe voriges Mal vorgelegt, dass ich bei dieser zweiten Kommission nicht mehr dabei war. **Das** habe ich damit gemeint!

Es wird in den Medien eine Stimmung gemacht, eine Vorverurteilung betrieben seit zweieinhalb Jahren. **Das** habe ich damit gemeint! Und die behindert mich. Und die behindert mich in meinem geschäftlichen Werdegang und ist für mich mit Abstand die größte Hetzjagd in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, die je in Österreich passiert ist im Zusammenhang mit so einer Causa.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt komme ich zu dem Punkt „City Tower“, jetzt auch „Justiz-Tower“ genannt.

Es war gestern der ehemalige Justizminister Böhmdorfer hier, ebenso zwei hochrangige Beamte des Ministeriums, und die haben übereinstimmend gesagt, dass eine Doppelmaklerschaft gesetzlich möglich ist. Ich habe auch einfließen lassen die Meinung der Staatsanwaltschaft und Oberstaatsanwaltschaft, wonach an diesen Provisionszahlungen, die vom Justizministerium an Sie geleistet wurden, rechtlich nichts Auffälliges, Verdächtiges oder sonst etwas dran ist. Es wurde aber trotzdem, auch medial, überschrittmäßig, kritisiert, dass Sie **doppelt** kassiert haben.

Was heißt das in diesem Fall? Was würden Sie meinen, was da „doppelt kassiert“ heißen kann? Und wie sehen Sie das in einem rechtlichen Zusammenhang?

Ich nehme an, so wie mir das auch einige Auskunftspersonen hier gesagt haben, da Sie im Berufsleben relativ lange als Immobilienmakler tätig sind, dass Sie auch bei Immobilien tätig sind, die eher im höherpreisigen Bereich gelegen sind. – Wie schaut das aus mit einem „doppelten Kassieren“? Können Sie das ausführen in Ihrer Tätigkeit als Makler?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Na ja, das ist eigentlich ganz einfach: „Doppelt kassiert“ ist wieder der negative Touch der Medien.

In unseren Ausübungsrichtlinien steht eindeutig drinnen, dass wir berechtigt sind, von **beiden Partnern**, nämlich dem Verkäufer oder Käufer beziehungsweise Vermieter oder Mieter, Provisionen zu kassieren. Das ist dort gesetzlich geregelt.

Es wird halt in den Medien so ausgelegt, als hätte ich **doppelt** kassiert.

Es ist ganz normal, dass man von beiden Teilen kassiert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das heißt, das ist die geltende Rechtslage?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist die geltende Rechtslage, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das hat sich bei manchen Abgeordnetenkollegen im Ausschuss noch nicht ganz festgesetzt. Meine Empfehlung wäre, vielleicht das Gesetz zu ändern. Das wäre, wenn man etwas dagegen hätte, für die Abgeordneten die entsprechende Aufgabe.

Jetzt ist aber eine andere Provision dabei – die Zahlung des Justizministeriums, auch dass da über die Höhe verhandelt wurde und dass man sich betreffend die Höhe verglichen hat, ist an sich nichts wirklich Auffälliges im Wirtschaftsleben –, nämlich jetzt geht es darum, dass Sie gleichzeitig auch von der Firma Porr eine Provision bekommen haben. (*Ernst Karl Plech: Ja!*) Und von dieser Provision haben Sie an den Herrn Meischberger etwas weitergeleitet. – Ist das richtig?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Herr Meischberger war Tippgeber und hatte Anspruch auf jene Summe, die insgesamt aus dem Geschäftsfall kassiert wird.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Eben darum geht es mir, um den Tippgeber dabei, weil der ehemalige Justizminister Böhmdorfer gestern gemeint hat, mit Meischberger hat er diesbezüglich überhaupt keinen Kontakt gehabt.

Kann es sein, dass Herr Meischberger den Tipp von woanders bekommen hat, dass da gesucht wird?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das kann ich nicht ausschließen, das weiß ich aber nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also Sie wissen nicht, von wem der Herr Meischberger den Tipp bekommen hat, das Justizministerium sucht für drei Gerichte neue Räumlichkeiten – an sich etwas, was man in Justizkreisen ja schon länger überhaupt gewusst hat. (*Ernst Karl Plech: Ich habe es nicht gewusst!*) Also eine besondere Neuigkeit ist es ja nicht gerade, dass die Justiz Räumlichkeiten gesucht hat.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe es nicht gewusst. Und woher er den ... – Ich nehme an, dass es über die ... – Ich habe mich damals sogar noch etwas geärgert, weil ich ja den Justizminister gekannt habe und mich gewundert habe, dass er, wenn einmal so ein Fall der Einquartierung eines Teiles der Justiz passiert, nicht gleich mich anruft, denn das wäre ja logischer gewesen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das heißt, Meischberger tritt an Sie heran und sagt: Ich habe einen Tipp, das Justizministerium sucht. (*Ernst Karl Plech: Ja!*)

Was haben Sie dann unmittelbar danach mit diesem Tipp gemacht?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe dann in der Folge den Minister angerufen und habe gefragt: Stimmt das? Ich habe das gehört, der Walter hat mir das erzählt.

Woher hat Meischberger das? – Also noch einmal, es hat sich so abgespielt, dass ich dann gesagt habe: Ja warum hast du nicht gleich mich angerufen, das wäre doch leichter gewesen? – Aber er war bei diesem Gespräch ziemlich reserviert und hat mich sofort an diesen Sektionschef Fellner verwiesen, der für diesen Fall zuständig war.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Auch schon mit weiteren Prüfungen, was dieses Objekt kann oder können muss?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, nein! – Man macht zunächst einmal ein Anbot. Das Anbot umreißt in etwa die Eck- und Grundwerte – die Höhe der Miete, die Höhe der Betriebskosten, meistens eine technische Ausschreibung oder eine Ausstattungsliste –, und das ist mitgeschickt worden oder mitübergeben worden mit dem ersten Anbot. Und dann sind dort Fachleute zusammengeeeilt – Fellner, Germ, also alle, die davon betroffen waren – und haben das beurteilt. Und danach kam es zu Gesprächen im Beisein des Ministers.

Der Minister war von diesem Objekt begeistert, weil er vor allem die Verkehrsanbindung als besonders gut gesehen hat. Die ist auch erstklassig: Da kann aus ganz Wien jeder innerhalb von einer halben Stunde auf dem Gericht sein.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gestern ist etwas aufgetaucht, und zwar im Zuge dieser Sache betreffend Nordbergstraße, nämlich dass das Konsortium, das unter anderem auch von Ihrem Freund Walter Meischberger betreut wurde, bestehend aus der Porr und der Stiftung des Herrn Kallinger, dass also dieses mit einem relativ knappen Betrag, nämlich einer Million drüber – diese eine Million drüber ... (*Ernst Karl Plech: Das kennen wir schon!*) ... erinnert auch an etwas anderes, an einen anderen Deal ...

Jetzt geht es darum: Woher könnte Meischberger oder Kallinger, woher könnten die die Angebotssumme gewusst haben? Natürlich kann der Herr Kallinger selbst vielleicht aus dem Bereich der Telekom die Angebotssumme erfahren haben (*Ernst Karl Plech: Ich gehe davon aus!*), weil die haben ja die Beträge dort.

Sie gehen davon aus, es ist aber doch auch zulässig, wenn man Ihnen missgünstig eingestellt ist, dass man sagt, vielleicht hat der Plech das aus dem Aufsichtsrat der **BIG** gewusst, denn dort ist ja dieses Projekt auch durchgerechnet und präsentiert worden, und Sie haben ja selbst eingangs gesagt, der dafür Zuständige, der Herr Chromy, war einer, der kalkuliert hat und dann nicht sehr elastisch war, wenn es um einen höheren Kaufpreis gegangen ist. Das deckt sich ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech (*in Richtung Vertrauensperson*): Ich hab schon, ich mach schon!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die Auskunftsperson sagt momentan selber: „Ich mach schon!“, und die Vertrauensperson versucht dauernd, sich ins Gespräch einzuschalten. Also wenn die Auskunftsperson sagt: „Ich mach schon!“, wirkt das auf mich nicht gerade wie ein Hilferuf gegenüber der Vertrauensperson, wenn ich das ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das ist eindeutig. Ich weise nochmals auf meine eingangs vorgenommene Belehrung hin, nämlich dass die Vertrauensperson nur dann heranzuziehen ist, wenn sich die **Auskunftsperson** an die Vertrauensperson wendet. Umgekehrt gibt es ... (*Abg. Dr. Jarolim: Ja, aber diese Argumentation hat ja schon Tradition vom letzten Mal!*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (*fortsetzend*): Ich fasse das von Kommerzialrat Plech so auf, dass er meine Fragen an sich gerne beantworten möchte. (*Ernst Karl Plech: Ja!*)

Es ist bei dieser Frage betreffend die BIG und diesen Herrn Chromy darum gegangen: Das deckt sich auch mit einer Aussage, die von Herrn Chromy selbst gemacht wurde, nämlich dass ihm seitens der Telekom eine höhere Summe als Vorstellung genannt wurde, er aber kategorisch gesagt hat: Das kommt überhaupt nicht in Frage, das zahlen wir nie! Er kann sich aber an die konkrete Summe gar nicht erinnern.

Es gibt Unterlagen darüber, die sind aber nicht mehr gefunden worden, also wissen wir gar nicht, was die Telekom verlangt hat. Das hat uns gestern auch Herr Vorstandsdirektor Sundt nicht sagen können. Vielleicht weiß das in der Telekom überhaupt niemand – also es gibt da gewaltige Amnesien.

Jetzt aber schildern Sie den Herrn Chromy eben so, dass sich das ungefähr auch mit seiner eigenen Aussage deckt, nur ist der Verdacht eben da, die Information könnte auch von Ihnen gekommen sein. Sie haben gesagt, Sie haben sich in dieser Sache aus dem Aufsichtsrat zurückgezogen – oder wie darf ich das verstehen? (*Ernst Karl Plech: Nein, nicht aus dem Aufsichts...!*) Sie sind nicht zurückgetreten als Aufsichtsrat? (*Ernst Karl Plech: Nein! Nicht aus dem ...!*) Haben Sie sich die Ohren zugehalten oder was ist passiert bei dem konkreten ...?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein! – Aus dieser speziellen Sache Nordbergstraße habe ich mich zurückgezogen.

Noch einmal: Diskutiert wurde der Ankauf dieses Hauses mit einem Preis ... – Ich bilde mir ein, es gab sogar ein Angebot an die Telekom von 25 Millionen oder ein bisschen mehr – 25,5 oder so –, und letzten Endes ist es dann, glaube ich, um 31 Millionen verkauft worden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also das Angebot der BIG war ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die letzte Frage, bitte!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die letzte Frage lautet – Sie haben zuerst eine Veranstaltung betont, wo Sie bei der Partei waren und haben dann

präzisiert, bei der Freiheitlichen Partei, wo Sie jemanden kennengelernt haben –: Sind Sie oder waren Sie Mitglied in der FPÖ?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich war nie Mitglied in der FPÖ.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich mache es sehr kurz. Wann genau haben Sie denn den Tipp von Herrn Meischberger betreffend Böhmendorfer bekommen, dass der Böhmendorfer etwas sucht? Wann genau ist das gewesen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Genau kann ich Ihnen das nicht sagen, weil das zehn Jahre her ist, aber ich habe schon die Frage Ihres Kollegen beantwortet: Das muss so um 2001, ich habe jetzt die Unterlagen nicht da (*die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen*) – oder Anfang 2002 gewesen sein. Es kann auch sein, dass es Ende 2001 war; ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Auf Basis dieser Information – Böhmendorfer sucht etwas – haben Sie dann mit Meischberger diese Provisionsvereinbarung geschlossen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, das war viel später. Das war im Juni.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hat Meischberger außer dieser Information sonst noch Leistungen in diesem Zusammenhang erbracht?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist mir jetzt nicht mehr erinnerlich, aber sicher hat er noch etwas getan.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie da ein paar aufzählen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Kann ich nicht. Das ist elf Jahre her, Herr Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Am Telefon nennen Sie nur diese eine Leistung. Denn die Frage ist für mich – wir haben das gestern auch ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das habe ich ja schon dem Kollegen beantwortet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben das auch gestern besprochen: Dieses Projekt ist gelaufen seit Jahren. 44 Projekte sind da vom Justizministerium selbst geprüft worden; dieses Projekt City Tower ist in die Endauswahl der letzten fünf gekommen. Es haben über 100 Personen Bescheid gewusst, dass Minister Böhmendorfer etwas sucht, also frage ich Sie jetzt:

Warum bekommt Herr Meischberger über **500 000 €** für eine Information, dass der Böhmendorfer etwas sucht, wenn das damals schon einem viel größeren Kreis bekannt war, vor allem damals auch in der Immobilienbranche in Wien, dass das Justizministerium Gebäude und Flächen sucht?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Also das ist wieder eine Annahme von Ihnen. Ich weiß oder wusste nicht von anderen Kollegen, dass die suchen. Das ist in der Branche durchaus üblich – überhaupt in dem Level, in dem wir arbeiten –, dass solche Informationen unter der Vereinbarung einer **A-Meta-Vereinbarung** gemacht werden. Also ich hätte davon nichts gewusst.

Ich habe es nicht gewusst – Meischberger hat es gewusst.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie zu Herrn Böhmendorfer irgendwelche aufrechten Geschäftsverhältnisse, geschäftlichen Kontakte, Beziehungen in der Vergangenheit gehabt? (*Ernst Karl Plech: Ja, einige!*) – Auch in jüngster Vergangenheit?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: In jüngster Vergangenheit hat ihm meine Frau ein Haus verkauft, im Dezember 2011.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dr. Böhmendorfer hat gestern etwas anderes gesagt. – Das heißt, Sie haben mit dem Herrn Böhmendorfer auch geschäftlich zu tun?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Na ja, geschäftlich ist vielleicht etwas übertrieben, da geht es um Vertretungen: Es geht um die Vertretung gegenüber einer Bank, die er für mich hat. Also als Anwalt beschäftige ich ihn, aber das kann man geschäftlich nennen oder auch nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Warum ich Sie das frage: Nach einem Telefonüberwachungsprotokoll besprechen Sie einmal mit dem Herrn Meischberger, ob man den Herrn Böhmendorfer **warnen** soll.

Frage: Wovor hätten Sie denn den Herrn Böhmendorfer **warnen** sollen? In welchem Zusammenhang ist das diskutiert worden? Und haben Sie dann den Herrn Böhmendorfer gewarnt?

Es ist nämlich spannend, dass dieses Gespräch über Dr. Böhmendorfer, über die Böhmendorfer-Warnung, am 2. Februar 2010 stattgefunden hat, und nur wenige Tage später, nämlich am 7. Februar 2010, Sie Herr Böhmendorfer anruft, Ihnen auf die Mailbox spricht und um Rückruf ersucht. Was können Sie uns denn dazu angeben? – (*Ernst Karl Plech: Also Herr Petzner, ...!*) Haben Sie dann den Herrn Böhmendorfer zurückgerufen? (*Ernst Karl Plech: Also Herr Petzner, ...!*) Haben Sie Böhmendorfer gewarnt? Wovor hätten Sie und Meischberger Böhmendorfer **warnen** müssen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Also Herr Petzner, **der** Bart geht Ihnen bis zu den Knien. Da geht es um etwas ganz anderes. Da geht es darum ... (*Abg. Petzner: Klären Sie mich auf!*) – Na ja, da ist es darum gegangen, dass in meinem Tresor – das wissen Sie aus dem Akt – Unterlagen gefunden worden sind aus der Sache Meischberger/Haider, und die Warnung war nur deswegen, dass das kommt. Das ist ja politisch nicht so ganz einfach gewesen, diese ganze Lösung, und ich habe eben einfach nichts anderes wollen, als dass Böhmendorfer weiß, dass diese Dinge auf ihn zukommen. – Das ist aber schon x-mal ausgesagt, x-mal behandelt worden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn man diesen Sparbuchbetrag in Euro umrechnet, dann ergibt dieser Euro-Betrag 181 000, und es gibt da teilweise erstaunliche Parallelen zu Summen, die geflossen sind.

Ich frage Sie daher ganz bewusst: Können Sie ausschließen, dass da ein Zusammenhang besteht, nämlich zwischen diesem Sparbuch und Provisionsflüssen bei den heute diskutierten drei Projekten?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Absolut! Das war ja wesentlich früher! Der Provisionsfluss war – ich weiß es jetzt nicht auswendig – ich glaube, 1997 oder 1998.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, aber es gibt ja zu dem Sparbuch dann auch divergierende Angaben des Herrn Meischberger (*Ernst Karl Plech: Ich glaube, dass es 1998 ...!*), deswegen frage ich Sie das.

Kommen wir zum **Terminal Tower**. Es gibt eine Aussage von Huber, hier unter Wahrheitspflicht im Untersuchungsausschuss – und Pöchhacker bestätigt das –, dass am 11.5.2004 ein Gespräch stattgefunden hätte zwischen Ihnen, Huber und Pöchhacker betreffend Terminal Tower, wo laut Huber besprochen wurde eine Provisionsforderung, ein Vorschlag von Ihnen, in der Höhe von 700 000 € – das hat Huber hier unter Wahrheitspflicht ausgesagt.

Was können Sie über dieses Gespräch mit Pöchhacker im Mai 2004 berichten? Was haben Sie diesbezüglich – in Sachen Terminal Tower – mit Pöchhacker besprochen, und welche Dienste haben Sie dem Herrn Pöchhacker für diese 700 000 € angeboten?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Also es ist *nie* zu einem Gespräch dieses Inhalts gekommen. Das Treffen am 11.5.2004 war die Einigung über die Abrechnung Nordbergstraße.

Noch dazu sagt Herr Huber, als ich, Plech, das Büro verlassen habe, hätte Pöchhacker gesagt, der Plech will 700 000. – Der Termin war bei mir im Büro. Ich verlasse mein Büro nicht, *die* haben mich verlassen und sind gegangen. – Das ist der erste Fehler, den Huber gemacht hat.

Noch einmal: Ich habe niemals von irgendjemandem 700 000 € verlangt für diesen Deal. Ich habe damit ja überhaupt nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sind Sie in Sachen Terminal Tower irgendwie aktiv geworden? Haben Sie da jemals Provisionen bekommen? Sind Sie da jemals aktiv geworden?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Bei der Sache Terminal Tower bin ich überhaupt nicht aktiv geworden. Ich kann mir diese Aussage des Herrn Huber auch nur so erklären, dass er wahrscheinlich gewisse Rachegeanken hat aus der Sache Nordbergstraße.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Huber hat hier unter Wahrheitspflicht ausgesagt. – Sie sagen, Sie kommen in Sachen Terminal Tower niemals vor. Da gibt es einen langen Prozess, da gibt es eine Scheinstudie, da gibt es Verrechnungen über die „Astropolis“, und da gibt es auch handschriftliche Aufzeichnungen und E-Mails, und da kommen Sie dauernd vor.

Ich zitiere aus einem E-Mail eines Vertreters der Raiffeisen, Mag. Sandler, der schreibt in Bezug auf Sie – Zitat –:

„Es gab Gespräche zw. Pöchhacker und Hr. Plech (AR-Vorsitzender“ –

also Aufsichtsratsvorsitzender –

„der BIG) und Intimus von KHG, die ganz gut gelaufen sind – lt. Pöchhacker rechnet er mit einer baldigen positiven Entscheidung des Fin.Min.“ –

des Finanzministeriums –

„für unseren Standort ... mfg K.Sandler

P.S. bitte diese Infos vertraulich behandeln!“

Das heißt, im Konsortium berichtet man: Der Pöchhacker hat geredet mit dem Plech; Plech sagt, es schaut gut aus – und tatsächlich ist das Ganze dann auch gut gelaufen und die Finanzbehörden sind in den Terminal Tower eingezogen.

Also: Welche Gespräche haben Sie mit Pöchhacker geführt – als „Intimus von KHG“, das schreibt die Raiffeisen selber, der „Intimus von KHG“ hat mit Pöchhacker gesprochen in Sachen Terminal Tower und man kann mit einer baldigen positiven Entscheidung des Finanzministers rechnen. Sie haben gerade gesagt, Sie spielen keine Rolle, Sie tauchen aber ständig in den Unterlagen auf.

Worüber haben Sie denn geredet mit dem Herrn Pöchhacker?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Herr Petzner, Sie bringen ständig Dinge (*Abg. Petzner: Na, ich bringe überhaupt keine Dinge, sondern ich habe ein Mail zitiert von Raiffeisen!*), mit denen ich überhaupt nichts zu tun ... Ich kenne weder ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Moment! Sie haben schon gefragt – und das war sowieso schon in der „Überzeit“, denn die 4 Minuten Fragezeit sind vorbei –, und jetzt hat Kommerzialrat Plech Zeit zu antworten.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Also ich kenne weder dieses Mail noch kenne ich einen Herrn Sandler – ich habe mein ganzes Leben von diesem Menschen nie gehört. Ich kann mir das nur so vorstellen, dass da mein Name missbraucht wurde, denn ich habe mit keinem der Leute irgendeinen Kontakt gehabt und mit Pöchhacker *nie* über dieses Thema geredet – *nie!*

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Frau Moser, ich verbrauche gleich die Zeit meiner Schlussfrage, denn ich hänge das jetzt gleich an, weil ich das abschließen will. (Obfrau Dr. Moser: Gut!)

Ihr Name wird missbraucht: Das ist eine sehr kuriose Erklärung (*Ernst Karl Plech: Wie kann ein Unbekannter meinen Namen nennen?!*) –, Sie kommen nämlich noch einmal vor.

Sie kommen vor im Mailverkehr, im Schriftverkehr zu diesem Terminal Tower und Sie kommen dann vor in Einträgen des Herrn Wailzer, der da als Projektverantwortlicher auch ganz entscheidend war, von dem gefunden und von ihm übergeben wurden Notizbucheinträge von ihm.

Da gibt es einen Eintrag, da kommen wieder Sie vor, einen Eintrag vom 31.1.2006 – wenige Wochen, bevor Grasser plötzlich doch den gleichen Mietvertrag in Sachen Terminal Tower unterschrieben hat, den er im Dezember 2005 noch – und zwar genau den gleichen! – abgelehnt hat. In der Zwischenzeit – von Dezember bis März – haben wir die Provisionsfixierung, und mitten in diesem Zeitraum vermerkt der Herr Wailzer in seinem Notizbuch, wie gesagt, am 31.1.2006:

Pfeil Grasser, ein Pfeil von Grasser in Richtung Ihres Namens, Plech, und dann steht dabei: okay.

Und das ist genau während jenes Zeitraums, wo plötzlich dieser Schwenk von Grasser kommt, dass er jenen Mietvertrag, den er im Dezember 2005 noch abgelehnt hat, dann im März 2006 eins zu eins unterschreibt.

Also wie können Sie sich diesen Eindruck des Herrn Wailzer erklären, der da ganz massiv involviert war, der auch diese Provisionszahlungen an Meischberger bestätigt, der eigene E-Mails dazu geschrieben hat, damit er sich selbst schützt, wie wir das in seiner Befragung herausgefunden haben?

Das heißt, auch da kommen Sie, Herr Plech, namentlich vor: einmal als „Intimus von KHG“ bei diesem Raiffeisen-Menschen Sandler, einmal bei Wailzer – Grasser, Plech, okay. Also muss es da eine Connection Grasser/Plech geben, wenn Sie dauernd in den Unterlagen betreffend den Terminal Tower auftauchen.

Ich frage Sie jetzt – unter Vorhalt dieser Unterlagen –: Was haben Sie in Sachen Terminal Tower mit dem Herrn Finanzminister Grasser damals besprochen und getan?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe mit dem Finanzminister über dieses Thema Terminal Tower überhaupt nie gesprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie können Sie sich erklären, dass Sie dann in den Unterlagen ständig namentlich auftauchen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ja, das kann ich mir nicht erklären, aber ich muss Ihnen sagen, ich habe darauf keinerlei Einfluss. Fragen Sie den Herrn Wailzer, oder wie immer die Herrschaften, die Sie da genannt haben, heißen! Keine der genannten Personen habe ich je gesehen oder gesprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die haben Sie alle unter Wahrheitspflicht belastet.

Abgeordnete Elisabeth Hake (SPÖ): Herr Plech, es gibt dieses Konto „Millenium“; was hat es damit auf sich? Was war der Zweck dieses Kontos?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Welches Konto? „Millenium“?

Abgeordnete Elisabeth Hake (SPÖ): „Millenium“, haben Sie davon schon gehört?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das war ein Konto, das ich irgendwann einmal aufgemacht habe – ich bilde mir ein –, weil da meine Frau aus dem Erbe ihres Vaters etwas bekommen hätte sollen. Das war ein Konto, das meines Wissens eröffnet worden ist, weil ... Ich habe zweimal Konten dort eröffnet, das eine Mal, weil wir in der Schweiz eine Firma kaufen wollten ... (*Abg. Hake: Wo „dort“? Entschuldigung!*) – Bei der Hypo war das. War das nicht Hypo? Das weiß ich nicht mehr genau. Kann ich mir das anschauen?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Obwohl ich der Meinung bin, dass das mit dem Untersuchungsgegenstand nichts zu tun hat – ich erkläre Ihnen auch gleich warum –: Dieses Konto ist eröffnet worden, weil wir die Absicht hatten, in der Schweiz eine Makler- und Verwaltungsfirma zu kaufen, was uns dann aber nicht gelungen ist. (*Abg. Hake: „Uns“ ist wer?*) – Meischberger und Plech.

Abgeordnete Elisabeth Hake (SPÖ): Also nicht wegen Ihrer Frau oder wegen des Erbes eröffnet? Da haben Sie sich beim ersten Mal geirrt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ein Momenterl! (*Abg. Hake: Sie haben vorher gesagt, Sie glauben, dass Sie es eröffnet haben ...!*) – Ich habe gesagt, ich bin mir nicht sicher, eines der beiden Dinge war es. Es hat ein zweites Konto gegeben, wo meine Frau von ihrem Vater irgendetwas gekriegt hat, aber dieses Konto ist das Konto, das den Ankauf von der Confidia in der Schweiz behandelt hat.

Abgeordnete Elisabeth Hake (SPÖ): Können Sie ausschließen, dass dort Beträge hin überwiesen worden sind, oder hat es dort eine Kontobewegung gegeben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wir haben, glaube ich, 500 € einzahlen müssen oder so etwas, aber eine weitere Bewegung hat es nicht gegeben, weil es ja nicht zustande gekommen ist. (*Abg. Hake: Wie viel?*) – Ich weiß es jetzt nicht. Oder 5 000 Schilling, ich weiß es nicht genau. Das war 2001.

Abgeordnete Elisabeth Hake (SPÖ): Woher stammt dieser Betrag? (*Ernst Karl Plech: Die 5 000 Schilling?*) – Ja, die 500 €. Woher stammt dieser Betrag: von Ihnen oder von Meischberger?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Von uns beiden, die haben wir eingesteckt gehabt. Ich glaube nicht, dass wir einen Kredit dafür aufgenommen haben.

Abgeordnete Elisabeth Hake (SPÖ): Haben Sie öfter Konten mit dem Herrn Meischberger in den letzten zwölf Jahren eröffnet?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ja, wir haben die bekannten Konten eröffnet, zu denen ich mich aber jetzt sicher der Aussage entschlage. Die Konten, die wir gemeinsam eröffnet haben, haben Sie alle in den Protokollen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Plech! Ich habe noch ganz kurze Fragen, und zwar zur *Riemergasse*. Sie haben uns heute erklärt, warum Sie glauben, dass Ihnen diese Ansprüche zustehen. Wir haben gestern lange den Herrn Germ, der ja der im Justizministerium für den Budgetbereich zuständige Sektionschef war, befragt. Er hat uns einige Dinge mitgeteilt, wo man sich wirklich fragt, was eigentlich hinter einer Entscheidung steckt, die dazu führt, dass das Justizministerium letztlich,

und zwar zu einer Zeit der extremen Budgetknappheit, einen Betrag von 1,2 Milliarden – es sind zwar nur Schilling, aber immerhin: 1,2 Milliarden Schilling – für ein Projekt hinauswirft – muss man sagen, zumindest aus meiner Sicht –, das völlig überflüssig gewesen ist, weil es Alternativ-Projekte zu dieser Zeit gegeben hat, die wesentlich billiger waren.

Es hätte lediglich ein Drittel dieses Mehraufwandes gekostet, wenn man ein lange verfolgtes Projekt am Rennweg umgesetzt hätte. Da hätte man die Riemergasse behalten. Die ist zu einem Betrag von 180 Millionen € gerade fertig saniert gewesen. Man hätte die Riemergasse behalten können, man hätte ein neues Gebäude dazubekommen, dann hätte man die Justiz locker überall auf diesen beiden Plätzen untergebracht, hätte gleichzeitig sichergestellt, dass die BIG weiterhin ihre Mieten bekommt; die hat sie nämlich dann auch nicht bekommen. Wenn man das ansetzt, wird der Schaden noch größer, das heißt, der Bund hat eigentlich aus all diesen abenteuerlichen Transaktionen ... – Diese Transaktion ist damals von den Richtern als „Böhmdorfers Umzugswahnsinn“ bezeichnet worden; aus meiner Sicht völlig zu Recht. Das hätte sich jedenfalls die Justiz ersparen können.

Es ist noch dazugekommen, dass uns Herr Germ gestern mitgeteilt hat, dass im Rahmen der Erhebungen über neue Standorte genau dieser Standort, wo dann der Justizturm errichtet worden ist, evaluiert wurde, geprüft wurde und als nicht so gut ausgeschieden worden ist.

Böhmdorfer uns das gestern dankenswerterweise erzählt und bestätigt das, was Germ gesagt hat, er hat gar nicht seine zuständigen Fachabteilungen beigezogen, sondern er hat das einfach mit Ihnen ausgehandelt, so als Einzelperson, hat mit Ihnen Gespräche geführt, wobei teilweise der Herr Fellner dabei war, und hat mit Ihnen mehr oder weniger diese Geschichte ins Trockene gebracht.

Jetzt hätte ich gerne aus Ihrer Sicht gewusst – Sie waren ein ganz wesentlicher Player und haben auch eine Provision für etwas bekommen, was dem Justizministerium davor schon längere Zeit bekannt war –: Von der zeitlichen Reihenfolge her, was hat sich damals abgespielt und was war das, was Sie mit dem Herrn Böhmdorfer persönlich vereinbart haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe das bereits einige Male beantwortet, sage es Ihnen aber gerne noch einmal: Diese 30 Millionen € rechnen sich hoch auf 30 oder 50 Jahre, was nicht gerade billig ist, denn wir reden eigentlich von einem Zeitraum von Monaten beziehungsweise Jahren.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich kann nur sagen, nur damit da kein Irrtum entsteht, die 1,2 Milliarden rechnen sich hoch ... (*Ernst Karl Plech: Schilling!*) – Schilling, das ist aber auch nicht gerade wenig.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ist nicht wenig, aber auf 30 Jahre kalkuliert ein normaler Kaufmann nicht, er kalkuliert auf zehn Jahre.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Da braucht es schon einige Jahre Provisionszahlungen, dass man auf diesen Betrag kommt.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich weiß nicht, worauf Sie da losgehen, Herr Abgeordneter. Ich kann Ihnen nur eines sagen ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich gehe los auf die völlig unsachliche Entscheidungsfindung ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das war keine unsachliche Entscheidungsfindung. Die Entscheidungsfindung lag nicht bei uns. Wir haben angeboten, haben die ganzen Sachen erledigt, die dazu notwendig waren. Ich habe schon gesagt, wir haben

Fachleute bestellt, wir haben den Umzug organisiert, wir haben eine wesentlich höhere Leistung als ein normaler Makler dort beigebracht. Und die Entscheidung ist beim Herrn Böhmdorfer beziehungsweise seinen Gruppen gefallen.

Noch einmal: Es war nicht nur der Herr Germ dabei, da waren x Leute dabei ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Dr. Germ war eben nicht dabei, das ist ja das. (*Ernst Karl Plech: Ich kenne den Germ!*) Das ist nicht ein Vorwurf gegenüber Ihnen, denn Sie machen natürlich das Geschäft, das man Ihnen anbietet, das kennen wir aus allen anderen Akten auch.

Das Problem ist mehr oder weniger, dass Herr Böhmdorfer eine aus meiner Sicht völlig nicht nachvollziehbare Entscheidung getroffen hat, bei der er allerdings im Wesentlichen die üblichen Gebarungen im Haus völlig ausgeschaltet hat – Ich glaube, das Mikrofon hat irgendetwas! – Ja, ausgeschaltet hat, indem er einfach den zuständigen Germ ... – Germ war eben **nicht** dabei.

Das ist auch das, wo sich Germ veranlasst gesehen hat, einen Aktenvermerk an den Minister zu schicken, weil, als er mit Ihnen bei einer anderen Gelegenheit gesprochen und Sie gefragt hat, wie das eigentlich mit der Provision ist, Sie ihm nur gesagt haben: Ich habe das mit dem Böhmdorfer schon direkt ausgemacht. Also insofern gibt es natürlich diese Gespräche, die Sie vorhin in Abrede gestellt haben. Und Sie haben ihm gesagt, er soll sich über irgendetwas werfen.

Meine Frage ist: Wie kommt es dazu, dass Sie mit Böhmdorfer ...

Kann man das Mikro dann bitte austauschen? Hören Sie mich?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Kurzfristig bitte das andere Mikrofon verwenden! Das geht aber nicht, das Kabel ist zu kurz. (*Ernst Karl Plech: Ich höre Sie!*)

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wenn Sie mich eh hören, dann ist es in Ordnung.

Wie kommt es dazu? Der Herr Böhmdorfer hat uns das erklärt, Germ sagt, er war nie dabei, Böhmdorfer bestätigt das. Was haben Sie da eigentlich mit Böhmdorfer vereinbart und auf welcher Basis?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe mit Herrn Dr. Böhmdorfer überhaupt nichts vereinbart, ich habe es gerade vorher erklärt. Auf Grund der Maklerverordnung habe ich ein Anbot gelegt ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Dr. Böhmdorfer ist Rechtsanwalt. Glauben Sie, dass er uns gestern da angelogen hat – oder was?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Was heißt „angelogen hat“?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Dr. Böhmdorfer hat gesagt, er hat das mit Ihnen vereinbart.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die Reduktion hat er dann mit mir vereinbart. Wir reden von der Reduktion. Noch einmal: Ich habe ein Anbot dort hingeschickt ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Böhmdorfer kann nicht eine Reduktion mit Ihnen vereinbaren, wenn er vorher nichts vereinbart hat. Eine Reduktion kann ich nur dann vereinbaren, wenn ich ein Grundverhältnis habe.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Herr Doktor, Sie als Anwalt müssten doch ein bisschen etwas über die Maklerverordnung wissen. *Abg. Dr. Jarolim: Gott sei Dank, ja!* – Mein Anspruch entsteht mit dem Anbot und der Leistung bis zum Vertragsabschluss, aber nur dann, wenn dieser Vertrag auch abgeschlossen wird. Das

ist alles geschehen. Es gibt keine Vereinbarung mit der Justiz, das habe ich vorher gesagt. Eine schriftliche Vereinbarung gab es mit der Porr.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie haben ein Angebot gelegt an wen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: An das Justizministerium, zu Handen Herrn Fellner.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist das Justizministerium nicht der Herr Böhmdorfer?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, das war der Herr Fellner, an den ich das Anbot gelegt habe. (*Abg. Dr. Jarolim: Welcher Herr?*) – Herr Fellner.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Böhmdorfer hat uns gestern gesagt, er hat das mit Ihnen besprochen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Dr. Böhmdorfer hat die Reduktion mit mir besprochen. Und er hat auch x-Mal mit mir darüber gesprochen: Wird es fertig? Er hat ja gezweifelt daran, dass ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Als wenn Sie und der Herr Böhmdorfer nicht wissen, was Sie miteinander gesprochen haben – und der Eindruck entsteht jetzt ganz eindeutig –, dann wird die ganz Geschichte ja noch dubioser.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich verbitte mir den Ausdruck „dubios“! Das können Sie sich nicht leisten! (*Abg. Dr. Jarolim: Ich kann nichts dafür, aber ...!*) Nein, das können Sie sich ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Da kann ich nichts dafür, aber de facto ist es so.

Ist der Herr Böhmdorfer an Sie herangetreten – oder sind Sie an ihn herangetreten?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Bei was? Bei der Reduktion, beim Gespräch um die Reduktion – oder bei was?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Bei der Anbahnung dieses Geschäftsfalles.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Da bin ich an die Justiz herangetreten. Selbstverständlich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wann haben Sie den ersten Kontakt mit Herrn Böhmdorfer gehabt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das weiß ich elf Jahre später nicht. Das tut mir leid.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber Sie müssen ja wissen, wann ungefähr der Herr Böhmdorfer in dieser Transaktion ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich weiß es elf Jahre später nicht!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich sage Ihnen Folgendes: Herr Germ hat uns gestern erzählt, Herr Böhmdorfer ist plötzlich gekommen und hat gesagt: Ich habe ein Projekt; ihr könnt euch alles, was wir bis dato gemacht haben, irgendwo in die Haare schmieren, denn ich möchte dieses Projekt! (*Abg. Dr. Rosenkranz: Das hat Dr. Böhmdorfer aber nicht so gesagt!*) – Das hat er nicht so gesagt, aber de facto ist es herausgekommen. – Stellen Sie das ein! Ich möchte diesen einen Tower haben, und das ist durchzusetzen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Fragen Sie den Dr. Böhmdorfer! Das ist sicher das Gescheiteste. (*Abg. Dr. Jarolim: Den habe ich gestern gefragt!*) Dann fragen Sie ihn noch einmal! Ich lasse mich da nicht beleidigen!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nein, ich will Sie nicht beleidigen, Herr Plech, ich bin der Letzte, der Sie beleidigen will. Ich bin froh, dass Sie da sind, aber ich bin auch froh, dass wir damit die Widersprüchlichkeiten herausarbeiten können. Und insofern bin ich Ihnen dankbar.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Es gibt *keinen Widerspruch!* Wo gibt es einen Widerspruch? Ich habe das ganz normal angeboten, wie das üblich ist, ich habe alles gemacht, dass dieses Objekt sozusagen zum Gehen gebracht wird, was ja nicht so einfach war und habe mir dann noch die halbe Provision runterreißen lassen. Also was wollen Sie von mir?! Ich habe eh Berufsverbot während meiner Zeit gehabt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Was ich von Ihnen will, ist die Darstellung der Abwicklung dieser Transaktion, die aus meiner Sicht völlig unplausibel abgelaufen ist. (*Ernst Karl Plech: Das ist alles plausibel!*) – Es ist nicht nachvollziehbar!

Ich sage Ihnen das noch einmal: Dr. Böhmendorfer hat sich gestern hergesetzt – und da muss man Hut ab! zu dieser Ehrlichkeit sagen – und hat bestätigt, was Herr Germ gesagt hat, nämlich, dass Germ innerhalb des Justizministeriums mitgeteilt bekommen hat, dass die üblichen Routinen, dass das Ministerium diese ganzen Transaktionen vorbereitet, abwickelt und abschließt, ausgehebelt werden, dass Herr Böhmendorfer selbst gesagt hat, ich möchte den Justiz-Tower, und dass damit mehr oder weniger dieses Projekt aufoktroiyert wurde. Das sage jetzt ich. Das hat nicht Böhmendorfer gesagt, sondern ich.

Damit ist der Republik ein Vermögensnachteil in Höhe von 1,2 Milliarden entstanden, was offensichtlich dazu geführt hat, dass Sie von zwei Seiten Provisionen bekommen haben, nicht wenig Provision, und dass der Herr Meischberger – und das ist natürlich das, was uns immer wieder aufstößt – und Sie immer wieder sozusagen paketweise auftreten. Ich persönlich sehe den Herrn Grasser im Hintergrund. Im Endeffekt werden immer wieder Zahlungen auf drei Konten oder anderswohin gezahlt, wo man sich dann schon denkt: Was ist das eigentlich für ein Geschäftsmodell, das da gefahren wird?

Daher muss ich Sie natürlich dazu befragen, insbesondere wenn ich wissen möchte: Was hat Böhmendorfer gesagt, und was haben Sie gesagt?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Es ist jetzt gesagt worden, dass es sich hier um eine Unterstellung handelt. Ich habe, Herr Kollege Jarolim, nicht verstanden, dass Sie *diese* Provision gemeint haben, dass die auf diese drei Konten geflossen ist. Das ist nämlich als Unterstellung in Bezug auf die Provision für den Justiz-Tower gewertet worden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nein, das ist keine Unterstellung. Ich habe nicht diese Provision gemeint, sondern die anderen. Es gibt ja irrsinnig viele Provisionen, die in dieser Zeit, nach diesem Ausplünderungsbeschluss, über den wir ja gehört haben, geflossen sind.

Herr Plech, das müssen Sie sich schon vorhalten lassen. Ich meine, Sie dürfen nicht dort sensibel sein, wo Sie letztlich auf der anderen Seite nach all dieser Aktenlage überall bei allen Projekten nicht unwesentliche Anteile an Provisionen bekommen haben, die Sie dann mit dem Herrn Meischberger geteilt haben, und möglicherweise

mit einer wahrscheinlich dritten Person auch noch. Und wenn man Sie dann genau darüber fragt, sind Sie auf einmal beleidigt. Das ist Aktenstand bitte, das ist nicht ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte um die Frage! Die Fragezeit ist auch schon überschritten!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich frage jetzt nichts mehr, weil denn ich habe eh schon drei Mal bezüglich Herrn Böhmendorfer gefragt. Da kommt nichts mehr heraus. Wir können uns einen Reim darauf machen. Wenn nicht einmal Böhmendorfer und Sie das gleich sehen, dann kann man nichts tun.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben uns ja dankenswerterweise gesagt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass die Meischberger-Leistung beim Justiz-Tower nicht nur diese vier Einfügungen, vorgefertigt in den Rechnungsentwurf, waren, sondern auch sein Wissen, dass die Justiz etwas sucht.

Was hat denn die Justiz gesucht?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ein Quartier. Büros. (*Abg. Dr. Pilz: Wofür?*) – Da habe ich keine Ahnung. Da weiß man, wenn man so eine Information kriegt, nicht für was. Das ist mir völlig egal als Makler. Mir ist das wurscht ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, dem Justizministerium war das nicht egal. Gestern haben zwei Auskunftspersonen, inklusive des damaligen Justizministers, hier im Ausschuss dokumentiert, dass Sie es zumindest gewusst haben. Es ist nämlich ein neues Quartier für das Bezirksgericht Landstraße gesucht worden. (*Ernst Karl Plech: Ja!*) – Haben Sie das gewusst? (*Ernst Karl Plech: Eigentlich ja!*) – Ist der Justiz-Tower nicht ein bisschen groß für das Bezirksgericht Landstraße? (*Ernst Karl Plech: Bitte?*) – Ist der Justiztower nicht ein bisschen groß für das Bezirksgericht Landstraße?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das weiß ich nicht. Das hat, glaube ich, 23 000 m² gehabt. Ich weiß es nicht genau. Und noch einmal: Das haben wir angeboten und ich habe dann bei der Aufteilung oder bei der Arbeitsplatzbeschreibung natürlich schon damit zu tun gehabt, aber zu groß?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Plech, es ist etwas ganz anderes passiert, das geht aus den Akten sehr klar hervor. Falls Meischberger irgendetwas vor den entscheidenden Besprechungen zwischen Böhmendorfer, Ihnen und auch anderen – da gibt es ja zahlreiche Teilnehmer an den Besprechungen im Justizministerium – gewusst hat, dann nur eines: Die Justiz sucht Platz für das Bezirksgericht 3. Und sonst gar nichts.

Interessanterweise stellen Sie aber gleich ein Anbot, und zwar am 19. Juni 2001, nicht für den Raumbedarf des Bezirksgerichtes Landstraße, sondern für einen kompletten Raumbedarf über mehr als 22 000 m².

Wie konnten Sie so optimistisch sein, dass die Justiz viel mehr braucht, obwohl bis zu diesem Zeitpunkt niemand in der Justiz mehr gebraucht hat? Warum haben Sie etwas gewusst, was noch nicht einmal die Justiz gewusst hat?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Also von einem Bezirksgericht Landstraße weiß ich überhaupt nichts, wusste ich auch nichts. Ich habe nur gewusst, dass das Justizministerium Platz sucht. Möglicherweise hat man mir dort gesagt – noch einmal: das ist elf Jahre her –, wir brauchen das für die Verlegung der Riemergasse. Das kann alles sein, nur das lässt sich nicht mehr nachvollziehen nach elf Jahren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es lässt sich nachvollziehen, Herr Plech.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Was ist da dabei: Ich biete etwas an, was die brauchen. Aus.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Plech, es ist etwas ganz Einfaches dabei. Es macht einen großen Unterschied, ob ein Immobilienmakler über den „Justizexperten“ Meischberger erfährt, dass Räumlichkeiten für das Bezirksgericht Landstraße gesucht werden – das ist eine ganz kleine Geschichte, sind ein paar Quadratmeter (*Ernst Karl Plech: Landstraße kenne ich nicht!*) –, oder ob fürs Handelsgericht, fürs Bezirksgericht Innere Stadt, fürs Bezirksgericht für Handelssachen und so weiter gesucht wird. Das macht einen riesigen Unterschied.

Zu dem Zeitpunkt – das ist aktenkundig – hat die Justiz nur etwas für das BG 3 gesucht. Trotzdem legen Sie, laut dem Tätigkeitsprotokoll „Besprechungen“ aus Ihrer Kanzlei, am 19. Juni 2001 – und wir haben das in Kopie – das Angebot City Tower an Minister Böhmendorfer. Und da geht es bereits um über 22 000 m². Also muss Meischberger, falls es von Meischberger gekommen ist, etwas gewusst haben, was zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal die **Justiz** gewusst hat.

Wir sind mit einem großen Maß an freiheitlicher Hellseherei in diesen ganzen Bereichen konfrontiert. Auf diese parapsychischen Fähigkeiten, nicht nur im Bereich Ihrer Person und des Herrn Meischberger, werden wir ja noch zurückkommen.

Am 3. Juli 2001 ist dann die Projekt-Präsentation bei Sektionschef Dr. Fellner, und dann sagen Fellner und Böhmendorfer gemeinsam: Der Minister hat plötzlich die Idee gehabt, da könnte man ja wesentlich mehr verlegen.

Das heißt, es war eine Minister-Idee. Plötzlich! Warum wussten Sie bereits vorher von einer Minister-Idee, von der die **Justiz** selbst, inklusive Sektionschef, **nichts** gewusst hat?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Noch eine Korrektur: „Parapsychologisch“ ist eine persönliche Wertung, die die Auskunftsperson als beeinträchtigend und beleidigend empfindet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, das ist Hellsehertum. Das ist eine Fähigkeit, die sich viele Menschen wünschen würden, aber über die nur wenige verfügen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es gibt diverse Auslegungsmöglichkeiten. Ich teile nur mit, wie es die Auskunftsperson empfindet, und ich ersuche, darauf ein bisschen Rücksicht zu nehmen. Es ist ja kein Problem, die Frage ist gestellt. (*Abg. Dr. Jarolim: Es ist ja eher eine Aufwertung!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich bin ja mit Herrn Plech einer Meinung, dass das Ganze überhaupt nichts mit ... (*Abg. Dr. Rosenkranz: Oft besser als eine Angstpsychose!*) Ich bin mit dem Herrn Plech einer Meinung, dass das überhaupt nichts mit Hellseherei und sehr viel mit Absprachen, mit Schiebungen und so weiter zu tun hat – um das in Ihrem Sinn zu konkretisieren.

Jetzt frage ich Sie, Herr Plech: Haben Sie ausschließlich mit dem Justizministerium Verhandlungen geführt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Habe ich schon gesagt: Ich habe mit mehreren Interessenten Verhandlungen geführt. Das haben Sie aus dem Akt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mir geht es um etwas anderes. War das Justizministerium das einzige Ressort, mit dem Sie im Zusammenhang mit dem Justiz-Tower Verhandlungen geführt haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe mit anderen Interessenten genauso verhandelt. Wenn Sie nach **Ressort** fragen: Ich habe mit keinem anderen Ministerium darüber verhandelt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat Ihr Büro mit einem anderen Ministerium über den Justiz-Tower verhandelt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das entzieht sich meiner Kenntnis; elf Jahre nachher!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das Tätigkeitsprotokoll „Besprechungen“ lege ich Ihnen vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstücke vorgelegt.)

14. Februar 2002: Besprechung im Finanzministerium, 18. Februar 2002: Besprechung im Finanzministerium.

Was haben Sie da im Finanzministerium besprochen? Tätigkeitsprotokoll – das betrifft den Justiz-Tower.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist nichts anderes als eine Aufzählung oder eine schriftliche Darstellung jener Dinge, die wir gemacht haben.

Was interessiert Sie daran? Welcher Punkt?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ganz einfach, ich wiederhole es Ihnen gerne: 14.02.2002 und 18.02.2002, Tätigkeitsprotokoll Besprechung im Finanzministerium. Was haben Sie zum Justiz-Tower ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das kann ich Ihnen erklären. *(Abg. Dr. Pilz: Bitte tun Sie das!)* – Das kann ich Ihnen sehr gut erklären. Es ging letzten Endes um die Zustimmung des Finanzministers, weil ein Überhang entstanden ist durch die erhöhte Mietzinsleistung oder die höhere Mietzinsleistung. Und dieser Überhang ist dann aus irgendeinem Bundesfonds, wo die Justiz für die Pflichtverteidigungen irgendwie entlohnt wird von der Republik ... – Aus diesem Teil wurde dann diese Differenz von, ich glaube, 40 000 € vom Finanzminister dazugegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War nicht ganz so. *(Ernst Karl Plech: Es war so!)* – Zum Ersten: Haben **Sie** diese Gespräche im Finanzministerium geführt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein. Ich war dabei, aber ich habe sie nicht geführt. Wenn zwei Minister dabei sind, werde ich kein Gespräch führen!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Wer war bei diesem Gespräch dabei am 14. Februar?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe mehrere Gespräche ... Es hat am 18. auch noch eines gegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich frage Sie jetzt zum 14. Februar. Wer war am 14. Februar dort?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Sicher Böhmdorfer, Grasser und Plech.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sicher Böhmdorfer, Grasser und Plech; am 14. Februar. – Und am 18. Februar?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein! Sie haben mich gefragt: am 14.? Am 18. weiß ich es nicht. Ich war einmal dort und habe das verhandelt, die Zuschüsse der Justiz aus diesem Pflichtteils ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Um welches Problem ist es Ihrer Erinnerung nach damals gegangen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Dass Grasser wütend war darauf, dass Böhmendorfer so viel Geld ausgibt für das Haus. Wie immer, Grasser war ein Sparefroh.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und was wollten Sie vom „Sparefroh“ Grasser?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich wollte gar nichts vom „Sparefroh“ Grasser.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und was wollte der Justizminister vom „Sparefroh“ Grasser? (*Ernst Karl Plech: Einen Zuschuss!*) – Hat er den gekriegt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Den Zuschuss hat der Sektionschef Germ – ich glaube, der war auch dabei bei der Geschichte – eben aus diesem Deckungsfonds der ... – Wie sagt man das?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Prozesskosten, Sozialversicherung. Pauschalgebühren oder so. (*Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann: Ach so! Sie meinen die Pauschalvergütung der Anwälte!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Entschuldigung, Frau Vorsitzende, das stimmt so nicht. (*Obfrau Dr. Moser spricht mit dem Verfahrensanwalt.*) – Darf ich ersuchen, Frau Vorsitzende? (*Obfrau Dr. Moser: Es wird geklärt!*) – Nein, es ist nicht notwendig, es zu klären, denn diese Spezialfrage, die Pauschalierung, Sozialversicherung und so weiter, die ja auch behandelt worden ist, interessiert mich in diesem Zusammenhang nicht. Darauf ist angesprochen worden. Es geht um etwas ganz anderes.

Herr Plech, ich lege Ihnen vor ein Mail von Hannes Hofer, Büro Bundesminister BMF, an Friederike Schwarzendorfer, 214 BMF, Betreff CTV, also City Tower Vienna.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Unser Herr Bundesminister und Herr Bundesminister für Justiz haben sich auf folgende Regelung geeinigt, und ich bitte, dass in eventuellen Akten festzuhalten. Zuerst, was vom BMJ getragen wird.

Und dann: BMJ trägt die Mietmehrkosten über die Alternative Rennweg, zirka 13 bis 15 Millionen, zur Hälfte. – Zitatende.

Wer hat die andere Hälfte der Mietmehrkosten aus dem Budget übernommen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kann dazu nichts sagen. Als Makler geht mich das eigentlich nichts an, was die Herrschaften ... – Der Herr Hofer war im Kabinett des Finanzministers. Was der da schreibt oder die Frau Friederike Schwarzendorfer, das sehe ich jetzt das erste Mal.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, es geht darum, Herr Plech ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es geht auch darum, dass wir zeitlich neu disponieren. Wenn noch längere Fragezeit notwendig ist, müsste man das beraten. Eine Möglichkeit besteht noch: Die Zusatzfrage vorzuziehen, wie der Abgeordnete Petzner das gemacht hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, und dann wird es möglicherweise notwendig sein, dass wir in der Art, wie wir es vereinbart haben, über zusätzliche Fragezeit reden, weil da gibt es schon noch einiges zu fragen.

Ich nehme das jetzt gerne in Anspruch.

Herr Plech, Sie sind also der Meinung, das ist eine Geschichte, aber ob der „Sparefroh“ Grasser da etliche Millionen drauflegt aus seinem eigenen Budget oder

nicht für etwas, was die Justiz ursprünglich in der Form gar nicht gebraucht und gar nicht wollte ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist eine Feststellung, die nicht stimmt. Die Justiz wollte es!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist eine Feststellung. Herr Plech.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, die Justiz **wollte** es! Das ist wohl klar, sonst hätten sie es nicht gemacht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist wohl klar, dass **Böhmendorfer** und **Plech** das wollten. Das ist für mich – und das erleben Sie am eigenen Leib – noch nicht die gesamte österreichische Justiz. Das ist Ihr Problem, aber nicht meines.

(Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.)

Es geht jetzt um Ihre Rolle und die Rolle des Büros Plech. Ich lege Ihnen vor einen Aktenvermerk: Gespräch mit Sektionschef Dr. Fellner – dieser Aktenvermerk ist bereits gestern einmal vorgelegt worden – wegen Provision City Tower.

Können Sie mir sagen, ob es sich hier – da steht unten: V. Donau – wieder um diesen Valentino Donau, um Ihren Neffen, handelt? (**Ernst Karl Plech: Ja!**) – Es geht mir nur um den letzten Absatz. Da geht es um Ihre Honorare, um Ihre Provision. Ich zitiere:

Plech meint, so war das nicht ausgemacht. Die halbe Bruttomonatsmiete ist dann vereinbart worden, wenn das Finanzministerium einen Beitrag für die Übersiedlungskosten und die jährliche Miete übernimmt. – Zitatende.

Stimmt das?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich glaube, das war eine Rechtfertigung dafür, dass ich nicht alle drei Monatsmieten gekriegt habe. So lege ich das jetzt aus.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ihr Neffe schreibt das, und das ist ein wesentliches Beweisstück, auch in der Justiz, dafür, dass **Sie** der Meinung waren, Sie haben einen Provisionsanspruch dafür, dass Sie das Finanzministerium dazu gebracht haben, und in dem Fall den Finanzminister Mag. Grassler, selbst wesentliche Kosten aus dem Budget des Finanzministeriums zu übernehmen. – Ist das richtig?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist falsch. Ich habe einen Provisionsanspruch dafür, dass ich dieses Projekt als Makler vermittelt habe. Alles andere hat mich nicht zu interessieren. Da war ich sozusagen nur Zaungast. Sie können doch nicht glauben, dass Minister Böhmendorfer wegen mir, wegen einer Provision von 600 000, tausend Leute verlegt! Das werden Sie doch nicht im Ernst annehmen? (**Abg. Dr. Rosenkranz: O ja!**) Das bringen nicht einmal Sie zusammen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, wenn wir bei BUWOG erleben, dass für einen relativ geringen Millionenbetrag hunderte Millionen an Schaden in Kauf genommen werden (**Ernst Karl Plech: Wo sind die hunderte Millionen?**), wenn wir das bei der Nordbergstraße erleben, wenn wir das beim Terminal Tower erleben, dann ist das beim Justiz-Tower keine große Überraschung, dass für Provisionen von ein paar hunderttausend Euro die Justiz in ein Gebäude ziehen muss, das sie sich an und für sich nicht leisten kann und das nur dann funktioniert, wenn ein Immobilienmakler auf Basis einer Provisionszusage den ihm nahestehenden Finanzminister überzeugt. Aber das ist der Punkt, den wir mit Ihrer Hilfe herauszuarbeiten versuchen. Ich halte das, und ich ... (**Ernst Karl Plech: Herr Pilz, lesen Sie die Maklerverordnung!**) – Unterbrechen Sie mich nicht!

Ich halte fest: Meine ganz persönliche Meinung ist, dass es ohne leistungslose Leute wie den Herrn Meischberger und ohne Leute wie Sie und Herrn Mag. Grasser und Herrn Dr. Böhmdorfer, die bereit waren, sehr viel Geld der Republik auszugeben, ohne dass eigentlich klar war, wofür, das Ganze nur erklärbar ist, weil ein paar dafür wesentlich geringere Beträge kassiert haben. Ich glaube, ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: So. Das Problem liegt wieder darin, wir sind an sich bei der Zusatzfrage, und jetzt gibt wieder Darlegungen persönlicher Meinung. Wir können das in der Fraktionssitzung besprechen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich bin auch dafür, dass wir dann kurz eine Fraktionsführerrunde machen, denn ich möchte dann die Telefonüberwachungsprotokolle noch im Detail durchgehen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich möchte nur noch ganz kurz auf eine der Schlüsselfragen kommen, nämlich die Frage nach der **Leistung** des Herrn Meischberger.

Dazu gibt es einen Anlassbericht des Bundeskriminalamtes vom 10. Februar 2011, das im Hinblick auf das berühmt gewordene Telefonat zwischen Ihnen und dem Herrn Meischberger ausführt – ich zitiere –:

Zu diesen Gesprächen ist anzuführen, dass Walter Meischberger offensichtlich nicht weiß, was er bei diesen Projekten gemacht hat, sondern dazu erst Informationen bei Ernst Karl Plech einholen muss. In diesem Fall ist Meischberger nicht einmal bekannt, wo die Nordbergstraße eigentlich ist, obwohl er für dieses Projekt ein Honorar von 706 000 € gestellt hat. Er lässt sich von Plech erklären, wo sich die Nordbergstraße befindet. – Zitatende.

Herr Plech, wie kommt es dazu, dass ausgerechnet Sie Herrn Meischberger erklären, erklären können, was seine Leistung war?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe das bereits einmal beantwortet. Die Verteilung der Agenden in dieser Vermittlungsangelegenheit war offensichtlich so, dass Herr Meischberger zwar die Leute zusammengebracht hat, aber dann nicht mehr viel getan hat. Er hat auch nichts vom Bauen verstanden und von all diesen Dingen. Ich kann mir das nur so erklären, dass er im Schock damals, das war im Jänner, die Sachen einfach durcheinandergebracht hat. Ich kann es mir nicht anders erklären. Mir hat er das vorher erklärt und erzählt, und ich habe es mir besser gemerkt als er, und deswegen habe ich ihn daran erinnert.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie gehen von einem Schock aus (*Ernst Karl Plech: Ja!*), der dazu geführt hat, dass Herr Meischberger nicht mehr wusste, was er zu tun hatte. Dieser Schockzustand dürfte dann aber doch relativ lange angehalten haben (*Ernst Karl Plech: Hat er! Hält heute noch an!*), denn Herr Meischberger hat mehrfach seine Aussagen auch vor den Ermittlungsbehörden geändert. Anfänglich hat er noch geglaubt, dass er das Projekt gemeinsam mit Ihnen abgewickelt hat. Dann kam er plötzlich, offenbar auch durch den Schock bedingt, zu der Überzeugung ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nicht durch den Schock, dass ich es ihm gesagt habe: Du irrst dich; das war nicht ich!

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Meischberger kam also dann zur Überzeugung, dass er das Projekt doch ganz alleine abgewickelt hat. – Irgendwie gewinnt man halt den Eindruck, dass er ein Mensch ist, der ganz offensichtlich sehr wesentliche Dinge vergisst.

Daher meine Abschlussfrage: Wie arbeitet es sich eigentlich mit jemandem zusammen, der permanent wichtige Dinge vergisst?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: So oft hat er nicht wichtige Dinge vergessen. Ich kann Ihnen nur sagen, die Zusammenarbeit, die ja Jahre vorher schon begonnen hat, war eigentlich sehr ersprießlich. Wir waren ja auch zusammen dann auch noch in der Seitenblicke GesmbH, was sicher mehr seiner beruflichen ... – Es liegt ihm mehr, kreativ zu sein und kreativ tätig zu sein, also das muss ich schon sagen, was auch seinen Umgang mit Geld anlangt.

Aber noch einmal: Es war eine Ausnahmesituation, die Sie eigentlich kennen müssten, Herr Abgeordneter. Sie haben ja auch ein Problem gehabt jetzt, glaube ich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ja, das mag schon sein. Auch wir haben den Eindruck, Herr Plech, dass die Zusammenarbeit mit Herrn Meischberger kreativ und ersprießlich war. – Danke. Ich habe keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich möchte jetzt ein bisschen an diesem Schockzustand des Herrn Meischberger dranbleiben.

Zunächst: Können Sie sich noch erinnern – eine ganz andere Frage –, wie Sie mit Herrn Fischer von der Telekom gesprochen haben, dass die Telekom **Objekte** verkauft? Sie haben von mehreren Projekten und Objekten gesprochen.

Können Sie sich da noch an andere erinnern, außer der Nordbergstraße?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Eigentlich nicht. Ich glaube, es war etwas im Ersten, am Schillerplatz ... – Das kann ich jetzt nicht mehr beantworten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Zu diesem einen Telefonat, das da überwacht wurde, am 2. Februar 2010. Sie werden es schon mehrfach durchgelesen und mehrfach zitiert bekommen haben, ist ja auch schon kolportiert.

Ich will es jetzt gar nicht im Wesentlichen vortragen, aber für einen Außenstehenden, der jetzt nicht, so wie Sie jetzt auf einmal, medizinisch erklärt, dass da ein Schockzustand da war (*Ernst Karl Plech: Ja!*), was mir neu ist – also ich kenne an sich keine medizinischen Unterlagen über den Gesundheitszustand von Herrn Meischberger, dass er sich in einem Schockzustand befunden haben soll –, klingt es von vornherein so, als ob er wirklich keine Ahnung gehabt hätte, was bei diesem Geschäft überhaupt war.

Es gipfelt ja in seiner Frage: „Wos woar mei' Leistung?“ Meischberger weiß auch nicht, welches Objekt das war. Er weiß nichts von der Wirtschaftsuniversität, fragt sogar nach, mit wem er dort verhandelt hat. Sie sagen ihm: Dort hast du mit niemandem verhandelt. Meischberger spricht von der Porr. Er spricht davon, wie der Rechnungsablauf dafür war. Es wird ihm dann gesagt, dass er zuständig war quasi für den ... – Also er sagt:

I woar der Huber.

Ich nehme auch nicht an, dass das jetzt auf einmal eine medizinische Situation war, dass er sich auf einmal in einer anderen Person gesehen hat damals, sondern das deutet für mich darauf hin, dass er die Ansprechperson für Huber bei der Porr war. Und Herr Senator Kallinger war die Ansprechperson in Richtung dieses Konsortiums Porr – Kallinger, in Richtung Telekom, Sundt – Frauenholz, wer auch immer.

Vom großen Zug bis ins kleinste Detail musste man in diesem Gespräch dem Herrn Meischberger sagen, was seine Leistung war. Würden Sie verstehen, wenn das ein Außenstehender liest, dass der den Verdacht haben kann, das war eine abgesprochene Sache und der Herr Meischberger hat da gar keine Leistung erbracht – unabhängig davon, dass aus Ihrer Sicht es nicht so war, aber können Sie das verstehen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das würde ich verstehen. Aber ich kann nur sagen: Wenn Sie 13 000 Kilometer entfernt – ich rede jetzt von mir – in einer Situation sind, wo Hausdurchsuchungen gemacht werden, wo ein ungeheurer Druck ausgeübt wird, wo medial enorme Wellen entstehen, dann kann ich mir schon vorstellen, dass man gewisse Dinge einfach nicht mehr präsent oder nicht so präsent hat, dass man exakt darüber reden kann.

Ich habe die Sachen vorher natürlich noch besprochen mit ihm. Ich wusste noch, bevor ich weggefahren bin, über die einzelnen Sachen und habe das dann weitergegeben. Das war alles. Aber Sie haben recht: Wenn ich das als Außenstehender lese – naja, Absprache ist vielleicht ein bisschen übertrieben, aber es ist ... – Bitte, Meischberger fährt jeden Tag durch die Nordbergstraße, denn der wohnt im 19. Bezirk. Das ist ein eindeutiger Hinweis darauf, dass er nicht gewusst hat, was er redet.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist mir jetzt neu. Sie sagen nämlich, Sie wollten ja bei diesem Projekt Nordbergstraße aufgrund auch Ihrer Tätigkeit im BIG-Aufsichtsrat überhaupt keinen Eindruck haben, dass Sie da ... – Sie sagen es aber an sich auch: Da tauche ich nicht auf! – Das sagen Sie selbst.

Könnte es auch so sein, wenn man das jetzt als Außenstehender sieht, dass Sie in Wirklichkeit das Geschäft gemacht haben, aber darauf bedacht waren, eben nicht aufzuscheinen, und haben den Herrn Meischberger vorgeschoben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein. Das stimmt überhaupt nicht! Ich habe – ich habe das schon eingangs gesagt –, als ich bemerkt habe, dass es zu einem Interessenskonflikt kommt zwischen Meischberger und der BIG, nämlich in einer Aufsichtsratssitzung wurde berichtet von Chromy, dass er das Haus für 25 Millionen kaufen will, dann sehr billig wieder weitervermieten – das war mein Einwand bei der Sitzung – das ganz streng auseinandergehalten und habe nichts dazugetan, außer das, was ich vorher schon gesagt habe, die dann strittigen Honorare für den Herrn Meischberger verhandelt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und dann ist noch etwas jetzt gewesen, wo Sie gesagt haben, Sie haben diese Sache mit ihm durchgesprochen vor diesem Telefonat in irgendeiner Form.

Haben Sie das einmal von ihm so erfahren, den Ablauf? Sie haben es sich gemerkt, und in der Extremsituation haben Sie dann das, was Sie mit ihm besprochen haben, ihm gegenüber wiedergegeben.

Habe ich das jetzt richtig verstanden?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Noch einmal: Ich habe Wochen vorher die einzelnen Dinge mit ihm besprochen. Er hat mir das auch gestanden, mehr oder weniger, also zum Beispiel die Nordbergstraße nicht, weil da habe ich ja, wie gesagt, für die Provision interveniert. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Ich sehe es noch einmal so: Walter Meischberger war aufgeregt. Er ist sowieso ein vergesslicher Mensch und schwebt in anderen Sphären, weil er immer kreativ ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt noch ein ganz anderer Bereich: Es hat, als die Selbstanzeige von Ihnen betreffend diese Liechtenstein-Konten erfolgt ist (*Ernst Karl Plech: Ich habe keine Selbstanzeige gemacht, nur Hochegger und Meischberger!*) – Pardon, nur Hochegger und Meischberger, danke für die Richtigstellung –, danach beim Anwalt oder damaligen Anwalt von Walter Meischberger, bei Herrn Dr. Toifl, Besprechungen gegeben.

Waren Sie bei solchen Besprechungen dabei?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich war bei ein oder zwei dieser Besprechungen dabei. Im Übrigen habe ich aber über diesen Punkt bereits hier im Ausschuss und natürlich bei der Polizei ausgesagt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aus dem Leistungsverzeichnis von Herrn Dr. Toifl ergibt sich etwas, und zwar dass der vormalige Finanzminister Grassler mit Herrn Toifl in die Schweiz zu einem Vermögensberater geflogen ist, der sich in weiterer Folge der Aussage entschlagen hat.

Wissen Sie etwas von dieser Reise?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich weiß weder von der Reise noch von irgendeinem Vermögensberater etwas.

(Die Auskunftsperson ersucht darum, kurz den Saal verlassen zu dürfen. – Obfrau Dr. Moser möchte während der Abwesenheit der Auskunftsperson klären, wie viel Zeit für die Zusatzfragen in Anspruch genommen werden wird.)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Das ist immer eine gute und berechtigte Frage, weil das sehr von den Antworten abhängt.

Ich kann sagen, es gibt zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist, ich gehe mit Herrn Plech die gesamten Telefonüberwachungsprotokolle durch. Ich kann auch anbieten, dass ich das – aber dann brauchen wir wirklich die Zeit – nur mit Herrn Meischberger mache, weil das wahrscheinlich auch einiges mehr bringt.

Dann hätte ich eigentlich nur mehr zusammenfassende Fragen, damit man die Gesamttätigkeit des Herrn Plech in den drei Projekten, die wir untersuchen – Nordbergstraße, Justiz-Tower und Terminal Tower –, abrunden kann.

Es gibt da eine Grundstruktur, die sich ständig wiederholt. Und meiner Meinung nach ist unsere Aufgabe, nicht nur zu fragen, was der Einzelne getan hat, sondern ob es eine Grundstruktur, die zum Teil auch mit der BUWOG-Struktur verbunden ist, ob es ein System gibt. Darum geht es im Wesentlichen.

Normalerweise dauert eine Befragung in diese Richtung etwa dreieinhalb Stunden, aber ich könnte versuchen, das in 10 Minuten oder 7 Minuten oder vielleicht in 5 Minuten zu erledigen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Mir drängt sich der Verdacht auf, dass diese zusammenfassende Frage eher ein Schlussplädoyer eines Staatsanwaltes werden wird, und ich weiß nicht, ob wir dafür in irgendeiner Form dann die Zeit haben.

Was da passiert ist und welche Muster es dazu gegeben hat, welche Struktur dahinter ist, das sollte an sich jedem, der jeden Tag hier war, mittlerweile klargeworden sein, auch ohne die Ausführungen und die Zusammenfassung von Herrn Kollegen Pilz, die er auch immer gerne bereitwillig den Medien gibt. Das ist ja überhaupt kein Problem.

Ich habe an sich verstanden, worum es gegangen ist, und bräuchte die Zeit diesbezüglich nicht. Aber vielleicht besteht die Möglichkeit während dieses Schlussplädoyers des Kollegen Pilz, dass ich hinausgehe und auch eine Pause mache.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich glaube, die Telefonprotokolle betreffend ist wahrscheinlich eine Meischberger-Befragung effizienter. – Zum einen.

Zum Zweiten sind die wesentlichen Telefonprotokoll-Passagen bereits von verschiedenen Fraktionen thematisiert und auch bewertet worden.

Was die Gesamtstruktur, was dieses System betrifft, so ist auch das schon mehrfach angesprochen worden. Also für mich ist dieses System auf Basis der Befragungen zur BUWOG, die wir jetzt seit Wochen durchführen, so etwas von eindeutig, dass ich kein Schlussplädoyer mehr brauche. Ich glaube, das hat jeder verstanden. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Der Kollege Jarolim hat es noch nicht verstanden; er würde es noch gerne hören!*)

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich würde nur empfehlen, dass es das Schlussplädoyer eines Abgeordneten ist und nicht das eines Staatsanwaltes an sich. Damit könnte ich leben.

(*Die Auskunftsperson ist mittlerweile wieder in den Sitzungssaal zurückgekehrt.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt sodann Abg. Petzner für eine Zusatzfrage das Wort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal zurück zur Nordbergstraße. Sie haben als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der BIG immer auf diesen Konflikt verwiesen, aber Sie haben, wenn ich das richtig zitiere, 25 000 € von Kallinger bekommen. – Wofür haben Sie diese 25 000 € von Herrn Kallinger bekommen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Dafür, dass Meischberger und Kallinger im Wege schwierigster Verhandlungen – ich habe es schon gesagt, es wurden zwei Abrechnungen vorgelegt – das Honorar verdient haben, das sie letztendlich kassiert haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist mir zu wenig. – Was haben Sie konkret gemacht für diese 25 000 €?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe für diese 25 000 € Herrn Huber angerufen beziehungsweise ich habe diese Unterlage von Meischberger bekommen. Meischberger hat sich beschwert, dass Monate nach Abschluss dieser ganzen Sache noch immer keine Abrechnung vorliegt. Daraufhin habe ich Herrn Huber angerufen und gefragt, was da los ist.

Warum gibt es keine Abrechnung?, habe ich gefragt. Ich verlange, dass für Meischberger das abgerechnet wird! – Um dem Ganzen noch ein gewisses Gewicht zu verleihen, habe ich sogar noch gesagt: Du, das ist ein Teil meiner Provision!

Daran kann ich mich erinnern. Das habe ich ihm damals noch gesagt, um dem Nachdruck zu verleihen, weil er gewusst hat, ich habe ein sehr gutes Verhältnis zu Pöchlacher.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): In Ihrer Beschuldigtenvernehmung vom 1. September 2010 sagen Sie etwas ganz anderes. Sie sagten betreffend Kallinger:

Ich habe ihn bei der Kaufvertrags-Erstellung, bei der Mietvertrags-Erstellung und all diesen Dingen beraten. – Zitatende.

Diese Beratungsleistung, so nehme ich an, wurde mit einer Pauschale verrechnet, mit eben diesen 25 000 €.

Also was stimmt jetzt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Da werde ich mich geirrt haben. Ich weiß es nicht ganz genau. Ich weiß, dass ich 25 000 € ... (*Abg. Petzner: Wo haben Sie sich geirrt?*)

Sie haben sich heute geirrt oder dort geirrt?) – Stellen Sie den Zusammenhang her und geben Sie mir bitte das Protokoll, dann kann ich das nachlesen!

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Das schreiben die dort von der Polizei. Das ist überhaupt keine Aussage von mir. *(Abg. Petzner: Das ist ein Anlassbericht, wo eine Aussage von Ihnen zitiert ist!)* – Der Anlassbericht wird von anderen geschrieben, nicht von mir.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist Ihre Aussage! Entschuldigung, lesen Sie es genau! Lesen Sie die Zeilen drüber, 1.9.2010 – und dann ist die entscheidende Passage hineinfaksimiliert. Das ist ein offizieller Anlassbericht der Behörden.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wo ist jetzt die Frage, Herr Petzner? Das habe ich ja schon gesagt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was Sie für diese 25 000 € genau gemacht haben? In dieser Passage, die in diesem Anlassbericht zitiert wird, steht etwas anderes.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe es Ihnen schon erklärt. Ich habe in Gesprächen in mehreren Sitzungen ermöglicht, dass die zu ihrer Provision kommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da drin steht aber, Sie haben bei der Mietvertrags-Erstellung und Kaufvertrags-Erstellung **mitgeholfen**.

Also was stimmt jetzt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Dann habe ich mich da vielleicht geirrt; das kann ja sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich wollte damit nur nachweisen – und das ist für mich das entscheidende Problem –: Sie sagen selbst, es wäre völlig unvereinbar gewesen, dass der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende ... *(Ernst Karl Plech: Das habe ich nicht gesagt! Das haben Sie gesagt!)*

Zusammengefasst kann man sagen: Sie wollten keinen Interessenkonflikt haben! *(Ernst Karl Plech: So ist es!)* Sie haben einen Interessenkonflikt, Herr Plech! *(Ernst Karl Plech: Mit Sicherheit nicht!)* Auf der einen Seite vertreten Sie als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender die Interessen der BIG, die bei diesem Deal wirtschaftlich und finanziell **geschädigt** wurde – und parallel kassieren Sie von dem, der das Geschäft gemacht hat, 25 000 €.

Das ist unvereinbar, das geht einfach nicht! Das ist im Rahmen des Politischen – das werden wir auch Herrn Grasser noch einmal vorhalten – absolut unzulässig, dass der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende eines staatlichen Unternehmens, das einen Schaden erleidet, von demjenigen 25 000 € kassiert, der den Schaden zufügt. – Das wollte ich damit klarmachen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Herr Petzner, der Republik ist kein Schaden entstanden. *(Abg. Petzner: Das haben wir alles diskutiert! Wir sehen das anders im Ausschuss!)* – Lassen Sie mich ausreden, ich habe das Recht zu antworten!

Es ist der Republik **kein Schaden** entstanden. Wenn jemand, nämlich Herr Dr. Chromy, ein Anbot legt, wenn ein Geschäftsführer oder ein Vorstand einer Firma ein Anbot legt, das so niedrig ist, dass es nicht angenommen wird oder überboten werden kann: Wo ist da der Schaden für die Republik? Wenn er das im Aufsichtsrat auch noch erzählt: Wo ist da der Schaden für die Republik? Hätte er 32 geboten, hätte er es bekommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der erste Punkt ist, dass das Ganze dann von der Telekom, die auch ein staatliches, teilstaatliches Unternehmen ist, verkauft wurde an dieses Konsortium, das es dann wieder weiterverkauft hat mit einem Plus von 14 Millionen €. Da stellt sich schon einmal die Frage: Schädigung der Steuerzahler bei der Telekom?

Zum Zweiten haben wir das Problem, dass die BIG – und das hat auch der Vertreter gestern hier ausgesagt – sehr wohl hätte höher bieten können als diese 29,5, nämlich auch diese 30 Komma irgendetwas, die dann am Ende dieses Konsortium Porr und Kallinger bezahlt hat. Das heißt, man hat die BIG übers Ohr gehauen, und dadurch ist ein Schaden auch für den Steuerzahler entstanden. Punkt!

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Plech, ich komme noch einmal auf die erste Fragerunde zurück, nämlich zur Provisionszahlung für das Justizzentrum.

Was mir aufgefallen ist: Sie haben ein Anbot gestellt oder mit Bundesminister Böhmdorfer über die Provision verhandelt.

Erklären Sie uns, warum es ein Anbot auch der Porr Immoprojekt GmbH an das Bundesministerium für Justiz, zu Händen Bundesminister Dr. Dieter Böhmdorfer, betreffend Mietanbot der Büroflächen City Tower Vienna gab, in dem ein monatlicher Nettomietzins der Gesamtbüronutzfläche bei einem 30-jährigen Mietvertrag von ATS 4 620 000 angeboten wird, und am 18. Oktober 2001 ein weiteres Schreiben mit einem geringeren Betrag an den damaligen Justizminister gerichtet wird!

Meine Frage: Warum hat das Unternehmen Porr Immoprojekt GmbH ein eigenes Anbot an das Justizministerium gestellt, zumal Sie argumentieren, Sie hätten bereits vorher ein Anbot gestellt beziehungsweise sogar Provisionsabreden mit dem Justizminister getroffen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Dazu muss man sagen, dass dieses Anbot der Porr ja erheblich später erfolgte als das Anbot, das ich gelegt habe. Das Anbot der Porr war wahrscheinlich oder ist das Ergebnis von Verhandlungen, die Beamte der Justiz mit der Porr Geschäftsführung geführt haben. Auch dort ist gehandelt worden, und auch dort ist zum Beispiel ein gedeckelter Betriebskostensatz ausgemacht worden. *(Obfrau-Stellvertreter Dr. Jarolim: Ich darf kurz unterbrechen! Es geht um das Angebot der Porr namens der Immofinanz, nehme ich an? – Abg. Mag. Maier: Das ist das Schreiben der Porr Immoprojekt GmbH an das Bundesministerium für Justiz! – Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann: Steht da drin: „namens Immofinanz“? – Abg. Mag. Maier: Nein! – Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann: Das ist dann das andere! Okay! – Obfrau-Stellvertreter Dr. Jarolim: Aber es gibt ja zahllose! – Also bitte, zu dem Anbot, Herr Plech!)*

Ich habe das eigentlich schon beantwortet. Ich kann Ihnen nur sagen, dass sich als Ausfluss von vielen Verhandlungen mit den diversesten Mitarbeitern, mit den Vorständen der Porr ein Ergebnis gebildet hat, und dieses Ergebnis hält man in der Regel schriftlich fest und schickt es den Mietinteressenten. Ich sehe das jetzt nicht, aber da werden sicher Details enthalten sein, was Ausstattung anlangt, was Versicherungen anlangt, und so weiter. Das kann man nicht im Raum stehen lassen. Man kommt nicht zusammen und macht dann einen Mietvertrag, sondern das wird vorher angeboten, weil es vom Mieter geprüft werden muss.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sehen Sie einen Zusammenhang mit der Provisionszahlung der IMMOAUSTRIA Immobilien Anlagen GmbH, die einen Betrag von 756 000 € Provision für die Vermittlung des City Tower Vienna bezahlt hat – ein Betrag, der schlussendlich bei der Constantia Privatbank AG gelandet ist –, und jener der City Tower Vienna Errichtungs- und Vermietungs-GmbH, die insgesamt

1 043 184 € in zwei Tranchen an Provision für die Vermittlung des City Tower Vienna bezahlt hat, wobei die Hälfte, 521 592 €, an Ernst Karl Plech weitergeleitet wurde, und die zweite Hälfte, ebenfalls 521 592 €, offensichtlich bei der Porr ImmoProjekt GmbH geblieben ist?

Anders ausgedrückt: Warum haben Sie nicht den Betrag von 1 043 184 € erhalten, sondern nur den Betrag von 521 592 €? Hängt das möglicherweise damit zusammen, dass das Unternehmen Porr ImmoProjekt GmbH eine Auffassung vertreten hat, selbst verdientlich geworden zu sein, und sich einen Teil der Provision deswegen einbehalten hat?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kenne diese Vorgänge überhaupt nicht. Ich habe in meiner schriftlichen Alleinvermittlungsvereinbarung jene Summe stehen, die sich dann ergeben hat. Was die intern gemacht haben, entzieht sich völlig meiner Kenntnis.

Ich habe meine Provision – ich bin mir gar nicht sicher, ob ich sie von der Porr bekommen habe oder von der Immofinanz, ob die das dann übernommen hat –, ich habe meine Provision laut dem am 19. Juni oder 1. Juni – ich weiß es nicht ganz genau – abgeschlossenen Alleinvermittlungsauftrag bekommen. Einen internen Geldlauf kenne ich nicht.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Können Sie uns noch erklären – wie Sie in der ersten Fragerunde auf meine Frage schon geantwortet haben –, warum Sie gegenüber Martin Huber, der innerhalb der Porr dafür verantwortlich war, jetzt nun ein distanzierteres Verhältnis einnehmen? Sie haben ja gemeint, diese Abrechnung stimme nicht.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Es gibt tatsächlich dieses schlechte Verhältnis seit dieser Abrechnung, aber es war ganz anders. Ich habe nicht gesagt, die Abrechnung stimmt nicht.

Es wurden zwei Abrechnungen vorgelegt. Eine kam direkt von der Porr, die die Erwartungshaltungen von Meischberger und Kallinger erfüllt hat. Die wurde aber erst einen Tag später gefunden, weil er sie dort vergessen hat. Wir haben eine andere bekommen, die um zwei Drittel niedriger war – mit den gleichen Erklärungen, was weiß ich, Liftzuschuss, Klima-Service und all das, das war eine ganze Seite. Es waren, wenn ich mich richtig erinnere, 1,3 Millionen.

Ich kann die Umstände ganz kurz schildern. Es war so, dass ich nach diesem Gespräch, nach diesem endlich erreichten Abrechnungsgespräch entsetzt war, weil mir Meischberger eine andere Summe genannt hat. Huber hat zu diesem Gespräch einen Akt, einen anderen Vermittlungsakt mitgebracht. Dieser andere Vermittlungsakt hat ein Objekt am Wiedner Gürtel betroffen; es hätte eine McDonald's-Filiale verkauft werden sollen. Ich habe unter Protest gesagt: Mir hat Meischberger etwas anderes gesagt, was da verdient werden muss!

Ich habe diesen Akt meinem Neffen gegeben, das war sozusagen seine Arbeit. Er schlägt ihn auf und sieht eine Abrechnung, weiß damit aber natürlich nichts anzufangen. Ich komme am nächsten Tag ins Büro, und er gibt mir diese Abrechnung, die genau jene Beträge beinhaltet hat, die Meischberger erwartet hat. – So ist es dazu gekommen. Er hat sie irrtümlich in dem Akt liegen lassen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wie wurde dann die Abrechnung erledigt? In Ihrem Interesse oder ...?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: In meinem Interesse überhaupt nicht. Im Interesse von Meischberger und Kallinger. Ich habe kein Interesse daran gehabt. Ich war ja nicht beteiligt daran.

Es wurde dann angeglichen. Ich habe dann Herrn Dr. Pöchhacker angerufen und habe gesagt, so etwas darf doch nicht passieren. Und dann gab es einen Termin im Mai: Huber, Pöchhacker und ich, wie eben zitiert, wo Huber behauptet, ich hätte das Treffen **verlassen**, was nicht stimmt, weil das bei mir im Büro war. Und bei der Gelegenheit hat er von Pöchhacker einen Rüffel gekriegt, weil Pöchhacker gesagt hat, wir halten uns an das, was wir ausmachen. Und dann kam es in der Folge zu Angleichungen an die tatsächlichen Werte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie waren, wenn ich das richtig den Unterlagen entnommen habe, bis 7. Juli 2007 Mitglied des BIG-Aufsichtsrates. – Ist das richtig?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wenn Sie es sagen, wird es stimmen. Ich habe mir den Tag nicht gemerkt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, Juli 2007. Belassen wir es dabei.

Sagen Sie: Wann haben Sie die Organe der BIG darüber informiert, dass Sie im Zusammenhang mit Nordbergstraße an den Provisionsverhandlungen des Konkurrenten beteiligt waren?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe die überhaupt nicht informiert. Ich war in die Sache nicht ... Die Provisionsverhandlungen waren ja ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich wollte das nur bei Protokoll haben, dass Sie da niemanden informiert haben.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Dann haben Sie jetzt bei Protokoll, dass ich die nicht informiert habe.

(Obfrau Dr. Gabriela Moser übernimmt wieder den Vorsitz.)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist einmal das Erste.

Das Zweite ist nur eine Feststellung zu einer Bemerkung des Kollegen Petzner. Der wirkliche Schaden liegt ja nicht in den unterschiedlichen Preisen, Gebühren, Provisionen, sondern der wirkliche Schaden ist, dass die ständigen Mieten nicht an eine Bundesgesellschaft, sondern an einen **Privaten** bezahlt werden. Das ist der wirkliche Schaden für die Republik, und das ist der entscheidende Punkt, den man im Protokoll festhalten sollte. Das macht nämlich zumindest in der Welt des Parlaments und der Republik Österreich noch einen gewissen Unterschied.

Ein Letztes noch zum ganzen Bereich **Finanzministerium**. Wenn wir das genau durchgehen anhand des Tätigkeitsberichtes Ihres Büros, dann schaut das so aus: Das Gespräch zwischen Böhmdorfer und Grasser über City-Tower hat am 19. Februar 2002 stattgefunden, und da ist es gegangen um die Halbierung der zusätzlichen Mietkosten. Da steht in dem Aktenvermerk, den Böhmdorfer damals diktiert hat:

Die vorliegenden Berechnungen, also auch jener Position, derzufolge eine Bedeckung aus dem allgemeinen Budget in der Größenordnung von 15 Millionen erfolgen müsste, wurden akzeptiert. – Zitatende.

Das ist deswegen ein ganz entscheidender Punkt, weil es hier um eine Zusage des Finanzministers über eine Bedeckung aus dem allgemeinen Budget geht. Am 19. Juni hat es diese Vereinbarung zwischen Böhmdorfer und Grasser zulasten der Republik

und des Budgets des Finanzministeriums gegeben. Am 14. Februar und am 18. Februar hält Ihr Büro Besprechungen im Finanzministerium fest.

Ich frage Sie noch einmal, Herr Plech: Hat es da eine Besprechung gegeben, die Sie mit Mag. Grasser ohne Herrn Dr. Böhmdorfer geführt haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nach meiner Erinnerung nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da ist es darum gegangen, dass sich das Finanzministerium an – nach Meinung der Justiz – für die Justiz allein nicht tragbaren Mietkosten beteiligt, und zwar durch Halbierung, wie es ja dann vereinbart worden ist.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Eine Halbierung ist vereinbart worden?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der Mehrkosten. – Ist es eine Aufgabe eines Immobilienmaklers, in der Frage der budgetmäßigen Bedeckung von zusätzlichen Mietkosten zwischen zwei Ministerien zu vermitteln? Ist das eine Makleraufgabe?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist sicher keine Makleraufgabe, aber ich kann Ihnen sagen, die Stimmung zwischen den beiden war relativ gereizt. Böhmdorfer wollte das durchsetzen, Grasser wollte nichts dazuzahlen, und deswegen bin ich in der Mitte gesessen. – So einfach ist das.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, und wie ist es Ihnen dann gelungen, nachdem Sie da nicht als Makler tätig waren, den „Sparefroh“ Grasser davon zu überzeugen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Mir ist das nicht gelungen. Das haben sich die beiden Herren selbst ausgemacht. Ich habe die Sitzung nach 20 Minuten verlassen, weil da in einem Ton verhandelt wurde, den ich nicht ausgehalten habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte das nur bei Protokoll haben.

Ein Allerletztes in diesem Zusammenhang – das ist wichtig für die künftigen Befragungen –: Eigentlich hängen sämtliche Ihrer Rechtfertigungen – ich gehe jetzt nicht auf Konto „Karin“ und so weiter ein, das ist eine Fortsetzung der Geschichte –, das betrifft sowohl Nordbergstraße als auch Justiz-Tower als auch Terminal Tower, hängt Ihre gesamte Erklärung davon ab, ob es gelingt, irgendwelche substantiellen und einen Preis rechtfertigenden Leistungen von Seiten des Herrn Meischberger nachzuweisen. – Das ist meine Meinung.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist Ihre Meinung, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ich meine, dass das der ganz entscheidende Punkt ist.

Deswegen meine allerletzte Frage. Ich bin das mit Ihnen durchgegangen bei der Frage Bezirksgericht 3 und bei dem Faktum, dass es nicht um mehr gegangen ist.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kenne kein Bezirksgericht 3.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich könnte es mit Ihnen beim Terminal Tower und den seltsamen Rechtfertigungen vom Herrn Meischberger durchgehen. Wir können das auch beim Justiz-Tower tun, wo es das eindeutig nicht gegeben hat, bei Nordbergstraße, wo überhaupt nicht klar ist, wofür Meischberger die Provision erhalten hat.

Ich möchte Sie abschließend noch einmal fragen: Können Sie irgendeine Leistung von Walter Meischberger im Zusammenhang mit diesen drei Projekten diesem Ausschuss glaubhaft machen, auf die Sie bis jetzt noch nicht hingewiesen haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich glaube, ich brauche dem Ausschuss überhaupt nichts glaubhaft machen. Die haben sich ihre eigene Meinung ja schon lange vorher gebildet. Das wissen wir ja.

Ich kann nur sagen, Herr Meischberger hat im Sinne, wenn Sie jetzt die Tätigkeit zum Beispiel beim Justiz-Tower meinen ... – Wir haben bei uns, in unserem Beruf den Begriff einer **Nennprovision** oder auch **Tippprovision**. Herr Dr. Jarolim weiß das. Es kommt nicht immer darauf an, wie viel jemand leistet, sondern es kommt darauf an, wenn Dinge passieren, die man halt selbst nicht gewusst hat ... Und ich sage es noch einmal, ich habe es schon mehrfach gesagt: Ich wusste davon nichts, dass die Justiz irgendetwas sucht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ich bin vollkommen zufrieden mit Ihren Antworten. – Danke schön.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wir haben jetzt gerade festgestellt, dass bessere Arbeitsbedingungen als in der Riemergasse ein Schaden für die Republik Österreich sind – gut, das ist die Meinung de Kollegen Pilz –, dass auch Justizbedienstete Kästen brauchen, um Akten abzulegen, wie auch immer.

Im Zuge des Justiz-Towers gab es auch eines, was gestern angesprochen wurde, und zwar, es hätten an sich die Angehörigen des Ressorts beziehungsweise fachkundige Richter speziell aus dem Mietrechtsbereich den Mietvertrag mit der Porr aushandeln können. Es wurde allerdings entgegen der Gewohnheit ein Rechtsanwalt beigezogen, nämlich Herr Dr. Patzak, und da wurde dann auf einmal erwähnt, das sei auch Ihr Anwalt. Ich gehe zwar davon aus, dass ein Anwalt, der sich mit Immobilien auseinandersetzt, bei einem Immobilienmakler unter Umständen auch etwas zu tun hat. Ich gehe auch davon aus, dass Herr Dr. Patzak mehr Klienten hat als das Bundesministerium für Justiz und Sie. Ich würde es ihm auf jeden Fall wünschen, aber gehe also davon aus.

Jetzt ist aber nur eines aufgetaucht: Waren Sie an der Auswahl von Herrn Dr. Patzak für diese Vertragserrichtung in irgendeiner Form beteiligt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: In keiner Weise!; das war eine Entscheidung des Herrn Dr. Böhmendorfer. Der Vertrag war derart kompliziert, dass ich, ohne dem Richter nahetreten zu wollen, nicht glaube, dass, wenn nicht ein solcher spezialisiert ist auf diesen bestimmten Bereich ... – Mietrecht ist eine Katastrophe für jemanden, der sich nicht ständig damit beschäftigt. Also ich glaube, das war eine sehr gute Wahl des Ministers.

Einer der letzten Gründe, woran das ganze Geschäft fast gescheitert wäre, ist zum Beispiel die Bindungsdauer gewesen. Das Justizministerium wollte eine Bindungsdauer von 30 Jahren. Der Investor wollte das nicht, weil er gesagt hat, was weiß ich, was in 30 Jahren passiert. Üblicherweise sollte man davon ausgehen, dass bei einem Mieter von der Qualität der Republik jeder froh ist, dass er möglichst lange einen solchen Mieter hat. Also wir standen hier vor dem Problem, dass es plötzlich einen Vermieter gibt, der gesagt hat: Nein, ich will das nicht; ich möchte eine Vergleichsklausel einbauen!

Noch einmal: Der Vertrag ist so kompliziert, der hat, glaube ich, 28 Seiten gehabt, für einen Mietvertrag wirklich viel, dass ich froh bin, auch im Interesse des Bundesministeriums – obwohl es mich nichts mehr angeht, meine Maklertätigkeit war erledigt –, dass dieser Vertrag in dieser Form zustande gekommen ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Da es nach der Geschäftsordnung des Nationalrats und des Ausschusses keine Plädoyers von Abgeordneten gibt, habe ich versucht, das, was der Kollege Pilz angekündigt hat, mit einem Plädoyer eines Staatsanwalts zu **vergleichen**, da es ja das Plädoyer eines Abgeordneten nicht gibt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der **Auskunftsperson Plech**, verabschiedet diese – und **unterbricht** die Sitzung.

12.11

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 12.11 Uhr **unterbrochen** und um 12.13 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

12.13

Auskunftsperson Ing. Walter Meischberger

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich *nehme* die unterbrochene Sitzung *wieder auf*.

Wir kommen nun zur **Anhörung** von Herrn **Walter Meischberger** als Auskunftsperson.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales! Handys müssen abgeschaltet sein!

Herr Meischberger, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Aussage** erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Die Vertreter der Bildmedien werden von mir höflich ersucht, den Sitzungssaal zu verlassen. Dann kann nämlich Herr Meischberger auch seinen Platz einnehmen.

Ihr vollständiger Name lautet: **Ing. Walter Meischberger**. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Sie kommen in Begleitung einer **Vertrauensperson**. Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Eduard Salzborn**. Die Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mag. Salzborn als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie über die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Ich weise darauf hin, dass Sie nicht von sich aus die Auskunftsperson informieren, sondern sich umgekehrt die Auskunftsperson an **Sie** wendet, wenn sie Beratung in

Anspruch nehmen möchte. Das führt nämlich immer wieder zu Missverständnissen, wenn Sie sich von sich aus an die Auskunftsperson wenden, um – voreilig – beratend tätig zu werden. Das dulden die Abgeordneten nicht.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird mich dann, falls er es für erforderlich hält, informieren.

Herr Ing. Meischberger, auf die Aussageverweigerungsgründe habe ich Sie schon hingewiesen; diese sind auch in der schriftlichen Ladung nachzulesen.

Herr Meischberger, möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, vor Eingang in die Befragung dem Ausschuss Ihre Sicht der Dinge darzulegen? *(Die Auskunftsperson verneint dies. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Maier das Wort.)*

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Meischberger, ich möchte Ihnen einige Fragen zum **Justizzentrum**, aber auch zur **Nordbergstraße** stellen. Wir haben im Ausschuss bereits festgestellt, dass bei beiden Projekten dieselben handelnden Personen tätig sind. Man liest Ihren Namen, man liest den Namen Ernst Karl Plech und auch den Namen Grasser.

Meine konkrete Frage zum **Justizzentrum Wien** – Sie haben einen Vertrag abgeschlossen, der Ihnen eine Provision einräumt –: Welche Provisionssumme haben Sie aus Ihrer Tätigkeit für das Justizzentrum Wien erhalten? Und auf welches Konto wurde dieser Betrag überwiesen?

Auskunftsperson Ing. Walter Meischberger: Die genaue Summe weiß ich heute nicht mehr, aber Sie werden sie wissen, weil sie in den Akten steht und diese vor Ihnen liegen. Und auch auf welches Konto das überwiesen wurde, weiß ich nicht, aber ich glaube, auf das Konto der „ZehnVierzig GmbH“ bei der Volksbank Wien.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es war der Betrag von 525 000 €.

Meine konkrete Frage: Welche Leistung haben Sie für diesen Betrag erbracht?

Ing. Walter Meischberger: Grundsätzlich: Ich bin nicht mehr bereit, die Debatte über die Leistungsfrage, die unter den Abgeordneten sehr beliebt ist und hier immer wieder in einer – sage ich jetzt einmal – sehr verzerrten und manipulativen Art und Weise vorgetragen wird, in Zukunft mit Ihnen zu führen. Das kommt auch daher, dass ich ganz normal eine Rechnung gestellt habe, diese Provision ganz normal verrechnet und versteuert habe. Jeder Steuereinforderung durch die Republik Österreich liegt eine Leistung zugrunde, hat eine Leistung zugrunde zu liegen. Ist diese nicht vorhanden, gibt es auch keine Steuer. Ich habe das in der Zwischenzeit versteuert. Die Finanzbehörde ist auch aufgefordert und verpflichtet, zu untersuchen, ob es eine Leistung hinter diesen Rechnungen gibt. Sie hat das gemacht. Ich habe in diesem Zeitraum mehr als vier Betriebsprüfungen hinter mir. Damit ist für mich das Thema „Leistung“ in Bezug auf die Republik erledigt, und damit habe ich aus meiner Sicht die Frage nach der Leistung ausreichend und ein für alle Mal beantwortet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Entschuldigung, wenn ich mich da einschalte; Kollege Maier, Sie schmunzeln eh schon. Herr Meischberger: Was Sie mit uns diskutieren und welche Fragen wir stellen, das entscheiden **wir** – und nicht Sie! – Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Sie müssen sich auch die Frage nach der Leistung gefallen lassen, die werden Sie heute öfter hören, nicht nur beim Justiz-Tower. (Ing. **Meischberger**: Glaube ich nicht!)

Sie haben, wenn ich den Kollegen Maier unterstützen darf, seine Frage überhaupt nicht beantwortet. Sie sagen, Sie wollen das nicht diskutieren und verweisen auf die Finanz. Die Frage des Kollegen Maier war, **welche Leistung** Sie für diese über 500 000 € konkret erbracht haben, und diese Frage ist auf Basis der Aktenlage durchaus berechtigt. Bisher konnten nämlich die meisten Auskunftspersonen ihre Leistung im Vergleich zur Summe, die sie bekommen haben, wenig bis gar nicht erklären.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, danke. Diese Feststellung kann ich mir jetzt ersparen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Danke dem Kollegen Petzner, ich wollte genau dasselbe sagen. Herr Meischberger, ich will mit Ihnen nicht diskutieren, ich möchte, dass meine Fragen und die Fragen der anderen Kolleginnen und Kollegen, die Ihnen gestellt werden, beantwortet werden. Daher frage ich Sie nochmals konkret als Abgeordneter dieses Untersuchungsausschusses:

Welche konkrete Leistung haben Sie bei Ihrer Tätigkeit für die Vermittlung des Justizzentrums erbracht?

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Ing. Walter Meischberger: Ich glaube, es ist allgemein bekannt, welche Leistung dahinter steht.

Noch einmal zur Grundsatzfrage: Es ist Ihnen unbenommen, mir Fragen zu stellen, aber es ist auch mir unbenommen, Antworten zu geben. Ich habe Ihnen aus meiner Sicht ausreichend Antwort gegeben. Aber wenn Sie unbedingt wissen wollen, welche Leistung ich glaube, da erbracht zu haben – und weiß –, so ist es ganz einfach, dass ich dem Herrn Plech mehr oder weniger die Grundinformation gegeben habe darüber, dass im Bereich der Justiz ein Ausweichquartier für die Riemergasse beziehungsweise für verschiedene Gerichtsgebäude gesucht wird.

Nachdem ich erfahren habe, dass die Porr dieses Überbauungsrecht erhalten hat, dort im dritten Bezirk, und dass dieser City Tower geplant ist, war meine Idee, die Information an den Plech zu bringen, ob das nicht ein interessantes Ausweichquartier für das Justizministerium beziehungsweise für die Gerichte wäre. Das war die Grundlage dafür, dass mich, bei einem eventuell daraus entstehenden Geschäft, der Immobilienmakler Plech an seiner Provision beteiligt. – Das ist es mehr oder weniger gewesen.

Trotzdem möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass dieses Leistungsthema ausführlich und ausreichend debattiert wurde, Sie wissen das. Es liegt den Akten alles ausführlich zugrunde.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nur zur Erklärung, damit es keine Missverständnisse gibt: Es gibt unterschiedliche Verfahren. Das eine ist das Finanzverfahren, das Steuerverfahren, und wir sind hier in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, ich kann es Ihnen leider nicht ersparen und auch die Abgeordneten nicht, dass sich hier manches als doppelte Fragestellung für Sie darstellt. Das ist so im Verlauf, das eine und das andere, und Sie haben hier Rede und Antwort zu stehen! (*Abg. Dr. Jarolim: Aber zu beiden Verfahren, nur dass das auch klar ist!*) – Sicher, jetzt sind wir aber hier, wir sind keine Finanzbehörde und haben deshalb dazu nur beschränktes Wissen und Fragen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Meischberger, von wem haben Sie diese Informationen erfahren, die Sie dann weitergegeben haben, und was haben Sie konkret erfahren? Was hat das Justizministerium damals gesucht? Ein Ausweichquartier? Und wofür??

Ing. Walter Meischberger: Herr Abgeordneter, ich hoffe, dass Sie Verständnis dafür haben, dass diese Informationsaufnahme schon mehr als zehn Jahre zurückliegt, dass ich das heute nicht mehr im Detail weiß, dass damals die Informationsaufnahme in dem Moment, wo man das bekommt, nicht so wichtig ist, wie es sich heute für Sie darstellt. Deswegen ist mir das im Detail nicht mehr erinnerlich, von wem ich es bekommen habe.

Ich glaube aber, aus dem Umfeld des Justizministers, irgendwo bei irgendwelchen Gesprächen, werde ich das aufgeschnappt und diese Information dann umgesetzt haben, als ich zeitgleich ungefähr diese Planung beziehungsweise das Erhalten der Baugenehmigung der Porr für diesen City Tower erfahren habe. Aber das in einen genauen Zeitpunkt einzuordnen oder genau auf Personen ist mir heute, nach zehn Jahren, nicht mehr möglich,

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben Sie diesbezüglich auch mit dem damaligen Justizminister Böhmdorfer gesprochen?

Ing. Walter Meischberger: Das kann ich insofern ausschließen, als ich mit dem Dieter Böhmdorfer in dieser Zeit überhaupt keinen Kontakt gehabt habe.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich komme zum zweiten Projekt, dass aus unserer Sicht vom System her, hinsichtlich der Provisionen, ähnlich konstruiert ist, nämlich zur **Nordbergstraße**.

Meine konkrete Frage: Welchen Provisionsbetrag haben Sie für Ihre Tätigkeit bei der Nordbergstraße erhalten, und auf welches Konto wurde dieser Betrag überwiesen?

Ing. Walter Meischberger: Das glaube ich zu wissen: Es waren 590 000 €, exklusive Mehrwertsteuer, wahrscheinlich auch auf das Konto der „ZehnVierzig GmbH“ bei der Volksbank Wien.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Von wem haben Sie diese Provision erhalten?

Ing. Walter Meischberger: Ich würde das gar nicht so als „Provision“ bezeichnen, sondern eher als **Beteiligungsentgelt** an einem **Erfolg**. Und das habe ich erhalten von der Firma **AKP**, das ist die Firma des Senators Kallinger, mit dem ich in dieser Sache in Verbindung stand und eigentlich diese ganze Geschichte abgewickelt habe.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Inwieweit haben Sie bei Ihrer Tätigkeit im Rahmen dieses Projektes mit Plech zusammengearbeitet?

Ing. Walter Meischberger: Ich habe von Ernst Plech ... – Das ist auch, wie gesagt, schon viele, viele Jahre her, aber was ich mich erinnern kann, hat mich Ernst Plech

darauf aufmerksam gemacht, dass er aus dem Telekom-Umfeld erfahren hat, dass die Telekom ein für die TU Wien günstiges Gebäude zum Verkauf freigibt. Daraufhin habe ich den Herrn Kallinger kontaktiert in dieser Geschichte, weil sich Plech aus dem ganzen Komplex Nordbergstraße heraushalten wollte.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es gibt eine Beschuldigtenvernehmung von Ihnen, vom 10.11.2009, in der Sie angeben, dieses Projekt gemeinsam mit Ernst Plech abgewickelt zu haben. Sie und Plech hätten den Verkauf und die Vermietung von Büroflächen durchgeführt, und der Rechnungsbetrag sei auch geteilt worden. Sie beschrieben Ihre Leistung mit der Vermittlung von Mietern, und Plech sei aufgrund der Kontakte von Ihnen zu diesem Auftrag gekommen, und deshalb habe es Verrechnungen mit Plech oder dessen Firmen gegeben.

Diese Aussage haben Sie aber im Februar 2010 widerrufen und behaupteten, das Projekt **alleine** abgewickelt zu haben.

Frage: Was ist nun wahr und richtig? Haben Sie das Projekt **alleine**, ohne Plech, abgewickelt, – oder **gemeinsam** mit Plech?

Ing. Walter Meischberger: Wann war die erste Aussage?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Die erste Aussage war am 10. November 2009.

Ing. Walter Meischberger: Das war in meiner ursprünglichen Einvernahme beim Staatsanwalt, ganz am Anfang, nachdem die Dinge losgegangen sind. Das habe ich dann korrigiert bei einer weiteren Aussage, weil ich anlässlich der ersten Aussage die Projekte vermischt beziehungsweise verwechselt habe aus der Erinnerung – was hoffentlich verständlich ist, wenn alles mehr als acht Jahre zurückliegt. Die zweite Aussage ist die richtige.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Gut: Die zweite Aussage ist richtig.

Welche Tätigkeit hat dann eigentlich Ernst Plech überhaupt für dieses Projekt erbracht und für wen? (*Ing. Meischberger: In der Nordbergstraße?*) – Ja, in der Nordbergstraße. Und für wen ist Plech tätig geworden?

Ing. Walter Meischberger: Ernst Plech ist da meines Erachtens gar nicht tätig gewesen, er hat mir eine Information übergeben darüber, dass die Telekom Austria – damals war das aber noch Post-Immo und so weiter – ein Projekt verkauft, in der Nähe der Technischen Universität in Wien, und dass die Technische Universität in Wien einen Platzmangel hat, das war damals auch allgemein bekannt, und dass sich das eben eignen würde für eine Entwicklung.

Das war's. Das war in einem Gespräch, ich weiß nicht, das dürfte gewesen sein 2002 oder 2001, ungefähr in diesem Zeitraum. Ich habe das dann aufgenommen, bin zu Senator Kallinger gegangen und habe mit ihm ein Grundszenario entworfen, wie das funktionieren könnte. Senator Kallinger hat das dann den zuständigen Stellen weitergebracht und hat eigentlich die gesamte Umsetzung selbst gemacht.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben Sie also nicht gewusst, dass Herr Plech auch eine Provision bekommen hat für dieses Projekt?

Ing. Walter Meischberger: Jetzt habe ich es gerade am Live-Ticker mitverfolgt vor der Tür draußen. (*Heiterkeit der Auskunftsperson.*) – Vorher habe ich das nicht gewusst.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wir wissen seit der vorherigen Befragung, dass Ernst Plech eine Provision von 25 000 € erhalten hat, angeblich dafür, dass er bei Martin Huber urgiert habe, dass endlich Ihr Honorar ausbezahlt wird. – Ist das richtig?

Ing. Walter Meischberger: Das habe ich gerade vorher mitverfolgt und ist mir auch in Erinnerung. Es hat – ich weiß nicht, war das, im Jahr 2003 wahrscheinlich, oder 2004 – eine Auseinandersetzung gegeben in Bezug auf Abrechnungen, denn es war nicht eine klassische Provision, von der hier gesprochen wird, sondern ich habe mit dem Senator Kallinger in Wahrheit eine Firmenbeteiligung ausgemacht. Also es war so, das ist alles ein Szenario gewesen, alles eine Vorhabenskizze, wenn man das so haben will.

Ich bin damals zu Senator Kallinger gegangen mit der Information und habe gesagt: Sie, da wäre ein interessantes Entwicklungsprojekt, Ihre Freunde von der Porr könnten das übernehmen, könnten mit der Telekom Austria handelseins werden und das Projekt entwickeln. Mit der Technischen Universität hat man natürlich einen sehr angenehmen, langjährigen, sicheren Mieter der Republik. Man könnte das als Gesamtprojekt dann weiter vermitteln, wie immer.

Die Idee von Kallinger war dann, er könnte eine ARGE machen, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der Porr und der AKP, seiner Firma. Das ist dann auch so zustande gekommen im Zusammenspiel dieser beiden Firmen durch diese ARGE **Soreg**, so hat die geheißen. An dieser **ARGE Soreg** war klar, dass sich die AKP beziehungsweise Kallinger beteiligen wird, und ich habe mit ihm, ohne zu wissen, wie groß diese Beteiligung sein wird, vereinbart, dass die Hälfte der Beteiligung ungefähr für mich dabei sein könnte.

Aufgrund dieses ausgesprochenen Beteiligungsverhältnisses hat das dann Jahre danach eigentlich zu den ersten Abrechnungen geführt, das heißt Abrechnungen aus dem Erfolg, den diese Soreg gehabt hat. Das waren Mieteinnahmen, Verkaufseinnahmen in der Gegenrechnung zu Betriebskosten, Ausgaben und so weiter, und da hat es ziemliche Meinungsverschiedenheiten gegeben. Es kam nie zu einer Abrechnung, und diese Meinungsverschiedenheiten zu klären beziehungsweise die Abrechnung darüber sozusagen vorwärts zu bringen, da hat sich Ernst Plech damals bereit erklärt und hat Kontakt aufgenommen. Ich weiß aber nicht mehr mit wem, es kann sein, dass es Herr Martin Huber von der Porr gewesen ist, oder es war der Kallinger, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Und aus diesem Grund haben Sie zuerst von einem **Beteiligungsentgelt** gesprochen?

Ing. Walter Meischberger: Für mich war es wirtschaftlich ein Beteiligungsentgelt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben Sie sich nicht als **Makler** gesehen? (*Ing. Meischberger: Nein!*) Sie haben ja vermittelnde Tätigkeiten erbracht, beispielsweise wenn Sie Informationen weitergeben, Informationen, dass eine Liegenschaft zu erwerben wäre, dann ist das eine vermittelnde Tätigkeit, die dem Maklergesetz unterliegt.

Ing. Walter Meischberger: Das kann ich so oder so sehen. In dem Fall habe ich ganz eindeutig mit dem Senator Kallinger eine **Beteiligung** an einer sehr wahrscheinlich entstehenden Gesellschaft zu einer Arbeitsgemeinschaft besprochen und habe mit ihm damals auch die Größenordnung meiner Beteiligung an seiner Beteiligung, also ein Teil der AKP, in dieser Arbeitsgemeinschaft ganz klar ausgemacht.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben Sie für diese Tätigkeit irgendeine Gewerbeberechtigung erworben?

Ing. Walter Meischberger: Nein, ich würde auch nicht glauben, dass ich eine zusätzliche für das brauche.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Glauben Sie nicht, dass bei der Bekanntgabe von Namen, Adressen von Liegenschaften, die zum Erwerb oder zum

Verkauf eben anstehen, eine Tätigkeit ausgeübt wird, die dem **Maklergesetz** unterliegt und dafür eine Gewerbeberechtigung als Immobilienmakler notwendig wäre?

Ing. Walter Meischberger: Nein, das glaube ich selbstverständlich nicht. – Erstens.

Zweitens war es nicht notwendig, weil ich in Wahrheit eine Geschäftsidee an den Herrn Kallinger herangetragen habe, die er sehr wohlwollend und dankend aufgenommen hat und mit mir aufgrund dieser Geschäftsidee sozusagen eine Beteiligung an diesem Geschäft vereinbart hat. Das hat erstens mit dem Maklerberuf nichts zu tun, und zweitens glaube ich nicht, dass die Weitergabe einer Information, eines Tipps dem Maklergesetz unterliegt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Auch die Weitergabe von Geschäftsideen kann einer gewerberechtlichen Regelung unterliegen, insbesondere dann, wenn die Geschäftsidee darin besteht, dass jemand von jemand anderem eine Liegenschaft oder ein Gebäude erwirbt. Ich verweise auf das Projekt City Tower Vienna. Ich bin jedenfalls der Auffassung, dass für eine derartige Tätigkeit sehr wohl eine **Gewerbeberechtigung** notwendig gewesen wäre.

Ing. Walter Meischberger: Ich glaube aber nicht, dass es eine Gewerbeberechtigung gewesen wäre, in dessen Besitz ich nicht gewesen wäre durch meine Geschäftsführertätigkeit in meiner Gesellschaft.

Aber diese Diskussion, Herr Abgeordneter, zwischen Ihnen und mir ist wahrscheinlich für die Fisch‘.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Diese Beurteilung werden andere übernehmen, Herr Meischberger!

Ich komme noch einmal zurück auf ein Telefonüberwachungsprotokoll vom 2.2.2010, das ein Gespräch zwischen Ihnen und Ernst Karl Plech beinhaltet, und ich zitiere aus diesem Protokoll:

B – das ist Plech –: „des hast eh ausgesagt, das steht eh drinnen“.

Dann kommen Sie:

„Ja ja ich weiß eh, das hab ich schon gesagt, aber .. es geht mehr oder weniger 1. bei dir um diese AKP Geschichte mit der Nordbergstraße, da hab ich, glaub ich, ausgesagt, dass ich mit dir geteilt habe, das glaub ich war falsch“.

Plech: „Das war falsch, ja“.

Meischberger: „weil die AKP Sache“.

Plech: „AKP ist Kallinger“.

Meischberger: „Also keine Tochter der Porr Gruppe“.

Plech: „Na, Kallinger und ich glaub, das hat er über die Schweiz laufen lassen. Ich habe da Unterlagen, die muss ich aber erst besorgen“.

Meischberger: „Da hab ich was gemacht, ich habe vermittelt den Verkauf von der Telekom zur Porr, ich habe ausgesagt, dass du Einmietungen gemacht hast“.

Plech: „Das hab ich auch nicht gemacht, hab ich nicht gemacht, ich war weder im Unterrichtsministerium oder wo, das hat alles der Kallinger gemacht, die haben dich zurückgedrängt dabei, die wussten, dass du das warst, der das zusammengebracht hat, die direkten Kontakte zum damaligen Unirektor usw. das hat alles der Kallinger gemacht“.

Meischberger: „Was hast dann du dort getan?“.

Plech: „Ich hab gar nichts, ich hab dir nur geholfen dabei“.

Meischberger: „Du hast mir geholfen die ...“.

Plech: „Wenn es Rechtsfragen gegeben hat oder wie komm ich zu meiner Provision, dann hab ich dir geholfen dabei“.

Meischberger: „Hast du auch mir Rechnungen in der Frage gestellt“.

Plech: „Nein hab ich nie“.

Meischberger: „nie?“.

Plech: „na“.

Aus diesem Protokoll ergibt sich – jetzt sind wir wieder bei der Gewerbeberechtigung –, dass Sie selbst aussagen:

Ich habe vermittelt den Verkauf von der Telekom zur Porr.

Das nur zur Frage, ob dafür eine Gewerbeberechtigung oder eine Maklerbetätigung vorgelegen ist oder nicht. Sie ist natürlich vorgelegen.

Aber was mich viel mehr interessiert, Herr Meischberger, ist die Geschichte mit der **Schweiz**. Ich zitiere noch einmal Plech. Plech sagt in diesem Telefongespräch:

Na, Kallinger, und ich glaub, das hat er über die Schweiz laufen lassen. Ich hab da Unterlagen, die muss ich aber erst besorgen. – Zitatende.

Was sollte über die Schweiz laufen, Herr Meischberger?

Ing. Walter Meischberger: Bei der eigenartigen Zitierung dieses eigenartigen Protokolls kann ich Ihnen leider nicht folgen. Das müssen Sie mir wiederholen. Das ist mir ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Zeit ist auch schon abgelaufen. Sie können, Herr Abgeordneter Maier, wenn es notwendig ist, von der zweiten Runde Zeit in Anspruch nehmen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sehr geehrter Herr Meischberger, Sie haben mit Ernst Karl Plech im Dialekt geredet und so wurde es aufgenommen. Ich habe versucht, Sie nicht zu interpretieren, sondern das wiederzugeben, wie es im Protokoll steht. Der Tiroler Dialekt ist etwas eigenartig.

Ing. Walter Meischberger: Aber ich habe es nicht verstanden. Es tut mir leid. Lassen Sie mich das lesen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ) *(zu einem Mitarbeiter):* Zeige ihm, wo das mit der Schweiz steht, ganz unten!**Ing. Walter Meischberger:** Ich sehe das das erste Mal. Wie das erste Mal so wahrgenommen ist ... Eine Aussage von Ernst Karl Plech. Ich weiß überhaupt nicht, wie die Schweiz da im Zusammenhang mit der Nordbergstraße stehen sollte. Das weiß ich wirklich nicht.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Eine Frage noch: Was wissen Sie über die Geschäfte des Herrn Senators Kallinger in der Schweiz?

Ing. Walter Meischberger: Gar nichts. Also ich kann Ihnen nur berichten über die Geschäftstätigkeit, die ich gemeinsam mit Senator Kallinger hatte, aber über seine Geschäftstätigkeit in der Schweiz weiß ich nichts. Ich habe das, was Sie mir da vorgelegt haben, jetzt das erste Mal wahrgenommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich bleibe jetzt beim Projekt **Nordbergstraße**. Können Sie uns sagen, warum sich die TU in der Nordbergstraße einmieten wollte?

Ing. Walter Meischberger: Ob ich Ihnen sagen kann, warum sich die TU in der Nordbergstraße einmieten wollte? Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen. Mir ist nur irgendwie zu Ohren gekommen, dass die TU einen enormen Platzmangel hat und Flächen in der Umgebung sucht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, wo das Hauptgebäude der TU ist? (*Ing. Meischberger: Ja!*) – Und wo?

Ing. Walter Meischberger: Ich fahre jeden Tag daran vorbei, kann Ihnen jetzt aber die genaue Straßenbezeichnung nicht sagen. (*Abg. Dr. Pilz: Na ungefähr!*) – Vis-à-vis vom Verkehrsamt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die TU ist die Technische Universität – und die befindet sich am Karlplatz.

Ing. Walter Meischberger: Ah, ich rede von der WU, Entschuldigung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, das ist ja eine Kleinigkeit. Auch die WU hat ein Platzproblem, aber ich gehe davon aus, dass die das auf andere Art und Weise lösen werden.

Bleiben wir jetzt bei der Nordbergstraße.

Also es war die WU. – Wissen Sie, was WU heißt? (*Ing. Meischberger: Ja!*) – Können Sie es dem Ausschuss sagen? Ich möchte nur sichergehen.

Ing. Walter Meischberger: Das ist die Wirtschaftsuniversität. (*Abg. Dr. Pilz: Bravo!*) – Danke für das Lob, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sagen Sie – ich frage das jetzt völlig unkabarettistisch –: Welche Leistung haben Sie im Zusammenhang ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.*) – Es ist schwierig, diese Frage so zu stellen. Ich mache einen ernsthaften Versuch.

Nochmals: Welche Leistung haben Sie im Zusammenhang mit dem Projekt Nordbergstraße erbracht? Ich möchte nicht, dass Sie jetzt Kallinger und so weiter wiederholen. Auf diese Zahlung werde ich dann zurückkommen.

Was war die **ganz konkrete Leistung**?

Ing. Walter Meischberger: Nichts anderes als das, was ich gerade Ihrem Kollegen erklärt habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann gehen wir es durch. Sie legen eine Rechnung:

“ZehnVierzig“ an die AKP Vermögens- verwaltungs Ges.mbH & Co. Bauträger KG, Wimberggasse 30, 1070 Wien, am 25. Oktober 2004, Rechnung Nummer 416, Honorarnote; betrifft: Projekt Nordbergstraße 15, 1090 Wien.

Für die Beratung und Unterstützung Ihrer Unternehmung bei der Entwicklung und Verwertung der oben angeführten Immobilie verrechnen wir Ihnen, wie vereinbart, einen Pauschalvertrag von Summe netto 590 000 €, Summe brutto 708 000 €. – Zitatende.

Weiter unten heißt es dann: Ersuchen um Überweisung an Volksbank und so weiter.

Was ist nach Legung dieser Rechnung passiert? Ist die bezahlt worden?

Ing. Walter Meischberger: Ich gehe davon aus, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist Ihnen bekannt, dass die Firma AKP in der Zwischenzeit in diesem Zusammenhang eine Klage gegen Sie eingebracht hat?

Ing. Walter Meischberger: Das ist mir bekannt. Ich habe sehr darüber lachen müssen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aha, und warum haben Sie lachen müssen?

Ing. Walter Meischberger: Weil ich keine Ahnung habe, worauf diese Klage gründet, und ich der Meinung bin, dass mir – im Gegenteil – aus der Sache **mehr** Geld zusteht, als da verrechnet wurde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was Ihre Mehrleistung war, darauf können wir dann gerne noch eingehen. Jetzt reden wir nur von der Leistung im Bereich dieser 708 000 €.

Uns liegt von den Rechtsanwälten Buresch und Korenjak eine Anzeige vor, nämlich an die Staatsanwaltschaft Wien, dort eingelangt am 9. November 2010; Einschreiter: AKP Vermögens- verwaltungs Ges.mbH & Co. Bauträger KG, vertreten durch beide Anwälte.

Verdächtiger: ZehnVierzig Agentur für strategische Kommunikation GmbH; wegen 590 000 €.

Ich lese nur den zentralen Teil der Sachverhaltsdarstellung vor: wir kommen dann noch auf die Vorgeschichte zurück.

Ich zitiere:

Im Rahmen der Gebarungsprüfung musste festgestellt werden, dass am 29. 10. 2004 aus dem Vermögen der AKP ein Betrag von 590 000 € an die ZehnVierzig Agentur für strategische Kommunikation GmbH überwiesen wurde. Mit Schreiben vom 15. 7. 2010 wurde die ZehnVierzig Agentur aufgefordert, bekanntzugeben, welche Leistungserbringungen dieser Zahlung zugrunde lagen. Aus den vorliegenden Unterlagen der AKP konnte kein Leistungsnachweis ersehen werden. Unterlagen liegen nicht vor, aus denen eine Tätigkeit der ZehnVierzig GmbH hervorgeht.

Der Rechtsvertreter der ZehnVierzig GmbH teilte mit, dass – Zitat –: eine umfassende Beratung und Organisation der Projektentwicklung vorlag – Zitatende.

Aus den vorliegenden Unterlagen ist daher eine Tätigkeit der ZehnVierzig GmbH nicht ersichtlich. Unterlagen wurden nicht vorgelegt. Da augenscheinlich eine Zahlung ohne eine tatsächliche Leistung aus dem Vermögen der AKP vorgenommen wurde, wird ersucht, den Sachverhalt zu prüfen. Vorsorglich schließt sich die AKP als Privatbeteiligte mit einem Betrag von 590 000 € an.

Wien, am 8. November 2010. – Zitatende.

Das heißt Ihr Geschäftspartner AKP schaut sich das Ganze noch einmal an, gibt Ihnen die Möglichkeit, fordert Sie schriftlich auf – das liegt alles dem Ausschuss vor –, bekanntzugeben, was Ihre Leistungen waren. Ihre Anwälte schreiben zurück; können kein einziges Dokument, keinen einzigen Beweis für eine Leistung vorlegen. Daraufhin erstattet Ihr Geschäftspartner AKP, von dem Sie dieses Geld erhalten haben, Anzeige beim Landesgericht für Strafsachen – also keine zivilrechtliche Klage, sondern eine **Strafanzeige**. Aus dem Text geht hervor, dass es da ganz offensichtlich um das Delikt der **Untreue** beziehungsweise der **Beitragstäterschaft zur Untreue** geht.

Herr Meischberger, ich frage Sie in diesem Zusammenhang – Sie sind nicht nur vom Gericht, nicht nur von uns – das ist Ihnen vielleicht eh wurscht –, sondern Sie sind da auch von einem Geschäftspartner aufgefordert worden, mit Unterlagen irgendeine Leistung zu beweisen –: Warum sind Sie dieser Aufforderung nicht nachgekommen? Konnten Sie nicht, oder wollten Sie nicht?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Zum Vorhalt des Kollegen Pilz. Er hat gemeint, dass es sich beim Anzeiger um die Rechtsvertretung der AKP handelt. Soweit ich das richtig lese, ist diese Anwaltskanzlei, insbesondere Frau Dr. Korenjak, zum **Sachwalter** bestellt worden.

Ist das richtig? Handelt es sich um ein frei gewähltes Mandat oder um einen Rahmen einer Sachwalterschaft?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Kollege Rosenkranz, das geht aus diesem Einschreiten vor Gericht nicht hervor. Faktum ist schlicht und einfach, dass es hier einen Einschreiter gibt, die AKP Vermögensverwaltung GmbH, vertreten durch Rechtsanwälte Buresch und Korenjak. Dieses habe ich ... (Abg. Dr. **Rosenkranz**: Danke, das wollte ich wissen ...!) – Genau so ist es. Das ist eine ganz normale Strafanzeige.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte um die Antwort.

Ing. Walter Meischberger: Herr Abgeordneter, ich würde so gerne auf diese Dinge antworten, muss mich aber leider aufgrund der Beratung aus verfahrensrechtlichen Gründen der Aussage entschlagen. Ich möchte nur so viel sagen:

Es handelt sich da nicht um eine Vorgangsweise des Herrn Senators Kallinger. Der hätte das niemals gemacht, weil er sich sehr wohl dessen bewusst ist, was mein Einschreiten in diese Sache für ihn geschäftlich bedeutet hat. Er hat daraus einen großen Geschäftserfolg erzielt und hat mich anteilig daran beteiligt. Was die Verwalter, die sich da wichtigmachen, derzeit herumschreiben und anzeigen, ist mir völlig egal. Der Herr Kallinger selbst würde das nie zulassen, hätte das nie gemacht, wäre er in der Lage dazu.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich könnte jetzt wieder eine dazu passende Frage zu Ihrer Antwort suchen. Ich erspare mir das. Ich habe Sie etwas ganz anderes gefragt; nämlich warum Sie beziehungsweise Ihre Anwälte in Antwort auf das Schreiben, noch bevor es zur Sachverhaltsdarstellung gekommen ist, keine Leistungsnachweise erbracht haben, auch bei Klagsandrohung nicht. Warum nicht? Können Sie es nicht, oder wollen Sie es nicht?

Ing. Walter Meischberger: Ich **brauche** es nicht, ganz einfach.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das würde ich bezweifeln.

Ing. Walter Meischberger: Bezweifeln Sie es weiter und bleiben Sie dabei.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das würde ich bezweifeln, aber das ist ja Ihre Angelegenheit. (Ing. **Meischberger**: So ist es!) – Nicht meine Tätigkeit ist mit Gefängnisstrafe bedroht, sondern möglicherweise Ihre. Das ist einer der wesentlichen Unterschiede. (Ing. **Meischberger**: Nein, auch meine nicht!) – Schauen Sie, Herr Meischberger, ich möchte gar nicht mit Ihnen diskutieren.

In einer der Erklärungen Ihrer Anwälte heißt es – und ich halte das für einen ganz wesentlichen Punkt; das ist Kanzlei Hoefert an die genannten Anwälte Buresch und Korenjak, 17. August 2010 –:

Sehr geehrte Frau Kollegin – und dann zitiere ich nur von unten einen Satz:

Es ist jedenfalls offensichtlich, dass bei der gegenständlichen Immobilientransaktion, welche ohne Zutun meiner Mandatschaft nicht zustande gekommen wäre, intensivste Arbeitsleistungen meiner Mandatschaft erbracht wurden – und so weiter; Zitatende.

Können Sie uns erklären, warum das Projekt Nordbergstraße in seiner endgültigen Form ohne Ihr Zutun nicht zustande gekommen wäre?

Ing. Walter Meischberger: Ganz einfach. Ich kann es Ihnen gerne wiederholen. Ich habe es dem Abgeordneten Maier schon gesagt. Weil ich den Herrn Senator Kallinger auf diesen Geschäftsfall aufmerksam gemacht habe und er danach tätig wurde. (*Abg. Dr. Pilz: Herr Meischberger, schauen Sie ...!*) – Das reicht, Herr Abgeordneter Pilz. Das ist der Anfang eines Geschäftsfalles.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und der „Beginn einer wunderbaren Freundschaft“. Wir kennen diese ganzen Filme. (*Ing. Meischberger: Nein, das war nie eine Freundschaft!*) – Darum geht es jetzt nicht.

Beim Justiz-Tower hatten wir von Herrn Plech eine durchaus nachvollziehbare Erklärung; dass nämlich derjenige, der den Tipp gibt, auch Anspruch auf das Honorar hat. Herr Plech hat uns als erfahrener Makler sehr genau erklärt: Das ist oft keine Riesen-Arbeitsleistung, sondern entscheidend ist, dass man den **Tipp** hat.

Nun sagen aber Sie – und der Herr Plech sagt das auch –, dass nicht Sie den Tipp erhalten haben, aus der WU oder von sonst wo, von der Telekom oder von beiden, sondern dass Herr **Plech** diesen Tipp hatte. Wir kommen später noch auf ein Telefonüberwachungsprotokoll zurück, wo Sie mit ihm darüber reden, wie man das vertuschen und verheimlichen kann. – Das ist dann ein weiterer Punkt.

Aber das Spannende an der Nordbergstraße ist: Nicht der Herr Plech, der den Tipp bekommen hat und über das Insiderwissen verfügt, bekommt die Provision, sondern der Herr **Meischberger**, der die Information von Herrn Plech bekommt und dann alles durcheinanderbringt – die Universität, die Straße –, von nichts eine Ahnung hat, jedem etwas anderes erzählt, weil er die Stadt Wien und sein eigenes Projekt nicht einmal ausreichend **kennt**. – Das ist keinen Euro und keinen Cent wert!

Ein ganz entscheidender Punkt ist, dass nicht der Tippgeber das Ganze bekommen hat, sondern jemand, der weder aufgrund seiner Kompetenz noch aufgrund seines besonderen Wissens über die Projekte irgendetwas maßgeblich tun konnte. Das heißt, der **Tipp** war es nicht. Offensichtlich ist es um die **Verwendung** dieser Gelder gegangen. Und das ist der entscheidende Punkt, zu dem ich Sie in der nächsten Runde weiter befragen möchte. – Danke.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Meischberger, da Kollege Pilz über dieses ganze System dieser Dreiecke, oder wie das auch immer bezeichnet werden mag, offensichtlich noch immer nicht ausreichend Informationen hat, möchte ich ganz gerne zu einem anderen Projekt kommen, nämlich zum **Terminal Tower Linz**.

Ich glaube, dass wir insgesamt in diesem Untersuchungsausschuss schon sehen konnten, wie diese Dinge funktioniert haben, dass nämlich für sehr wenig bis gar keine Leistung sehr viel Geld in Form von Provisionen oder Honoraren geflossen ist.

Ich hätte ganz gerne gewusst, welche Leistungen Sie im Rahmen dieser Einmietung des Finanzamtes Linz in den Terminal Tower Linz erbracht haben.

Ing. Walter Meischberger: Ich glaube, ich habe grundsätzlich dazu ... Also zuerst einmal zu Ihren Unterstellungen und jenen Ihres Kollegen Pilz: Gegen diese zusammenfassenden Meinungen, die Sie hier von sich geben, bevor Sie irgendwelche Fragen stellen, möchte ich mich verwahren. Ich habe meine Leistungen erbracht.

Informationsaufnahme ist nun mal eine große Leistung. Auch die Informationsaufnahme in strategische Kanäle zu bringen, ist etwas, das man erarbeiten muss; und das ist auch etwas, das sich über Jahre und Jahrzehnte durch verschiedene Arbeiten ergibt. Und dann zu erkennen, welche Informationen für welche strategischen Kanäle welcher möglichen Kunden verwendbar sind oder nicht – auch das ist eine Leistung.

Es steht jedem von Ihnen offen, dasselbe zu tun und viel Geld zu verdienen für, wie Sie sagen, „wenig Leistung“. Auch einige von Ihnen werden es nach ihren Karrieren im Parlament machen, unterstelle ich jetzt einmal auf der anderen Seite – und da wird man sehen, dass das alles nicht so einfach ist, wie sich das darstellt anhand von ein paar blöden Telefonprotokollen und in der Zeit danach. Das möchte ich nur grundsätzlich dazu sagen.

Auch Geld zu verdienen, ist grundsätzlich nicht wirklich etwas Schlimmes beziehungsweise Verwerfliches; und eine Information früher als jemand anderer zu haben und mit dieser Information gut umgehen zu können, ist auch, würde ich sagen, nicht „keine Leistung“, sondern vielmehr ein **Talent**.

Dieses Talent und dieser Informationsfluss, das ist den Unternehmen unter Umständen wirklich Beteiligungen, im Erfolgsfall Provisionen oder eben ganz normale Beratungsfees wert. Das ist ein Markt, und dieser Markt wird in Österreich von vielen bearbeitet. Sie nennen es „Lobbyisten“, ich sage „strategische Kommunikationsberater“; wie auch immer.

Je nach Zeitfenster und Anlassfall sind andere strategische Kommunikationsberater gefragt, weil sie eben im richtigen Biotop schwimmen und die richtigen Informationen richtig verwerten. Ich war damals so einer. Das als Nicht- oder wenig Leistung zu bezeichnen, können Sie gerne machen, aber ich verwahre mich offiziell gegen diese Unterstellungen.

Zu Ihrer konkreten Frage, was den Finanztower beziehungsweise Terminal Tower in Linz betrifft, kann ich nur sagen, dass ich da direkt und als Beauftragter niemals eingesetzt wurde; dass ich, wenn man so will, zwischen Tür und Angel da oder dort gefragt wurde, ob ich etwas davon weiß oder ob ich da oder dort einmal nachschauen oder hinhören könnte, wie die Dinge gerade so laufen. Aber es war niemals ein Projekt zwischen mir und der Porr, wie das medial unterstellt wird. Es war niemals außerhalb der normalen Beratungstätigkeit ein ausgewiesener Auftrag. Das ist es gewesen. Was ich dazu beigetragen habe, ist, da oder dort eine Information wieder aufgegriffen und weitergegeben zu haben, ohne zu wissen, was in Wirklichkeit dahintersteckt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Da Sie uns hier mit Ihrer Road Show über Ihre Leistungen wahrscheinlich nicht überzeugen können und wir hier zu klären haben, wer die politische Verantwortung für diese doch sehr augenscheinlichen und aus den Akten hervorgehenden teilweisen Malversationen trägt, ist es immer die Frage, **von wem** man eine Information bekommt. Unsere Aufgabe ist es, die politische Verantwortung zu klären, und für uns ist es entscheidend, **von wem** Sie Informationen bekommen haben: von ehemaligen Ministern oder von anderen politischen Verantwortungsträgern. Das ist eigentlich unsere Aufgabe, die wir hier zu klären haben.

Aber weil Sie gesagt haben, Sie waren hier in keinsten Weise in Leistungen eingebunden: Ist Ihnen die Rechnung der **Astropolis** an die **Porr Solutions** bekannt in der Höhe von 200 000 €, die am 23. 2. 2007 ausgestellt worden ist?

Ing. Walter Meischberger: Selbstverständlich ist sie mir bekannt!

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Was können Sie uns darüber berichten?

Ing. Walter Meischberger: Ich habe das auch ausreichend ... Das müsste in Ihren Akten schon vorhanden sein. Für mich war das die Subsumierung der Tätigkeit für die Porr in mehreren Projekten über einen gewissen Zeitraum, und das war meines Erachtens die Abrechnung, die wieder einmal für einen gewissen Zeitraum fällig war. Wie und von wem und welchen Projekten solche Zeiträume oder Abrechnungen dann zugeordnet werden, obliegt meistens den Unternehmen. Das kriegt man dann irgendwie vorgegeben, und in dem Fall ist so diese Rechnung zustande gekommen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Welche konkrete Leistung liegt dieser Rechnung zugrunde? – Wenn Sie sagen, es war wieder einmal an der Zeit, eine Abrechnung zu machen: Warum haben Sie dann nicht selbst oder mit Ihrer „ZehnVierzig GesmbH“ diese Abrechnung an die Porr Solutions gelegt?

Ing. Walter Meischberger: Das sind zwei unterschiedliche Fragen, zwei komplett verschiedene Fragen.

Die Abrechnung war zu machen. Ich habe die Porr in der Zeit begleitet, war hauptsächlich in Kontakt auch mit Herrn Senator Kallinger, der so wie ein ausgelagerter Mitarbeiter der Porr agiert hat, und ich habe in der Zeit verschiedene Dinge betreut. Ich kann mich nur erinnern – es ist alles viel länger zurück – an verschiedene Projekte, wo von mir Informationen beziehungsweise Kontaktaufnahmen gefragt waren.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Zur Rechnung vom 23. Februar 2007, die ich gerade angesprochen habe, möchte ich gerne aus dem Rechnungsinhalt Folgendes zitieren:

Entsprechend unserer Vereinbarung vom 16. Dezember 2005 stellen wir Ihnen für die betreffenden in Rumänien erbrachten Leistungen das vereinbarte Honorar in Rechnung: 200 000 €.

In Worten auch noch, und keine Umsatzsteuer; von der „Astropolis“ an die Porr.

Herr Hochegger, Ihr ehemaliger Geschäftspartner, stellt das in seiner Einvernahme ganz anders dar. In seiner vierten Beschuldigtenvernehmung vom 3. 11. 2009, befragt zu dieser Rechnung, gibt er Folgendes an – ich zitiere –:

Meischberger ist an mich herangetreten und hat mir mitgeteilt, dass er mit der Firma Porr Solutions ein Projekt vereinbart und abgewickelt hat. Er hat mich ersucht, über die Astropolis die Rechnung zu legen. Ich habe dem zugestimmt und für meine Tätigkeit 10 Prozent der Rechnungssumme in Zypern einbehalten. Zirka 180 000 € habe ich über Wunsch von Meischberger an die Omega überwiesen. – Zitatende. (Ing. **Meischberger**: Ja!)

Was können Sie uns dazu sagen? Ist mit dem Projekt ...

Ing. Walter Meischberger: Ich kann Ihnen gar nichts zu dem sagen, was Ihnen der Herr Hochegger sagt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ist mit dem Projekt diese Rumänien-Geschichte gemeint, die auf dieser Rechnung draufsteht? Oder welche Leistung haben Sie in Rumänien für die Porr konkret erbracht?

Ing. Walter Meischberger: Es sind hauptsächlich Projekte, die hier nicht dem Untersuchungsgegenstand entsprechen. Deswegen will ich darauf auch nicht Bezug nehmen. Ich kann nicht ausschließen und will auch nicht ausschließen, dass es in Bezug auf die Recherchen für diese rumänische Studie irgendwelche Arbeiten gegeben hat.

Ich habe das damals in der Aussage verwechselt mit einem Autobahnbau, der aber in Ungarn war, und habe mir eigentlich kein näheres Bild darüber machen können. Ich war **nicht** in die Rechnungstextierung zwischen Hohegger und der Porr oder den Porr-Verantwortlichen – ich weiß gar nicht, mit wem er dort gesprochen hat – eingebunden.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Vielleicht hilft Ihnen das auf die Sprünge: Ich zitiere aus einem E-Mail von Herrn Josef Wailzer. Er ist ein Mitarbeiter der Porr und war damals auch verantwortlich für den Abschluss des Mietvertrages zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der Terminal Tower KG. Dieses Mail geht von Josef Wailzer an Herrn Erwin Steiger von der Raiffeisen-Leasing – das war ja ein Dreier-Konsortium, diese Terminal Tower KG – und auch an Walter Lindinger, er war der Dritte im Bunde, von der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich. Dieses Mail ist am 29. 11. 2006 verfasst und geschickt worden, und das Mail ist **nach** dem Abschluss des Mietvertrages zwischen dem Finanzministerium und der Terminal Tower KG erfolgt. Ich zitiere:

Sehr geehrte Herren! Wie gestern bereits auch telefonisch besprochen, wurde ich seitens unserer Generaldirektion informiert, dass als Ergebnis des Mietvertrages mit der Finanz eine Vermittlungsprovision an Herrn Meischberger in Höhe von 200 000 € zu zahlen sei. 100 000 € sollen de facto noch 2006 fließen, die weiteren 100 000 € mit Einzug der Finanz im Terminal Tower.

Und dann weiter:

Die Verrechnung soll über eine zypriotische Consulting-Gesellschaft erfolgen. Mit freundlichen Grüßen, Mag. Josef Wailzer.

Was können Sie uns dazu sagen?

Ing. Walter Meischberger: Gar nichts. Ich kenne weder den Herrn Mag. Josef Wailzer noch seinen Mailverkehr, außer dass ich in der Zeitung darüber lese.

Was in der Abrechnungssituation beziehungsweise innerhalb dieses Konsortiums der Porr und der Raiffeisen Oberösterreich – und wer immer da noch dabei gewesen sein sollte – gelaufen ist, weiß ich nicht und kann ich nicht beurteilen. Ich habe sicher keine Provisionsarbeit, oder wie immer Herr Wailzer das beschreibt, für den Terminal oder Finanz Tower in Linz geleistet. Was aber die Porr-Leute mit Wailzer besprochen haben, weiß ich nicht. Das kann ich nicht beurteilen. Damit habe ich nichts zu tun und will ich auch nichts zu tun haben. Ich selbst habe keinen Auftrag in diese Richtung hin gehabt, und ich habe auch keine Rechnung in dieser Größenordnung dorthin gestellt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich kann mir nicht vorstellen, warum sich Herr Wailzer, der ja wahrscheinlich nur darüber informiert worden ist, dass es sich da um eine Vermittlungsprovision in Ihre Richtung handeln soll, warum sich also Herr Mag. Josef Wailzer von der Porr Solutions GesmbH das aus den Fingern saugen sollte.

Auf der anderen Seite muss ich das sagen, was Herr Kollege Maier vorhin schon angedeutet hat: Es handelt sich da offensichtlich, wenn Sie uns nicht erklären können, welche anderen Leistungen dem zugrunde liegen, wahrscheinlich doch um eine Maklertätigkeit, die Sie da geleistet haben. Obwohl es nicht unser Auftrag ist, dass wir hier kontrollieren, ob irgendjemand über Gewerbescheine verfügt zu Tätigkeiten, die er ausübt, weil wir hier nur die politische Verantwortung zu klären haben, muss man aber doch sagen: Dann sagen Sie uns bitte – und das wird wohl nicht so schwer sein –, was und welche Leistung sich hinter dieser Rechnung versteckt, wenn seitens der Porr Solutions davon gesprochen wird, dass es sich um **Vermittlungsprovisionen** an Sie handelt, und wenn auf der Rechnung draufsteht, es sei ein Projekt in Rumänien.

Können Sie uns diese Unterschiedlichkeit erklären?

Ing. Walter Meischberger: Frau Abgeordnete, Sie unterstellen schon wieder in Ihrer Fragestellung viele Dinge, die ich wieder von mir weisen möchte. Ich kann Ihnen nur wieder dasselbe sagen: Es handelt sich dabei um den Zeitraum einer Betreuung der Porr, in der für mehrere Projekte, die **nicht** dem Verhandlungsgegenstand hier unterliegen – ich habe sie hier stehen, ich nenne sie aber trotzdem nicht –, meine Arbeit hiermit abgegolten wurde.

Ich kann nicht ausschließen und werde es auch nicht, weil ich weiß, dass ich nebenbei gefragt wurde, auch was den Terminal Tower in Linz betrifft, ob ich weiß, warum das stockt oder was dort ist. Ich habe auch die einen oder anderen ganz profanen Dinge in Erfahrung gebracht, das sind Gespräche von nicht einmal 5 Minuten gewesen. Aber das würde diese Rechnung nicht begründen, in keiner Art und Weise.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Hier handelt es sich um die Abrechnung – ich schätze, eines Zeitraums von ungefähr drei Monaten oder länger –, der einige Projekte, die **nicht** Verhandlungsgegenstand sind, unterlegen sind.

Ein ganz kleiner Anteil dabei war vielleicht auch irgendwo in meiner allgemeinen Tätigkeit, eine kurze Information zu diesem Thema zu überbringen. Ich habe es kaum mehr in Erinnerung, und es ist sicher nicht, sage ich einmal, profund gewesen, beziehungsweise Deal-entscheidend war das nicht. Deswegen glaube ich nicht, dass die Rechnung darauf aufgehängt werden kann.

Mehr kann ich dazu nicht sagen. Den Rest müssen Sie den Herrn Wailzer fragen, der das E-Mail geschrieben hat. Ich verstehe dieses E-Mail nicht und kann es nicht einordnen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Dann möchte ich Sie noch konfrontieren mit einer Beschuldigtenvernehmung von Herrn Harald Pfriemer vom 25. Jänner 2012. Er war Techniker in dieser ganzen Angelegenheit und wurde auch befragt zu – unter anderem – Mag. Karl-Heinz Grasser, Causa BUWOG und Terminal Tower Linz.

In dieser Beschuldigteneinvernahme wird ihm vorgehalten – ich zitiere –:

Ihnen wird ein schwarzes gebundenes Buch mit der Aufschrift 30. 1. 07 bis 5. 5. 08 mit der Sicherstellungsnummer des Bundeskriminalamtes Nummer 26, welches bei der in der Porr Solutions durchgeführten Hausdurchsuchung festgestellt wurde, vorgelegt. In diesem Buch ist auf der Innenseite eine Visitenkarte mit Ihrem Namen eingeklebt und befinden sich darin handschriftliche Aufzeichnungen. In diesem Buch befindet sich ein handschriftlicher Eintrag mit der Bezeichnung **Terminal Tower** und dem Datum 31. 5. 07, also genau jenes Datum, an welchem die zuvor beschriebene Konsortialsitzung stattgefunden hat und wo auch Sie als Teilnehmer aufscheinen.

Auf der zweite Seite ist als einziger Punkt folgende Eintragung ersichtlich – das ist jetzt handschriftlich, und da steht –:

Meischberger 200 000 €.

Wie erklären Sie sich das? – **Noch** eine Person, die genau über das berichtet! Der ist aber in diese Terminal-Tower-Geschichte involviert und in kein Projekt in Rumänien. Wie erklären Sie sich das?

Ing. Walter Meischberger: Frau Abgeordnete, ich **kenne** den Herrn nicht! Ich bin ihm nie begegnet. Ich kenne seine Bücher nicht. Ich war nicht in der Sitzung. Ich habe zu dieser Sitzung nichts beigetragen.

Sie konfrontieren mich mit Dingen, die Dritte, irgendwelche Porr-Leute mit irgendwelchen Raiffeisen-Oberösterreich-Menschen, besprochen haben. Was immer die wem verrechnen wollen, welche Kosten aus welchen Projekten sie wohin transferieren wollen, weiß ich nicht. Ich weiß nur eines: Dort ist ein **Riesen-Saustall!** Dort ist ein Kampf zwischen den Führungsleuten und den Managern. Dort passiert die Begleichung von alten Rechnungen zwischen dem Porr-Chef und seinem ehemaligen Finanzvorstand, dem ehemaligen ÖBB-Menschen, und so weiter.

Ich habe mit all diesen Menschen niemals Kontakt gehabt, ich habe **niemals** mit denen gearbeitet. Ich habe also auch keine Leistung zu diesem Terminal Tower erbracht, die diese Vermutung, die immer unterstellt wird – dass das die Rechnung sein könnte, diese 200 000 –, rechtfertigen würde. Mehr kann ich Ihnen dazu nichts sagen.

Sie können mir jetzt noch 30 Personen nennen, die ich niemals in meinem Leben kontaktiert habe, gesehen habe oder kenne, die in irgendwelchen Sitzungen gesessen sind, die irgendetwas dahergeredet haben und die untereinander offensichtlich ein Problem der Abrechnung haben. Sie können mich nach wie vor mit denen konfrontieren – ich habe damit nichts zu tun und kann Ihnen dazu nichts sagen, weil ich die Leute alle **nicht kenne!** Und auch das Projekt **nicht**.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich glaube, Sie könnten noch stundenlang reden ... (Ing. Meischberger: Sie auch!) – Ich werde auch dafür bezahlt, dass ich hier sitze (Ing. Meischberger: Na ja, eben!), Sie befrage und hier die politische Verantwortung kläre. Sie können sich vorstellen, dass das nicht immer erheiternd ist, wenn man ganz einfach mit Fakten und Sachlagen konfrontiert ist. Ich glaube, weder der Herr, den ich Ihnen gerade zitiert habe, weder Herr Pfriemer noch Herr Wailzer haben ein Interesse daran, gegen Sie eine Intrige zu spinnen. Und ehrlich gestanden ...

Ing. Walter Meischberger: Das habe ich auch nicht behauptet.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Nein, das interpretiere ich jetzt so. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass die das erfinden. – Danke, momentan habe ich keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Zur **Nordbergstraße:** Von wem ist der Tipp gekommen, dass dort eine Liegenschaft der Telekom anzukaufen ist? (Ing. Meischberger: An mich?) – Ja, an Sie!

Ing. Walter Meischberger: Ich habe in Erinnerung von Ernst Plech. Ich glaube, dass er mit irgendeinem Telekom-Vorstand darüber gesprochen hat; ich kann das aber jetzt nur vermuten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Plech hat kurz vorher gesagt, er hätte es von Rudi Fischer erfahren.

Ing. Walter Meischberger: Ja, das kann ich bestätigen. Wir waren zu dem damaligen Zeitpunkt in einem Freundeskreis und haben uns auch sehr oft im privaten Umfeld getroffen. Ernst Plech war natürlich immer auch an Immobiliengeschäften interessiert ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das genügt mir schon! (Ing. Meischberger: Genau, passt!) – Wir können es ganz kurz halten ...

Ing. Walter Meischberger: Es ist für mich logisch, was Sie jetzt gesagt haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die Frage war nur: Von wem unmittelbar die Information? – Deckt sich mit dem, was Plech vorher gesagt hat.

Von wem kam der Tipp, dass das **Justizministerium** ein Objekt sucht, wohin Gerichtsgebäude übersiedelt werden sollen, Raumnot et cetera?

Ing. Walter Meischberger: Herr Abgeordneter, da muss ich wieder darauf hinweisen: Das ist schon zehn Jahre her! Ich glaube, dass ich es aus dem Umfeld irgendwo aus dem Justizministerium erfahren habe, irgendwelchen Referenten oder Mitarbeitern, wo man sich da oder dort einmal aufgrund der gemeinsamen politischen Vergangenheit getroffen hat. Oder ob ich es direkt von Ernst Plech erfahren habe – also das kann ich nicht mehr genau sagen. Aber ich glaube, ich habe es damals aus dem Umfeld erfahren.

Was interessant war, zu wissen – was ich auch erfahren habe –, ist, dass sich damals die Einmietsituation in der Riemergasse grundsätzlich verändert hat. Damals hat es durch die BIG die Übernahme der Immobilie gegeben, das Justizministerium war auf einmal Mieter und hat sich ganz anders von dem Objekt lösen können. Das hat damals eine Diskussion im Raum der zuständigen Leute ausgelöst, und da habe ich das einmal aufgefangen, also diese Information, dass das Justizministerium ein relativ großes Ausweichquartier sucht.

Mehr kann ich dazu heute aus der Erinnerung nicht mehr sagen. Ich kann es auch nicht mehr konkretisieren, außer – noch einmal –: Böhmendorfer war es sicher nicht, weil ich mit ihm überhaupt keinen Kontakt in der Zeit gehabt habe. Über Jahre nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben also zwei Varianten angeboten: einerseits von Ernst Plech, andererseits aus dem Umkreis Justizressort, die Raumnot gehabt haben. Das hat man an sich relativ leicht gewusst, dass die Justiz Raumnot hat. Das ist auch regelmäßig durch Gazetten gegangen (**Ing. Meischberger: Eben!**), das ist an sich nicht so etwas Besonderes.

Ing. Walter Meischberger: Das war keine große Sache, diese Information! Darum habe ich sie nicht mehr ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, hat sich aber trotzdem wirtschaftlich ganz gut niedergeschlagen, dieser Tipp! (**Ing. Meischberger: Ja!**) Aus dem Titel „Tipp“ – darum kann es nicht Ernst Plech sein, weil nämlich Ernst Plech erst aufgrund dieser Information zum Justizministerium (**Ing. Meischberger: Genau, richtig!**), zum Justizminister gegangen ist, und er hat dann erst einen konkludenten Provisionsvertrag dadurch abschließen können.

Ing. Walter Meischberger: Ich glaube, ich habe es mit ihm erörtert. Ich habe eine Information gehabt und habe es mit ihm erörtert. Er hat dann auch einiges gewusst und hat seine Schlüsse daraus ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es wäre aus Sicht des Herrn Plech sehr widersinnig, wenn er Ihnen eine Information gibt (**Ing. Meischberger: Richtig!**) und dann dafür, dass Sie ihm diese zurückgeben, noch einen beträchtlichen Betrag zahlt. Das wäre auch nicht logisch.

Sie meinen also, es ist eher die Variante, dass Sie es aus dem Umfeld des Justizministeriums haben, es dem Ernst Plech gesagt haben und es mit ihm erörtert hätten?

Ing. Walter Meischberger: Ernst Plech ist zu mir gekommen mit der Information aus der Telekom, was dieses Projekt betrifft.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nicht Telekom! Justiz-Tower.

Ing. Walter Meischberger: Ja, ja. Das ist dann natürlich ein Gespräch, und dann spricht man darüber. (**Abg. Dr. Rosenkranz: Aha, Entschuldigung!**)

Sage ich: Aber da ist doch von der Justiz diese Suche nach einem Ausweichquartier, die jetzt beginnt. Man müsste doch mit Böhmdorfer darüber reden, ob nicht das, was die Porr dort macht, das Ideale wäre.

Dann hat Ernst Plech das aufgenommen, und er ist **dann** zu Böhmdorfer gegangen. In weiterer Folge war ich eigentlich nicht mehr eingebunden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Na ja, das muss schon irgendwo gewesen sein, weil es ja dann einen Zahlungsfluss von Ernst Plech an Sie gegeben hat. (*Ing. Meischberger: Genau!*) – Wie kommt es dann zu dem? – Ich meine, das ist bis jetzt ein nettes Gespräch gewesen. Sie haben gesagt: Du, ich habe einen Tipp ...

Ing. Walter Meischberger: Ja, es klingt so wie ein nettes Gespräch. Es war ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben gesagt: Ich habe jetzt einen Tipp an dich, rede einmal mit dem Böhmdorfer, ob die nicht etwas brauchen! – Plech sagt: danke schön!

Oder war das bei Ihnen schon so eine eingespielte Sache, dass man sich da wechselseitig ...?

Ing. Walter Meischberger: Ja, das ist das, was Sie jetzt eigentlich als Grundlage gesehen haben. Sie wissen ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Na, ich hätte jetzt gern genau gewusst, wie das vereinbart wird.

Ing. Walter Meischberger: Sie wissen aufgrund der anderen Diskussionen – BUWOG und so weiter –, dass das ein sehr eingespieltes Arbeitsteam gewesen ist und dass auch die Aufteilungen an gemeinsamen Projekten, oder wo wer was beigetragen hat, im Prozentverhältnis automatisiert aufgeteilt wurden. Das war keine große Sache für uns, also kein großes Geschäft, wenn daraus etwas wird, das haben wir gewusst.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wie war es konkret beim **Justiz-Tower**, dieses eingespielte prozentuelle Verhältnis? Wie wird so etwas abgerechnet? – Ich meine, bei der Porr hat es Schwierigkeiten mit der Abrechnung gegeben. Da hat es auf einmal divergierende Ansichten gegeben, und da musste dann Ernst Plech erst als Mediator eingeschaltet werden.

Ing. Walter Meischberger: Sie reden jetzt aber wieder von der Nordbergstraße. Ich habe es jetzt nämlich auch kurz verwechselt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Richtig. Das war nur das Beispiel, weil Sie gesagt haben: Das ist so eingespielt gewesen.

Ing. Walter Meischberger: Zwischen uns, also Plech und mir, war das schon eingespielt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wie war das? – Ernst Plech sagt, das war eine besonders heikle Arbeit. Es war unheimlich schwierig, die ganzen Verhandlungen zu führen. Er hat da irrsinnig viele Leistungen erbracht.

Wie kommt man dann im konkreten Fall, damit ist jetzt die Provision von beiden Seiten gemeint – Ernst Plech hat vom Justizministerium und auch von der PORR eine Provision bekommen ... Wie errechnet sich **automatisch eingespielt**, freundschaftlich der Betrag? Hat Plech gesagt: Weißt du was, ich habe jetzt so und so viel eingenommen, ich finde, das steht dir zu! Oder hat es da gegeben: Mir steht mehr zu? Oder: Danke, das ist zu viel? Wie geht das **automatisch**? Ich meine, wir reden da jetzt wirklich nicht über Beträge aus der Portokasse. (*Ing. Meischberger: Nein!*) – Also: Wie spielt sich das im Geschäftsleben real ab?

Inq. Walter Meischberger: In diesem Geschäftsleben, also zwischen Ernst Plech und mir, dem ein großes freundschaftliches Verhältnis und ein Vertrauensverhältnis zugrunde gelegen ist, wo man schon mehrere solche Projekte angebahnt hat, muss man sich das so vorstellen, dass es zu dem Zeitpunkt, von dem Sie sprechen, ja noch kein Geschäft ist. Da liegen ja dann zwei Jahre dazwischen, bis es da zu einer Zahlung kommt und so weiter. Und es hat vielfache solcher Anbahnungen gegeben – egal, ob jetzt im öffentlichen Bereich, der Sie vielleicht interessiert, oder im rein privaten Bereich.

Dann kommt das von meiner Seite, in dem Fall war jetzt mein klarer Hinweis: Du, ich weiß, der Böhmdorfer sucht ganz interessiert zusammenhängende Flächen, die über 10 000 oder über 15 000 m² hinausgehen! Dann spreche ich das mit Ernst Plech aus. Dann war jetzt klar, dass wir uns das teilen, die Böhmdorfer-Seite sozusagen. Die PORR-Seite hat Ernst Plech dann aufgemacht, der an der war ich ja nicht beteiligt.

In der Summe sind das dann 30 Prozent vom Gesamtprovisionsaufkommen gewesen. Aber in Wahrheit war meine Vereinbarung mit ihm jene Seite, die meinen Tipp betroffen hat, nämlich das vom Justizministerium. Das, glaube ich, war 50 : 50. So ungefähr wird das sein.

Wir haben da weder gewusst, ob das ein Geschäft wird, was dabei herauskommen wird, noch welche Summen sind und so weiter. Es waren immer prozentuale Aufteilungen. Wenn einem so große Umsetzungen dann gelingen, ergeben sich aus den prozentualen Aufteilungen auch – Gott sei Dank – schöne große Summen, die vor Ihnen liegen. Aber das weiß man im Moment der Anbahnung nicht. Da macht man es prozentuell. Das ist zwischen uns schon eingespielt gewesen. Der hat gewusst: Okay, der Tipp ist von mir, er wird das weiter verarbeiten, er wird das tun. Wenn es etwas wird, gibt es meinen Anteil für den Tipp, denn hätte ich ihm den nicht gegeben, hätte das wahrscheinlich nie einen Geschäftsfall für ihn ergeben. Das sind dann 50 Prozent von dem Teil, den ich bringe. So ist das mehrfach passiert. Sehr oft ist nie etwas dabei herausgekommen, und ab und zu, Gott sei Dank, hat es sich so abgespielt, wie es vor Ihnen liegt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, dann ist aber das passiert, wo Sie jetzt sagen: Ich habe aus einem Kreis den Tipp erhalten; geh du zu Böhmdorfer.

Und ab diesem Zeitpunkt hat dann der Ernst Plech, wie er gesagt hat, sehr viel Arbeit bis zur Vertragsunterzeichnung gehabt, also Stunden um Stunden. Jetzt zur Relation zwischen dem Tipp und der vielen Arbeit: Ist die zwischen Ihnen 50 : 50 gewesen?

Inq. Walter Meischberger: Nein. In der Summe war es für den Plech, wenn man die gesamte Arbeit und so weiter sieht, ungefähr ein Drittel zu zwei Dritteln. 50 : 50 war der Anteil der Provision vom Justizministerium. Da habe ich den Tipp gegeben.

Die PORR-Geschichte hat er komplett alleine gemacht. In der Summe gibt es für ihn eine Gesamtsumme. Ich weiß nicht, wie viel das war, aber es wird um eine Million herum gewesen sein oder mehr. Und ich habe ungefähr 30, 35 Prozent davon bekommen. Wenn Sie so wollen, vom Aufwand her gesehen scheint das jetzt in der Betrachtung sehr zu meinen Gunsten auszusehen oder zu Ungunsten des Herrn Plech, weil er danach die ganzen Abwicklungen, die wahrscheinlich über eineinhalb Jahre gegangen sind, bearbeitet hat.

Nur: Wie ich zu den Informationen komme, was ich davor getan habe, wie ich meine Kontaktwelt pflege, wie viele Geschäftsfälle nichts werden, wie ich mein Büro betreibe und all diese Dinge stecken hier mit drinnen; das ist kein Zufall; das fällt nicht einfach von den Dächern herunter.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das heißt, in der Kontaktpflege zu Ministerien, Kabinetten und so weiter, da gibt es halt was weiß ich wie viele zig „Fehlschläge“ unter Anführungszeichen. (*Ing. Meischberger: Genau, so ist es!*) Und das war jetzt auf einmal ein Glücksgriff, und aus dem muss man den permanenten Aufwand herausholen, wie das an sich jeder Makler tut. Man muss sich vorstellen, dass man sagt: Für diesen einen Tipp habe ich „Landschaftspflege“ betrieben – so hat es eine andere Auskunftsperson, nämlich Herr Pöchhacker, genannt. Da muss man das alles immer einkalkulieren. Also diesen einen Geschäftsfall muss man über andere drüberziehen, die nicht so erfolgreich waren.

Läuft das nach diesem Modell?

Ing. Walter Meischberger: Das ist vollkommen richtig. Und es ist die ganze Lebenserfahrung und politische Arbeitsweise davor.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Lebenserfahrung, weil es so ein schönes Wort ist. Mir kommt das Geschäftsmodell irgendwie so vor wie „Leben und leben lassen“. Das ist so das Geschäftsmodell, das da gepflogen wurde. Denn der Herr Kommerzialrat Plech hat ja auch gesagt, wenn es Ihnen einmal nicht so gut gegangen ist, hat er auch immer ausgeholfen, und das ist wieder zurückgekommen. Es war für Sie immer eine ausgeglichene Basis.

Jetzt gibt es allerdings tückischerweise die **Staatsanwaltschaft**, die vermeint, dass da etwas ganz anderes dahintersteckt, und die meint, dass insbesondere die Kontoflüsse aus diesen Provisionen, die Abwicklung dieser Provisionen über Zypern, Astropolis, Omega, zu den drei Konten, deren Namen da genannt sind – ursprünglich mit einem wirtschaftlich Berechtigten Plech, was sich dann als Irrtum herausgestellt hat und wieder richtiggestellt wurde und so weiter –, dass das Ganze eine **Verschleierungsaktion** war, um manche da zu schützen.

Das findet man auch sehr zusammengefasst im Rechtshilfeersuchen der zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption – ziemlich aktuell, vom 2. April 2012 –, und da wird auch aus Unterlagen zitiert, die beim Dr. Toifl, Ihrem ehemaligen Anwalt, gefunden wurden.

Da ist ein undatiertes Schreiben drinnen, das fängt so an:

„EUR 5 006 920,-- wurde auf das Konto/die Konten von MW eingezahlt.“

Damit seien Sie gemeint mit Walter Meischberger oder Meischberger Walter in dieser Situation.

„Herr xy, Australien (?) erhielt EUR 2.500.000,-- ein Darlehen für den Kauf von Immobilien (Projektentwicklung) in ...“

Das wurde ausgelassen.

„Als Zinssatz wurde eine Gewinnbeteiligung von ... vereinbart. Das Darlehen samt Gewinnbeteiligung ist bis 31.01.2010 zurückzuzahlen.“

Dann geht es einen Absatz darunter weiter:

„EUR 500 000,-- wurden als Darlehen an Frau W, Zürich gegeben. Das Darlehen ist bis xx. xx.2010 zurückzuzahlen.“

Der Herr XY aus Australien mit den 2,5 Millionen Darlehen, wissen Sie, wer das ist?

Ing. Walter Meischberger: Also ich kann mit der Notiz überhaupt nichts anfangen. Von wem wäre die? – Von Professor Toifl?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die wurde bei einer Hausdurchsuchung bei Herrn Professor Toifl gefunden.

Ing. Walter Meischberger: Aber wer hat sie erstellt?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nein, er sagt, er hat das auch nicht erstellt. Es wurde bei ihm gefunden.

Und Sie werden da eben durchgängig immer als **MW** oder **WM** bezeichnet. Dann gibt es eben dieses Darlehen und diese 500 000 Darlehen an die Frau W. Bei der Frau W. wird vermutet, dass es die Frau **Wicki** ist, die Frau vom Unternehmensberater/Treuhänder in der Schweiz, zu dem Grasser und Toifl gemeinsam hingeflogen sind, um etwas zu besprechen.

Wobei der Bank angegeben wurde, woher dieses Geld kommt. – Dieses soll aus einem Hotelverkauf aus einer Erbschaft für die Mutter der Frau vom Herrn Wicki sein. Es hat sich herausgestellt, das stimmt nicht, sondern es ist aus diesen Konten, die von Omega auf Sie gekommen sind, der „Mandarin“ zur Verfügung gestellt worden, und dann wurde letztlich sogar zwischen Ihnen und dem Herrn Wicki ein Treuhandvertrag gemacht, damit die Stimmrechte dann bei dieser „Mandarin“ so ausgeübt werden, wie das Karl-Heinz Grasser möchte.

Wie erklären Sie sich diese ganzen Zusammenhänge?

Ing. Walter Meischberger: Da sind wir jetzt in einem ganz anderen Bereich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Zuerst wurde das Geld in der Nordbergstraße und überall verdient, und jetzt reden wir darüber, wie das Geld dann weiter seinen Weg fand.

Ing. Walter Meischberger: Das war ja schon nach der ganzen BUWOG-Abwicklung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): BUWOG, ja, richtig. Die Provisionen sind über Liechtenstein gelaufen.

Ing. Walter Meischberger: Was wollen Sie jetzt konkret von mir wissen: Wer die Frau W. ist?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie mit einer Darlehensgabe an die Frau W., anzunehmen Wicki, etwas zu tun?

Ing. Walter Meischberger: Ich muss mich ganz kurz beraten, weil das hat Auswirkungen auf andere Einvernahmen. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Ich glaube, das ist sicher sinnvoll!*) Und das ist eine sehr komplexe Geschichte. Ich brauche einige Minuten.

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Mich würde auch eine Entschlagung nicht wundern; ganz ehrlich.

Ing. Walter Meischberger: Ich versuche, Ihnen auf diese sehr komplexe Darstellung eine Antwort zu geben. Was die Aktennotiz betrifft, wenn die Fragmente stimmen, erscheint es mir logisch, so wie mein MW-Kürzel beziehungsweise die Wicki-Geschichte. Komisch ist Frau Wicki. Ich kenne nur den Herrn Wicki. Die 500 000 Überweisung waren damals, diese Kreditgabe ist damals gewesen für den Zweck, Meinl International Power Aktien zu kaufen.

Was kann ich noch dazu sagen? – Diese scheinbar aus Australien-Geschichte, zweieinhalb Millionen, war mein Konto „Karin“, das ich dem Ernst Plech zur Verfügung

gestellt habe mit der Bitte, für mich in Immobilien zu investieren und anzulegen. Das kann ich ableiten.

Sie müssten mir noch einmal die Frage dazu stellen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Mag. Wirnsperger erklärt in seiner Beschuldigtenvernehmung vom 29.3.2012, dass er ursprünglich von Ing. Meischberger gebeten worden sei, bei der Polizei anzugeben, dass er Norbert Wicki an Ing. Meischberger vermittelt habe. – Stimmt das?

Und: Wie haben Sie den Herrn Wicki kennengelernt?

Ing. Walter Meischberger: Nur um das auch aufzuklären, weil das eine ganz heikle Geschichte in dem Strafverfahren war, für mich damals, dieser Zeitpunkt. Ich glaube, mir ist der Herr Wicki vom Christoph Wirnsperger genannt worden als die ideale Umsetzung dieses meines Ansinnens des Aktienkaufs, und zwar aus folgendem Grund: Damals hat es eine Debatte gegeben bei der Meinl International Power, da hat es die „Rebellen“ gegeben, die sozusagen das Management dort ausheben wollten, der Karl-Heinz Grasser war damals ziemlich unter Druck. Ich hatte schon einige Meinl International Power-Aktien und habe mir gedacht, ich investiere dort jetzt weiter, um bei der Generalversammlung sozusagen mit meinem Aktienportfolio auftreten zu können.

Ich wollte das aber nicht selbst machen, weil ich wollte mich hier in Österreich nicht als der Aktienbesitzer von Meinl International Power und so weiter deklarieren, und ich habe versucht, das über meine Bankverbindung zu machen. Das war damals die Hypo Liechtenstein. Die Hypo Liechtenstein war eine hundertprozentige Tochter der Hypo Vorarlberg. Die Hypo Vorarlberg war – und ist es heute noch – in hundertprozentigem Besitz des Landes Vorarlberg.

Das war für mich ein Ausweis dafür, wie man solche Dinge rechtens richtig abwickelt. Sämtliche Tipps in diese Richtung, wie das alles funktioniert mit Geldflüssen, Kontoanlegungen, alle Hinweise auf die berühmte „Omega LLC“, die wieder auftaucht, waren ganz klar aus der Hypo Liechtenstein, und die Hypo Liechtenstein war eine Tochter der Hypo Vorarlberg. Für mich war das ein hundertprozentiger Schluss, und ich habe mich darauf auch hundertprozentig verlassen.

Christoph Wirnsperger hat sich dann in weiterer Folge von der Hypo Liechtenstein getrennt, und er wurde zu meinem persönlichen Vermögensberater. Und jetzt haben sich da ein paar Verwicklungen ergeben. Man hat auch über ein gemeinsames Beratungsunternehmen nachgedacht, also darüber, liechtensteinisches Know-how mit österreichischen Interessen zu verbinden und da auch die Schweiz mit einzubinden. Und bei der Einbindung der Schweiz wäre der Herr Wicki ein Kandidat gewesen. Aus diesen Gesprächen kannte Christoph Wirnsperger den Wicki – und ich auch.

Dass sich Karl-Heinz Grasser auch des Wicki sozusagen bedient hat oder seine Familie oder was immer, hat sich erst im Nachhinein herausgestellt, und das war eine ganz heikle Situation, medial, es war ganz schwer zu erklären und so weiter. Und um das auseinanderzuhalten, habe ich mit Christoph Wirnsperger Gespräche geführt. Das war alles. Ich würde es aber nicht so auslegen, dass ich ihn „gebeten“ habe, das zu sagen, sondern das war meine Wahrnehmung, so ist es abgelaufen, und ich habe das mit ihm eigentlich nur so besprochen, so wie das war.

Es ist jedenfalls sicher, dass der Herr Wicki dem Christoph Wirnsperger persönlich bekannt war vor diesen Transaktionen. Und ich bin heute noch überzeugt, dass er mir diesen Weg damals vorgeschlagen hat, weiß aber gar nicht, was er jetzt dazu sagt; weiß ich nicht.

Sehr komplex, kompliziert, aber das sind die Hintergründe, die dahinter stehen, es steht dann davor oft eine ganz schiefe Optik. Und durch diese freundschaftlichen Beziehungen und diese Engen sind da Zusammenläufe von Interessen, die eine sehr blöde Optik ergeben und die sehr viel Diskussion ausgelöst haben. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Steht alles so dick da drinnen, diese schiefe Optik!*)

Okay, ich hoffe, die Auskunft gegeben zu haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zurück zum Justiz-Tower. Sie haben für diesen Tipp aus dem Umfeld des Ministers, das ist Ihre Leistungsbeschreibung, das haben Sie hier ausgeführt, ... – In Österreich wird darüber gestritten, dass der Mindestlohn 1 300 € betragen soll, weil es viele Menschen in diesem Land gibt, die viel weniger verdienen. Wir haben Mindestpensionisten, die 700 €, die 800 € bekommen. Sie waren einmal FPÖ-Generalsekretär und haben heftig gegen diese Vetternwirtschaft gewettert und mehr Gerechtigkeit für die kleinen Leute verlangt.

Und heute sitzen Sie selber da und haben für einen Satz – „Der Böhmdorfer sucht etwas!, so haben Sie das mit dem Herrn Plech besprochen – über 500 000 € bekommen! Dass das viele Menschen nicht verstehen, das werden, glaube ich, Sie auch verstehen; da nicken Sie.

Meine Frage: Haben Sie irgendwelche weiteren Leistungen in diesem Zusammenhang erbracht für diese 500 000 € oder nicht?, weil Sie haben hier immer gesagt, Ihre Leistung war dieser **Tipp**.

Herr Plech hat das heute hier anders dargestellt, der sagt ganz etwas anderes, der sagt, Sie haben viel mehr gemacht, Sie hätten weitere Leistungen erbracht, er kann sich nur leider nicht mehr daran erinnern.

Wenn ich jemandem 500 000 € zahle, dann weiß ich, was er für mich gemacht hat. Plech weiß es aber nicht mehr. Daher helfen Sie uns vielleicht.

Was haben Sie noch gemacht?, außer diesem einen Satz: Der Böhmdorfer sucht etwas!

Ing. Walter Meischberger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, alles zu seiner Zeit. Es ist richtig, als Generalsekretär war ich auf der anderen Seite sozusagen und habe natürlich auch für den sozial gerechten Ausgleich gekämpft, an der Seite des Ihnen gut bekannten verstorbenen Landeshauptmannes Dr. Haider. War eine tolle Zeit. Aber danach bin ich in die Wirtschaft gegangen und habe versucht, meine Möglichkeit bestmöglich zu nutzen, meinen Informations- und Netzwerkaufbau, aus der politischen Zeit und danach entstanden, mit dem wirtschaftlichen Bereich zu verbinden, daraus Geschäftsfälle zu entwickeln. Das war – ich habe Ihnen das schon im Zusammenhang mit der BUWOG-Aussage oder wie ich die BUWOG-Auskunft gegeben habe, gesagt – natürlich ein ideales Zeitfenster.

Es waren nicht so viele strategische Kommunikatoren unterwegs. Peter Hohegger hat da ein Umfeld geschaffen; das ist alles relativ gut organisiert gewesen. Diese gute Organisation brachte es auch mit sich, dass sehr viele interessierte große Unternehmungen an uns herangetreten sind; wenn ich „uns“ sage, kann ich Ihnen nicht mehr sagen, an wen. In dem einen Fall war es beim Hohegger, dann war es bei mir, dann hat es da bei diesen ganzen Porr-Abwicklungen sehr oft auch den Ernst Plech betroffen. Und das war – ich habe es damals schon gesagt – eine Gemenge-Lage an Interessen, die da zusammengelaufen sind und wo es natürlich immer wieder um wichtige Informationen gegangen ist, um gewisse Geschäftsfälle einzuleiten.

Das jetzt auf einen Satz zu reduzieren und dann zu sagen: Dafür hat er eine 500 000 €-Rechnung gestellt!, das ist polemisch, denn um an diese Information zu

kommen, es ja nicht einfach so ist, dass man auf der Straße spazieren geht und es wird einem zugetragen. Da ist sehr viel Lebenserfahrung, Netzwerkaufbau und so weiter dabei, um das zu erhalten.

Dass es dann – ich sage es noch einmal, so wie ich es bereits Frau Tamandl gesagt habe – durch prozentuelle Beteiligungen an Geschäftsfällen zu relativ großen Zahlungen kommt, das ist das glückliche Ergebnis daraus. Ich kann Ihnen zu Ihrer konkreten Frage, was meine zusätzlichen Leistungen beim Justiz-Tower waren, gar nichts Besonderes jetzt sagen. Ich glaube auch nicht, dass es war. Entscheidend war, dass ich das **gewusst** habe. Entscheidend war, dass ich das dem Ernst Plech weitergegeben habe und dass der daraus dann einen Geschäftsfall gemacht hat und dass ich an dem Geschäftsfall durch ihn beteiligt wurde.

Mehr ist hier nicht zu sagen; aber ich verstehe, dass das ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie, ich unterstelle überhaupt nichts, sondern ich zitiere aus den Aussagen, wo Sie hier immer gesagt haben: Meine Leistung war, diese Info zu geben, dass eben das Justizministerium etwas sucht. Das haben Sie jetzt fünfmal so ausgesagt und haben nichts Weiteres gemeint (*Ing. Meischberger: Ja, ich kann es nicht öfter sagen!*), also unterstellen Sie mir nicht, dass ich dann daraus meine Schlüsse ziehe. Es gibt ja dazu auch das Telefonüberwachungsprotokoll zwischen Ihnen und Plech vom 2. 2. 2010; es wurde schon vorgelesen. Ihre große Leistung, werden Sie zitiert, sei eben gewesen, dass Sie gesagt haben: Rede einmal mit dem Böhmdorfer, der sucht etwas!

Plech hat hier gesagt, Sie haben weitere Leistungen erbracht für diese 500 000 €, nur kann er sich nicht mehr daran erinnern, welche das waren. Und Sie sitzen jetzt selber hier, und daher frage ich Sie, welche **weiteren Leistungen** das waren. Aber ich nehme es zur Kenntnis, wenn Sie keine weiteren Leistungen nennen können/wollen, was auch immer. Sie haben jetzt auch keine genannt.

Sie haben jetzt eine philosophische Erklärung abgegeben von einem Zeitfenster, das Sie ... – Ja, dieses Zeitfenster, das haben Sie genutzt, das hat nämlich schwarz-blaue Regierung geheißen, wo Sie die Republik ausgeplündert haben – aber das ist ein anderes Kapitel.

(Die Auskunftsperson spricht mit Obfrau Dr. Moser.)

Also ich nehme zur Kenntnis: Sie wollen hier keine weiteren Leistungen nennen oder können keine nennen.

Dann frage ich Sie etwas anderes, Herr Meischberger: Warum haben Sie sich eigentlich mit Herrn **Grasser** über dieses Justizzentrum unterhalten? (*Ing. Meischberger: Justizzentrum ...!*) Ich zitiere aus einer Telefonüberwachung vom 1. 2. 2010, wo Sie sagen:

Ja, ja, gut. Ich gehe jetzt da hin, lies das noch einmal durch, was zum Sagen war. Ich gehe davon aus, dass de mi hinterfragen in diese Justiz-Tower, eh, die Porr-Seite.

Dann sagt Mag. Grasser:

Überall, die werden di hinterfragen, sozusagen, was hast du irgendwo gemacht dort, für wen, mit wem, mit wem hast gredt, welche Leistungen hast konkret erbracht –

also es geht wieder um die Leistungen –,

und je konkreter, desto besser. Da werden sie dich natürlich schon abprüfen.

Dann sagen Sie, Herr Meischberger, darauf –

man ist eben jetzt beim Justiz-Tower –:

Nur: Da weiß ich nix mehr. Da zieh ich mich total zurück, da werd ich nicht viel sagen.

Grasser: Ja.

Meischberger: Da werd ich allgemeine Dinge handeln – in Klammern: (schnauft laut) –, da zieh ich mich zurück, da werd ich nicht allzu viel sagen.

Grasser: „Na, aber das würd ich mir ah bisserl anschauen, verstehst, in welchen Ländern, in welchen Ländern ist die Porr, in welchen Projekten war sie tätig, ein bisschen in die Richtung argumentieren, in die sie auch selber argumentieren.“

Dann kommt Ihr berühmter Satz: „Da bin ich jetzt supernackt.“

Jetzt frage ich Sie: Sie sagen auch immer, Grasser spielt ja keine Rolle, Sie haben mit Grasser freundschaftlich gebrochen, Sie haben keine Kontakte mehr – was ich sowieso nicht glaube –; aber warum fragen Sie dann gerade Mag. Grasser, der angeblich mit all dem nichts zu tun hat, betreffend Ihre Einvernahmen in Sachen Justiz-Tower und auch anderer Projekte?

Wie können Sie sich das erklären? Warum rufen Sie da gerade Mag. Grasser an?

Ing. Walter Meischberger: Ich möchte nur grundsätzlich noch einmal etwas zu diesen Telefonüberwachungsprotokollen sagen: Der Beamte, der das niedergeschrieben hat, war offensichtlich ein besonderer Spaßvogel. Der hat geglaubt, er kann das in irgendwelchen Dialekten darstellen und schreiben, hat weder, glaube ich, den Sachverhalt noch den Dialekt oder die Sprache verstanden. Ich habe damals am Telefon nicht anders gesprochen, als ich heute zu Ihnen spreche. Das ist ganz normal meine Aussprache. (*Ruf bei der SPÖ: Steht eh so da!*)

Dass das immer wieder so dargestellt wird und heruntergedodelt und dann auf irgendwelche verbrecherischen Weisen von irgendwelchen Beamten weitergegeben wird an irgendwelche Medien; dass das dann auf irgendwelchen Bühnen, wo die Bussi-Bussi-Freunde vom Herrn Abgeordneten Pilz das darstellen als Kabarettisten und auf anderen Wegen unter die Leute bringen; und dass dadurch sozusagen die faire Abhandlung eines Verfahrens und einer Ermittlung komplett unterbrochen wird, und dass durch diese Darstellung alles aus dem Zusammenhang gerissen und wirklich – sage ich einmal – tendenziös und so weiter dargestellt wurde, das möchte ich einmal grundsätzlich sagen.

Dass Sie das aber auch verwenden und immer wieder zitieren und hier das Ganze zum Besten geben, was ich lese in den Protokollen, wundert mich ganz besonders, weil Sie natürlich auch sehr oft Opfer derartiger Darstellungen in den Medien sind. Und dass ausgerechnet Sie das hier im Parlament zum protokollarischen Inhalt machen, wundert mich schon sehr, Herr Abgeordneter. Das sei mir nur nebenbei erlaubt.

Zu Ihrer Frage: Warum habe ich mit Karl-Heinz Grasser in diesen Dingen gesprochen? Ja, ganz normal: weil wir Freunde – ich sage – **sind**; nicht waren. Dass das Verhältnis abgekühlt ist aufgrund der gesamten Situation, dass wir unseren Kontakt eingestellt haben, das ergibt sich aus der Situation. Damals habe ich ihn – für mich war er ja auch nicht Beschuldigter in dem Verfahren – immer wieder kontaktiert –, ist auch nachzuvollziehen in den Telefonprotokollen, weil ich ihn auch aufmerksam machen wollte und warnen wollte, was unter Umständen bei ihm medial passieren wird in der nächsten Zeit.

Die Anrufe sind von mir ausgegangen, nicht von ihm. Aufgrund der ganzen Malaise, in die er gebracht wurde, aufgrund dieses ganzen Debakels hat er sehr darunter zu leiden gehabt, aus diesen Dingen. Und ich habe mich verpflichtet gefühlt, wenn ich etwas erfahren habe, wenn ich irgendwo einvernommen worden war, wenn ich von

Journalisten angesprochen wurde, ihn darauf hinzuweisen, was jetzt unter Umständen auf ihn zukommen könnte.

Das war alles, das war der Grund der Gespräche und der Kontaktaufnahmen, und etwas anderes ist hier nicht abzuleiten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, aber daraus geht ein ganz anderer Grund hervor. Da gibt Ihnen der Herr Grasser Tipps, wie Sie sich auf die Einvernahmen vorbereiten. (*Ing. Meischberger: Ja und?! Da unterhalten sich zwei Freunde!*) Da unterhalten Sie sich nicht nur allgemein, sondern Grasser gibt Ihnen Tipps: Sie sollen einmal nachschauen, in welchen Ländern die Porr welches Projekt gemacht hat, damit man das in die richtige Richtung argumentieren kann. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*)

Der Kollege Jarolim als Jurist macht den richtigen Zwischenruf: dass das in Wahrheit auch als Anstiftung zu einer falschen Zeugenaussage gewertet werden kann, aber das ist ein anderes Thema. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.*)

Warum geht der Grasser her und gibt Ihnen Ratschläge und Tipps vor Ihren Einvernahmen, wie Sie Leistungen – und Provisionsflüsse – erklären, die Sie offensichtlich mangelhaft bis gar nicht erbracht haben? Warum macht das der Karl-Heinz Grasser für Sie, wenn er mit all dem nichts zu tun hat?

Da kann ich noch so ein guter Freund sein, das mache ich nicht, dass ich jemanden helfe, seine windschiefen Geschäfte – freundlich gesagt – gegenüber der Justiz zu klären. Da hebe ich das Telefon gar nicht mehr ab – egal, wer anruft.

(*Die Auskunftsperson spricht mit Obfrau Dr. Moser.*)

Grasser aber hat abgehoben, Grasser hat mit Ihnen gesprochen, mehr noch: Grasser hat Ihnen Ratschläge gegeben, wie Sie sich verhalten sollen!

Frage: Warum hat Grasser das gemacht?

Ing. Walter Meischberger: Erstens verwahre ich mich gegen Ihren Vorwurf beziehungsweise Ihre Unterstellung, „windschiefe Geschäfte“ getätigt zu haben! – Wenn Sie das so sehen, ist das Ihre Sache.

Zweitens wehre ich mich gegen den Vorwurf – im Sinne auch des Karl-Heinz Grasser – , dass mich Mag. Grasser zu irgendeiner falschen Aussage angestiftet haben könnte. Erstens hat er es nicht, zweitens hätte er es nicht können; ich wäre darauf nicht eingegangen.

Drittens kann ich es Ihnen nur noch einmal erklären, und ich bitte Sie, diese Unterstellungen endgültig zu lassen. Das sind Ihre Bilder, die kann ich nicht nachvollziehen. Das ist so in der Realität nicht gewesen, und man ist hier Ihren Unterstellungen ausgesetzt.

Bleiben Sie dabei, was in den Akten steht! Lassen Sie Ihre Interpretationen! Stellen Sie mir Ihre Fragen, dann werde ich Ihnen Auskunft geben!

Wenn Sie das noch einmal so machen, werde ich Ihnen keine mehr geben – ganz einfach, so ist es.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das Stichwort war Unterstellungen. Wir werden jetzt Ihre Fragerunde sozusagen beenden. Sie kommen jetzt dann noch eine Minute dran, Herr Abgeordneter Petzner.

Bevor wir in die nächste Runde eingehen, gibt es noch eine allgemeine endgültige Klarstellung, was diese Unterstellungen anlangt, denn ich kann das als Ausschussvorsitzende auch nicht mehr tolerieren, dass das freie Rederecht und Begründungsrecht der Abgeordneten in Unterstellungen mündet. Ich werde dann den Herrn Verfahrensanwalt ersuchen – nachdem diese Runde von Ihnen fertig ist –, im Sinne der Verfahrensordnung zwischendurch noch einmal eindeutig klarzustellen, welche Dinge gestattet sind und welche durch die Verfahrensordnung **nicht** gedeckt sind.

Bitte, Sie können mit Ihrer Befragung fortsetzen, Herr Abgeordneter Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Ausdruck „windschief“ ist eindeutig eine Wertung, ist kein strafrechtlich relevanter Vorwurf; das ist eine **Wertung**.

Das kann ich in jedem Interview sagen, Herr Meischberger, dass Sie **windschiefe Geschäfte** gemacht haben. Da können Sie mich hundertmal klagen, Sie werden alles verlieren, weil das eine **Wertung** ist. Ich kenne mich aus im Medienrecht. Ich wurde sehr oft geklagt und habe selber sehr oft geklagt. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*) Daher weiß ich auch, was zulässig ist und was nicht – und die Bezeichnung „windschief“ ist tausendprozentig zulässig.

Zur Telefonüberwachung: Ich lese nur das vor, was Herr Grasser Ihnen gesagt hat, und ich habe Ihnen die Frage gestellt, warum Sie Herr Grasser berät, was Sie bei Ihren Einvernahmen sagen sollen. Das haben Sie jetzt nicht beantwortet, sondern mich beschimpft. – Gut, denn das lässt auch tief blicken.

Kommen wir konkret zu so einem meiner Meinung nach **windschiefen Geschäft**, nämlich zu dieser Nordbergstraße. Da konfrontiere ich Sie jetzt mit Folgendem: Einerseits haben Sie ja heute ausgesagt, dass Ihnen Herr Plech den Tipp und die Information gegeben hat, dass die Telekom dieses Gebäude in der Nordbergstraße verkauft. Und dann haben Sie in diesem Zusammenhang auch gesagt, dass Sie weiters gewusst haben, dass die sich in der Nähe befindliche Technische Universität – richtig ist: die **Wirtschaftsuniversität** – Platz sucht. Die Technische Uni hat bis heute keinen Platzmangel – damals hatte sie auf alle Fälle keinen –; die Wirtschaftsuni hat Plätze gesucht.

Und jetzt passiert Folgendes: Plech schaltet Sie ein, sagt, die Telekom verkauft etwas. Es kommt die Info, die Uni sucht etwas. Dann gibt es da eben zwei Bieter, die dadurch auch im Rennen sind, wofür auch Plech mit Ihnen gemeinsam gesorgt hat: einerseits nämlich die BIG, die dieses Gebäude erwerben wollte, und andererseits die Telekom (*Ruf: Nein, die Porr!*) – halt andererseits die Porr, genau.

Und dann kommt ein ganz entscheidender Moment – und damit wird es windschief –: Plech bringt die offensichtlich selber ins Spiel, und dann gibt es eine Aufsichtsratssitzung vom 22. Mai 2002, da hat die BIG mit der Telekom schon fast fertig verhandelt gehabt.

Zitat des Vizerektors damals: Es hat nur mehr die Unterschrift des Finanzministers gefehlt. Wir waren fertig.

Parallel passiert Folgendes: Plech erfährt als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender in dieser Sitzung am 22. Mai – ich habe das Protokoll hier –, in der von Herrn Dr. Chromy genau über die Situation an der Wirtschaftsuni Wien berichtet wird, dass man vorhabe, ein Gebäude zu kaufen. Dann steht drinnen: Die Telekom stellt sich einen Kaufpreis von 32 Millionen € vor. Nach Durchführung der

Generalsanierung würde das Haus weiter dem Bund vermietet werden, da dann seitens der WU Wien Drittanmietungen aufgegeben werden könnten.

Also dort finden alle Informationen statt – und genau nach diesem Moment passiert Folgendes: dass sich plötzlich das Ganze umkehrt. Grassner unterschreibt nicht, die BIG bekommt den Zuschlag nicht, sondern die ganzen Informationen, die Plech in dieser Sitzung bekommen hat, wandern zur **Konkurrenz**, sodass am Ende des Tages – wie bei der BUWOG – ein Preisunterschied von 1 Million € besteht. Die BIG bietet 29, die Porr bietet 30,5 – mit dieser Bieterkooperation, Kallinger – und bekommt dann auch den Zuschlag, und die Porr kriegt es um 30,5. Das ist ein windschiefes Geschäft, eindeutig!

Ich frage Sie daher, Herr Meischberger: Halten Sie es für vereinbar – auch im Rahmen Ihrer politischen Erfahrung und als ehemaliger Mandatar dieses Hohen Hauses –, dass Ernst Karl Plech einerseits eine Funktion als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender in der BIG hat, da auch gesetzlich der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, und offensichtlich parallel dazu diese Aufsichtsratsfunktion im Dienste der Republik dazu missbraucht – und das ist nichts anderes als ein schamloser Missbrauch! –, um Freunden, nämlich Ihnen und dem Herrn Kallinger und diesem Konsortium, ein Geschäft zukommen zu lassen, das am Ende des Tages auch funktioniert hat?

Erste Frage nochmals: Halten Sie das für vereinbar?

Zweite Frage: Hat Ihnen der Herr Plech in diesem Zusammenhang jemals auch Informationen gegeben, wie damals der Verhandlungsstand zwischen BIG und Telekom war? Denn noch einmal: Es ist sehr, sehr auffällig, dass dann plötzlich diese Kehrtwendung in den Verhandlungen stattfindet: Die Telekom geht gegenüber der BIG mit dem Preis hoch, und die Porr bietet genau die richtige Summe, und es läuft wieder alles wie gewünscht, so wie wir es bei der BUWOG auch gehabt haben. – Entschuldigung, ich weiß, das war jetzt viel zu lange.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bevor dann die Antwort gegeben wird, stelle ich noch einmal fest: Natürlich können Wertungen angestellt werden, aber hier im Untersuchungsausschuss ist die **Befragung** die Aufgabe der Abgeordneten. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass Sie sofort hinausgehen und Stehpressekonferenzen machen und Ihre Wertungen aussprechen. Das ist überhaupt kein Problem. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*) – Das gilt nicht nur für Sie, Herr Abgeordneter Petzner, das gilt genauso für den Abgeordneten Pilz, gilt genauso für den Abgeordneten Rosenkranz, gilt für alle anderen, damit Gerechtigkeit herrscht. Manche nehmen sich mehr heraus, andere weniger; das ist ja amtsbekannt.

Ich stelle noch einmal fest – und der Herr Verfahrensanwalt wird das nachher noch einmal klarlegen –: Wir müssen hier wirklich – auch im Hinblick auf die nächste Auskunftsperson – eine ganz klare Grenze ziehen zwischen dem, was verfahrensordnungsmäßig gedeckt ist, und dem, was das freie Rederecht des Abgeordneten im Plenum oder hier im Vorraum anlangt. Das stelle ich noch einmal ganz, ganz apodiktisch in den Raum.

Jetzt kommt die Antwort von Herrn Meischberger, und dann kommt noch einmal die Belehrung – das sage ich jetzt absichtlich – durch den Herrn Verfahrensanwalt. Und dann hat sich bitte jeder danach zu richten.

Ing. Walter Meischberger: Herr Abgeordneter Petzner, ich kann Ihren windschiefen, krausen Vorstellungen leider nicht folgen und habe eigentlich genug von Ihren Unterstellungen in all diesen Fragen! (*Abg. Dr. Pilz: Zur Geschäftsordnung!*)

Ich weise darauf hin, dass das, was Sie hier machen, ganz eindeutig § 13 Abs. 1 der Verfahrensordnung **nicht** entspricht. Ich habe bisher versucht, kooperativ zu sein und Ihren Fragen entsprechende Antworten zu geben, obwohl ich mich aufgrund § 7 Abs. 1 sehr oft Antworten ent schlagen hätte können.

Aufgrund der Art und Weise, wie Sie vorgehen, werde ich – obwohl ich es gerne würde ... Ich würde Ihnen gerne eine Antwort auf diese Frage geben, werde es aber nicht mehr machen und werde mich auf mein Recht zurückziehen, mich nach § 7 Abs. 1 der Auskunft zu ent schlagen. (*Abg. Petzner: Zur Geschäftsordnung!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Sie können sich schon ent schlagen, aber die inhaltliche Begründung, dass Ihnen der Petzner nicht passt – ich fasse es so zusammen –, das ist **kein** Entschlagungsgrund. Das hätten vielleicht manche gerne, aber das ist kein Entschlagungsgrund. (*Zwischenrufe der Abgeordneten Dr. Jarolim und Dr. Rosenkranz.*)

Also wenn Sie sich hier ent schlagen, dann reicht der „Grund Petzner“ nicht – so wichtig bin ich auch nicht –, sondern Sie müssen das – vielleicht kann Sie der Herr Verfahrensanwalt da belehren – inhaltlich **begründen** und in einen juristischen Konnex bringen und Ihre Entschlagung juristisch argumentieren.

Zweiter Punkt: Ich „konstruiere“ da überhaupt nichts, sondern ich fasse die Akten, die wir dazu haben, zusammen. Ich habe hier auch aus Akten vorgelesen und die bisherigen Zeugenaussagen dazu und das, was wir bisher im Untersuchungsausschuss zu diesem Themenbereich herausgefunden haben.

Ich habe Ihnen dazu die zeitliche Chronologie geschildert, die Ereignisse, und habe Ihnen die simple Frage gestellt – erstens –, ob Sie es für vereinbar halten, einerseits Geschäfte einzufädeln und andererseits Aufsichtsratsvorsitzender jener Unternehmung, nämlich der BIG, zu sein, die dadurch einen wirtschaftlichen Nachteil erlitten hat – und letztlich auch der Steuerzahler, weil ja dann privat vermietet wurde; das heißt, die Kosten sind gestiegen. – Das war die erste Frage, ob Sie das für vereinbar halten.

Die zweite Frage war, ob Sie im Umfeld dieses Mai 2002 und dieses gesamten Verfahrens jemals Informationen des Herrn Plech bekommen haben über den Verhandlungsstand zwischen der Telekom und der BIG in Sachen Verkauf des Objektes in der Nordbergstraße. Mehr wollte ich nicht wissen. – Danke, Frau Vorsitzende.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Möchten Sie noch einmal antworten, Herr Meischberger?

Ing. Walter Meischberger: Nein. Aufgrund der von mir vorher abgegebenen Erklärung möchte ich auf die vom Herrn Abgeordneten Petzner – der mir persönlich sehr wohl passt, aber dessen windschiefe, krause Vorstellungen und Fragen nicht passen, weil es keine Fragen sind, sondern Unterstellungen – eingeforderte Erklärung noch einmal zurückkommen und einen juristischen Kontext, wie er das haben wollte, herstellen und sagen:

Ich bin Beschuldigter in diesem Verfahren, bin noch nicht vollständig zu diesen Vorgängen einvernommen, und um mich meiner Beschuldigtenrechte nicht zu begeben, entschlage ich mich hier der Aussage.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bevor wir nun in die zweite Runde kommen – in die nunmehr Vier-Minuten-Runde, mit Ausnahme der ÖVP, die noch fünf Minuten hat – , gibt es noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung des Herrn Abgeordneten Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich möchte, dass an diesem Punkt, wo es um das Fragerecht der Abgeordneten geht, kein Verfahrens- und Geschäftsordnungsfehler gemacht wird. Und deswegen war es meiner Meinung nach völlig in Ordnung, dass die Vorsitzende zugelassen hat, dass die Auskunftsperson selbst den Begriff „windschief“ in Bezug auf die Begründung des Abgeordneten Petzner vorgenommen hat. Nur: Das zumindest selbe Recht haben auch die Abgeordneten.

Die Verfahrensordnung regelt in § 13 Abs. 2 ausschließlich die Art der Fragen:

„Die an die Auskunftsperson zu richtenden Fragen dürfen nicht unbestimmt, dunkel, mehrdeutig, verfänglich, beleidigend oder unterstellend sein.“ – Die Fragen!

Dass ein Abgeordneter in der Begründung eine Vermutung äußert, eine Wertung abgibt, in seinem eigenen Namen oder auch im Namen seiner Fraktion, ist selbstverständlich **zulässig**; ist durch keine Bestimmung der Geschäftsordnung oder der Verfahrensordnung untersagt. Und sollte sich eine Konfliktsituation zwischen dem verfassungsmäßig geschützten freien Wort der Abgeordneten auch in diesem Untersuchungsausschuss und bestimmten Bestimmungen der Verfahrensordnung ergeben, dann werden wir das besprechen müssen.

Grundsätzlich ist aber das höchste Recht auch in diesem Ausschuss – eingeschränkt durch bestimmte Schutzbestimmungen der Verfahrensordnung und durch bestimmte Bestimmungen der Geschäftsordnung – das vollkommen freie Wort der Abgeordneten. Und ich gehe davon aus, dass alle Abgeordneten in diesem Rahmen – das gilt auch für den Kollegen Petzner, und deswegen finde ich, dass er da recht gehabt hat – und in diesem Zusammenhang davon Gebrauch machen werden.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, genau diese Diskussion habe ich, als sozusagen Vertreterin des freien Rederechts des Abgeordneten, hier einerseits mit den Vertretern der Parlamentsdirektion und andererseits dem Verfahrensanwalt geführt.

Es gibt aber auch eine andere Rechtsmeinung beziehungsweise eine Meinung des Verfahrensanwalts und der Parlamentsdirektion. Und ich ersuche jetzt, auch diese kundzutun, denn wir sind ja hier am Präsidium dafür da, dass wir auf die Auskunftspersonen Rücksicht nehmen, und insofern stelle ich jetzt die zwei Interpretationen in den Raum. Wir werden das dann in der Fraktionsbesprechung weiter behandeln, aber ich kann nicht eine einseitige, oder sagen wir es so, eine relativ liberale Auslegung weiter tolerieren, ohne – sage ich jetzt absichtlich – die andere Meinung auch zu Protokoll geben zu lassen.

Bitte, Herr Verfahrensanwalt.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich darf zunächst Folgendes festhalten: Herr Dr. Pilz, Sie berufen sich auf das freie Rederecht des Abgeordneten. Sie haben recht, das steht in der Bundesverfassung. In der Menschenrechtskonvention Art. 6 steht aber auch, dass Grundsätze des fairen Verfahrens einzuhalten sind. Und ich bin der

Auffassung, dass diese Grundsätze eines fairen Verfahrens selbstredend auch für einen Untersuchungsausschuss gelten müssen.

Nun kann es sein, dass die Ausübung des freien Mandates, des Rederechts des Abgeordneten dort eine Grenze finden muss, wo die Fairness eines Verfahrens nach der Menschenrechtskonvention verletzt würde. Es prallen also doch auch Interessen der Untersuchung durch einen Abgeordneten und das Recht einer Auskunftsperson, ein faires Verfahren zu finden, aufeinander. – Das grundsätzlich gesagt.

Zum anderen: Die Verfahrensordnung ist, wie schon das Wort sagt, eine Ordnung dieses Verfahrens eines Untersuchungsausschusses. Der Untersuchungsausschuss ist ein Mittel des Parlaments, sein Kontrollrecht auszuüben, in der Bundesverfassung, in der Nähe des Interpellationsrechtes begründet. Das ist keine Frage, und es gibt einen Hinweis in der Bundesverfassung, dass die Regelung, wie ein solcher Untersuchungsausschuss abzuhalten ist, durch einfaches Gesetz zu treffen ist, und das ist eben durch die Verfahrensordnung geregelt. Die ist ähnlich konzipiert wie die Verfahrensordnung – Zivilprozessordnung – eines Zivilprozesses, mit Einschlägen auch aus dem Strafprozess, aber im Grundsätzlichen eher der Zivilprozessordnung nachgebildet. Daher ist inhärent die Methode des Zivilverfahrens, die Wahrheit zu finden, Sachverhalte zu klären und zu Feststellungen zu kommen.

In erster Linie sind solche Sachverhaltsfeststellungen aufgrund der Antworten auf Fragen zu treffen, zweitens aufgrund von vorgelegten Urkunden – das sind jetzt die zwei wichtigsten Beispiele. Die Verfahrensordnung sagt sehr genau, wie Fragen hier zu stellen sind. Herr Dr. Pilz, Sie haben das auch zitiert, ich wiederhole nur das Wichtigste:

Die „Fragen dürfen nicht unbestimmt (...) sein“, sie sollen also so präzise sein, dass auch eine Antwort gegeben werden kann und der Konnex zwischen Frage und Antwort herzustellen ist, um einmal zu überprüfen, ob hier überhaupt auf die Frage geantwortet wurde.

Sie dürfen nicht „dunkel“ sein, also sozusagen verschwörerisch – das kommt hier auch vor: da war irgendetwas und da könnte etwas sein –, und nicht „mehrdeutig“, die Fragen sollen eindeutig sein, denn nur auf eine eindeutige Frage kann man eine eindeutige und klare Antwort geben.

Sie dürfen nicht „verfänglich“ sein, das heißt nicht so eingerichtet sein, dass die antwortende Person allenfalls aufgrund einer Fehleinschätzung der Frage eine Antwort gibt, die ihr zum Nachteil gereicht.

Sie dürfen nicht „beleidigend“ sein – auch das kommt vor. Hier würde ich meinen, dass man doch ein entsprechendes hohes Maß anlegen sollte, um auch das Persönlichkeitsrecht zu wahren. Es soll nicht so sein – und das ist auch schon geschehen, ich darf mir erlauben, das zu sagen –, dass eine Auskunftsperson lächerlich gemacht wird in der Öffentlichkeit. Ich merke das dann immer, wenn dort (*der Verfahrensanwalt deutet in Richtung der anwesenden Medienvertreter*) auf entsprechende Vorhalte und Antworten gelacht wird. Also da bitte ich auch darauf zu achten.

Sie dürfen vor allem nicht „unterstellend“ sein. „Unterstellend“ bedeutet für mich, dass etwas, was noch erhoben werden soll, als schon feststehend festgestellt wird, der Frage zugrunde gelegt wird, um dann eine Antwort zu erhalten, die möglicherweise aufgrund eines Reflexes – das ist der Sinn des Verbotes einer Suggestivfrage – falsch und unbewusst gegeben wird. – Das zu dem Beweismittel der Frage.

Ich persönlich meine weiters: Die Verfahrensordnung sieht vor, dass am Ende – und das wird am Ende der Verfahrensordnung sehr genau gesagt –, ein Bericht zu erstatten ist. Und hier heißt es – es tut mir leid, dass ich jetzt etwas länger brauche –:

„Der Untersuchungsausschuss erstattet auf Grund der durchgeführten Beweise einen Bericht an den Nationalrat. Für die Berichterstattung sind die Vorschriften des Geschäftsordnungsgesetzes sinngemäß anzuwenden.“

Weiter heißt es:

„Der Bericht hat neben dem Verlauf des Verfahrens“ – also was hier geschehen ist – „und den aufgenommenen Beweisen jedenfalls eine Darstellung der festgestellten Tatsachen, gegebenenfalls eine Beweiswürdigung (...) zu enthalten.“

Der Gesetzgeber ist davon ausgegangen – und das ist gewünscht –, dass der Untersuchungsausschuss am Ende zu einem – das ist der Idealfall – einvernehmlichen Bericht kommt, den alle hier mittragen können. Wenn das nicht der Fall ist – das soll schon so gewesen sein –, gibt es allenfalls Minderheitsberichte; auch das soll es schon gegeben haben. Aber es heißt eben, dass, so wie ein Richter es bei einem Urteil macht, am Ende die Ergebnisse des Verfahrens, die Ergebnisse der abgeführten Beweise zu Feststellungen führen, allenfalls nach einer Beweiswürdigung.

Was hier auch oft geschieht – und daher muss ich das auch sagen –: Es wird gleichsam ein Ergebnis von dem einen oder anderen Fraktionsführer, der am Wort ist, aus seiner Sicht festgehalten, und das in der Öffentlichkeit. Das halte ich für nicht vereinbar mit der Verfahrensordnung, wenn in Wahrheit gewollt ist, dass hier am Ende wie in einem kollegialen Gericht ein Bericht erstattet werden soll, allenfalls nach Beweiswürdigung und nach Feststellung der Tatsachen, die man wirklich gewinnen konnte.

Daher würde ich bitten: Wenn man das freie Rederecht des Abgeordneten wahrnehmen will – man darf das, das ist zulässig, Herr Dr. Pilz, da bin ich ganz bei Ihnen –, dann sollte man sich aber auch so weit beschränken, dass man nicht als **eine** Fraktion – und das gilt für alle anderen auch, aber Sie sitzen mir eben gerade gegenüber und haben sich vorhin geäußert – hier eine Feststellung trifft, die eigentlich erst am Ende im Bericht getroffen werden sollte, nach Beratung im Ausschuss und nach Prüfung aller Argumente, die jeder von Ihnen und jede von Ihnen hier vorbringen kann.

Daher auch: Wenn diese Feststellungen gemacht werden, bitte sehr zurückhaltend sein. – Das ist meine Empfehlung. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. – Nun der Reihe nach eine Geschäftsordnungsrunde, sonst unterbreche ich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich glaube, wir bewegen uns in einem Spannungsfeld, weil diese Praxis der Zusammenfassung, der Erläuterung, der Meinungskundgabe der einzelnen Mitglieder des Ausschusses in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen ist. In der Geschäftsordnung wird nur von **Fragen** gesprochen, und diese Fragen dürfen eben nicht so sein, wie es auch der Herr Verfahrensanwalt dargestellt hat – also unterstellend, beleidigend und so weiter.

Was nun die Wortmeldung betrifft – und zwar das, was die Kollegen Pilz und Petzner angesprochen haben –, so geht es um die Frage des **Rederechts**, des Rederechts in einem Ausschuss. Es bietet ja an sich jeder Ausschuss normaler Natur immer zum jeweiligen Tagesordnungspunkt die Möglichkeit, eine normale Wortmeldung – auch wertend – abzugeben. Wenn hier zum Beispiel unterstellend vorgegangen wird, was

nicht der Würde des Hauses entsprechen würde, dann stellt sich die Frage, ob dann ein Ordnungsruf verhängt werden soll oder muss.

Meine Frage, die zu klären sein wird, ist:

Sind jetzt diese Praktiken aus einem normalen Ausschuss, so, wie es der Nationalrat eben vorsieht, auch auf diesen besonderen Untersuchungsausschuss anzuwenden, nämlich im Hinblick auf das Rederecht des Mandatars insgesamt, oder ist eben dieser Untersuchungsausschuss aufgrund seiner eigenen Geschäftsordnung, aufgrund seines eigenen verfassungsmäßige Zustandekommens – also er ist bereits in der Verfassung vorgesehen, es wird dann in der Geschäftsordnung für den Nationalrat noch geregelt, wie er eingeleitet wird, was es dazu bedarf, und es ist dann noch zusätzlich eine eigene Verfahrensordnung dafür festgesetzt – eine derartige Lex specialis, dass man alle anderen Punkte nicht als entsprechend anwendbar erachtet – außer verfassungsrechtliche, zum Beispiel Menschenrechtskonvention oder Ähnliches, die man wahrscheinlich immer allem zugrunde legen wird müssen; ich kann mir nicht vorstellen, dass wir uns irgendeine Ausnahmeregelung oder irgendeine Ausnahme-Verfahrensordnung zulegen, die nicht diesem Anspruch genügen würde.

Aber es stellt sich die Frage, ob generell diese Stellungnahmen, die nur der Stellungnahme dienen und niemals in einer Frage münden, und ob diese Stellungnahme, wenn sie nämlich im Vorspann erfolgt – es gibt natürlich Sachverhalte, die man, um zu einer Frage zu kommen, ausführlicher erklären muss –, ob nicht bereits auch dieser Sachverhalt von der Frage – nämlich was unterstellend und so weiter betrifft – umfasst ist.

Meiner Meinung nach kann in diesem Ausschuss auch bei einem erklärenden Sachverhalt, der in eine Frage mündet – und wenn diese auch nur lautet: Haben Sie dazu eine Wahrnehmung? –, nicht in irgendeiner Form etwas enthalten sein, was in irgendeiner Form entweder gegen die Menschenrechtskonvention, gegen Fair Trial verstößt oder eben in irgendeiner Form beleidigend oder unterstellend ist. Man kann jede Frage oder jeden Sachverhalt, der hier erörtert wird, aufgrund der intellektuellen Redlichkeit aller Abgeordneten hier so formulieren, dass es nicht beleidigend und unterstellend ist, sondern einfach an den Fakten orientiert ist. Und alles andere obliegt wirklich dann der Pressekonferenz, der medialen Darstellung. Die kann man jederzeit machen, da können dann Medienprozesse geführt werden und, und, und – wunderbar, aber das ist nicht Sinn und Zweck dieses Ausschusses.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Es ist vielleicht nicht schlecht, das jetzt einmal, so gut es geht, zu klären. Ich werde aber dann einen Punkt kurz erläutern und weise darauf hin, dass wir über diesen meiner Meinung nach in einer eigenen Sitzung, und zwar in einer Geschäftsordnungssitzung, genauer reden müssen.

Das Erste ist, Herr Dr. Hoffmann: Wir sind nicht zu 100 Prozent – und das aus gutem Grund – einem gerichtlichen Verfahren nachgebildet. Wir können das auch gar nicht sein, das ist undenkbar. Die Menschenrechtskommission hat sich auch damit auseinandergesetzt, und da gibt es auch Erklärungen dazu, Feststellungen insbesondere in Bezug auf den Noricum-Untersuchungsausschuss, wo in der Zulässigkeitsentscheidung vom 29. Juni 1992 über die Verfahrensgarantien im parlamentarischen Untersuchungsausschuss – und ich kann mich gut an den Noricum-Ausschuss erinnern – einiges festgestellt wird, was für uns sehr wichtig ist. Da bin ich dafür, dass wir das wirklich in einer Geschäftsordnungssitzung machen, weil das sehr ins Grundsätzliche und in etliche Details geht.

Das Zweite ist, und das ist mir wichtig: Mir geht es ja nicht darum, den Herrn Meischberger oder den Herrn Mag. Grasser zu beleidigen, weil sich da erstens die

Frage nach der Möglichkeit und zweitens jene nach der Notwendigkeit stellt. Ich möchte das gar nicht diskutieren. Es geht um etwas ganz anderes: Es geht darum, dass wir nicht geschichtslos arbeiten. Und nicht geschichtslos arbeiten heißt, dass ich etwa vorhabe, den Herrn Mag. Grasser mit einem meiner Meinung nach von uns gut dokumentierten System aus Scheinrechnungen, aus Schmiergeldern und vielem anderen – und da drücke ich meine Würdigung von Beweisen und Aussagen bereits aus – zu konfrontieren. Und wenn ich nicht in der Lage bin, aufgrund des gemeinsam Erarbeiteten und von mir so Bewerteten auch Vorhalte zu machen, dann kehren wir jedes Mal zur Stufe null zurück und können nur voraussetzungslose Fragen stellen.

Das ist nicht Sinn des Verfahrens, übrigens auch nicht Sinn des Gerichtsverfahrens. Deswegen ist ein wichtiger Unterschied zwischen dem Schutz der Auskunftspersonen, der im § 13 Abs. 2 meiner Meinung nach ausreichend geregelt ist und wo es um die Art der Fragestellung geht – das haben Sie alles verlesen, das möchte ich nicht wiederholen –, und einer systematischen, aufbauenden Befragung, wo ich auf meinem Recht bestehe, Scheinrechnungen als Scheinrechnungen und mögliche Schmiergelder auch als mögliche Schmiergelder zu bezeichnen. Und das wird mir mit Sicherheit – bei allem Respekt – in diesem Haus niemand verbieten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): In aller Kürze: Ich glaube auch, dass wir das extra besprechen werden müssen, was hier zulässig ist oder nicht. Ich möchte nur für den aktuellen Anlassfall festhalten – und Sie haben die Verfahrensordnung zitiert –:

Das eine ist das im Rahmen der freien Rede Geäußerte. Ich glaube, dass schon ärgere Ausdrücke gefallen sind als das Wort „windschief“. Da hat es andere Bezeichnungen gegeben, wo die Frau Vorsitzende nicht so streng war. Aber das ist ein anderes Thema.

Entscheidend ist, dass ich auf Basis der Verfahrensordnung zwei ganz, ganz konkrete Fragen gestellt habe, die vollkommen in Ordnung sind – das möchte ich nur einmal festgehalten haben. Die erste Frage war nämlich die konkrete Frage auf Basis dieses Dokuments, eines Protokolls vom 22. Mai 2002, ob der Herr Meischberger vom Herrn Plech Informationen bekommen hat über den Verhandlungsstand in Sachen Verkaufsverhandlungen Telekom und BIG, was dieses Objekt in der Nordbergstraße betrifft. – Das war die erste ganz konkrete Frage, die meiner Meinung nach zulässig ist. Sie nicken. – Und die zweite Frage war die Frage nach der politischen Vereinbarkeit.

Das sind meiner Meinung nach beides Fragen, die absolut in Ordnung waren, die halt der Herr Meischberger nicht beantworten wollte.

Und noch einmal: Bei der Aussage „windschiefe Geschäfte“ bleibe ich (Ing. **Meischberger**: „Ausplünderung der Republik“?), weil sie das zusammenfasst – und da schließe ich mich dem Kollegen Pilz an –, was wir bisher im Ausschuss auch zu diesem Themenbereich erarbeitet haben. Es muss auch zulässig sein, das im Rahmen einer zusammenfassenden einleitenden Darstellung zur Frage zu machen und das bisher im Ausschuss Herausgearbeitete zusammenzufassen und auch zu kommentieren und dann die konkreten Fragen zu stellen. Nichts anderes habe ich gemacht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Zunächst einmal glaube ich, dass die Stellungnahmen zum laufenden Verfahren von einzelnen Mandatären außerhalb des Ausschusses in erster Linie Einzelmeinungen oder Meinungen des jeweiligen Mandatars oder der Fraktion darstellen. Keinesfalls können diese Aussagen Meinungen des Ausschusses sein, weil sich ja der Ausschuss mit dieser Frage in seiner Gesamtheit noch nicht beschäftigt hat. Das legt der Ausschuss

letztlich **am Ende** der Beratungen in einem Bericht zugrunde, wo es allenfalls auch Minderheitenfeststellungen geben kann.

Das Zweite ist, dass aus meiner Sicht aus der Verfahrensordnung eben auch im §13 (1) sehr klar ist, dass hier von „Fragestellungen“ die Rede ist und nicht von Kommentierungen – und wer da ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein. Aber die Verfahrensordnung geht an sich davon aus, dass es sich um Fragestellungen handelt und nicht um Stellungnahmen, um Interpretationen der Mandatare.

Und ob eine solche Fragestellung dann zulässig ist oder nicht, entscheidet zunächst die Vorsitzende oder in weiterer Folge, aus meiner Sicht, der Ausschuss selbst, indem er darüber einen Beschluss fasst.

Ich denke, wir haben bis jetzt keine allzu großen Problem gehabt. Ich denke auch, dass man sich gemeinsam bemühen sollte, dass wir die äußere Form wahren. Ich war jemand, der relativ massiv gegen eine Übertragung in Ton und Bild aufgetreten ist, und eines der Hauptargumente war eben die Gewährleistung eines fairen Verfahrens.

Ich glaube, dass das durchaus problematisch ist, dass auf der einen Seite unter dem Schutz der Immunität jeder nur erdenkliche Vorhalt gemacht werden kann und auf der anderen Seite die Auskunftsperson unter Wahrheitspflicht zu antworten hat. Das ist aus meiner Sicht schon an sich eine Ungleichheit der Waffen. Das würde sich potenzieren, indem man das auch noch in Bild und Ton direkt überträgt, weil natürlich in dem Augenblick, wo es ausschließlich eine Berichterstattung außerhalb des Raumes gibt, letztlich doch die Chance besteht, dass die Dinge hinterfragt und auch korrigiert und gleichgerückt werden können.

Daher glaube ich, dass wir uns gemeinsam bemühen sollten, jedenfalls in der Fragestellung zu versuchen, nicht unterstellend und nicht beleidigend zu agieren. Das ist, denke ich, ein grundsätzliches Gebot auch jenseits der Verfahrensordnung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich würde die Stellungnahme des Kollegen Amon voll unterstreichen, mit einer kleinen Differenzierung, nämlich dass ich grundsätzlich der Meinung bin, dass man eine öffentliche Übertragung schon zustande bringen kann, in dem Ausmaß eben, als hier auch ein entsprechender Umgang dann sichergestellt ist.

Ich glaube, all die Fragen der Abwägungen sind sicherlich im Lichte des verfassungsrechtlichen Gleichheits- und Sachlichkeitsgebotes zu sehen, und aus dem erfließt natürlich, dass für alles eine Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen ist. Man kann sicherlich nicht eine grundsätzliche Norm schaffen hinsichtlich was darf ich sagen, was darf ich nicht sagen, sondern das liegt natürlich schon daran, wie sich die Dinge entwickeln und wie sich die Dinge darstellen. Wir haben in diesem Ausschuss nicht einmal erlebt, sogar dann teilweise bestätigt durch die Auskunftspersonen, dass es hier um Scheinrechnungen und andere Dinge gegangen ist. Es ist natürlich in dem Sinn absolut legitim, das, was eigentlich ja quasi schon erkennbar notorisch ist, auch als solches zu bezeichnen.

Was nicht der Fall sein sollte, ist, dass man etwas unterstellt, weil es noch nicht quasi erwiesen ist, und es herbeiredet. Aber das ist in unterschiedlicher Form feststellbar.

Aber ich würde schon darauf hinweisen, dass es natürlich die Möglichkeit gibt und auch geben muss, Dinge, die sich als tatsächlich herausgestellt haben und auch teilweise von Auskunftspersonen behauptet worden sind, sogar von selbst Betroffenen in Systemen, dass die natürlich so angesprochen werden können, und dass wir sicherlich nicht verhalten sind, die Dinge so beim Namen zu nennen, wie sie ja an sich dann auch schon genannt werden.

Ich glaube daher, es gibt keine Regel, wo man sagt, das darf gesagt werden und das darf nicht gesagt werden, sondern es ist im Lichte dessen, was bis dato sich entwickelt hat und was gesagt worden ist, zu berücksichtigen. Es ist halt immer so, dass es keine einfache Antwort auf komplizierte und unterschiedliche Sachverhalte gibt.

Daher müssen wir Abgeordnete uns auch diesbezüglich entsprechend disziplinieren und schauen – auch wenn einem manches Mal wirklich die Galle übergeht, das ist ja überhaupt keine Frage, was da manches Mal geboten wird –, dass wir uns halt am Riemen reißen, aber gleichermaßen die Dinge schon beim Namen nennen, die beim Namen zu nennen sind. Da darf halt nicht eine Verächtlichmachung im Hintergrund stehen. Aber es ist sicherlich im Rahmen der Tatsachenerhebung möglich, hier klare Worte zu führen.

Das gilt ja für alle Fraktionen. Ich glaube, wir sind ja alle keinen Waserln, und wichtig ist nur, dass wir die Würde, die Menschenwürde entsprechend berücksichtigen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke noch einmal für das allgemeine Plädoyer. Ich habe bis jetzt kein Problem gesehen bei der Fragestellung. Das Problem war immer bei der Einleitung der Frage, bei der Interpretation, bei den teilweisen Unterstellungen. Das war das Problem, und das ist jetzt erörtert worden.

Wir werden es weiterbesprechen, und ich hoffe auf und appelliere an die Sensibilität der Abgeordneten im Hinblick auf Menschenrechte, dass nicht beleidigend und nicht unterstellend Fragen eingeleitet oder Schlussfolgerungen gezogen werden.

Wir kommen jetzt in die zweite Fragerunde.

Herr Meischberger, wenn Sie einmal eine Pause haben wollen, bitte gerne. *(Ing. Meischberger: Aber eigentlich war ich ja nur bis 14 Uhr hier vorgesehen!)* – Ja, das Problem ist immer, dass das eine Richtzeit ist, und dass sich das nach den Fragen der Abgeordneten richtet. Wir haben zwei Runden, und wir sind jetzt mit der ersten fertig.

(Die Auskunftsperson ersucht darum, den Sitzungssaal kurz verlassen zu dürfen. – Obfrau Dr. Moser: Bitte!)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) *(zur Geschäftsbehandlung):* Darf ich das gleich nutzen, um eine Frage zu stellen betreffend die Zeiten. An sich sind diese Zeiten **Beschluss** des Ausschusses. Das heißt, „Richtzeit“, ich weiß nicht, ob dieser Ausdruck nicht ein bisschen kühn ist, weil an sich ist es ein Beschluss des Ausschusses, dass „von ... bis ...“ die Auskunftsperson befragt wird und auch der Auskunftsperson „von ... bis ...“ übermittelt wird.

Wir haben bis jetzt immer Auskunftspersonen gehabt, die gutmütig gewartet haben und gesagt haben: Aber bitte, könnte man nicht, oder: Ich habe nach hinten ein Zeitproblem. – Das haben wir ja alles im Einklang gehabt.

Ich würde gerne den Herrn Verfahrensanwalt bitten, dazu eine Stellungnahme abzugeben, oder die Parlamentsdirektion. Wenn wir beschlossen haben, „von ... bis ...“ zu befragen, was heißt dann der Beschluss?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, eben, das frage ich mich schon lange, was der Beschluss heißt, das frage ich mich wirklich schon lange, Herr Abgeordneter. *(Abg. Dr. Rosenkranz: Frau Vorsitzende!)* – Ich meine, ich bin die Letzte, ich bin wirklich die Letzte, die nicht sagt: Bitte, um 11 Uhr ist der Herr Meischberger und um 14 Uhr ist der Herr Mag. Grassner. So, wir machen auf der Stelle Schluss, weil es ist 14.30 Uhr.

So, Sie sind dann der Allererste, oder viele KollegInnen sind die Allerersten, die dann sagen, wir haben zwei Fragerunden vereinbart. Wir können es gerne durchspielen. Ich

bin Ihnen entgegengekommen, indem ich sozusagen die Zeit fragemäßig ausnützen lasse, weil es gibt ja zwei Beschlüsse. Es gibt den Fraktionsbeschluss über zwei Fragerunden –7 Minuten, 5 Minuten, Zusatzfrage –, und es gibt, dem oft widersprechend, den Beschluss, die Person ist geladen von ... bis So, wo ist der Ober, wo ist der Unter?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Die Redeordnung ist eine informelle Vereinbarung gewesen, ich weiß nicht, ob wir das jemals zu einem Beschluss erhoben haben, dass das beschlussmäßig ist. Das ist ein fraktionelles Übereinkommen. Das andere ist ein Beschluss, der auch eine Außenwirkung entfaltet, nämlich der geladenen Person.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich denke, wir sollten es nicht verkomplizieren. Wenn wir unter den Fraktionen eine Vereinbarung getroffen haben, dann wird die in der Regel auch eingehalten. Es hat ja bis jetzt eigentlich problemlos funktioniert. Dass wir jetzt eine halbe Stunde über der Zeit sind, hängt auch mit unserer Geschäftsordnungsdebatte zusammen und nicht nur mit den Fragen und den Antworten der Auskunftsperson.

Ich denke, wenn wir jetzt zügig die zweite Runde abhandeln, dass wir durchaus noch in einer brauchbaren Zeit fertig werden können.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, gerne. Außerdem darf ich jetzt noch die korrekte juristische Interpretation der Parlamentsdirektion zur Kenntnis bringen:

Der Ladungsbeschluss ist nicht ein Von...-bis...-Beschluss, sondern der Ladungsbeschluss ist, Person A um so und so viel Uhr, Person B um so und so viel Uhr, Person C um so und so viel Uhr.

Ich glaube, damit ist alles geklärt. Deswegen ist mein volkstümlicher Ausdruck „Richtzeit“, glaube ich, durchaus angemessen.

Gut, wenn der Herr Meischberger wiederkommt, können wir mit der Befragung in der zweiten Runde fortsetzen.

Ich appelliere aber im dreifachen Sinne, erstens: Zeit, zweitens: Form beziehungsweise nicht unterstellend, nicht beleidigend und konstruktiv!

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 14.30 Uhr **unterbrochen** und um 14.31 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

14.31

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt – um 14.31 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt Abg. Maier das Wort.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Meischberger, ich habe Ihnen bei der ersten Fragerunde einige Fragen zu **City Tower Vienna** gestellt. Einige Fragen haben Sie mir leider nicht beantwortet. Es geht letztendlich – ich versuche, sehr konkret zu formulieren – um die Frage: Welche Informationen haben Sie aus dem Justizministerium oder aus der Branche oder woher auch immer erhalten zu dem Projekt Justizzentrum?

Ing. Walter Meischberger: Ich glaube schon, Ihnen das beantwortet zu haben, Herr Abgeordneter. Ich kann nicht mehr sagen, als ich Ihnen sage.

Was meinen Sie mit „aus der Branche“: auch von der Porr-Seite oder von der Verkäuferseite, oder meinen Sie die Justizseite?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie haben ja eine bestimmte Information gehabt, die Sie weiterverwendet haben (*Ing. Meischberger: Ja.*), und die in weiterer Folge durch den Ernst Plech eingesetzt worden ist, um ein Geschäft zu vermitteln.

Was war die Information, die konkrete Information? Und von wem hatten Sie diese Information?

Ing. Walter Meischberger: Das habe ich schon mehrfach beantwortet, glaube ich, heute. Erstens, die Information hatte ich aus dem Umfeld irgendwo aus dem Justizministerium. Ich kann Ihnen aber nicht mehr konkret sagen, von wo und von wem, das ist immerhin über zehn Jahre her, woher ich das konkret erhalten habe.

Und die Information, so wie ich sie heute noch zusammenbringe, war mehr oder weniger: Das Justizministerium sucht einen Ausweichplatz für die Riemergasse damals, glaube ich, und sucht ein Gebäude, zusammenhängende Flächen über 15 000 m².

So ungefähr kann ich das heute nach zehn Jahren wiedergeben. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): In der damaligen Situation ging es aber nicht um die Riemergasse, sondern es ging, Herr Meischberger, um eine **Ersatzliegenschaft** für das **Bezirksgericht Landstraße**. Das war der Ausgangspunkt der Überlegungen. Und erst nachdem diese Information über das Justizzentrum Bundesminister Böhmdorfer erhalten hat, wurde die große Lösung, nämlich die Übersiedlung der Riemergasse, beschlossen.

Daher noch einmal meine konkrete Frage ...

Ing. Walter Meischberger: Ich verstehe, was Sie meinen. Ich kann trotzdem nichts anderes sagen, Herr Abgeordneter. Ich glaube, dass damals schon die **Riemergasse** im Gespräch war. Und ich habe in Erinnerung, dass es eine zusammenhängende Fläche über 15 000 m² war. Mehr kann ich Ihnen konkreter dazu nicht sagen. Ob das ausgängig war von dem Bezirksgericht 3. Bezirk oder was auch immer, weiß ich nicht. Das ist an mich so nicht herangetragen worden.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Jetzt komme ich noch einmal zu Ihren Aufgaben, die Sie im Rahmen dieser Tätigkeit eben erbracht haben. Ernst Plech hat uns gegenüber ausgesagt, dass Sie bestimmte Probleme **behoben** haben.

Frage: Welche Probleme haben Sie bei der Abwicklung diese Projekts **behoben**?

Ing. Walter Meischberger: Mir ist jetzt wirklich nichts mehr Konkretes in Erinnerung. Wenn er etwas in Erinnerung hat, wird er es Ihnen gesagt haben. Es wird immer wieder in so einem Geschäftsablauf gesagt – das geht ja über Jahre, das ist Jahre zurück –: Du, kannst du einmal, oder weißt du etwas, oder machst du dies oder das?

Wenn Sie mich jetzt deswegen hinterfragen wollen, weil Sie wissen wollen, welche Leistung ich da erbracht habe, so möchte ich diese Leistung für diese Beteiligung an dieser Provision mit dem Hinweis festmachen, dass die Justiz eben diese Fläche sucht. Ich habe sonst keine besonderen Leistungen dort am Rande abgegeben.

Wenn Herr Plech da etwas in Erinnerung hat: Mir fehlt die Erinnerung dazu.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ist es also nicht richtig, dass Sie ein Grundbuchsproblem gelöst haben, weil eben Teile der Liegenschaft in Bahnbüchern eingetragen war?

Ing. Walter Meischberger: Kann ich jetzt nicht ausschließen, aber ich habe es nicht in Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Das ist eine Aussage, die Ernst Plech getroffen hat, und daher wollten wir nachfragen, ob das tatsächlich stimmt. Weil die Frage ist dann natürlich: Wie konnten Sie ein Grundbuchsproblem lösen?

Ing. Walter Meischberger: Wie gesagt, ich habe es nicht in Erinnerung. Ich kann nicht mehr dazu sagen. Ich weiß aber nicht einmal, was Herr Plech konkret damit meint.

(Obfrau-Stellvertreterin **Tamandl** übernimmt den Vorsitz.)

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Kommen wir zur Nordbergstraße. Es liegt die Einvernahme von Ihnen vom 10.11.2009 vor.

Ich zitiere daraus zur Rechnung der ZehnVierzig an die AKP Vermögensverwaltungs GmbH vom 25.10.2004 über 708 000 € für die Beratung und Unterstützung bei Entwicklung und Verwertung der Immobilie Projekt Nordbergstraße 15, 1090 Wien.

Und jetzt zitiere ich weiter:

Befragt, welche konkreten Leistungen ich erbracht habe, beziehungsweise warum der Immobilienspezialist Plech mich bezieht:

Die Kontakte zur Telekom und Porr hatte ich. Auch was die Mieter betrifft, hatte ich meine Kontakte. Im konkreten Fall weiß ich es aber nicht mehr. Ich habe oft Mieter vermittelt oder auf mögliche Mieter hingewiesen. In diesem Fall war es so, dass Ernst Plech aufgrund meiner Kontakte den Auftrag bekommen hat. Hohegger war in dieser Sache nicht beteiligt. Ich hatte gute Kontakte zu dem mittlerweile ausgeschiedenen Fischer und seinem Umfeld wie Colombo. – Zitatende.

Daraus ergeben sich Fragen, oder jetzt sage ich eine Feststellung von meiner Seite: Sie haben selbst hier bei dieser Aussage eben ausgesagt, dass Sie **Mieter vermittelt** haben.

Herr Meischberger, das ist eine **Maklertätigkeit!** Ich muss dabei bleiben, dass das eine Tätigkeit war, die dem **Maklergesetz** unterliegt, genauso wie die Kollegin Tamandl einen Fall bereits zitiert hat.

Meine Frage ergibt sich: Welche konkreten Kontakte hatten Sie zu Dr. Colombo? Dr. Colombo war verantwortlich für die Abwicklung des Projektes Nordbergstraße in der Telekom.

Ing. Walter Meischberger: Das ist die – noch einmal – 2009-November-Aussage, oder?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Die Aussage vom 10. November 2009.

Ing. Walter Meischberger: Das ist die, die von mir dann ja richtiggestellt wurde in einer späteren Aussage. Sie haben heute schon daraus zitiert.

Konkrete Antwort zu Ihrem Vorhalt: Der erste Teil Ihres Vorhaltes bezog sich auf eine allgemeine Darstellung. Ich hatte Kontakte zur Telekom. Ich hatte Kontakte zur Porr. Ich hatte Kontakte da oder dort zu Mietern allgemein. Die Telekom-Geschichte habe ich dann konkretisiert, dass ich zu Rudolf Fischer eine enge und persönliche Beziehung gehabt habe und zu dessen Umfeld und zum Umfeld des Colombo – nicht zu Colombo selbst.

Im Konkreten kann ich Ihnen auch den Namen sagen. Das war der Gernot Schieszler, der eben für den Colombo dort die Abwicklungen gemacht hat, der auch im Umfeld des Vorstandes Fischer war. Das habe ich damals damit gemeint.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lege Ihnen eine Honorarnote vor; die kriegen Sie jetzt gleich in Kopie.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Sie haben diese Honorarnote jetzt vor sich. Da heißt es:

„Ing. Walter Meischberger“

Und dann:

„An die Firma Ernst Karl Plech

Immobilientreuhänder

Honorarnote

Wien, am 16.12.02.

Sehr geehrte Herr Plech,

Ich erlaube mir im Sinne unserer Vereinbarung vom 12.06.2001 nach Eintreten der dortigen Vertragsbedingungen für die Vermittlung des Objektes 1030 WIEN, CITY TOWER wie folgt in Rechnung zu stellen:

Honorar € 525.182,20

Summe € 630.218,64

Mit der Bitte um prompte Überweisung ...“

Ist das dann auch von der Firma Plech überwiesen worden?

Ing. Walter Meischberger: Ich gehe davon aus.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie diese Honorarnote verfasst?

Ing. Walter Meischberger: Ich gehe auch davon aus. Aber ich kann mich konkret jetzt nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist das da unten Ihre Unterschrift?

Ing. Walter Meischberger: Das ist richtig. Aber ob ich das jetzt körperlich persönlich verfasst habe oder nur unterschrieben habe, kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie gefragt, ob das Ihre Unterschrift ist?

Ing. Walter Meischberger: Das habe ich Ihnen bestätigt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wunderbar! – Haben Sie diese Rechnung selbst verfasst oder ist Sie Ihnen vom ...

Ing. Walter Meischberger: Das habe ich Ihnen gerade gesagt: dass ich mich daran nicht erinnern kann! (*Abg. Dr. Pilz: Lassen Sie mich die Frage fertigstellen!*) – Wenn Sie es immer wiederholen! – Es ist ja schon so spät.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es wird andere Möglichkeiten geben, wo Sie möglicherweise noch viel mehr Zeit verbringen. (*Ing. Meischberger: Oh, schon wieder eine Unterstellung!*) Deswegen sollten Sie das ein bisschen großzügiger sehen.

Hat Herr Plech diese Rechnung für Sie entworfen?

Ing. Walter Meischberger: Ich entschlage mich der Aussage aufgrund des § 7 Abs. 1. Gegen mich läuft in dieser Sache ein Strafverfahren, zu dem ich noch nicht voll und ganz ausgesagt habe.

Ich habe weiters keine Lust mehr, Ihren Unterstellungen hier Folge zu leisten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lege Ihnen vor ein Fax, das Sie von Herrn Plech am 13. September 2002, und zwar um 14.25 Uhr, erhalten haben.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Wenn Sie die beiden Schriftstücke nebeneinanderlegen, dann haben Sie bei dem, das ich Ihnen zuerst vorgelegt habe, das Sie unterschrieben haben, oben stehen: „Ing. Walter Meischberger, Döblinger Hauptstraße, A-1190 Wien“

In dem Entwurf, den Ihnen Plech gefaxt hat, steht dort in drei Zeilen viele Male ein „x“.

Sagen Sie: War das ein Entwurf für die Rechnung, die Sie dann gestellt haben, den Ihnen Plech zu dem genannten Zeitpunkt gefaxt hat?

Ing. Walter Meischberger: Aufgrund des § 7 Abs. 1 entschlage ich mich der Aussage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann gehen wir einmal Ihre Leistungen durch, damit wir wissen, was Ihre Leistungen wirklich wert sind!

Es ist Ihnen gelungen, anstelle von 24 „x“ in drei Zeilen eigenhändig oder mithilfe eines Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin „Ing. Walter Meischberger“ mit der richtigen Adresse in 1190 Wien hinzuschreiben. – Ich möchte jetzt nicht fragen, was diese Leistung im Detail wert war.

Es ist Ihnen auch gelungen, den Begriff „Honorarnote“, der bei Plech noch in der Mitte steht ...

(Die Auskunftsperson macht ein schnalzendes Geräusch.)

Sagen Sie, versuchen Sie hier jetzt eine Ente nachzuahmen – oder was haben Sie gerade vor? *(Ing. Meischberger: Lassen Sie sich nicht ablenken!)* – Weil Enten bei uns **nicht** unter Wahrheitspflicht stehen. *(Ing. Meischberger: Aha! Okay!)* – Nur, damit das einmal klar ist.

Ing. Walter Meischberger: Aber Sie haben schon viele Zeitungsenten, die nicht unter Wahrheitspflicht stehen und die ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auch „Meischberger-Enten“! – Als Beschuldigter im Strafverfahren haben Sie da durchaus Möglichkeiten.

Ing. Walter Meischberger: Die meisten Ihrer „Enten“ erscheinen im „FALTER“.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Dr. Pilz, bitte, seien Sie so lieb und stellen Sie, auch aufgrund der letzten Geschäftsordnungsdebatte, Ihre Fragen konkret!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Vorsitzende! Es ist nur mein Problem. Ich muss mir aber sicher sein, dass ich einen Immobilienexperten – und keine Ente befrage. Dann tue ich mich wesentlich leichter.

Herr Meischberger, Sie rücken in diesem Entwurf vom Herrn Plech den Begriff „Honorarnote“ vom Zentrum an den linken Rand – auch das ist Ihre persönliche Leistung! –, und Sie schreiben auch richtig Ihre Kontonummer hinein.

Ihre wichtigste Leistung ist aber zweifellos:

Im Entwurf – das ist ein alter Fehler vom Herrn Plech – steht „ÖS 630.218, 64“. Sie machen völlig korrekt daraus: „€ 630.218,64“.

Herr Meischberger, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie sich hier der Aussage entschlagen.

Ich sage Ihnen Folgendes: Meiner Meinung nach ist das eine Rechnung, die Sie nicht selbst erstellt haben, sondern die **derjenige** entworfen hat, **dem** Sie die Rechnung gestellt haben, nämlich Herr Plech.

Möglicherweise wären Sie auch fachlich gar nicht in der Lage gewesen, diese Rechnung mangels Kenntnis des gesamten Gegenstandes eigenständig zu erstellen. Aber Sie haben ja eine enge Partnerschaft mit dem Herrn Plech nicht nur in dieser Causa gepflogen. Und andere Umstände deuten darauf hin – und ich sage das, Herr Dr. Hoffmann, mit der notwendigen Vorsicht –, dass es sich auch hiebei wieder um eine Scheinrechnung handelt, weil wir wieder keine dem zugrunde liegende **Leistung** finden.

Herr Meischberger, ich frage Sie jetzt etwas anderes. Möglicherweise werden Sie sich auch da entschlagen. Aber es ist wichtig, dass wir diese Sachen im Stenographischen Protokoll haben – mitsamt Ihrer Entschlagung.

Bei der Terminal Tower-Geschichte haben Sie zuerst ...

*(Ing. **Meischberger** – an die Obfrau-Stellvertreterin Tamandl gerichtet –: ... oder stellt der eine Frage?)*

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Wir warten darauf, dass Herr Dr. Pilz eine Frage stellt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): So ist es!

*(Ing. **Meischberger** – an die Obfrau-Stellvertreterin Tamandl gerichtet –: Wie viele Inhalte zu den Vorgängen kann der Pilz in eine Frage verfassen?)*

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Meischberger, bitte! Herr Dr. Pilz ist am Wort.

Ihre Zeit, Herr Dr. Pilz, ist auch schon fast ausgeschöpft. Ich bitte Sie, die Frage zu stellen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Meischberger! Aufgrund der Faktenkenntnis kann ich wahrscheinlich wesentlich mehr Fakten in eine Frage hineinpacken als Sie in eine Antwort. Das ist aber ein Unterschied, der in der Vertrautheit mit dem Gegenstand liegt.

Ich frage Sie jetzt im Zusammenhang mit dem **Terminal Tower Linz**: In Ihrer ersten Einvernahme haben Sie angegeben, Sie haben für ein Autobahnprojekt gearbeitet. – Für welche Autobahn in Ungarn war das?

Ing. Walter Meischberger: Zuerst verweise ich auf § 13 Abs.1 und 2.

Und zum Zweiten entschlage ich mich der Aussage aufgrund von § 7 Abs. 1, weil gegen mich ein Strafverfahren läuft und ich dazu wahrscheinlich noch nicht vollinhaltlich einvernommen worden bin.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, damit haben Sie vollkommen recht!

Sie haben dort angegeben die **M7**. Es gibt sicherlich Leute in Ungarn, die diskutieren, ob es jemals eine M7 geben soll.

Es war die **M6**. – Und es war auch wieder nicht die M6.

(Die Auskunftsperson macht neuerlich ein schnalzendes Geräusch.)

Hören Sie auf mit diesen „Enten-Geschichten“, es bringt nichts!

Ing. Walter Meischberger: Das ist ein „*un glaublich wichtiges*“ Detail!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Meischberger, warum ist das dann geändert worden auf eine Rechnungsbeurteilung, die „Rumänien“ heißt?

Warum sind Ungarn-Autobahnen in der Rechtfertigung dann auf „Rumänien“ geändert worden, und auf wessen Anraten? (*Ing. Meischberger: Ich glaube, ...!*) – Ich sage es Ihnen gleich!

Mir geht es auch darum, dann in weiteren Fragen einen Zusammenhang mit Interessen und auch Rechtfertigungen vonseiten der PORR AG herzustellen.

Warum ist der Gegenstand von einer ungarischen Autobahn auf ein Projekt in Rumänien geändert worden?

Ing. Walter Meischberger: Dazu erstens: Ich war *nicht* der Rechnungsersteller! Fragen Sie den Rechnungsersteller!

Und zum Zweiten: § 7 Abs. 1 – Entschuldig aus bereits vorher angeführten Gründen.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Dr. Pilz! Ihre Zeit ist ausgeschöpft. Sie können natürlich gerne jetzt schon Ihre Zeit aus der Zusatzfragerunde nehmen.

(*Abg. Dr. Pilz: Das möchte ich gerne tun!*) – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Meischberger, Sie bestreiten Sie ja gar nicht, dass Sie für Ihre Leistung, die ich noch nicht kenne – aber lassen wir das einmal beiseite! –, etwas verrechnet haben.

Sagen Sie: Warum ist die Bezahlung über die Firma „Astropolis“ in Zypern erfolgt? Wissen Sie das?

Ing. Walter Meischberger: Es wird Sie nicht überraschen: § 7 Abs. 1 – gegen mich läuft ein Strafverfahren, und aus diesem Grund entschuldig ich mich der Aussage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja. – Jetzt haben wir da den Herrn Meischberger, der, wo er gefragt wird, jedes Mal eine andere Leistung angibt, Universitäten verwechselt, Adressen nicht findet und so weiter. (*Ing. Meischberger: M6 und M7 verwechselt!*) Ich bleibe aber jetzt trotzdem bei der Terminal Tower-Sache.

Herr Meischberger, warum bekommen Sie von Herrn Dr. Hohegger für die Leistung, die Sie behaupten, das Geld *nicht direkt*, warum wird das weiter an „Omega“ überwiesen und dann weiter auf die berühmten drei Konten?, wo wir inzwischen wissen, dass für das Konto „Karin“ Herr Plech der wirtschaftlich Berechtigte von Anfang an war und auch bis zum Schluss ist.

Warum ist das so weiter überwiesen worden und nicht direkt an Sie oder an eine von Ihrer Seite aus rechnungslegende Firma?

Ing. Walter Meischberger: Auch da kann ich Ihnen nicht weiterhelfen.

§ 7 Abs. 1 – aufgrund des gegen mich laufenden Strafverfahrens entschuldig ich mich hier der Aussage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Macht ja nichts!

Letzter Punkt: Bei Ihnen geht es ja nicht um die Rolle des Immobilienexperten. Das sind Sie nicht. Sie sind auch kein Experte für ungarische Autobahnen, auch nicht für rumänische Hotels (*Ing. Meischberger: Habe ich nie behauptet!*), auch nicht für Wiener Universitäten, auch nicht für Telekom, auch nicht für sonst *irgendetwas*. Die *einzig* Qualifikation, die bei Ihnen unbestreitbar ist, ist, dass Sie Geld von Punkt A zu Punkt B von der Person C zur Person D verbringen.

Das Wesentliche bei diesen ganzen Komplexen, die wir untersuchen, ist, dass bestimmte Personen – und da geht es nicht nur um Sie, aber da sind Sie einer davon; das gilt genauso für Dr. Hochegger; das gilt wahrscheinlich auch für den Herrn Plech in Bezug auf die PORR AG – ausschließlich deswegen bezahlt werden, weil ihre einzige nachvollziehbare Leistung darin bestehen dürfte, dass sie ein bestimmtes Vertrauensverhältnis zu einer entscheidungsberechtigten Person haben: Herr Plech zu Mitgliedern des PORR-Vorstandes, Sie zum Finanzminister, Herrn Dr. Hochegger und so weiter. (*Ing. Meischberger: Das nennt man **netzwerken** – ist einfacher ausgedrückt!*)

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Können Sie eine Frage formulieren, Herr Dr. Pilz?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, Frau Vorsitzende. – **Das** ist für mich der entscheidende Punkt: Ihre Leistung als **Geldbriefträger** ist **unbestritten**; Ihre Leistung als **möglicher Geldwäscher** möglicherweise ebenso! Das werden andere zu klären haben.

Das **Einzig** aber, was **nicht** feststellbar ist, ist irgendeine **sachliche Leistung**, die irgendeinem **Rechnungsinhalt** entspricht!

Sie haben jetzt mehrere Male in diesem Untersuchungsausschuss, von BUWOG bis zu Terminal Tower, Justiz-Tower und Projekt Nordbergstraße, die Gelegenheit gehabt, auch nur eine **einzig** sachliche Leistung zu dokumentieren, auch nur eine **einzig** Rechnung zu erklären – und Sie konnten das **nicht** tun, und das in einem überraschend klaren und umfassenden Ausmaß.

Deswegen glaube ich, dass es in diesem Zusammenhang völlig sinnlos ist, Ihnen eine weitere Frage zu stellen. – Danke schön.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ganz kurz noch, und zwar zum Projekt **Nordbergstraße**. Da muss ich Sie noch einmal fragen, was da passiert ist. Wir kommen wieder zur Leistungsfrage.

Es gibt eine erste Beschuldigtenvernehmung von Ihnen vom 10. November 2009, wo Sie angeben, befragt zur „Nordbergstraße“ und zu der Rechnung, wo Sie über die „ZehnVierzig Werbe GmbH“ in Summe € 708.000,-- verrechnet haben, dass Sie dieses Projekt gemeinsam mit Herrn Plech abgewickelt hätten und dass Sie mit Herrn Plech Verkauf und Vermietung der Büroflächen durchgeführt hätten und da auch Mieter vermittelt hätten. – Das war Ihre Aussage vom 10.11.2009.

Ing. Walter Meischberger: Das hat gerade Herr Maier zitiert. Genau dasselbe!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, aber ich stelle dazu andere Fragen.

Ing. Walter Meischberger: Ich wollte nur wissen, ob es dasselbe ist.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Abgeordnete Petzner ist nun am Wort! Und wenn der vielleicht eine Frage formuliert, dann wären wir alle schon zufrieden. – Bitte, Herr Kollege.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das kommt. Nur Geduld, Frau Vorsitzende!

Dann gibt es plötzlich den totalen Schwenk am 3.2., wo Sie sagen – kurz zusammengefasst –, Sie haben das alles alleine gemacht und Plech nur um einen freundschaftlichen Rat gefragt. – Das ist am 3. Februar 2010.

Einen Tag vorher, am 2. Februar 2010, gibt es dieses Gespräch zwischen Ihnen und Herrn Plech, wo Herr Plech erstens einmal sagt: „Ich hob mitkassiert.“

Da frage ich Sie: In welcher Form? – Auch Sie will ich das fragen.

Und dann möchte ich Sie fragen, wenn Sie schon am 10. November 2009 gegenüber der Justiz genau ausgesagt haben, was Sie gemeinsam mit Plech in Sachen „Nordbergstraße“ unternommen und getan haben und auch diese Rechnung erklären und Ihre Leistung darstellen, warum Sie dann am 2. Februar 2010, knapp zwei Monate später, Herrn Plech fragen müssen: „Wo war mei Leistung?“?

Sie stellen die Frage: „**Wo war mei Leistung?**“ – und Herr Plech erklärt Ihnen das dann ganz genau.

Sie sagen dann auch: „do red ih mi schon uma“ – und ändern dann einen Tag später, am 3.2.2010, genau diese Aussage, Ihre ursprüngliche vom 10. November 2009, drehen das komplett um und sagen dann dort genau das, was Sie mit Plech einen Tag vorher telefonisch besprochen haben und wo Ihnen Plech Ihre Frage „Wo war mein Leistung?“ beantwortet.

Warum dieses Hin und Her: Warum haben Sie am 10.11.2009 die Leistung ganz genau erklärt, dann mit Plech telefoniert und diese Frage gestellt – und dann eine ganz andere Erklärung angebracht?

Ich will, dass Sie mir da die Hintergründe erläutern.

Wenn Sie mir sagen, es war immer eine konkrete Leistung dahinter, warum sind Sie dann nicht bei Ihren Angaben vom 10. November 2009 geblieben, sondern haben das alles vollkommen umgedreht, und zwar in die Richtung, dass plötzlich Herr Plech bei diesem Projekt nicht mehr mit dabei war, sondern draußen?

Ing. Walter Meischberger: Ich glaube, das habe ich schon – auch diese Frage – dem Abgeordneten Maier beantwortet.

Noch einmal grundsätzlich zu diesen Abhörprotokollen: Dieses Abhörprotokoll, dieses Gespräch, das ich mit Ernst Plech damals führte – ich glaube, weiß nicht, es war am 2. Februar 2010 –, muss man im folgenden Zeitfenster und unter folgenden Aspekten sehen, also Szenario, Umgebung:

Ich wusste zu diesem Zeitpunkt erstens nicht, dass Ernst Plech selbst Beschuldigter ist. Das wusste ich nicht.

Das Zweite ist: Ernst Plech war in Australien.

Das Dritte war: Ich hatte eine Aussage bei der Kriminalpolizei vor mir. Ich habe gewusst, es geht um verschiedene Projekte, PORR und so weiter. In diese Richtung, ist mir angedeutet worden.

Ich selbst habe – und das sei mir verziehen –, aufgrund der vergangenen Jahre und der Vielfältigkeit der Projekte und der auch „schwimmenden“ Zeiträume keine klaren Erinnerungen mehr, welches Projekt wann, wie, in welcher Form und so weiter mit welchen Aufteilungen abgeführt worden ist.

Die Projekte selbst haben teilweise von der Anbahnung, was ja meistens meine Tätigkeit war, bis zur Beendigung zwei Jahre, drei Jahre, oft länger gedauert. Die Projekte liefen parallel. Es sind immer wieder dieselben Personen aufgetreten. Es war für mich zu diesem Zeitpunkt nur sehr vage überschaubar, was dort war.

Wissend, dass Ernst Plech die meisten dieser Dinge mit mir miterlebt hat – teilweise haben wir es gemeinsam gemacht, teilweise hat er es miterlebt – und ein größeres Erinnerungsvermögen an diese Zeit hat, habe ich ihn angerufen und wollte von ihm eben wissen, wie er das sieht und wie seine Erinnerung daran ist.

Und die Fragestellung war auch so. – Auch wenn das heute saublöd aussieht: „Wo war mei Leistung?“, so war diese Frage nicht deshalb, weil ich selbst nicht wusste,

was meine Leistung war, sondern ich wollte wissen, was meine Leistung aus **seiner Sicht** war.

Und was war dabei meine Leistung aus deiner Sicht? – **so** sollte die Frage heißen! So auch die ganzen anderen Fragen.

Das ist die Art und Weise, wie wir miteinander kommunizieren. Der Rest ist Interpretation.

Ich sage es noch einmal: Das war ein ganz „lustiges Kasperle“ bei der Kriminalpolizei, der offensichtlich diese Verschriftlichung gemacht und im Dialekt dargestellt hat und glaubt, besonders witzig zu sein. Ich glaube, der Aufklärung in der Sache ist dadurch ein Bärendienst erwiesen worden, weil das eben immer wieder verzerrt, immer wieder belustigend und so weiter dargestellt wird. Der Beamte selbst hat heute an seiner Eingangstür ein Kartenschild: **Wo woar mei Leistung?**, das irgendwelche anderen Lustigen gedruckt und herausgegeben haben, und ist ganz stolz darauf, diesen Satz geboren zu haben. (*Abg. Dr. Jarolim: Wer war das?*) – Ein Beamter des BKA; er stellt das noch ganz stolz dar und macht das so.

Das kann alles belustigend sein, Dialektlesungen und all diese Dinge. Die Interpretation ist etwas anderes. Das ist gefährlich. Diese Interpretation gefährdet die Abführung eines fairen Verfahrens und manipuliert die öffentliche Meinung ganz extrem. Das ist das, was ich dazu sagen will.

Ich habe Ernst Plech nur deswegen gefragt, weil er sicher gewisse Dinge stärker in Erinnerung hatte. Ich wollte hören, wie er es in Erinnerung hat, um meine Erinnerung aufzufrischen, um am nächsten Tag eine ganz klare Aussage der abgewickelten Leistungen, Vorgänge und so weiter parat zu haben. Das war der einzige Grund dieses Hinterfragens.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Da die Zeit aus ist, können Sie gleich Ihre Zusatzfrage in Anspruch nehmen; das ist zeitökonomischer.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was ich hiermit tue.

Punkt eins: Sie haben ja am 10. November 2009 schon eine Aussage getätigt, also möchte ich wissen, warum Sie das dann noch einmal Herrn Plech fragen müssen. (*Ing. Meischberger: Entschuldigung, jetzt habe ich Sie nicht gehört!*)

Punkt zwei: Aus den Telefonprotokollen – wir können immer nur Zitate herausgreifen, die gehen ja über Seiten hin – stellt sich das im Konnex der gesamten Gespräche, die geführt wurden, völlig anders dar, als Sie das dargestellt haben.

Aber meine Zusatzfrage, da jetzt dann gleich Herr Grasser zu uns kommt: Haben Sie im Zusammenhang mit der Abwicklung dieser gesamten Projekte – sei das die Nordbergstraße, sei das der Justiz-Tower beziehungsweise auch der Terminal Tower – und Ihrer erbrachten Leistungen jemals Kontakte mit Karl-Heinz Grasser gehabt? Hat sich der Minister jemals eingeschaltet? Haben Sie den Minister jemals involviert beziehungsweise kommt er vor?

Ich nenne ein ganz konkretes Beispiel: In der Causa **Terminal Tower** kommt der Minister vor, zum Beispiel in einem E-Mail von einem Vertreter, dem Mag. Sandler von der Raiffeisengruppe. Mag. Sandler leitet in einem Mail am 1. Februar 2006 um 14.04 Uhr betreffend Finanzzentrum Linz eine Information an mehrere Personen weiter und führt unter anderem Gesprächsinformationen an:

Es gab Gespräche zwischen Pöchlhammer und Herrn Plech (Vorsitzender der BIG) und Intimus von KHG, die ganz gut gelaufen sind. Laut Pöchlhammer rechnet er mit einer baldigen positiven Entscheidung des Finanzministers für unseren Standort. Es gibt

einen internen, angeblich letzten Abstimmungstermin zwischen Quantschnigg und Finanzminister Karl-Heinz Grasser am 13. Februar dieses Jahres. Dann sollte eigentlich alles klar sein! Mit freundlichen Grüßen, Karlheinz Sandler. PS: Bitte diese Infos vertraulich behandeln. – Zitatende.

Das heißt, da kommt Grasser ganz konkret als Ansprechpartner für Plech und „Intimus“ vor. Es wird hier angeführt, dass es einen „letzten Abstimmungstermin“ gibt sowie: „Dann sollte eigentlich alles klar sein!“

Mit dem Finanzminister direkt, das war alles mitten drinnen in dem laufenden Verfahren, damit das auch passt. Und es hat man Ende des Tages auch gepasst.

Ein zweites Beispiel noch ... (*Obfrau-Stellvertreterin **Tamandl**: Können Sie auch noch eine Frage formulieren, Herr Abgeordneter?*) – Ja. Ich habe die Frage schon gestellt und untermauere sie jetzt mit zwei Beispielen, damit mir Herr Meischberger nicht wieder irgendwie so leicht auskommt.

Dann gibt es da noch die Aufzeichnungen des Herrn Wailzer, einer Schlüsselfigur in der Causa Terminal Tower. Vielleicht können Sie uns das erklären? Sie haben Tagebuch geschrieben. (*Ing. **Meischberger**: Welcher Name?*) – Auch Herr Wailzer hat Aufzeichnungen gemacht.

Herr Wailzer hat in einem Eintrag vom 31. Jänner 2006 aufgeschrieben:

Grasser, Pfeil, Plech –

und dann –

okay. – Zitatende.

Wir haben Herrn Plech dazu befragt, er konnte sich das nicht erklären. Herr Mag. Wailzer konnte sich nicht daran erinnern.

Jetzt frage ich Sie als engsten Freund des Herrn Mag. Grasser damals, denn da kommt Grasser zweimal namentlich vor:

Grasser, Plech, okay –

und dann in diesem Mail von diesem Raiffeisenmenschen.

Welche Rolle hat denn Karl-Heinz Grasser genau gemeinsam mit Plech und Ihnen in dieser Causa gespielt? Er muss eine gespielt haben – wieder dieses Dreieck Grasser, Meischberger, Plech –, weil er eben in den Unterlagen mehrmals vorkommt. Zwei Beispiele habe ich genannt.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Kollege Petzner! Die Zeit ist ausgereizt. Ich bitte um Beantwortung der Frage, falls man die noch herauslösen kann.

Ing. Walter Meischberger: Ich glaube, ich kann sie herauslösen. Es geht ihm nur um eines, nämlich ob ich mit Karl-Heinz Grasser zum gegenständlichen Fall Kontakt hatte. Sie haben da drei Personen genannt.

Nein, mit Karl-Heinz Grasser hatte ich nicht Kontakt. Ich hatte einmal einen Fünf-Minuten-Kontakt, wenn überhaupt, in der Frage mit Herrn Quantschnigg; sonst nichts. Das war der von mir vorhin erwähnte Nebenbei-Kontakt und der Informationsfluss.

Mit Karl-Heinz Grasser dezidiert habe ich in der Frage ... – Ich habe kaum mit irgendwem Kontakt gehabt. Ich wurde kaum mit der Sache befasst. Ich habe damals einmal Quantschnigg auf Anfragen von irgendeinem Porr-Manager gefragt, wie die Dinge stehen, und das war eine lapidare Auskunft. In der Summe waren das keine 3 Minuten. Mehr habe ich mich mit dem Linzer Tower nicht befasst; mit Karl-Heinz Grasser überhaupt nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie erklären Sie sich dann diesen Eintrag – Grasser, Plech, okay – von Herrn Wailzer?

Ing. Walter Meischberger: Wie mir schon vorher vorgehalten worden ist – irgendwelche Wailzer-Mails, Eintragungen und so weiter kann ich Ihnen nicht erklären, weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, was die Porr-Leute mit den Oberösterreichern offensichtlich in irgendwelchen Konsortien gesprochen haben, welche Szenarien die gesponnen haben, um ihre Abrechnungen gegenseitig glaubwürdig zu machen.

Was auch immer dahinter war: Ich habe damit nichts zu tun und kann es mir nicht erklären.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Meischberger, zum Immobilienprojekt **Nordbergstraße:** Die Telekom führte mit der BIG Verkaufsverhandlungen. Der Vertrag war fast fertig. Dann kamen Plech, Kallinger und Sie. Es kam dann noch zu einer Aufsichtsratssitzung am 22. Mai 2003, an der Plech teilnahm. Dann gab es keine Verhandlungen mehr vonseiten der Telekom mit der BIG, sondern es wurde zu denselben Bedingungen ein Verkaufsvertrag mit Porr über 30,5 Millionen € abgeschlossen. Der Vertrag mit der BIG hätte 29,5 Millionen € vorgesehen.

Meine konkrete Frage: Welche Leistungen haben Sie erbracht, dass die Telekom vom Vertragsabschluss mit der BIG abging und ein Vertrag mit Porr abgeschlossen wurde? Wie haben Sie das geschafft?

Ing. Walter Meischberger: Ich glaube, das ist relativ einfach. – Herr Abgeordneter, übrigens noch einmal im Nachhinein alles Gute zu Ihrem 60. Geburtstag! Das habe ich in der Zeitung gelesen. Gratuliere! (*Abg. Mag. Maier: Danke!*)

Zu Ihrer Frage möchte ich nur sagen, dass ich glaube, dass ich sie schon beantwortet habe. Ich habe nichts anderes getan, als den Geschäftsfall erkannt und gewusst, dass die Telekom das verkauft. Ich habe dieses Grobkonstrukt, die Idee der Entwicklung durch die Porr – also die Porr kauft die Immobilie, die Immobilie wird entwickelt und die entwickelte Immobilie erhält einen in Investitionskreisen sehr anerkannten Mieter, nämlich die WU. In Summe ist das ein entwickeltes Projekt, aus dem man viel mehr erzielen kann als über den Kaufpreis der abgewohnten und abgelebten Immobilie.

Das habe ich Herrn Senator Kallinger klargemacht. Wir haben ein oder zwei Gespräche darüber geführt. Er hat die Idee einer ARGE mit Kallinger und Porr entwickelt, und letztlich ist ein gutes Geschäft für die Porr, für Kallinger und für uns entstanden.

(*Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Ganz einfach: Die Telekom hat es lieber der ARGE Porr-Kallinger oder wie sie heißt verkauft, weil sie ganz einfach 1 Million € mehr dafür erhalten hat. – Das ist das eine.

Zum zweiten hat auch Herr Kallinger damals gute Beziehungen, glaube ich, zu Sundt gehabt. Wahrscheinlich hat er sich auch noch stark gemacht, der BIG vorgezogen zu werden. Wie immer das war, kann ich heute nicht mehr nachvollziehen.

Zu Ihrer Frage: Von mir kam die **grundlegende Idee**, das zu machen. Das ist das einzige, das ich dazu beigetragen habe. Letzten Endes war es ein gutes Geschäft für die Beteiligten.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich möchte dazu nur anmerken, dass der Vertragsentwurf zwischen Telekom und BIG genau dasselbe vorgesehen hat, ebenfalls die Einmietung der WU, wie der Kaufvertrag der Porr.

Ing. Walter Meischberger: Nur hat die BIG 1 Million € weniger geboten, und das war entscheidend für die Telekom.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie hat um 1 Million weniger geboten, allerdings haben Sie ein Beteiligungsentgelt von 708 000 € bekommen, das natürlich bei einem Vertragsabschluss zwischen Telekom und BIG nicht fällig geworden wäre.

Ing. Walter Meischberger: Ja, aber das ist, glaube ich, auch so nicht für die Telekom fällig geworden, oder? Das weiß ich nicht. Ich habe meine Vereinbarung mit Herrn Kallinger gehabt – noch einmal: aus einer Beteiligung an seiner Beteiligung. Es war nicht abzuschätzen, wie hoch der Gewinn dafür sein wird. Ich glaube auch nicht, dass Herr Kallinger meinen Anteil an irgendwen weiterverrechnet hat. Das glaube ich nicht.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie irren sich. Wir wissen seit gestern von Generaldirektor Sundt, dass Kallinger einen Teil an die *Telekom* weiterverrechnet hat.

Ing. Walter Meischberger: Das höre ich jetzt zum ersten Mal.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass es natürlich immer schwierig ist, Geschäftsfelder im Umfeld von politischem Insiderwissen anzusiedeln. Das ist das Grundproblem. (*Ing. Meischberger: Das muss der Gesetzgeber regeln!*) – Das ist sicherlich auch eine Überlegung des Ausschusses für seinen Bericht, unabhängig von anderen Dingen.

(Die Obfrau dankt der **Auskunftsperson Ing. Meischberger, verabschiedet diese – und unterbricht die Sitzung.** – Die medienöffentliche Sitzung wird um 15.13 Uhr **unterbrochen** und um 15.20 Uhr als solche **wieder aufgenommen.**)

15.20

Auskunftsperson Mag. Karl-Heinz Grasser

Obfrau Dr. Gabriela Moser *nimmt* die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses *wieder auf* und begrüßt als nächste **Auskunftsperson Mag. Karl-Heinz Grasser**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Grasser, ich danke für Ihr Erscheinen! – es ist jetzt immerhin schon das dritte Mal in diesem Untersuchungsausschuss.

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Aussage** erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Karl-Heinz Grasser**. – Die weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Nun folgt wie immer das Ersuchen an die Vertreter und die Vertreterinnen der Bildmedien, den Saal zu verlassen.

Ich darf nun die **Vertrauensperson** um Ihre Personaldaten ersuchen. Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Manfred Ainedter**. – Auch Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage nun die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Ainedter als Vertrauensperson auszuschließen sei, da er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder sich unaufgefordert an die Auskunftsperson zu wenden oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Mag. Grasser, Sie haben – wie immer, wenn Sie bei uns geladen sind – die Möglichkeit, Ihre Sicht der Dinge in Form einer zehnmütigen Erzählung darzulegen. Sie können aber anlässlich der wiederholten Ladung auch darauf verzichten. Was würden Sie bevorzugen?

Auskunftsperson Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich möchte – wie immer, wie Sie das formulieren – von meinem Recht Gebrauch machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen eingangs den Hintergrund für die Einmietung in den Terminal Tower Linz schildern. Es war so, dass ich relativ rasch nach meinem Antreten der Verantwortung als Bundesminister für Finanzen im Jahr 2000 eine grundlegende Reform der österreichischen Finanzverwaltung habe erarbeiten lassen, die wir auch in den Folgejahren entsprechend umgesetzt haben.

Die Zielsetzungen dieser Reform waren – um einige wenige zu nennen –, erstens die **Kosten** der Finanzverwaltung deutlich zu **reduzieren**, gleichzeitig aber die **Effizienz** der Finanzverwaltung zu **erhöhen**: vor allem in Richtung Bürgernähe, in Richtung Bürgerfreundlichkeit, in Richtung Serviceorientierung der Finanzverwaltung. Es war damit klar, dass wir die Finanzverwaltung auf der einen Seite deutlich verkleinern wollten – das ist uns in sieben Jahren meiner Verantwortung auch gelungen. Wir haben einige tausend Mitarbeiter abbauen können und damit viel Geld des Steuerzahlers/der Steuerzahlerin eingespart.

Ich möchte sozusagen nur in ein paar Überschriften daran erinnern, welche grundlegenden Reform-Themenstellungen es gab. – Beispielsweise haben wir damals einen unabhängigen Finanzsenat geschaffen, wir haben die Finanzlandesdirektionen abgeschafft, weil wir gesehen haben, dass das eine zusätzliche Hierarchie-Ebene ist, die Geld kostet und nicht benötigt wird, wir haben neue regionale Verantwortungen eingeführt, wir haben Hierarchien abgeflacht, in etwa 80 Finanzämter zu etwa 42 Organisationseinheiten zusammengeführt, wir haben ganze Einheiten, wie beispielsweise die Zollwache, abgeschafft, wir haben eine moderne unternehmerische Führung geschaffen, haben ein Führen nach Zielen eingeführt und haben einen Bürgerservice geschaffen, der dann auch optisch und räumlich in den Finanzämtern umgesetzt wurde. Unsere Zielsetzung war es, die Hemmschwelle der Bevölkerung, der Bürgerinnen und Bürger, im Umgang mit der Finanzverwaltung zu reduzieren, war es, unbürokratisch Bürgeranliegen zu erledigen und dort Hilfestellung zu geben, wo es notwendig war.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Überzeugung, dass es uns in sieben Jahren gelungen ist, die Finanzverwaltung sehr erfolgreich zu reformieren und sie nach den Grundsätzen des New Public Management umzugestalten – was dazu geführt hat, dass wir einige hundert Millionen Euro einsparen konnten. Das heißt, wir haben es für den Steuerzahler kostengünstiger gemacht, aber gleichzeitig auch besser, serviceorientierter, moderner und flexibler für die Bürger und Bürgerinnen.

Eine solche grundlegende **Modernisierung** hat natürlich auch Folgen, was das **Raumkonzept** betrifft. Wenn man eine Organisation stark umbaut, wenn man einige

tausend Mitarbeiter abbaut, dann ist klar, dass eine alte räumliche Struktur wohl nicht mehr mit den neuen Anforderungen übereinstimmen kann.

Konkret war es damals so, dass wir viele alte, massiv renovierungsbedürftige Gebäude hatten, die weder die Mitarbeiter motiviert haben noch die Finanzverwaltung als moderne, leistungsfähige Organisation präsentiert haben, die auch nicht der Zielsetzung der Bürgerfreundlichkeit und dem Servicegedanken einer leistungsorientierten Dienstleistungsgesellschaft entsprochen haben. Und wir hatten außerdem die Situation, dass wir viel zu große Flächen hatten, die wir nicht mehr benötigten, denn vor der Reform hatten wir – ich bringe die Zahlen nur noch ganz grob zusammen, weil ich natürlich die Unterlagen nicht mehr habe – in etwa 15 000 Mitarbeiter, nach der Reform, glaube ich mich zu erinnern, hatten wir in etwa 11 000 Mitarbeiter. Das heißt, der nächste Schritt im Sinne einer konsequenten Reformumsetzung lag auf der Hand, nämlich alte, schlechte, renovierungsbedürftige Gebäude, zu große Gebäude, damit auch zu teure Gebäude aufzugeben und neue, moderne, kleinere und kostengünstigere Gebäude anzumieten.

Das bringt uns zu dem Thema, wegen dem ich glaube, heute geladen zu sein, nämlich dem Thema **Terminal Tower Linz**. Meine Erinnerung an die Einmietung in diesen Terminal Tower ist jene, dass mir damals Mitarbeiter berichtet haben, dass es in Linz die Notwendigkeit für einen neuen Standort gibt, weil man Finanzämter zusammenziehen und konzentrieren wollte. Ich erinnere mich, dass damals mit diesem Thema befasst waren Generalsekretär Peter Quantschnigg, Sektionschef Nolz, Gruppenleiter Eduard Müller, Herr Pipal, andere Mitarbeiter der Sektion I und, ich glaube, aus meinem Kabinett wahrscheinlich Frau Mag. Billinger.

Hintergrund der Einmietung in den Terminal Tower Linz war – und das muss man wissen, wenn man darüber spricht –, dass es deutliche Widerstände gegeben hat vonseiten der Belegschaft, vonseiten der Betriebsräte, durchaus auch vonseiten des Vorstandes, die massiv **gegen** einen Umzug waren. Es hat meiner Erinnerung nach sogar Umfragen gegeben, wo sich eine deutliche Mehrheit gegen den Umzug in eine neue lokale Lösung ausgesprochen hat.

Ich möchte, wenn ich über den Hintergrund dieser Entscheidung spreche, auch klarmachen, dass ich logischerweise in keiner Weise **operativ** involviert war. Ich habe **Ziele** vorgegeben im Sinne der Kostenreduktion einerseits, der Modernisierung der Verwaltung andererseits – ich habe das vorhin dargelegt –, und wir haben natürlich die Erreichung dieser Ziele auch kontrolliert.

Ein gewisses Thema in der Diskussion bislang, wenn ich es richtig mitbekommen habe, war, warum die Entscheidungsfindung etwas länger gedauert hat. Ich kann das heute so erklären: Soweit ich mich erinnern kann, hat es im Wesentlichen zwei Alternativen gegeben, die sich herauskristallisiert haben. Erstens war das eben dieser Terminal Tower in Linz in Bahnhofsnähe, und zum Zweiten gab es die Alternative eines möglichen Gebäudes der Bundesimmobiliengesellschaft.

Die Bundesimmobiliengesellschaft und deren Projekt hatte den Vorteil, dass die Mitarbeiter meiner Erinnerung nach dafür waren, es hat sich allerdings dann infolge der Diskussion herauskristallisiert, dass dieses Projekt der Bundesimmobiliengesellschaft nicht weiter verfolgt werden konnte, weil wir eine deutlich zu lange **Umsetzungsdauer** gehabt hätten. Es gibt meiner Erinnerung nach auch ein Schreiben der Stadt Linz, das Ihnen vorliegen müsste, wo man gesagt hat, dass dieses Projekt eben sehr lange dauern würde – und darauf konnten und wollten wir nicht warten.

Das Problem beim Terminal Tower war, dass uns zu Beginn die Kosten zu hoch erschienen sind. Ich glaube, dass man am Beginn der Verhandlungen Preise pro Quadratmeter und Monat von in der Größenordnung 12 € verlangt hat, vielleicht waren

es sogar mehr als 12 €. Ich weiß nicht, ob Sie diese Unterlagen auch vorliegen haben. Wenn, dann würde ich bitten, dass man auch das zur Sprache bringt.

Mein Eindruck, meine Damen und Herren, war, dass die Mitarbeiter des Finanzministeriums vor diesem Hintergrund relativ rasch vom Standort **Terminal Tower** überzeugt waren, und ich nehme für mich in Anspruch, dass ich meine Mitarbeiter damals in mehrere Verhandlungsrunden geschickt habe, um diesen Preis von zu Beginn – Größenordnung, meiner Erinnerung nach – **12 €** deutlich zu reduzieren.

Ich erinnere mich deswegen auch besonders gut daran, weil ich manchmal – ich würde sagen – unhöflich und vielleicht sogar grantig wurde in dieser Frage, weil mir Mitarbeiter der Finanzverwaltung, des BMF **zu positiv** gegenüber diesem Terminal Tower eingestellt waren und mir auch höhere Preise zur Annahme empfohlen haben. Wenn wir also schließlich den Preis von **9,90 €** pro Quadratmeter und pro Monat erreichen konnten, dann deshalb, weil ich meine Mitarbeiter dazu veranlasst habe, in mehrere hart ausgetragene Verhandlungsrunden, die konsequent geführt worden sind, zu gehen.

Mir wurde damals gesagt, dass dies ein sehr guter Preis, ein sehr niedriger Preis ist. Mir wurde berichtet, dass das Preisniveau bei vergleichbaren Standorten mit vergleichbarer Ausstattung bei 12 €, 13 € pro Quadratmeter und Monat liegen würde, das heißt, das BMF, die Finanzverwaltung würde 20 oder 30 Prozent weniger zahlen als andere Mieter an vergleichbaren Standorten.

Ich glaube auch, meine Damen und Herren, dass es gelungen ist, die Gesamtkosten in Linz – im Vergleich: Kosten für die Finanzverwaltung vorher und Kosten danach – für die Finanzverwaltung zu reduzieren. In jedem Fall ist uns eine **deutliche Kostenreduktion** durch Umsetzung des neuen Raumkonzeptes in ganz Österreich gelungen.

Ich bin daher bis heute überzeugt davon, dass es sich um ein gutes Projekt handelt, das wir erfolgreich umgesetzt haben, das den Mitarbeitern modernere und bessere Räumlichkeiten gibt, ein Projekt, das uns geholfen hat, die Kosten für den Steuerzahler zu reduzieren und das eine deutlich größere Bürgerfreundlichkeit und mehr Servicequalität bietet.

Ich möchte daher auch in diesem Kreis sehr klar festhalten, dass ich die Verdächtigungen der Staatsanwaltschaft und die Mutmaßungen, die da gegen meine Person angestellt werden, vehement und in aller Schärfe zurückweise. Was hier als Verdachtslage konstruiert wird, ist falsch und entbehrt jeder Grundlage.

Ich sehe mich auch heute veranlasst, ein paar böswillige Unterstellungen gleich vorweg zu beantworten.

Hat jemand unbotmäßig bei mir für den Terminal Tower Linz interveniert? – Nein, das war nicht der Fall.

Habe ich die Wahrnehmung eines pflichtwidrigen Verhaltens? – Nein, meine Damen und Herren, das habe ich nicht.

Habe ich pflichtwidrig Geld oder einen geldwerten Vorteil im Zusammenhang mit der Umsetzung dieses Projektes angenommen? – Nein, meine Damen und Herren, selbstverständlich habe ich das nicht gemacht.

In diesem Sinne ist es für mich geradezu **absurd**, dass man mir auch in dieser Frage ein Strafverfahren angehängt hat.

Selbstverständlich übernehme ich sehr gerne die politische Verantwortung für die grundlegende und erfolgreiche Reform der österreichischen Finanzverwaltung.

Eine kleine Fußnote dieser Reform ist die Entscheidung für den Terminal Tower in Linz, die völlig korrekt erfolgt ist.

Damit darf ich zum Ende kommen und in weiterer Folge Ihre Fragen beantworten.

Vielleicht sozusagen als Schlusspunkt: Nordbergstraße – habe ich aus der Zeitung erfahren –, diesbezüglich werde ich Ihnen nicht wirklich behilflich sein können. Betreffend den Justiz-Tower hatten Sie gestern meiner Wahrnehmung nach den damals zuständigen Justizminister da. Auch da werde ich Ihnen zumindest nicht besonders behilflich sein können, weil, wie der Name sagt – Justiz-Tower –, diese Entscheidung offensichtlich vom Justizminister getroffen worden ist. – Ich bedanke mich.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gleich meine Eingangsfrage, da Sie ja Effizienz und Kosteneinsparung in den Vordergrund gestellt haben und Sie als Finanzminister neben dem Ressortbudget das Gesamtbudget berücksichtigen sollen/müssen/mussten.

Sie haben das BIG-Projekt als Alternative angesprochen und die zeitlichen Verzögerungen genannt. Uns ist aber aufgrund der Aktenlage auch durchaus ein Schreiben bekannt, das aus dem Jahr 2003 stammt und wo eindeutig schon im Jahr 2003 vonseiten des Finanzressorts deklariert wurde, dass das Projekt der BIG nicht weiter verfolgt werden soll. – 2003, der Terminal Tower war dann mietvertragsmäßig 2006. Also die zeitlichen Verzögerungen liegen eigentlich in der Entscheidung des Finanzressorts 2003 – ist meine Vermutung, sage ich.

Wie können Sie uns das erklären?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe mich bemüht, Ihnen gegenüber darzustellen, was sozusagen zu zeitlichen Verzögerungen geführt hat: erstens eben die Tatsache, dass meines Wissens sich zuerst einmal das Ressort auf die Suche begeben hat, welche Standorte überhaupt in Frage kommen. Ich weiß nicht, ob es damals überhaupt eine Ausschreibung gegeben hat – ich glaube, das war der erste Schritt –, und dann haben sich in weiterer Folge an diesem Projekt eben zwei Standorte herausgestellt.

Ich möchte eines festhalten: Ich war völlig wertfrei, welcher Standort gewählt wird. Mir war es im Regelfall egal, welche Standorte gewählt wurden, solange sie unseren Zielsetzungen, nämlich Bürgerfreundlichkeit einerseits, moderne, ansprechende Gebäude für die Mitarbeiter als Motivation andererseits entsprechen konnten.

BIG: Wie gesagt, Mitarbeiter dafür, daher hätte ich im Grundsatz auch eine Präferenz für die BIG gehabt, nicht zuletzt hat uns ... – Ich glaube, das müsste Ihnen vorliegen, wenn ich mich richtig erinnere: Entweder war es der Bürgermeister von Linz, Dobusch, oder es war die Stadt, die uns geschrieben hat, dass man die Genehmigungen für Linz für dieses BIG-Gebäude nicht zeitnah zustande bringt. Also mir wurde damals irgendetwas transportiert, das **BIG-Gebäude** könnte **zwei Jahre später** als der Terminal Tower begonnen werden.

Das war dann – so habe ich es wahrgenommen – ein K.o.-Kriterium für das BIG-Gebäude, weil man ja eine zeitnahe Lösung gesucht hat, und das hat dann die Präferenz in Richtung **Terminal Tower** gebracht.

Wie gesagt: Dort waren am Anfang die Kosten zu hoch, aber ich glaube, am Ende des Tages haben wir bewiesen, dass man über harte, konsequente Verhandlungen mit den Kosten sehr weit herunterkommen kann – und wir haben ein sehr gutes Ergebnis erzielt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nur zu Ihrer Information: Die Bedenken des Bürgermeisters stammen aus einer späteren Zeit. Hätte man sich – das ist unsere Theorie – seitens des Ressorts bereits 2003 offensiv für das BIG-Projekt entschieden, dann wäre sicherlich keine zeitliche Verzögerung gegenüber 2006 eingetreten.

Ich habe die Frage nur deshalb gestellt, weil ja jetzt durch die Entscheidung Terminal Tower ständig Mieten aus dem Ressort an **Private** fließen, die eigentlich der **BIG** zugutekommen hätten können. Das ist für mich die gesamtfinanzzpolitische Frage, denn das ist ein ständiger Budgetabfluss von im Monat 150 000 € zum Beispiel.

Mag. Karl-Heinz Grassner: Da habe ich insofern einen anderen Zugang, Frau Moser, als wir die BIG ja – also Bartenstein oder noch davor, das weiß ich nicht mehr – ausgegliedert haben, um sie privaten Unternehmen vergleichbar zu machen. Das Finanzressort hatte damals die Linie – und das habe ich unterstützt –, dass die BIG im Grundsatz eigentlich zu behandeln ist wie jeder andere.

Was wollte man denn mit der Ausgliederung der BIG? – Sie erinnern sich vielleicht: Wir haben eine Verwaltung angetroffen, wo die Republik im Jahr 2000 nicht einmal **gewusst** hat, was sie besitzt. Es hat **kein Verzeichnis** gegeben! Ich bin ins Finanzressort gekommen und habe gefragt: Was gehört der Republik?, und man konnte mir keine Antwort geben. Insofern war einmal aufzuarbeiten, welche Immobilien, welches andere Vermögen der Republik gehört.

Zielsetzung war natürlich, wenn man dann einen privaten Rechtsträger wie die Bundesimmobiliengesellschaft schafft, dass dieser sich auch am Markt behaupten muss. Und wenn es dann quasi eine Präferenz hätte geben sollen – sprich: Finanzministerium und andere Ressorts hätten automatisch die BIG und BIG-Projekte wählen müssen –, wäre das rechtswidrig gewesen, weil nicht europakonform – man kann ja dann keine Präferenz mehr machen. Daher: Es gibt Ausschreibungen, und das beste Projekt ist zu wählen. Zum Zweiten, glaube ich, hätte es nicht den notwendigen Reformdruck in der BIG erzeugt, denn wenn die BIG erkannt hätte – egal, wie wettbewerbsfähig wir sind, egal, welche Preise wir verlangen, egal, ob wir ein Projekt zwei Jahre früher oder zwei Jahre später fertigmachen –, die nehmen ohnehin uns, weil wir quasi der Republik gehören und daher einen präferierten Status haben, dann wäre das kontraproduktiv gewesen und hätte die Zielsetzungen der Ausgliederung eigentlich völlig auf den Kopf gestellt.

Daher haben wir gesagt, die BIG ist wie jeder andere Bauträger am Markt: Wer uns das **beste Angebot** macht, beste Qualität zu besten Kosten, der wird gewählt.

Und dort war die BIG nicht dazu in der Lage. Ich kann mich erinnern, meine Mitarbeiter haben mir berichtet, dass die BIG mehrfach auch auf die Finanzverwaltung zugekommen ist, aber sie konnte kein wettbewerbsfähiges Produkt liefern. Und ich bin der Überzeugung, dass die BIG im Laufe der Zeit dann auch gelernt hat, denn wenn man oft am Markt versagt, dann bemüht man sich und versucht, besser zu werden, und dann wird man auch die richtigen Produkte anbieten können.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ganz kurz als Ergänzung dazu, ich möchte Sie da gar nicht im Detail befragen. Da gibt es ein E-Mail von Walter Lindinger-Pesendorfer von der Real-Treuhand, also RLB Oberösterreich, in dem er einem Kollegen schreibt:

„Die Finanz hat nun von der BIG einen Brief erhalten, wo angeboten wird, dass das Projekt Linz, Sonnensteinstraße, bis Ende 2006 baubewilligt ist ...“ – Und so weiter.

Und dann:

„Wichtig ist, dass Bgm. Dobusch umgehend antwortet und am besten als Zeit mind. 24 Monate bis zur Baubewilligung angibt. Je länger, desto besser. (Ev. sollten wir da nochmals bei Bgm. Dobusch intervenieren).“

Da gibt es noch etliche Aktenstücke, ich lasse das, das ist eine Nebengeschichte.

Die Geschichte, falls Sie sie nicht kennen, ist relativ einfach: Die BIG war ein ernsthafter Konkurrent, ist nicht gleichbehandelt worden, sondern ist mit Hilfe von Bürgermeister Dobusch schlicht und einfach **behindert** und letzten Endes auch ausgeschaltet worden. – Ich frage Sie gar nicht, ob Sie das gewusst haben, das spielt auch wirklich nur am Rand eine Rolle.

Was mir wesentlich wichtiger ist als diese Nebenrolle des Linzer Bürgermeisters, ist der Zwischenbericht des Bundeskriminalamtes in der Causa Porr vom 16. 1. 2012, in dem aus einer parlamentarischen Anfragebeantwortung zitiert wird, die Sie vorgenommen haben.

Da steht: In diesem Zusammenhang wird auf die Anfragebeantwortung der parlamentarischen Anfrage der Frau Gabriela Moser vom 16. 12. 2005 durch Bundesminister Karl-Heinz Grasser verwiesen, worin dieser am 16. 2. 2006 wie folgt antwortet. – Zitatende.

Und jetzt kommt das Zitat aus Ihrer Anfragebeantwortung:

„Zu 10.: Am 2. und 16. Juli 2005 annoncierten die Betreiber des Terminal Tower in Tageszeitungen. Im Anschluss daran nahm das Bundesministerium für Finanzen Kontakt auf. Konkrete Unterlagen lagen dem Bundesministerium für Finanzen erstmals am 8. September 2005 vor.“

Und jetzt schreiben die Beamten des Bundeskriminalamtes:

„Diese Aussage des HBM Grasser kann deshalb nicht den Tatsachen entsprechen, da nach diesen Unterlagen schon vor der Schaltung der Inserate im Juli 2005 mit dem BMF Kontakt bestanden hat und wie angeführt diese Inserate sogar mit dem BMF abgestimmt wurden.“

Jetzt gibt es die Möglichkeit, dass Sie nichts davon erfahren und Ihre Beamten Sie durch Falschinformation dazu gebracht haben, eine parlamentarische Anfrage falsch zu beantworten.

Daher frage ich Sie – weil das aus dem Protokoll nicht so klar hervorgeht –: Haben Sie zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung gewusst, dass das BMF nicht, wie in der Anfragebeantwortung behauptet wird, aus Inseraten von diesem Projekt erfahren hat, sondern diese Inserate mit dem Generalsekretär des BMF bis zur Textierung abgestimmt hat und von diesem bestellt waren?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Also das war erstens eine ganze Reihe von Dokumenten, die Sie eingebracht haben, und eine lange Ausführung. Ich möchte dazu sagen: Erstens kann ich nicht beurteilen, was Sie angeführt haben, was den Linzer Bürgermeister betrifft. Ich habe damals ... – Ich weiß nicht einmal, ob das an mich adressiert war, oder ob es an die Finanzverwaltung adressiert war. Es hat offensichtlich ein Schreiben des Linzer Bürgermeisters gegeben, der gesagt hat, das BIG-Projekt sehen sie kritisch und es würde viel länger dauern.

Wenn Sie jetzt unterstellen, der Linzer Bürgermeister hätte wahrscheinlich dann mit der Raiffeisen und der Porr zusammengearbeitet – ich kann das nicht beurteilen. In jedem Fall ist es etwas, das mich nichts angeht und ich nicht zu verantworten habe, denn sozusagen ein außenstehender Dritter, damals durchaus ein wichtiger Mann für das

Linzer Projekt, hat uns das mitgeteilt. Und insofern musste es die Finanzverwaltung, glaube ich, ernst nehmen. – Punkt eins.

Punkt zwei: der Zwischenbericht, den Sie anführen. Also erstens gestatten Sie die Aussage, dass ich diesen Zwischenbericht für oberflächlich, falsch, tendenziös halte. Das Bundeskriminalamt hat meines Erachtens schlechte Arbeit geleistet und hat eine Verdachtslage zu konstruieren versucht, die einfach jeder **Realität** entbehrt.

Da Sie jetzt die Anfragebeantwortung angeführt haben: Sie wissen – Sie sind schon so lange im politischen Geschäft, Herr Abgeordneter –, wie Anfragebeantwortungen funktionieren. Im Finanzministerium ist das die Sektion I, wo es eine eigene Abteilung gibt, die Anfragen beantwortet, die sozusagen quer ins Haus die zuständigen anderen Abteilungen befragt, was der Wissensstand ist.

Das heißt, laden Sie den zuständigen – damaligen, ich weiß nicht, ob es ihn jetzt noch gibt – Abteilungsleiter, ich glaube, Wallner ein, der damals immer die Anfragebeantwortungen gemacht hat. Der wird Ihnen sagen – gehe ich davon aus –, dass er nach bestem Wissen und Gewissen auf der Basis der Informationen, die er aus dem Finanzressort hatte, diese Anfrage beantwortet hat.

Was tut ein Finanzminister? – Er beantwortet, wie Sie auch wissen, sehr viele Anfragen, er liest sich die Anfragen durch, überprüft sie auf Plausibilität, überprüft sie darauf, ob die politischen Zielsetzungen entsprechend auch in die Anfragebeantwortung eingeflossen sind, und ob das aus seiner Sicht korrekt ist. Das habe ich sicherlich auch mit dieser Anfrage gemacht; mir erschien das korrekt. Ich kann Ihnen auch heute hier nichts anderes dazu sagen, ich kann auch nicht beurteilen, ob das richtig ist, was Sie sagen, oder ob das falsch ist, denn Faktum ist, ich habe keine Gespräche mit den Betreibern Porr oder Raiffeisen in dieser Phase geführt.

Ich betone nochmals: Mir war es **wirklich egal**, ob das jetzt das eine oder das andere oder ein drittes Gebäude geworden wäre, solange es unseren **Zielsetzungen** entsprochen hätte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich noch an meine Frage in Bezug auf die parlamentarische Anfrage erinnern?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ja, ich habe sie gerade beantwortet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, Sie haben sie nicht beantwortet. Ich wiederhole sie gerne. Ich habe Sie gefragt, ob Ihnen zum Zeitpunkt der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage bekannt war, dass es eine Absprache zwischen Finanzministerium und RLB Oberösterreich – ich nenne auch gerne die Namen: Quantschnigg und Scharinger – gegeben hat, sich diese Inserate zu bestellen, den Text im Finanzministerium abzusprechen, und dann in Form einer Scheinaktion den Überraschten zu spielen, man habe über diese vom Finanzministerium mitgestalteten Inserate erst erfahren, dass es dieses Projekt gebe.

Ich wollte nur wissen, ob Ihnen dieser Vorgang zwischen Quantschnigg und Scharinger zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung bekannt war. – Es ist ja durchaus möglich, dass er Ihnen nicht bekannt war.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, ich würde erstens betonen, dass es hier in diesem Ausschuss eine Verfahrensordnung gibt, an die eigentlich auch Sie sich zu halten haben, weil Sie oder Ihre Vorgänger sie wahrscheinlich mitbeschlossen haben, und die besagt im § 13, dass **nicht** mit **Unterstellungen** gearbeitet werden soll. Das heißt, wenn Sie hier etwas als Faktum hinstellen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Aus meiner Sicht ist das kein Faktum, sondern eine Unterstellung, die Sie da machen.

Ich habe Ihnen Ihre Frage vorhin beantwortet und habe gesagt, dass wir besten Wissens und Gewissens diese Anfragebeantwortung gemacht haben, und ich habe gesagt, dass Herr Wallner sie wahrscheinlich vorbereitet hat, und dass das Wissen des BMF damals eingeflossen ist. Und ich habe Ihnen gesagt, dass ich diese AB wahrscheinlich gelesen und überprüft habe, und sie mir korrekt erschien.

Mit dieser Beantwortung, dass mir diese Anfragebeantwortung korrekt erschien, habe ich auch Ihre Frage beantwortet, dass ich, wenn es das gegeben haben soll, was Sie entgegen der Verfahrensordnung unterstellen, das dann nicht gewusst habe.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte diese Unterstellung Ihrerseits stimmt in dem Fall wirklich nicht, ich meine jetzt von Seiten der Auskunftsperson. Wir können Ihnen auch einen Vorhalt machen, es gibt diese Inserate, es gibt die entsprechenden E-Mails, die diese Bestellung praktisch dokumentieren. Wir können das gerne nachholen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, das machen wir jetzt gleich. Wissen Sie, Herr Mag. Grasser, was Ihnen nach der Verfahrensordnung zusteht – und das ist durchaus ein Gesetz, an das Sie sich halten sollten –, ist Folgendes: Wenn Sie der Meinung sind, es sei ein Vorhalt nicht ausreichend dokumentiert, dann können Sie mich fragen, ob ich irgendeine Möglichkeit habe, diesen Vorhalt zu dokumentieren und zu untermauern. Von vornherein von einer „Unterstellung“ zu sprechen, das steht Ihnen **nicht zu**. – Das nur so weit.

Ich lege Ihnen jetzt eine Information von Dr. Ludwig Scharinger an VS (Dr. Starzer) vom 24. Juni 2005 vor und werde das gemeinsam mit Ihnen durchgehen. Es ist ein Stempel drauf: „Vorstand, 27. Juni 2005, Dr. Starzer“.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Es ist also offensichtlich entgegengenommen, ich nehme doch an, auch gelesen worden. Information:

„Telefonat mit Generalsekretär Quantschnigg am 24.6. w.“ –

w. wahrscheinlich wie **wegen** –

„Tower am Bahnhof“

Im Text, den Scharinger hier Starzer schickt, heißt es:

„Laut Quantschnigg könnte es ohne Ausschreibung Vergabeprobleme geben, daher sollten wir in einigen Zeitungen – vor allem in Wiener Zeitungen – das, was noch frei ist, inserieren. Den Text des Inserates an Quantschnigg schicken, den er korrigieren wird. Intern alles okay. Es geht nur darum, dass sich aufgrund des Inserates das Finanzministerium meldet.“

Das ist die Basis meiner Frage. Soll ich die Frage wiederholen – oder sind Sie auch so in der Lage, das zu beantworten? Ich möchte nur wissen, ob Sie über diesen Vorgang zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung informiert waren.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich glaube, das habe ich Ihnen bereits zweimal beantwortet, aber ich mache es gerne (*Abg. Dr. Pilz: Nein, Sie haben diesen Vorgang, nein ...!*) ein drittes Mal, wenn Sie mich ausreden lassen, denn Sie sind gerade nicht am Wort, Sie haben Ihre Frage formuliert.

Und meine Antwort auf Ihre Frage ist, dass ich Ihnen bereits bei der ersten Beantwortung gesagt habe, ich habe diese Anfragebeantwortung nach bestem Wissen und Gewissen gemacht, und wenn es das gegeben hat, was ich noch immer als nicht gegeben hinnehme ... – Warum? Das ist ein Papier, das offensichtlich, ich weiß es

nicht, vielleicht kommt es aus der Raiffeisen-Landesbank Oberösterreich. Es ist insofern für mich ...

Erstens: Ich sehe es zum ersten Mal. Zweitens: Es trägt ein Dr. Ludwig Scharinger e. h., es hat keine Unterschrift und es trägt einen Stempel Dr. Starzer. Ich kann Ihnen weder sagen, wer diesen Aktenvermerk gemacht hat. Faktum ist, dass er sicherlich nicht im BMF gemacht worden ist. Am besten ist daher, glaube ich, dass Sie Scharinger und/oder Starzer dazu befragen, wie dieser Aktenvermerk zustande gekommen ist und wer wann mit Peter Quantschnigg gesprochen hat.

Ich betone nochmals, dass ich das nicht gewusst habe und auch diesen Aktenvermerk jetzt zum ersten Mal sehe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, Herr Mag. Grasser, es nützt eh nichts, weil es gibt dazu so viele schriftliche Unterlagen. Da gibt es das E-Mail von Walter Lindinger-Pesendorfer an den sehr geehrten Herrn Dr. Scharinger – ich zitiere – :

„Wir haben gemäß Ihrer Information vom 24.6.2005 ein Inserat für Mietflächen im Terminal Tower zur Abstimmung mit Dr. Quantschnigg erstellt. Wir bitten um Information, ob Sie“ –

also Scharinger –

„den Text mit Herrn Dr. Quantschnigg beim Vortrag am 7.7.2005 persönlich besprechen, oder ob wir den Text mit Dr. Quantschnigg abstimmen sollen.

Freundliche Grüße Ing. Walter Lindinger-Pesendorfer“ – Geschäftsführer der Real-Treuhand, also einer Raiffeisen-Firma.

Artbauer Birgit, 30.6.2005, Mail an einen breiten Verteiler, hauptsächlich im Raiffeisen-Bereich, Terminal Tower:

„Das übermittelte Inserat für 02.07.2005 ist in Ordnung, es soll aber auf Wunsch von Dr. Quantschnigg ein eigenständiges neues Inserat erstellt werden, wo auf die Vorzüge besonders hingewiesen wird, damit die Finanz die Meinung vertritt, genau das ist der gewünschte Standort. Dieses Inserat ist an Quantschnigg zu schicken und dann entsprechend zu schalten.“ – Und so weiter.

Da gibt es jede Menge an Mail-Verkehr und alles Mögliche. Die Beweise sind sichergestellt, die Geschichte ist klar. Ich habe Ihnen daraus nicht einmal einen Vorwurf gemacht, ich glaube, dass Sie in einer völlig anderen Art und Weise an dieser Geschichte beteiligt sind. Wenn ich „diese Geschichte“ sage, das ist die ganze Terminal Tower-Sache. Da geht es mir nur um die sehr einfache Frage, ob Sie über diesen Vorgang, nämlich ein zwischen Quantschnigg und Scharinger abgesprochenes Inserat, mit dem der Eindruck erweckt werden sollte, über dieses Inserat sei das Finanzministerium erst auf dieses Projekt Terminal Tower gestoßen, Bescheid wussten.

Ich wollte nur wissen, ob Sie zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung etwas darüber gewusst haben oder nicht. Das ist alles, was ich fragen wollte.

Sind Sie bereit, diese Frage zu beantworten?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe es dreimal gemacht ... (*Abg. Dr. Pilz: Nein, haben Sie nicht!*) – Wenn Sie sich semantisch leichter tun mit ja und nein, dann mache ich gerne ein Nein daraus.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Schauen Sie, jetzt sind wir einen großen Nein-Schritt weiter.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind schon vorüber.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es dauert beim Herrn Mag. Grasser alles ein bisschen länger, aber wir kommen dann doch zu gemeinsamen Ergebnissen. Ich frage in der nächsten Runde weiter. Da wird es dann schon ein bisschen mehr um seine Rolle gehen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Mag. Grasser, Sie haben in Ihrem Einleitungsstatement darauf verwiesen, dass gestern der ehemalige Herr Justizminister Dr. Dieter Böhmdorfer bei uns war.

Ich möchte Sie trotzdem fragen: Wann haben Sie das erste Mal davon gehört, dass das Handelsgericht in der Riemergasse aus allen Nähten platzt und deshalb ein neues Projekt erforderlich ist?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ehrlich gesagt, Herr Abgeordneter, das weiß ich wirklich nicht mehr.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie das über dieses Projekt am Beginn des Zeitpunktes, als Sie davon möglicherweise erfahren haben, vom Herrn Justizminister erfahren, oder haben Sie das auf andere Weise erfahren?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Kann ich Ihnen auch nicht sagen, denn der Vorgang im Finanzministerium mit den zuständigen Ressortministerien war einfach der, dass sozusagen Vorhaben, die ein bestimmtes Ausmaß erreicht haben, auch in die Mitzuständigkeit des Finanzministeriums gefallen sind und unter bestimmten Voraussetzungen bewilligungspflichtig waren. Im Regelfall läuft es natürlich auf der beamteten Ebene entsprechend der Sektion des Justizministeriums mit der Sektion II des Finanzministeriums ab. Ob jetzt die Information aus der Sektion II an mich gekommen ist, das Justizministerium plant da etwas, oder ob das der Herr Justizminister direkt an mich herangetragen ist – im Regelfall sollte es die Variante eins gewesen sein. Also: Zu 95 Prozent der Fälle habe ich es immer aus der Sektion gehört, die einen vorgewarnt hat.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): War Ihr Haus, glauben Sie, daran beteiligt, allenfalls Alternativ-Varianten zu prüfen – oder sind solche ausschließlich im Justizressort geprüft worden?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Die klare Federführung hatte sicher das Justizministerium, weil das Finanzministerium hat sich nicht herausgenommen und konnte sich auch nicht herausnehmen, gescheiter zu sein und „besser“ – unter Führungszeichen – zu sein als die zuständigen Ressorts, denn da geht es auch um ein Raum- und Funktionsprogramm, da geht es um die entsprechenden Anforderungen, die nur das zuständige Ressort definieren kann.

Ob wir Alternativen hatten, weiß ich nicht mehr. Ich habe gestern ein bisschen die Diskussion verfolgt, die Sie mit dem Justizminister hatten und bin darauf gestoßen, dass es offensichtlich auch ein Projekt **Rennweg** gegeben hat. Ich hätte mich daran nicht mehr erinnert, ganz offen. Ich weiß das aus Ihrer Diskussion gestern.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Waren Sie in die Entscheidung zugunsten der Übersiedelung in diesen City Tower irgendwie eingebunden?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ja, ich war eingebunden, weil das Finanzministerium auf beamteter und politischer Ebene dagegen war und wir versucht haben, das Justizressort zu überzeugen, dass man, wenn irgend möglich, von diesem Projekt **Abstand** nehmen sollte, weil es uns als relativ **teures Projekt** erschien.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): War es aus Ihrer Sicht notwendig, da einen Makler beizuziehen?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Kann ich nicht beurteilen, habe ich nicht gemacht. Ich habe an anderer Stelle gesagt, dass wir ganz konkret zu diesem Makler, auch welches Verhältnis wir hatten – habe ich bereits beschrieben –, dass es nie einen Maklerauftrag gegeben hat von Seiten des Finanzressorts ebenso. Ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, ob andere Ressorts regelmäßig mit Maklern arbeiten oder nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Schließe ich aus dieser Aussage zu Recht, dass Sie dem Herrn Justizminister den Herrn Kommerzialrat Plech **nicht** empfohlen haben?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Das schließen Sie zu Recht, ja.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie auch ausschließen, dass in diesem Zusammenhang eine Empfehlung für eine Unterstützung durch den Herrn Meischberger angedacht wurde?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ob ich ausschließen kann, dass eine Empfehlung ...?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dass der Herr Meischberger den Herrn Plech bei diesem Projekt unterstützt, dass diese Empfehlung allenfalls von Ihnen gekommen ist?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Das kann ich auch ausschließen, ja.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dann darf ich zum **Terminal Tower Linz** ein paar Fragen stellen. Wann wurden Sie zum ersten Mal informiert darüber, dass die Linzer Finanzdienststellen neu unterzubringen wären? Können Sie das zuordnen?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Wann, kann ich Ihnen wirklich leider nicht mehr sagen, ich bitte um Verständnis. Ich weiß jetzt aus dem Aktenstudium, dass der Mietvertrag im Jahr 2006 unterschrieben worden ist, aber ich hätte Ihnen das jetzt zeitlich nicht mehr einordnen können.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie selber Kontakt mit der BIG aufgenommen, um zu eruieren, ob man Alternativen sozusagen ...?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe keine einzige Verhandlung selbst geführt. Ich habe kein einziges Gespräch selbst geführt mit den Projektwerbern. Mir wurde mehrfach berichtet, dass die BIG sozusagen interveniert gerne hätte, dass ihr Projekt genommen wird. Und ich hatte einen einzigen Kontakt mit Terminal Tower Linz in dem Sinne, dass Ludwig Scharinger einen Termin bei mir hatte. Da ist es aber um Banken, im Wesentlichen, glaube ich, Bankwesengesetz und anderes gegangen, und am Ende dieses Gespräches hat er fallen lassen, dass die Raiffeisen Oberösterreich mit der Porr in einem Konsortium ist für dieses Projekt, und dass er davon überzeugt ist, dass es ein gutes Projekt ist und ob ich mir das anschauen könnte. Er sei in Diskussion, oder die Raiffeisen/Porr sei in Diskussion mit den Beamten des BMF.

Ich wusste damals schon davon und habe Ludwig Scharinger gesagt, dass ich davon weiß, dass die Mietpreise aber viel zu hoch sind. Und wenn sie weitere Gespräche führen wollen, dann müssen sie einfach mit den Preisen deutlich **runter**. Aber das war ein, ich würde sagen, 3-Minuten-Gespräch am Rande eines 40-Minuten-Termins oder eines einstündigen Termins.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie persönlich mit Vorstandsmitgliedern der Firma Porr Kontakt gehabt in diesem Zusammenhang? (*Mag. Grasser: Nein!*) – Also auch nicht mit Herrn Generaldirektor Pöchlhammer beispielsweise? (*Mag. Grasser: Nein!*) – Mit anderen Mitgliedern des Konsortiums? (*Mag. Grasser: Nein!*) – Wer war in Ihrem Ministerium federführend für dieses Immo-Projekt Linz zuständig?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Das habe ich ausgeführt in meiner Einleitung. Federführend war für mich Generalsekretär Peter Quantschnigg, der ja als Sektionschef unter anderem auch zuständig für Steuern war. Es waren darüber hinaus Sektionschef Nolz, Eduard Müller, die maßgeblich auch für die Reform der Finanzverwaltung verantwortlich waren. Es war Herr Pipal von der Sektion I, der für Liegenschaftsfragen verantwortlich war, ich gehe davon aus, weitere Mitarbeiter aus seiner Abteilung oder aus einer Abteilung der Sektion I, und sicherlich war mein Kabinett auch mit befasst.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wurden Sie von Herrn Dipl.-Ing. Pipal regelmäßig informiert über den Fortgang des Projektes?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Mein Ansprechpartner war in allererster Linie Quantschnigg. Mit Pipal hatte ich meiner Erinnerung nach Kontakt, wenn es größere Runden gegeben hat, die zumeist auch die Zusammensetzung hatten Quantschnigg, Nolz, Müller, Pipal, und dann ist es nicht nur um den Terminal Tower, sondern im Regelfall um eine ganze Reihe von Projekten gegangen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wurden Sie über diesen möglichen Mietvertrag mit der Firma Porr informiert?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich bin sicher informiert worden, ja.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Regelmäßig? Auch über den Fortgang der Verhandlungen?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe eingangs darzustellen versucht: Meiner Erinnerung nach – ich weiß nicht, ob Sie das in Ihren Unterlagen haben und mir das auch sagen können –, also ich glaube mich zu erinnern, dass die Beginnpreise, die man verlangt hat oder die man erzielen wollte von Raiffeisen und Porr, über 12 € gelegen sind, und daraufhin haben wir natürlich im Finanzressort Rechnungen angestellt, und die Conclusio war: Das ist viel zu teuer! Und deswegen habe ich dann in mehreren Runden die Mitarbeiter gebeten: Das muss **unter** 10 € gehen. Es ist am Ende des Tages auch unter 10 € gegangen, und auf dieser Basis hat man dann zugestimmt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wann wurden Sie – können Sie sich daran erinnern – erstmals informiert, dass das Verhandlungsergebnis von 9,90 € pro m² erzielt werden konnte?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich glaube, dass ich da wahrscheinlich erst im Jahr 2006 informiert wurde. Aufgrund meines jetzigen Aktenstudiums schätze ich, dass es der Februar 2006 gewesen sein sollte.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich darf Ihnen vorhalten die Zeugeneinvernahme des Herrn Dipl.-Ing. Pipal vom 23.11.2010, wo dieser Folgendes aussagt – ich zitiere –:

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ende November, ein genauer Zeitpunkt müsste im Akt stehen, ist meiner Meinung nach der Durchbruch der Verhandlungen mit der Porr gelungen. Es wurde eine Miete von € 9,90 je m² netto kalt erreicht, und zusätzlich konnte ich eine dreimonatige Mietzinsfreistellung erreichen. – Zitatende.

Anmerkung: Im Ausschuss korrigierte Dipl.-Ing. Pipal den Mietpreis auf € 9,67 je m².

Wurden Sie informiert über diese Details des Mietvertragsentwurfes?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Wenn Sie mir helfen würden – ich sehe das nämlich leider nicht auf der Unterlage, die Sie mir gerade gegeben haben. – Seite? (**Abg. Amon:** Sollte angezeichnet sein!) – Angezeichnet ist etwas anderes in Gelb.

Also ich habe hier eine Unterlage, die gelb angezeichnet ist. Das entspricht aber nicht dem Text, den Sie mir jetzt gesagt haben. Insofern tue ich mir da etwas schwer. (*Abg. Amon: Eine Sekunde!*) – Vielleicht können Sie mir kurz Ihr Exemplar geben? Ich gebe es Ihnen eh gleich wieder zurück.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich habe es herausgeschrieben. – Können Sie vorlesen, was bei Ihnen angezeichnet ist?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Gerne.

Hier steht: Er schaute jedem in die Augen und fragte daraufhin jeden einzeln, ob wir dafür sind. –

Also, mit „er“ bin, glaube ich, ich gemeint. –

Jeder befürwortete dies, und ich erwartete mir, dass auch der Minister dafür sein würde, zumal ich annahm, dass er im Vorfeld genau über die Sache informiert wurde und es eigentlich nur mehr eine Formsache sein sollte. Plötzlich sagte er aber, dass er dagegen sei, und verließ den Raum, ohne dass wir eine Gegenfrage stellen hätten können. Er nannte auch keine Gründe dafür, warum er gegangen ist. Wir waren alle sehr erstaunt und verließen das Ministerbüro. –

Soll ich weiterlesen?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Nein. Aber können Sie diesen Vorgang erklären?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Den Vorgang kann ich sehr gerne erklären, weil ich zumindest glaube, mich daran erinnern zu können. Hintergrund war, dass Peter Quantschnigg mir vor dieser Sitzung, ich glaube ... – Helfen Sie mir noch einmal! Diese Sitzung müsste gewesen sein im Dezember 2005. Kann das richtig sein?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Am 23.12. 2005.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ja, okay, 2005. – Meiner Erinnerung nach hatte ich vor diesem Gespräch ein Gespräch mit Generalsekretär Quantschnigg, der mir berichtet hat, wie der Stand der Dinge ist. Unter anderem hat er mit berichtet, dass es noch immer keinen Konsens mit den Mitarbeitern, Betriebsräten beziehungsweise dem Vorstand gibt, und ich war deshalb damals deutlich verärgert und habe gesagt: So geht das nicht!, und wollte eigentlich dieses Meeting absagen. Der Herr Generalsekretär hat mich gebeten, trotzdem reinzugehen.

Ehrlich gesagt, ich hätte es ja auch nicht verstanden, warum man offensichtlich vor Weihnachten 2005 unbedingt noch eine Unterschrift des Finanzministers oder eine Freigabe dieses Mietvertrages haben will, weil aus meiner Sicht eben noch wesentliche Themen abzuarbeiten waren: einerseits die Zustimmung der Mitarbeiter, andererseits zu schauen: Ist die Fahnenstange beim Preis tatsächlich erreicht oder nicht?

Ich gehe davon aus, dass, nachdem Pipal nicht mein Ansprechpartner war, Herr Pipal auch nicht wusste, dass ich dieses Gespräch mit Quantschnigg vorher hatte. Und wenn ich mir anschau, wie es dann weitergegangen ist, nämlich dass bei diesem Dezember-Gespräch 2005 mir ja noch ein Preis von 9,96 € präsentiert worden ist und ich damals nicht zugestimmt habe, und dann im Februar ein letztgültiger Preis von 9,90 € erreicht wurde, dann habe ich nur ganz grob kalkuliert, dass die 6 Cent pro m² und pro Monat über die Laufzeit von 15 Jahren dem Finanzministerium einen Vorteil von in etwa 200 000 € gebracht haben.

Das heißt, dadurch, dass wir nicht sofort ja gesagt haben, sondern gesagt haben: Das schauen wir uns an!, und: Redet mit der Personalvertretung!, haben wir nochmals einen deutlichen Vorteil erreichen können. – Das vielleicht zum Hintergrund.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Aber der Vorgang ist von Herrn Dipl.-Ing. Pipal korrekt wiedergegeben?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Der Vorgang ist meiner Erinnerung nach korrekt wiedergegeben, weil ich bin grantig in das Gespräch gegangen und habe ein sehr kurzes Gespräch daraus gemacht, denn: Quantschnigg informiert mich vorher, ich sage: Du, dann brauchen wir das Gespräch gar nicht machen, weil das geht so nicht!, er sagt: Geh bitte, mach' das Gespräch! Und dann habe ich mir gedacht, okay, jetzt frage ich die Leute noch: Seid ihr wirklich dafür? Und dann haben eigentlich alle meiner Erinnerung nach im Wesentlichen gesagt: Ja, wir sind dafür, das sollen wir jetzt machen! Und ich habe mich geärgert, weil ich mir gedacht habe: Was soll die Hetze, warum müssen wir das jetzt unbedingt machen? Mit den Personalvertretern, mit den Vorständen in Linz habt ihr noch immer keinen Konsens, und ihr habt mir auch bei – weiß ich nicht – 11 € gesagt, den Vertrag soll ich unterschreiben. Und dann sind wir immerhin über konsequente Verhandlungsrunden auf 9,96 € schon gewesen.

Und die Vorgangsweise gab mir recht, dass wir weiter zugewartet haben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Danke. Ich habe in der ersten Runde keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): In aller Kürze: Nachdem mir der Herr Abgeordnete Amon diese Fragestellung schon abgenommen hat mit dieser Sitzung, wo Sie den Teilnehmern sozusagen in die Augen geblickt haben, wo jeder damit rechnete, dass die Entscheidung bereits gefallen sei, hat die freiheitliche Fraktion jetzt einmal in der ersten Runde keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Tun wir weiter bei der Causa Terminal Tower. Diese eine Sitzung, Dezember 2005, das haben wir jetzt abgeklärt. Das hat Kollege Amon gefragt. Den Kontakt Scharinger haben wir auch geklärt. Das geht ja auch aus den Protokollen hervor.

Meine Frage ist in diesem Zusammenhang: Haben Sie jemals Kontakt gehabt zu anderen Konsortialpartnern beziehungsweise Vertretern von Raiffeisen oder anderen Personen in diesem Zusammenhang beziehungsweise Kontakte und Gespräche mit Herrn Plech beziehungsweise mit Herrn Meischberger? Wir haben ja dann den Provisionsfluss von rund 200 000 € vorliegen.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Fragen nach den Konsortialpartnern habe ich, glaube ich, beantwortet – meiner Erinnerung nach: nein. Frage Meischberger – meiner Erinnerung nach: nein. Frage Plech. – Ich bilde mir ein, aber bin mir nicht mehr sicher, dass Plech das BIG-Projekt einmal angesprochen und eigentlich Werbung für das BIG-Projekt gemacht hat. – So weit die Kontakte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte Ihnen da vor zum Beispiel eine Beschuldigtenvernehmung des Herrn Erwin Steiger vom 24. Jänner 2012. Da geht es um ein E-Mail, das vom Herrn Mag. Sandler am 1. Jänner 2006 verschickt wurde, wo Folgendes geschrieben wurde betreffend Fortgang des Terminal Towers und dieser zwei Bieter, die da ja im Spiel waren – ich zitiere –:

Seitens der BIG wurde ein Alternativstandort in Linz angeboten. Eine Baugenehmigung für diesen Standort wird aber zirka zwei Jahre dauern laut Bürgermeister Dobusch. Daher keine Bedrohung für unseren Standort. – Zitatende.

Da müsste man einmal den SPÖ-Bürgermeister von Linz fragen, der da offensichtlich dafür gesorgt hat, dass dieser Alternativstandort, Kollege Jarolim, aus dem Spiel kommt, indem er bewusst dafür gesorgt hat, dass die Baugenehmigung so lange dauert, sodass das ohnehin aus dem Rennen ist. Aber gut – vielleicht legen wir da

noch einen BUWOG-Tag ein. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Matznetter.*) – Der Klagenfurter Bürgermeister? Welchen meinst du jetzt? (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Matznetter.*) Den Scheucher? – Der ist nicht mehr im Amt. Ihr seid immer so aufgeregt!

Und dann geht es weiter in diesem Absatz – und jetzt kommt's –: Es gab Gespräche zwischen Pöchlacher und Herrn Plech (Aufsichtsratsvorsitzender der BIG und Intimus von Karl-Heinz Grasser), die ganz gut gelaufen sind. Laut Pöchlacher rechnet er mit einer baldigen positiven Entscheidung des Finanzministeriums für unseren Standort. Es gibt einen letzten Abstimmungstermin zwischen Quantschnigg und Finanzminister KHG am 13.2. dieses Jahres. Dann sollte eigentlich alles klar sein. – Zitatende.

Und das ist noch dieser E-Mail-Text: Bitte vertraulich behandeln.

Das heißt, Raiffeisen spricht intern darüber. Bürgermeister Dobusch haben wir im Griff. Der hat gesagt, der Alternativstandort, da werde ich schon schauen, dass das keine Bedrohung ist mit der Baugenehmigung. Und dann kommt man zu Ihnen und sagt: Wir haben eh alles mit dem Pöchlacher, Plech gesprochen, Plech als Vertrauter von Grasser. Das läuft alles wunderbar. Es wird noch ein finales Abstimmungsgespräch geben zwischen Quantschnigg, der dann auch hier in der Endphase des Projektes das hauptsächlich betreut hat, und Ihnen. Und dann – Zitat – „sollte eigentlich alles klar sein“.

Und eine dieser Personen, die dieses E-Mail erhalten haben, nämlich Herr Steiger, gibt dazu an – Zitat –:

Ich habe mich nicht über die Beteiligung des Herrn Plech gewundert, weil bekannt war –

es war bekannt, offensichtlich zumindest dort, bei Raiffeisen –,

dass Plech ein Kontaktmann zu Grasser war. Es hat offenbar eine Kette in der Form gegeben, dass Mag. Sandler den Kontakt zu Pöchlacher hatte und der sich wiederum über den Plech bei Grasser informierte, wann mit einer Unterschrift des Mietvertrages zu rechnen sei. – Zitatende.

Was geben Sie dazu an, dass Sie da vorkommen und diese Kette genannt wird: Grasser – Plech und Plech weiter in Richtung Raiffeisen Oberösterreich in dem Fall?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, wenn Sie eine detaillierte Antwort haben wollen, dann würde ich bitten, mir das auch vorzulegen, denn ich kenne das nicht. Und Sie haben jetzt recht umfassend daraus vorgelesen beziehungsweise zitiert.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt und in der Folge von dieser gelesen.)

Danke für die Vorlage. – Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich tue mir deswegen schwer, denn ich kenne weder den Herrn Sandler noch den Herrn Steiger, noch den Herrn Pallausch, noch den Herrn Hubmaier, noch den Herrn Engert, noch ... – All die Leute, die da angeführt sind in dem E-Mail-Verteiler, kenne ich nicht. Ich weiß weder, ob die jetzt bei der Porr gearbeitet haben oder bei der Raiffeisen oder sonst irgendwo.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das sind alles Raiffeisen-Leute.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Alles Raiffeisen? – Und wenn ich das jetzt reflektiere, dann schreibt offensichtlich ein Mitarbeiter mehreren anderen ein Mail, wo er sagt, Gesprächsinhalte mit Mag. Huber von gestern abends und Telefonat mit Pöchlacher heute mittags reflektieren den Dobusch, wie Sie das auch gemacht haben. Dann, was ich nicht ganz ... –

Es gab „Gespräche zwischen Pöchhacker und Herrn Plech (Aufsichtsratsvorsitzender der BIG“ –

Fußnote: Meiner Erinnerung nach war Plech nicht Aufsichtsratsvorsitzender der BIG, aber macht ja nichts –

„und Intimus von KHG“.

Es gab Gespräche zwischen Pöchhacker und Plech und Intimus von KHG?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es kommt in den Akten eben immer wieder vor. Blättern Sie einmal oder zweimal um.

(Ein Mitarbeiter des BZÖ-Klubs weist die Auskunftsperson auf die betreffenden Stellen hin.)

Sie kommen auch vor zum Beispiel in den Notizen des Herrn Wailzer, ein ganz zentraler Mann hier, auch aufseiten dieses Konsortiums, der einmal in einem Notizbuch vermerkt: Grasser, dann Pfeil Richtung Plech, und dann „okay“.

Also es gibt mehrere Unterlagen, wo man offensichtlich immer den Schluss ziehen **muss**, dass da ein Kontakt stattgefunden hat über Plech zu Ihnen. Und das frage ich Sie: Ob Sie sich jemals mit Plech hier unterhalten haben, Plech Sie informiert hat über den Verlauf, beziehungsweise Sie Informationen dem Herrn Plech zurückgegeben haben, der das dann wiederum an Raiffeisen weitergegeben hat. In den Unterlagen gibt es mehrere Hinweise darauf; zwei habe ich Ihnen jetzt genannt.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Also, ganz offen, Herr Abgeordneter: Nein, kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen. Ich habe angeführt, dass meiner Erinnerung nach Plech einmal das BIG-Projekt entsprechend in Stellung zu bringen versucht hat, aber meiner Erinnerung nach zu einem Zeitpunkt, wo eigentlich schon klar war, dass es **nicht** möglich sein würde, das umzusetzen. Also das war, wenn ich mich richtig erinnere, so der letzte Versuch: Warum macht ihr das denn nicht?

Ansonsten, muss ich Ihnen ehrlich sagen, sind diese Mails, die Sie da zeigen ... Schauen Sie, wenn ich auf den letzten Satz da gehe: Es gibt einen internen, angeblich letzten Abstimmungstermin zwischen Quantschnigg und Finanzminister KHG am 13.02. Ich meine, da frage ich mich, wo ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da müssen Sie noch weiterlesen, da steht ja noch etwas!

Mag. Karl-Heinz Grasser: ..., dann sollte eigentlich alles klar sein. – Na ja, und dann frage ich mich aber: Wenn ein Raiffeisen-Mitarbeiter an eine Reihe von anderen Raiffeisen-Mitarbeitern schreibt, dass es am 13.02. einen Abstimmungstermin Quantschnigg – Grasser geben soll, dann wird er das wahrscheinlich nicht von Plech gehabt haben können. Ich meine, mein Terminkalender beziehungsweise der des Quantschnigg war, glaube ich, ein sehr selektiv zugänglicher Terminkalender.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann ist die Frage: Woher haben die das überhaupt gehabt? Ich meine, da geht es ja um Infos, die ...

Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens frage ich mich, ob es richtig ist. Ich weiß nicht, ob es den Termin am 13. Februar gegeben hat. – Punkt eins, denn einen Fehler habe ich ja schon gefunden, mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden.

Punkt zwei: Wenn, dann müssten Sie die Information aus dem BMF gehabt haben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Plech den Terminplan Quantschnigg und meinen gekannt hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also Sie bleiben dabei, Sie haben in dieser Sache nie mit Plech oder auch Meischberger irgendwie Kontakte gehabt hat?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Absolut, das war genau so.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann muss ich Ihnen noch eine Frage stellen: Warum helfen Sie Herrn Meischberger dabei, dass er sich auf seine Aussagen vor der Justiz und seine möglichen Erklärungen vorbereiten kann?

Es gibt ein Telefonüberwachungsprotokoll vom 1. Februar 2010, wonach Sie mit Herrn Meischberger telefonieren – da geht es auch um den Justiz-Tower und andere Porr-Projekte –, und da sagt eben Meischberger:

Da weiß ich nichts mehr, da ziehe ich mich total zurück, da werde ich nicht viel sagen!

Dann geben Sie Meischberger den Rat:

Aber da würde ich mir ein bisschen anschauen, verstehst: In welchen Ländern ist die Porr, in welchen Projekten war sie tätig?, ein bisschen in die Richtung argumentieren, in die die Justiz auch selbst argumentiert.

Daraufhin dann Meischberger: Da bin ich jetzt supernackt. – Zitatende.

Wenn Sie mit all diesen Projekten – wir haben auch schon einmal die Frage der politischen Unvereinbarkeit diskutiert, dass Sie einerseits Herrn Meischberger in Ihr Beraterteam holen, Herrn Plech in die BUWOG setzen, in den BIG-Aufsichtsrat setzen und die dann ihre privaten Geschäfte dort machen –, wenn Sie mit all dem nichts zu tun hatten, die das alles hinter Ihrem Rücken gemacht haben, Sie das auch für politisch vereinbar halten, wie Sie das bei meiner letzten Befragung dargestellt haben, dann frage ich Sie:

Warum geben Sie Herrn Meischberger Ratschläge, Tipps und Hinweise, wie er sich bei seinen Aussagen gegenüber der Justiz verhalten soll? Warum machen Sie das?

Sie sind ja grantig zumindest in Bezug auf Herrn Meischberger. Sie haben gesagt, die Freundschaft ist zerbrochen, die haben das alles hinter Ihrem Rücken gemacht, ohne Sie zu informieren. Sie sitzen heute deswegen hier, müssen sich gegenüber den Medien und der Justiz rechtfertigen, sehen sich zu Unrecht im schiefen Licht, was auch immer, sehen sich in Wahrheit als supersauber.

Warum geben Sie Herrn Meischberger Ratschläge, der ja laut Ihrer Darstellung und Version das Ganze eigentlich angerichtet hat und Sie zu Unrecht in dieses ganze Schlamassel hineingetrieben hat?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter! Nicht, ich sehe mich als supersauber, sondern ich habe mehrfach gesagt, dass ich in jeder Phase vollkommen **korrekt** und ausschließlich im Interesse des Steuerzahlers und der Steuerzahlerin gehandelt habe. Wenn ich mir heute den Status quo ansehe, dann gibt es zumindest vier Urteile des Oberlandesgerichts und eines des Landesgerichts für Strafsachen, die unseren Beschwerden recht gegeben und rechtswidriges Vorgehen der Staatsanwaltschaft festgestellt haben.

Das zeigt doch sozusagen, dass die Staatsanwaltschaft offensichtlich im Vorgehen gegen mich die Gesetze bricht, was ich nicht als Kavaliersdelikt erachte, sondern eigentlich einen Ordnungsruf des Justizministeriums brauchen würde, wenn eine weisungsgebundene Behörde in ihrer Vorgangsweise bereits fünfmal, per Gericht entschieden, Gesetz gegen mich bricht. Abgesehen davon, dass das klarmacht, dass das wohl kein faires Verfahren ist, zeigt das auch, dass es **kein** zügiges Verfahren ist, wenn man drei Jahre lang braucht, um ein Ermittlungsverfahren zu führen.

Zu Ihrer Frage Herrn Meischberger betreffend: Erstens habe ich das letzte Mal klargemacht, dass es bereits seit mehr als zwei Jahren keinen Kontakt mehr gibt; genau deshalb, was Sie sozusagen mit Ihren Ausführungen ja auch unterstrichen haben.

Zum Zweiten weise ich vehement zurück, dass ich ihn jemals beraten habe, ihm Ratschläge gegeben habe, was er der Justiz sagen soll.

Sie verweisen sozusagen auf ein kurzes Telefonat mit einem damals verzweifelten Freund auf der anderen Seite, der offensichtlich Geschäfte mit der Porr gemacht hat. Ich bitte um Verständnis dafür, dass Porr-Geschäfte aus meiner Sicht nichts mit einer politischen Unvereinbarkeit zu tun haben. Ob Herr Meischberger Geschäfte mit der Porr oder mit jemandem anderen macht, war mir völlig egal. Insofern habe ich sozusagen einem Verzweifelten einfach gesagt: Du, schau dir halt an, wenn du es nicht genau weißt, du weißt, du hast eine Reihe von Projekten gemacht, schau dir an, welche Projekte sie gemacht haben! – im Sinne von: Er wird wohl draufkommen und ein Aha-Erlebnis haben, wenn er sich die verschiedenen Projekte anschaut, um sagen zu können, was er eben konkret und im Detail gemacht hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Abgeordneten halten sich jetzt sehr streng an die vorhin diskutierte Vorgangsweise, und ich darf Sie, Herr Mag. Grasser, bitten, die Fragen zu beantworten. Die verschiedenen Darstellungen über die Justiz sind nicht Gegenstand der Untersuchung dieses Ausschusses.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Porr spielt schon eine Rolle, denn die Porr profitiert bei diversen Projekten – konkret bei diesen dreien, die wir heute diskutieren – teilweise auch wirtschaftlich massiv.

Was ich Ihnen schon noch vorhalten muss: Wir haben immer dieses „Dreieck“ Grasser/Meischberger/Plech. Bei jedem dieser Projekte taucht in irgendeiner Form dieses magische Dreieck auf und taucht auch Ihr Name auf. So zum Beispiel auch beim Justiz-Tower, dass Sie die Finanzierung haben sicherstellen müssen.

Sie tauchen beim Terminal Tower auf, wo der Verdacht besteht, dass Sie im Dezember 2005 den Mietvertrag deswegen nicht unterschrieben hätten und Argumente vorgeschoben hätten, wie zum Beispiel Widerstand der Belegschaft, der sich dann innerhalb von zwei Tagen plötzlich gedreht hat, Parkplätze und ich weiß nicht, was alles, um im Hintergrund den Druck zu erhöhen, dass die Provisionszahlung passiert und abgeschlossen wird. Als das geschehen ist, haben Sie dann im Juni 2006 haargenau jenen Mietvertrag genehmigt – Quantschnigg hat ihn für Sie unterschrieben –, den Sie im Dezember davor noch abgelehnt haben. (*Obfrau Dr. Moser: Bitte die Frage, wir sind zeitlich schon am Ende!*)

Ein ungefähr gleiches Procedere haben wir bei der Nordbergstraße.

Daher möchte ich Sie noch einmal fragen, Herr Grasser – und das ist mir sehr wichtig; ich gebe Ihnen noch einmal die Chance, das richtigzustellen, weil wir jetzt auch bei diesen drei Projekten sind –:

Halten Sie es tatsächlich für politisch vereinbar – zum Beispiel beim Thema Nordbergstraße –, dass der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Plech in der BIG, der die Interessen dieses Unternehmens zu vertreten und die Aufsichtspflichten zu erfüllen hat, der gesetzlichen Bestimmungen unterliegt, auch Verschwiegenheitsverpflichtungen, laut unseren Recherchen und Befragungen hier diese Funktion dazu missbraucht hat, dazu verwendet hat, seinen Freund, in dem Fall Meischberger, mit Informationen zu versorgen, die letztlich dazu geführt haben, dass eben nicht die BIG den Zuschlag bekommen hat in Sachen Nordbergstraße, sondern der Porr-Konzern? Da sind wir dann wieder bei der Porr.

Ist das politisch vereinbar, dass jemand Immo-Makler und parallel dazu stellvertretender BIG-Aufsichtsratsvorsitzender ist?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, zu einer Reihe von Dingen, die Sie jetzt angesprochen beziehungsweise gefragt haben:

Sie haben von einem „Dreieck“ Meischberger/Plech/Grasser gesprochen. – Ich möchte das vehement zurückweisen! Den besten Beweis dafür, dass es dieses „Dreieck“ **nicht** gibt, haben Sie eigentlich selbst gebracht, nämlich mit diesen zwei anderen Projekten, Nordbergstraße einerseits und Justiz-Tower andererseits. Nordbergstraße ist ein Punkt, der geht mich wirklich nichts an, darüber habe ich aus der Zeitung erfahren. Da haben offensichtlich – auch nur als Zeitungslektüre, ich weiß nicht, was da dran ist oder nicht – Herr Meischberger und Herr Plech eine gewisse Rolle gespielt.

Kann es dort ein „Dreieck“ gegeben haben, gibt es überhaupt so ein „Dreieck“? – Nein, das gibt es nicht! Und die Nordbergstraße ist der beste Beweis dafür.

Justiz-Tower. – Mit Verlaub, ich meine, wenn ein Minister etwas unbedingt durchsetzen will, dann setzt er es durch, weil ein Ressortminister, wenn er es bedecken kann, es auch im Sinne unserer Verfassung und Ministerzuständigkeit, Ministerverantwortung entscheiden kann. Und das ist beim Justiz-Tower auch so passiert, entgegen dem Widerstand des Finanzressorts, der auch dokumentiert ist.

Sie sagen, es wären vorgeschobene Argumente gewesen, wenn ich das jetzt noch einmal richtig zusammenfasse. Sie haben gesagt, im Dezember 2005 hätte man nicht zugestimmt, vorgeschoben nicht zugestimmt, damit man dann noch Provisionszahlungen Meischberger, Plech ausmachen und dann im März zustimmen kann.

Herr Abgeordneter, ich möchte noch einmal sehr klar sagen: Im Dezember hat es eine Reihe von Hausaufgaben gegeben, die abgearbeitet werden mussten. Auf der einen Seite Vorstände, Belegschaft, Betriebsräte der entsprechenden Finanzämter in Oberösterreich, vor allem in Linz, auf der anderen Seite wurde mir damals ein Preis von 9,96 € präsentiert.

Jetzt darf ich Ihnen ausnahmsweise etwas vorlesen, was ich aus einem Akt des Landesgerichtes für Strafsachen vom April aus diesem Jahr habe. Der Aktenvermerk der Porr vom 21. Februar 2006 liegt Ihnen sicherlich vor. Da steht:

In einem weiteren Aktenvermerk zur Besprechung des Projektes Terminal Tower Linz zwischen den Konsortialmitgliedern und Vertretern des BMF, Dipl.-Ing. Pipal und Dr. Windisch, sei festgehalten worden:

Ausgehend vom Letztangebot mit einer monatlichen Miete pro Quadratmeter von 9,96 € – das war der Dezember –

wird nach langen und zähen Verhandlungen folgendes Ergebnis erzielt: Es wird eine monatliche Quadratmeter-Miete von 9,90 € vereinbart. – Zitatende.

Ich halte fest, dass mein Zuwarten mit der Zustimmung zu dem Projekt, über die Laufzeit berechnet, in etwa 200 000 € Vorteil für den Steuerzahler gebracht und sich ausgezahlt hat.

Dann steht weiter: Das Mietangebot des Vermieters steht unter der Maßgabe, dass die Vertragsunterschrift noch im März 2006 erfolgt. Weitere Vorgehensweise: Finalabstimmung beziehungsweise Freigabe durch Dr. Quantschnigg. – Zitatende.

Zwei Dinge dazu: Erstens war es dann genau so, dass Quantschnigg – ich kann mich nicht mehr erinnern, wann, aber offensichtlich im Februar 2006 – mich gebeten hat:

Können wir jetzt bitte schlussendlich reden und einen Schlusstrich ziehen, wie auch immer, unter dieses Projekt Terminal Tower!

Quantschnigg stand vor mir und sagt: Du, wir haben jetzt so viele Verhandlungsrunden gedreht, wir haben das Ergebnis maximiert, mehr geht nicht. Du kannst jetzt nur noch sagen: Nein, kein Projekt!, dann können wir keine Konzentration der Finanzämter machen. Dann stehen wir am Beginn und haben für die letzten – ich weiß nicht – Monate oder Jahre umsonst gearbeitet. Oder du sagst jetzt Ja zu diesem Projekt Terminal Tower.

Ich habe gesagt: Peter, bist du dir sicher, dass es maximiert ist und dass wir das beste Ergebnis erreicht haben?

Peter Quantschnigg sagt: Ja, ich bin mir ganz sicher. Mehr geht nicht.

Dann frage ich ihn: Und was ist mit den Mitarbeitern und dem Widerstand der Belegschaft?

Sagt er: Ich verspreche dir, ich kümmere mich persönlich um Vorstände, Betriebsräte und Mitarbeiter, dass wir versuchen, auch ein Mittragen zu erreichen.

Ich frage ihn sinngemäß: Was würdest du tun an meiner Stelle?

Er sagt sinngemäß: Du kannst das nur noch mit Ja entscheiden.

Dann habe ich Peter Quantschnigg damals sinngemäß gesagt: Okay, wenn du so davon überzeugt bist, dann mach das, bitte.

So ist das dann zu Entscheidung gekommen.

Jetzt lese ich Ihnen den letzten Absatz aus diesem Aktenvermerk über diese Sitzung vor, der mir wichtig ist:

Abschließend ersucht Dipl.-Ing. Pipal –

also mein Vertreter im Finanzministerium, der operativ verhandelt hat –

die Besprechungsteilnehmer von der Raiffeisen und der Porr, unter den jeweiligen Partnern zu kommunizieren, dass allfällige Versuche der Finanz (Finanzminister Grasser), eine weitere Reduktion der Miete zu erreichen, freundlich, aber bestimmt abzulehnen sind und auf das Verhandlungsergebnis Dipl.-Ing. Pipal und Dr. Windisch zu verweisen ist. – Zitatende.

Herr Abgeordneter, jetzt frage ich Sie: Wann schreibt denn ein Mitarbeiter so etwas? Wann tut er das?

Dipl.-Ing. Pipal sagt in der letzten Runde, wo er schon festgehalten hat: zähneknirschend und nach langen Verhandlungen ist man endlich zu 9,90 € gekommen – ich sage, von mehr als 12 € sind wir dorthin gekommen –, zu eigentlich seinen Kundschaften, Raiffeisen und Porr: Bitte schön, liebe Freunde, wenn jetzt noch einmal einer kommt (Grasser), wenn der Grasser noch einmal kommt und noch einmal eine Reduktion haben will, dann sagt ihm: Es gibt keine Reduktion mehr!

Jetzt frage ich Sie, Herr Abgeordneter: Wann tut das denn ein Mitarbeiter? – Wahrscheinlich nur dann, wenn die Nervensäge Grasser Herrn Pipal nicht **einmal**, sondern fünf- oder sechs- oder siebenmal im Kreis geschickt und gesagt hat: Es ist mir zu teuer, es ist mir zu teuer, es ist mir zu teuer!

Pipal war dann offensichtlich am Ende seines Lateins und hat gesagt: Bitte schön, ich kann nicht mehr. Mehr geht nicht. 9,90 € ist ein Superpreis.

Verzeihen Sie, dass ich das so schildere, in der Klarheit, aber genau so war das. Deswegen haben wir dort das Maximum erreicht.

Letzter Satz auf der nächsten Seite: Pipal – auch dazu befragt – sagt, dass er sich nicht an eine Mietpreisvariante unter 9,90 € pro Quadratmeter erinnern kann.

Also ich glaube, bewiesen zu haben: Da wurde nichts verschoben, einfach weil man irgendwelche Freunde schützen wollte oder ihnen etwas ermöglichen wollte, sondern da hat man nach bestem Wissen und Gewissen ein **optimales Verhandlungsergebnis** für die Finanz erreicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nur noch einen Satz: Wir haben zahlreiche Dokumente, auch Aussagen im Ausschuss bereits dokumentiert, auch Aktenvermerke von der Porr intern, und die lassen einen **gegenteiligen** Schluss und ein völlig **gegenteiliges** Bild zu, als Sie das jetzt hier zu zeichnen versucht haben. – Welch ein Satz!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Mag. Grasser! Unsere Aufgabe ist es, ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen, und das ist natürlich nicht besonders leicht. Es ist insbesondere so, wir haben das vorhin einmal in unserem Gesamtteam besprochen, dass wir immer wieder auf Details kommen, die uns Hinweise geben, dass da etwas Verdächtiges ist, dass Sie möglicherweise dazugehören oder nicht dazugehören. Aber die eigentliche Frage über dem Ganzen drüber haben wir bis dato nicht angestimmt, nämlich: Warum sind sonstige Verhaltensweisen von Ihnen gesetzt worden? Wie schaut das aus? Wie ist all das, von dem wir in den Medien lesen, von dem wir in den Unterlagen lesen, eigentlich finanziert worden? Wie schaut das aus?

Daher möchte ich Sie jetzt zu diesem Bereich befragen, damit wir einen Überblick bekommen, was eigentlich mehr oder weniger von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, von der Leistbarkeit und von den tatsächlichen Anschaffungen und Schritten gesetzt worden ist, und Ihnen vielleicht auch die eine oder andere Frage dazu stellen, warum eine Struktur der Veranlagung so gewählt worden ist, wie sie gewählt worden ist, weil das natürlich nicht nur den Behörden in höchstem Maße verdächtig zu sein scheint. Daher müssen wir das bei der Frage prüfen, weil die Zeit, in der Sie Politiker waren, eben mit diesen Vorwürfen behaftet war und sich damit die Frage stellt: Was ist eigentlich passiert, und was ist nach der Zeit, als Sie Minister waren, passiert?

Wir haben uns daher erlaubt, uns Ihre Steuererklärungen anzuschauen. Normalerweise würde ich sagen, das ist eine sehr, sehr heikle Sache, aber angesichts des Umstandes, dass Sie mehr oder weniger ja auch selbst damit argumentieren und dass Sie oder Ihr Anwalt – ich glaube, vorgestern oder im Laufe dieser Woche – selbst gemeint haben, dass jetzt eigentlich genug gesucht und recherchiert worden ist, die Justiz solle endlich einstellen, wir aber gleichzeitig aus diesen Unterlagen ersehen, dass dazu nicht einmal der geringste Hinweis vorhanden ist und wir ja politische Klarheit in diese Angelegenheiten bringen wollen, frage ich Sie jetzt einmal Folgendes:

Wir haben uns also die Einkommensteuererklärungen angesehen und kommen in der Zeit von 2003 bis 2009 auf ein Einkommen in der Höhe von rund 1,4 Millionen. Dem gegenüber stehen Ausgaben und Projekte, mit denen Sie in Zusammenhang gebracht werden – Wörthersee-Villa, Bauernhof in Kitzbühel, Renovierungstätigkeiten im Penthouse –, in Höhe von einigen, und zwar **einigen** Millionen und eine Summe, die hier dazufließt, auch aus Ihrem Stiftungskarussell oder aus dieser Stiftungslösung, die hier gewählt worden ist, in Höhe von rund 9 Millionen.

Jetzt stellt sich für uns natürlich die Frage: Wie kann so etwas funktionieren?

Wir haben gleichzeitig den Akten entnehmen können, dass in der Zeit von 2007 bis 2009 eine Einkommensteuerverkürzung in Höhe von 2,65 Millionen dargestellt wird.

Jetzt hätte ich ganz gerne von Ihnen gewusst, wie sich diese finanzielle Situation erklären lässt.

Ich darf Ihnen vielleicht noch eine kleine Hilfe dazu geben, indem ich Ihnen die Recherchen der Exekutive ganz kurz vorstellen darf – Sie kennen sie wahrscheinlich –, sie zusammenfassen darf, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, vielleicht besser vorbereitet eine Antwort zu geben.

Zunächst einmal: Die Stiftung, und das ist die „Waterland“ – obwohl ich wirklich volles Verständnis dafür habe, dass Sie Kapitalanlagen machen, wie auch immer Sie das für richtig erachten, aber das geht dann dort aus, wo es darum geht, zu schauen: Was ist mit dem eigentlich passiert?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich bitte, die Frage zu formulieren und noch einmal den Zusammenhang mit dem Beweisthema herzustellen!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Der Zusammenhang mit dem Beweisthema ist ganz einfach der, dass aus all diesen Unterlagen, die uns vorliegen, Zahlungsflüsse vermutet werden, die auch den Herrn Finanzminister betreffen, und ich diese Frage klären kann. Wir können nicht einfach so tun, als wäre das tabu, und fragen alle kleinen Detaildinge und fragen eigentlich die ganze Lösung, warum das ist und wie sich das dann letztlich konsequenterweise ausgeübt hat, nicht. Wir haben das im Vorfeld einmal kurz abgestimmt und sind eigentlich der Meinung gewesen, dass das eine nicht unwesentliche Frage ist.

Sie sind auch nicht der Betroffene, sondern es ist Ihre Gattin, die hier gestiftet hat. Es wird auch dargestellt von der Behörde: In Liechtenstein gegründete Stiftungen machen sich zu einem idealen Instrument für Manipulationen aller Art, zuletzt auch für Steuerhinterziehungen und das Verstecken von Geld.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, führen Sie die Frage möglichst rasch zu Ende!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Grasser, können Sie uns erklären, wie ist der Vermögensstand, den Sie auch mehr oder weniger durch mediale Darstellungen selbst in der Öffentlichkeit präsentiert haben, mit dem, was wir hier aufgrund Ihrer Einkommensteuererklärungen an Einkommen haben, erklärbar? Erklären Sie uns das einmal! Wie kann man all diese Dinge anschaffen? Aus welchen Geldern kann das geleistet werden, wenn auf der einen Seite ein Marginalaufwand ist von ein bisschen mehr als einer Million über neun Jahre und auf der anderen Seite **Millionen**, bis zu 10 Millionen auf der Seite des Habens? Bitte erklären Sie uns das!

Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, ich finde es sehr lieb, was Sie hier ausführen. Ich stelle erstens fest, dass es eine Verfahrensordnung gibt und dass Sie offensichtlich vorsätzlich und ganz bewusst diese Verfahrensordnung brechen. Ich würde daher gerne den Verfahrensanwalt ersuchen, festzustellen, ob erstens diese langen Ausführungen – in der Verfahrensordnung steht drinnen, man hat **Fragen** zu stellen, so wie ich Antworten zu geben habe – mit der Verfahrensordnung übereinstimmen und ob zweitens dieses Thema mit dem **Beweisthema** irgendeinen Zusammenhang hat.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich darf vielleicht nur ganz kurz dazu sagen, damit wir uns da nicht missverstehen, es hat natürlich etwas mit dem Beweisthema zu tun, weil es nämlich der zentrale Punkt ist in all diesen Angelegenheiten, die da jetzt mehr oder weniger durch die Gegend erkennbar werden, weil sich dort alles verknüpft und sich letztlich die Frage stellt: All diese Vorwürfe, die da stattgefunden haben, können ja nur dann stimmen, wenn es zu einem entsprechenden Erlös gekommen ist. Jetzt gibt es eine Situation für uns, die sich sehr bemerkenswert darstellt, nicht nur für uns, sondern die Finanz hat das ja ausgeführt, die Staatsanwaltschaft hat es ausgeführt ... (*Obfrau Dr. Moser: Die Frage!*) – Ich sage nur meine Rechtfertigung für diese Fragestellungen, weil ich mir erwartet habe, dass

ein derartiger Einwand kommt, und daher auch mit den Kolleginnen und Kollegen das vorher kurz durchgegangen bin, ob sie der Meinung sind, dass das unstatthaft ist, wenn wir auf die Tatsachen jetzt, auf das Substrat, was sich letztlich ökonomisch niederschlägt ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, wir haben das schon verstanden, und wir haben deswegen auch vor rund eineinhalb Stunden die Ausführungen des Verfahrensanwaltes zur Kenntnis genommen. Die Zusammenfassung war – der Herr Verfahrensanwalt kann es noch einmal ganz kurz sagen –, dass jeder Abgeordnete das Recht hat, seine Frage einzuleiten und zu begründen, wenn es nicht Unterstellungen umfasst und wenn es nicht wider die Menschenrechte ist, und dass eine Interpretation der Auskünfte et cetera verfahrensmäßig sehr am Rande, wenn überhaupt zulässig ist.

Der Herr Verfahrensanwalt kann das gerne noch einmal formulieren.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich möchte mich nicht wiederholen, aber wir haben vorhin schon gesagt, einleiten, um klarzumachen, worüber man sprechen und dann die Frage stellen will, ist meines Erachtens zulässig, weil ja die Auskunftsperson in der Regel nicht über das Material hier präsent verfügt, das die Abgeordneten haben. Das halte ich für in Ordnung, sogar für notwendig.

Daraus Schlüsse zu ziehen, soweit sie neutral gezogen werden, also berechtigt gezogen werden, ist auch in Ordnung. Sie dürfen nur nicht tendenziös in eine vermutete Richtung gehen, die noch nicht **erwiesen** ist. Ich glaube, da sind wir einer Meinung. Ich wollte das nur noch einmal sagen.

Was den Zusammenhang mit dem Beweisthema betrifft: Ich gebe Ihnen recht, dass es sich von vornherein, wenn ich die Einladung an Sie sehe, nicht ergibt, wie kommt der Abgeordnete Jarolim dazu, Fragen in diese Richtung zu stellen.

Als Verfahrensanwalt, der hier seit Jänner sitzt, weiß ich, dass es eine Unzahl von Anknüpfungspunkten gibt. Ich nenne nur eine Sache, die es Ihnen vielleicht verständlich macht, das war die Problematik des Anwaltes Professor Toifl in Salzburg, wo aufgrund der beschlagnahmten Unterlagen mit Recht zumindest der Eindruck entstehen konnte – ich stelle nicht fest, dass es diesbezüglich Feststellungen gibt –, dass man, auch Sie wurden befragt, überlegt hat, wie man im Zusammenhang mit der Selbstanzeige und mit den Geldflüssen über die Konten die Situation erklären kann.

Daher bin ich schon der Meinung, wenn man das knapp hält, Herr Kollege Jarolim, dass die Frage gedeckt ist. Aber man sollte nicht weiter als notwendig zum Beweisthema hinausgehen.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Gut, dann darf ich die Frage beantworten, allerdings vorausschicken und um Verständnis bitten: Meine Damen und Herren! Dieser Ausschuss hat die Aufgabe, die **politische Verantwortung** zu klären dafür, was ich als Finanzminister in meiner Zeit von Februar 2000 bis Jänner 2007 entschieden habe.

Lieber Verfahrensanwalt! Ich akzeptiere Ihre Meinung, aber ich teile sie nicht, denn wenn man sagt, meine Einkommensteuererklärung inklusive 2009 hat mit meiner politischen Verantwortung für meine Entscheidungen als Finanzminister zu tun, dann kann man hier wirklich alles fragen jenseits dessen, was vom Hohen Haus als **Beweisthema** beschlossen wurde.

Aber ich möchte den Eindruck, den Herr Abgeordneter Jarolim zu erwecken versucht, nicht im Raum stehen lassen. Deswegen möchte ich Ihnen ein paar Antworten geben. (*Abg. Dr. Jarolim: Darf ich zur Geschäftsordnung ..?*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Mag. Grasser ist bei der Antwort, und wir sollen ihn auch antworten lassen. Dann geht eh die Geschäftsordnungswortmeldung.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Sie können ja danach zur Geschäftsordnung etwas ausführen. Aber einen mitten im Wort zu unterbrechen, ist wahrscheinlich auch nicht der feine Zug, oder?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber mir wird vorgehalten, dass ich nicht unterstellen soll. Ich versuche es wirklich neutral hier zu fassen, und ich glaube, das ist wirklich sehr zurückhaltend. Ich kann mir da jetzt vorhalten lassen, dass ich da etwas herbeizureden versuche. Das sind objektive Tatbestände, und ich will eine Erklärung haben!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, das kann ja dann in der nächsten Fragerunde aufgegriffen werden. Aber jetzt ist Herr Mag. Grasser mit seiner Antwort am Wort.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Danke sehr. – Daher die Antwort, um nicht den Eindruck, den Sie zu erwecken versuchen, meines Erachtens zumindest, im Raum stehen zu lassen.

Ich habe in allen drei Runden, zu denen ich eingeladen war, hier in diesem Ausschuss bereits vorweg sehr klargemacht: Habe ich bei irgendeinem Amtsgeschäft pflichtwidrig Geld genommen oder mir einen geldwerten Vorteil zukommen lassen? Die Antwort, die ich selbst gegeben habe, haben Sie, glaube ich, sehr klar vernommen: Nein, das habe ich nicht!

Insofern betone ich und lege Wert darauf, dass all das, was Sie hier jetzt ausgeführt haben, genau gar nichts mit diesen Beweisthemen zu tun haben kann, denn wenn ich beim Beweisthema heute, BUWOG und anderes, keine Zahlungsflüsse erhalten habe, dann kann es keinen Zusammenhang geben mit meinen Einkommensteuererklärungen.

Zweitens: Ich weise zurück, dass ich selbst irgendetwas in die Öffentlichkeit gespielt hätte. Sie wissen ganz genau, dass ich mich vehement gegen die Vorverurteilung, die seit 3 Jahren stattfindet, wehre, indem unter Amtsmissbrauch viele Unterlagen regelmäßig an die Medien gespielt werden, so auch meine steuerlichen Unterlagen, die natürlich der Abgabengeheimhaltung unterliegen, die ganz offensichtlich auch gebrochen worden ist.

Herr Abgeordneter, Sie haben angeführt Einkommensteuererklärungen von 2003 bis 2009. Die sind, glaube ich, ohnehin unter Gesetzesbruch veröffentlicht worden, unter anderem vom Medium „NEWS“, wenn ich mich richtig erinnere. Ich habe auch eine entsprechende medienrechtliche Klage dagegen eingebracht. Daher werden Sie wissen, dass dort ausschließlich mein Einkommen als Bundesminister für Finanzen von 2003 bis 2006 angeführt war, denn in der Zeit hatte ich ausschließlich diese Ertragsquelle als Bundesminister für Finanzen.

2007 bis 2009 und bis heute gab es keine politische Verantwortung mehr, sondern gab es eine privatwirtschaftliche Tätigkeit. Insofern hätten Sie, wenn Sie schon zu differenzieren anfangen, gleich das Einkommen differenziert darstellen können: von 2003 bis Jänner 2007, Finanzministerverantwortung, und danach.

Sie haben unrichtigerweise den Eindruck erweckt, dass einem Einkommen von 1,4 Millionen deutlich größere Ausgaben gegenüberstehen würden. Das ist falsch. Sie haben auch eine Stiftung erwähnt, haben den Betrag von 9 Millionen erwähnt, der meines Erachtens auch falsch ist. Und Sie haben eine Steuerverkürzung von 2,4 Millionen angeführt. (*Abg. Dr. Jarolim: 2,7!*) 2,7, danke, habe ich es falsch verstanden. Aus meiner Sicht eine Mutmaßung oder Unterstellung.

Erstens lege ich Wert auf die Tatsache, dass ich nie Steuern hinterzogen oder verkürzt habe, und gehe davon aus, dass das in weiterer Folge auch als Ergebnis in meinem Finanzstrafverfahren zutage treten wird, weil ich dieses Finanzstrafverfahren als ein mutwilliges Verfahren der Behörde gegen mich sehe, und zwar ehrlich gesagt deswegen, weil man nach drei Jahren Verfolgungshandlung offensichtlich in verzweifelter Suche sonst nichts findet und jetzt sagt: Jetzt muss man zumindest hier versuchen, irgendetwas zu finden!

Wenn Sie den Eindruck erwecken, es gäbe ein Einkommen von 1,4 Millionen und deutlich höhere Ausgaben, dann ist das leicht erklärt, Herr Abgeordneter, man braucht dazu nicht einmal Mathematik zu studieren: Dem, was ich über diese in Steuererklärungen angegebenen Einkommen hinaus ausgegeben habe, stehen auf der anderen Seite Darlehen gegenüber. Einerseits Bankdarlehen, andererseits ein Darlehen – das auch schon hinreichend in der Zeitung gestanden ist – gegenüber einer Levesque Holding, die mir glaublich 3,7 Millionen € an Darlehen gegeben hat.

Zum Zweiten: Wenn Sie sagen, dem Einkommen stünden alle möglichen Anschaffungen gegenüber, dann vermischen Sie da verschiedene Anschaffungen. So wurde beispielsweise die Liegenschaft am Wörthersee in Maria Wörth nicht von mir, sondern von der Stiftung angeschafft und daher auch von der Stiftung entsprechend bezahlt, weil das die Stiftungsräte dort so entschieden und als gute Veranlagungsmöglichkeit gesehen haben. Insofern darf ich Ihnen versichern, dass das, was ich versteuert habe ... – Und Sie haben natürlich auch nur das Einkommen und die Einkommensteuererklärungen erwähnt, obwohl Sie wissen, dass ich mich nach einschlägigen Medienmeldungen veranlasst gesehen habe, die entsprechenden körperschaftsteuerpflichtigen Erträge aus der **Valuecreation**, meiner GesmbH, zu veröffentlichen, und auch bekannt gegeben habe, welche Körperschaftsteuern und welche Kapitalertragssteuern als Anrechnungsform auf die Einkommensteuer ich bezahlt habe.

Und wenn Sie das alles zusammenrechnen, dann werden Sie draufkommen, dass sich meine Einnahmen genau mit meinen Ausgaben decken, dass das überhaupt kein Problem ist, dass ich keine Steuern hinterzogen habe und schon gar kein Geld von irgendjemandem je bekommen habe.

Ich bedanke mich dafür, dass ich das klarstellen konnte. Ich hoffe, das reicht Ihnen. Wir können gerne eine zweite Runde machen, sofern ich mich dann nicht ent schlagen muss, weil Sie in Details vordringen, die vielleicht vom finanzstrafrechtlichen Verfahren umfasst sind. Aber ich wollte hier keinen falschen Eindruck stehen lassen, weil ich doch ein gewisses parteipolitisches Ansinnen bei Ihnen entdeckt haben könnte. Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich um Verzeihung. Ich wollte Ihnen nicht zu nahe treten, Herr Abgeordneter.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich möchte darauf hinweisen, dass die Fragezeit der ersten Runde bei Ihnen leider erschöpft ist. Weitere Fragen können dann auch noch in einer zweiten Runde gestellt werden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich habe noch eine Frage.

Ihr Scharfblick imponiert mir wirklich, ich glaube nur unabhängig davon – wir haben das vorhin diskutiert –, dass es im allgemeinen Interesse ist, dass das, was Sie sagen und was Sie glauben, gemacht zu haben, oder was Sie wissen, gemacht zu haben, dem, was die Ermittlungen und die Vermutungen dort darlegen, diametral *entgegengesetzt* ist. Und es wird Sie auch nicht erstaunen, dass wir natürlich der Exekutive zumindest im gleichen Ausmaß glauben wie Ihnen; und die Beträge, die dort quasi Ihnen zugerechnet werden – die Sie bestreiten zu haben –, sind gewaltig.

Ich wollte nur eines fragen, weil Sie natürlich auch bei dieser Einstellung, die Sie jetzt immer wieder fordern, immer wieder erklären, dass Sie alles offenlegen und dass Sie alle entbunden haben: Ich habe da jetzt meine Unterlagen durchgeblättert und gesehen, dass Sie im Jahr 2009 aufgefordert worden sind, eine Entbindung Ihrer Berater durchzuführen. Das letzte Mal haben Sie gesagt: Sie haben alle entbunden. Ich nehme an, dass das nach wie vor stimmt. Sie sagen ja immer: Sie sind ganz offen, Sie sagen alles. Und auch heute vermitteln Sie uns den Eindruck, dass die Öffentlichkeit alles wissen darf – ich nehme an, dass Sie auch Ihrerseits alles, was notwendig und möglich ist, dazu beitragen.

Ich wollte Sie also fragen: Haben Sie Ihre Berater und all jene Personen, die in Ihrem Umfeld tätig sind, von der Verschwiegenheitspflicht entbunden? Dann täten wir uns nämlich auch hier leichter, dann bräuchten wir all das nicht fragen.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter! Erstens habe ich alle Offenlegungen gemacht, um die mich die Behörde gebeten hat. Ich konnte der Behörde sogar, nachdem die Stiftungsräte in Liechtenstein zugestimmt hatten – weil dazu hätte ich sie nicht zwingen können –, die Stiftungsunterlagen übergeben, die sie sonst wahrscheinlich bis heute nicht hätten. Das heißt, dass ich in größtmöglicher Form mit der Behörde kooperiere, ist ein Faktum.

Punkt zwei: Sie sind ja bekanntermaßen ein sehr kluger Abgeordneter, und Sie können sich erinnern – auch als Anwalt –, dass Sie mir genau diese Frage bereits in meiner ersten Ladung als Auskunftsperson gestellt haben, und Sie haben genau diese Frage bei dieser ersten Ladung bereits beantwortet bekommen. Ich hoffe, Sie legen keinen Wert darauf, dass wir uns jetzt das Stenographische Protokoll herausholen und ich Ihnen die damalige Antwort wieder vorlese. Ich glaube, auch durch zweimaliges Fragen wird es nicht besser. – Frage bereits beantwortet. – Danke.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich danke herzlich. Ich habe das Protokoll hier: „Er hat mich gefragt, ob ich meinen Steuerberater von der Verschwiegenheit entbinde. – Ich habe ihn von der Verschwiegenheit entbunden.“ – Sie haben es eh gesagt, ja, danke.

Vielleicht wird man ab und zu ein bisschenl vergesslich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur eine ergänzende Frage: Ist Herr Dr. Haunold Ihr Steuerberater?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein. Er *war* mein Steuerberater.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie Herrn Dr. Haunold von seiner Verschwiegenheitspflicht entbunden?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Nachdem mich der Herr Staatsanwalt – darf ich meinen Anwalt fragen: Das war im Jahr 2010? – bei der ersten Einvernahme 2010, glaublich im September 2010, darum gebeten hat, habe ich ihn damals entbunden, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und ist er nach wie vor entbunden?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Er ist ja nicht mehr mein Steuerberater.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber trotzdem, das gilt ja rückwirkend auch. Gilt diese Entbindung nach wie vor?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe zurzeit kein Ersuchen meines Ex-Steuerberaters Haunold um Entbindung bekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte einfach wissen – nachdem der Kollege Jarolim das zitiert hat –, wie der Status des Dr. Haunold aktuell ist. Ist er von seiner Verschwiegenheitspflicht entbunden?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, ich habe es immer so gehalten, wenn zum Beispiel die Staatsanwaltschaft den Herrn Dr. Haunold befragen wollte, dann hat der Herr Haunold mich davon informiert und hat mich gefragt, ob ich ihn entbinde oder nicht. Das habe ich beim ersten Mal gemacht, ich glaube, auch ein weiteres Mal gemacht, das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Zurzeit gibt es keine Anfrage des Herrn Dr. Haunold an mich um Entbindung. Wenn diese vorliegen wird, werde ich mich mit meinen Beratern besprechen und dann entscheiden – je nachdem, worum es geht –, ob ich ihn entbinde oder nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte das möglichst schnell abschließen, weil ich Sie an und für sich zum Justiz-Tower befragen möchte.

Abschließend, damit wir das klar bei Protokoll haben: Sie haben gesagt, Herr Dr. Haunold war Ihr Steuerberater, ist es jetzt nicht mehr. Er ist seinerzeit – wann auch immer – von seiner Verschwiegenheitspflicht entbunden worden.

Ist Dr. Haunold inzwischen über Sie oder über jemanden, der Sie rechtsfreundlich vertritt, informiert worden, dass er nicht mehr von der Verschwiegenheitspflicht entbunden ist?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Das war in weiterer Folge einmal der Fall, ja. Wir haben ihm einmal mitgeteilt – ich glaube, Dr. Ainedter dem Anwalt des Dr. Haunold –, dass er nicht entbunden ist, nachdem er zuvor aber entbunden worden ist und der Steuerverwaltung einerseits, der Staatsanwaltschaft andererseits sehr ausführlich zu den Dingen, die er beratend bei den Stiftungen – ich würde einmal sagen – gestaltet und sehr umfangreich umgesetzt hat, Rede und Antwort gestanden ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, Ihr Rechtsanwalt, Herr Dr. Ainedter, hat Mitteilung gemacht, dass Herr Dr. Haunold von Ihnen nicht von der Verschwiegenheitspflicht entbunden ist. – Ist das richtig?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich kann mich gerne wiederholen, Herr Abgeordneter, wenn Sie es lieber zweimal hören wollen: Wir haben Herrn Dr. Haunold auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft im Jahr 2010 von der Verschwiegenheit entbunden. Er hat – ich glaube, in ein oder zwei Einvernahmen durch die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft – sehr umfassend erklärt, was er zur Stiftungsgründung beigetragen hat, wie er mich beraten und was er gemacht hat. Er hat das also alles dargelegt. Er hat auch entsprechende Schriftsätze übermittelt. Und dann hat es ein weiteres Mal einen Kontakt gegeben, und da gibt es ein Schreiben, das Sie korrekt zitieren, von Herrn Dr. Ainedter an den Vertreter des Dr. Haunold, an den ich mich jetzt nicht erinnere, dass er nicht entbunden ist. (*Abg. Dr. Pilz: An den Dr. Radinsky?*) Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist ein Schreiben vom 25. August 2011 – ich bin gerne bereit, das auch allen anderen Ausschussmitgliedern sofort in Kopie zu übergeben –:

Betrifft: Mag. Karl-Heinz Grasser, Dr. Haunold

Sehr geehrter Herr Kollege! In obiger Angelegenheit wurde zwar bereits durch Dr. Thomas Keppert, dem nunmehrigen Vertreter im Finanzstrafverfahren, gegenüber Deloitte kommuniziert, dass Herr Dr. Peter Haunold von meinem Mandanten von der Verschwiegenheitspflicht nicht entbunden wurde beziehungsweise wird. Dessen ungeachtet halte ich der guten Ordnung halber hiemit auftragsgemäß ausdrücklich nochmals fest, dass Herr Dr. Peter Haunold von meinem Mandanten, Mag. Karl-Heinz

Grasser, von der Verschwiegenheitspflicht aus der seinerzeitigen steuerlichen Vertretung nicht entbunden wird.

Ich ersuche höflich um Kenntnissnahme und empfehle mich mit freundlichen kollegialen Grüßen, Dr. Manfred Ainedter.

Ist ja nur, dass wir es wissen. (*Abg. Dr. Jarolim: Nicht entbunden wurde und nicht entbunden wird!*) – Ja, nicht entbunden wurde und nicht entbunden wird.

Ist das Ihr Beitrag zur Aufklärung?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, erstens halte ich fest, dass das mit dem Verfahrensgegenstand wirklich nichts zu tun hat. Zweitens lasse ich mich nicht ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, da hat Sie der Verfahrensanwalt bereits instruiert.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich darf vielleicht auch ausreden, wenn Sie einverstanden sind!

Zweitens lasse ich mir von Ihnen nichts unterstellen, drittens habe ich Ihnen völlig korrekt gesagt, dass ich Herrn Dr. Haunold entbunden habe. Und wenn Sie der Meinung sind, Herr Abgeordneter, dass ich meine Rechte als Beschuldigter nicht wahrnehmen darf, dann würde mich das nicht wundern, weil Sie mich ja auch mehrfach oder zumindest einmal bei der Staatsanwaltschaft angezeigt haben.

Das heißt, dass Sie eine klare, parteipolitisch vorgefasste Meinung haben, das ist offensichtlich der Fall. Ich werde mich deswegen trotzdem nicht meiner Rechte berauben lassen, die ich, wie jeder andere österreichische Staatsbürger auch, habe. Daher berate ich mich, bevor ich jemanden entbinde, im Regelfall mit dem Dr. Ainedter und mit meinem Steuerberater, mit meinem jetzigen Steuerberater, ob wir entbinden oder nicht entbinden. Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass ich das, wie jeder andere in unserem Land auch, tun kann und weiterhin tun werde, habe aber überhaupt kein Problem, dass Sie das hier darstellen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Grasser, ich sage Ihnen auch, was ich tun werde. Ich werde schauen, dass wir das in einer Geschäftsordnungssitzung besprechen, dass wir uns noch einmal das Protokoll dieser Befragung, aus dem der Kollege Jarolim zitiert hat, gemeinsam anschauen und das dann im Lichte dieser Verständigung noch einmal bewerten. Für mich ist nur ein Punkt wichtig. Lassen wir jetzt das ganze „supersauber“, aber die Geschichte mit superoffen und superkooperativ und nichts zu verbergen und so weiter dürfte zumindest damit jetzt einmal vorläufig erledigt sein. – Das hätten wir jetzt.

Jetzt kommen wir zum **Justiz-Tower**. Zur Justiz-Tower-Geschichte lege ich Ihnen eine Information für den Herrn Bundesminister vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Sie haben – ich habe mitgeschrieben – wörtlich gesagt zum Justiz-Tower: „entgegen dem Widerstand des Finanzressorts, der auch dokumentiert ist.“

Jetzt haben wir da eine Handschrift. Ist das Ihre Handschrift, da rechts oben auf der Information für den Herrn Bundesminister? (*Mag. Grasser: Ja!*)

Können Sie das vorlesen? Ich tue mir mit Ihrer Handschrift ein bisschen schwer.

Mag. Karl-Heinz Grasser: „Bitte neues Update. Müsste jetzt einen offiziellen Akt des BMJ an uns geben. Bin grundsätzlich eher positiv.“

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aha. Und vorher haben Sie geschildert, die ganze Justiz-Tower-Geschichte ist gegen den Widerstand des Finanzministers passiert. Heißt „grundsätzlich eher positiv“ beinhardter Widerstand? Ist das Ihre Form, einen beinhardten Widerstand gegen ein Projekt zu formulieren?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Geh bitte, Herr Abgeordneter, die Diskussion haben wir in einem anderen Untersuchungsausschuss schon gehabt, den Sie sehr erfolgreich geführt haben, nämlich in der Frage der Eurofighter, wo ich Ihnen auch sehr klar gesagt habe, ich war **gegen** die Beschaffung der Eurofighter – und am Ende des Tages ist es halt dann so, dass man in einem Kollegialorgan einer österreichischen Bundesregierung bei gewissen Entscheidungen einfach sozusagen zuzustimmen **hat**, wenn es im Regierungsprogramm drinnen steht und erklärter politischer Wille ist.

Da gibt es keinen Widerspruch ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich mache Sie auf eine Kleinigkeit aufmerksam: Sie kennen den Unterschied zwischen Justiz-Tower und Eurofighter?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Darf ich ausreden, Herr Abgeordneter? Sie können dann gerne antworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn Sie die Frage beantworten, gerne.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Selbstverständlich tue ich das. (*Abg. Dr. Pilz: Na, dann tun Sie das!*) – Wenn Sie mir zuhören, dann werden Sie das **hören**. Wenn Sie sprechen, können Sie nicht zuhören.

Ich glaube auch, Sie haben ja alle Unterlagen, dass es dokumentiert sein müsste, welche Probleme das Finanzministerium hatte mit diesem Justiz-Tower, nämlich in Richtung sozusagen zu teuer und kostet zu viel. Offensichtlich hat es **vor** diesem Vermerk von mir auf dieser Information für den Bundesminister, die Sie mir vorlegen, ein Gespräch mit dem damaligen Justizminister Böhmendorfer gegeben. Das werden Sie ja wahrscheinlich auch irgendwo aktenvermerkmäßig verschriftlicht haben.

Dr. Böhmendorfer hat massiven Druck ausgeübt, dieses Projekt umzusetzen. Er wollte es, seine Beamten wollten es, und sie haben entsprechende Bedeckungsvorschläge dafür gemacht. Und insofern hat dann am Ende des Tages das Finanzministerium auch zugestimmt. Das ist ja auch gar kein Geheimnis, habe ich ja auch nie gesagt, sondern ich habe gesagt: Ja, wir haben am Ende Tages genehmigt, weil das Finanzressort nicht klüger sein kann als das zuständige Ressort! Und wenn das Justizressort trotz aller Bedenken, die wir im Sinne der Sparsamkeit und der Zweckmäßigkeit auf den Tisch gelegt haben, trotzdem sagt, wir wollen das und wir können es bedecken, dann ist das so.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir kommen dann auf das Böhmendorfer-Gespräch noch zurück. Wir müssen davon ausgehen, dass diese Information für den Herrn Bundesminister – aber da wäre es natürlich sinnvoll, die Beamten auch noch zu befragen – vor diesem Böhmendorfer-Gespräch stattgefunden hat. Ich werde Ihnen nachher auch sagen, warum. Jedenfalls ein „harter“ Widerstand gegen dieses Projekt. Es gibt ja zum Schluss noch eine Pointe, wie das Ganze ausgegangen ist – schaut anders aus.

Am 24.1. schreibt Hannes Hofer vom Büro des Bundesministers ein Mail an Christian Trattner, Betreff: Verkauf Riemergasse.

„lieber Fritz, ich hoffe du hast die INFO von mir an den HBMF –

Herrn Bundesminister für Finanzen –,

wo dieser einen Vermerk draufgeschrieben hat, wir sollen das BMJ – Bundesministeriums für Justiz – auffordern, einen entsprechenden Antrag zu stellen.“

Herr Mag. Grasser, gerade umgekehrt war es! Nicht die Justiz hat gesagt, wir wollen das unbedingt und hat die Finanz weichgeklopft, sondern Ihr eigener Büromitarbeiter, der Hannes Hofer, schreibt:

„Ich hoffe, du hast die INFO von mir an den HBMF, wo dieser einen Vermerk draufgeschrieben hat, wir sollen das BMJ auffordern, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Der HBMF ist jedenfalls zur Übersiedlung in den Bürokomplex Wien Mitte positiv eingestellt.

Bitte betreib das entsprechend.“

Das einmal so weit. Jetzt schauen wir uns an, wie das funktioniert hat.

Frage: Haben Sie sich am 14. Februar 2002 mit Herrn Plech im Finanzministerium getroffen?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Das weiß ich nicht mehr, aber das ist durchaus möglich. Aber zuvor möchte ich Ihnen gerne auf Ihre Ausführungen sagen: Sie betrachten das immer unter einem Blickwinkel, wo Sie sagen: Ah, ich unterstelle Böses, und jetzt habe ich sozusagen ein Indikat dafür, dass das so ist!

Wissen Sie, Herr Abgeordneter, genau diesen Aktenvermerk müssen Sie vor folgendem Hintergrund sehen: Sie haben einen Justizminister, der das Projekt unbedingt will und will und will. Und wir haben entsprechende Dokumente und Analysen im Finanzministerium gehabt und haben gesagt: Wir wollen das eigentlich nicht! Und nachdem Herr Minister Böhmdorfer – ich habe nicht eine Sitzung mit ihm zu dieser Frage gehabt, sondern mehrere – mir klar zu verstehen gegeben hat, er will das unbedingt, habe ich meinen Leuten gesagt: Wenn Böhmdorfer das unbedingt will, dann soll er entsprechend auch einen Antrag stellen, damit dokumentiert ist, das ist der dringende Wille des **Justizministeriums!**

Damit ich Ihnen nämlich einmal sagen kann, nicht wir wollten dieses Projekt und nicht wir haben dieses Projekt befürwortet, sondern wenn Sie alle Unterlagen auf den Tisch legen, dann werden Sie draufkommen – und das wissen Sie sicherlich auch –, dass wir **gegen** dieses Projekt waren und dann durch nachhaltiges, ganz klares Einsetzen des Justizministers, der sehr unmissverständlich vorgegangen ist in dieser Frage ...

Und das Plech-Gespräch, ich weiß nicht, ob es das war, aber ich erinnere mich nur an ein Plech-Gespräch, das Sie angesprochen haben. Da musste Plech sogar schlichten zwischen dem Justizminister und mir, weil ich einfach sozusagen nicht ganz verstanden habe, warum es diesen dringenden Wunsch gibt. Daher war mir die Dokumentation ein großes Anliegen: Wenn ihr das wollt, dann stellt auch einen entsprechenden Antrag, damit ich im Nachhinein, falls es jemals ein Thema sein würde, zeigen und beweisen kann, **ihr** wolltet das unbedingt! Und genau so ist es.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sagen Sie: Wozu brauchen Sie einen Immobilienmakler, um zwischen dem Justizminister und Ihnen zu vermitteln?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Den brauche ich gar nicht. Aber der Herr Justizminister war in dieser Frage sehr determiniert und wollte dieses Projekt. Und ich bin draufgekommen, dass der Justizminister damals den Herrn Plech beauftragt hat als Makler, oder der Herr Plech hat ihm das gebracht. Ich weiß nicht, wie das gelaufen ist, geht mich auch nichts an.

Faktum ist, dass ich sowohl den Herrn Plech kannte als auch logischerweise den Herrn Justizminister gut kannte. Ich weiß nicht mehr, wer um den Termin gebeten hat,

entweder war es der Justizminister oder der Plech, Faktum ist: Das Gespräch hat es gegeben, und dort hat man versucht, die Argumente dafür, dagegen entsprechend darzustellen. Und Sie können sicher sein, dass ich auch dort eingangs dieses Gesprächs gesagt habe, ihr kennt meine Position eh.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, „beinhardter“ Widerstand und alles, ja.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, wir haben viel zustande gebracht in unserer Regierungszeit, auch wenn Sie es nicht hören wollen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, ist schon gut. – Und was war dann das Ergebnis dieses Vermittlungsversuches? Sind Sie dem Justizminister entgegengekommen?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Das ist ja offensichtlich, oder, dass das Ergebnis dieser Gespräche am Ende des Tages war, dass das Finanzministerium der Realisierung Justiz-Tower zugestimmt hat. Das ist ein Faktum. Das habe ich nie anders dargestellt, habe ich immer so gemacht. Und ich habe Ihnen auch gesagt, dann, wenn ein Ressort für die Bedeckung sorgt und dann, wenn sozusagen ein Justizressort nachhaltig Argumente am Tisch legt und sagt, wir wollen das, dann kann das Finanzressort nicht klüger sein als das zuständige Ressort.

Ich könnte Ihnen viele, viele andere Beispiele nennen, wo andere Ressorts etwas wollten, wir es nicht wollten und es dann am Ende des Tages gemacht worden ist – denn sozusagen jedes Ressort hat Zielsetzungen, hat Projekte, hat Vorhaben. Teilweise konnten wir Ressorts überzeugen, dass man im Sinne der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit einen anderen Weg geht, und teilweise eben nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aktenvermerk von Valentino Donau am 19. März 2002, das war ein Mitarbeiter und auch Neffe von Herrn Plech. Kennen Sie Herrn Valentino Donau?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Der Name sagt mir jetzt nichts, aber ...

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur den letzten Satz:

Plech meint, so war das nicht ausgemacht, die halbe Bruttomonatsmiete ist dann vereinbart worden, wenn das Finanzministerium einen Beitrag für die Übersiedlungskosten und die jährliche Miete übernimmt. – Zitatende.

Das ist eine zusätzliche Provision für den Herrn Plech. Wissen Sie darüber etwas? *(Mag. Grasser: Nein!)* – Ist in Ihrer Gegenwart irgendwie die Provision des Herrn Plech zur Sprache gekommen?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ob ich damals wusste, dass er eine Provision bekommt oder nicht, das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen. Nachdem er wahrscheinlich neben Böhmendorfer seine Rolle wohl klargemacht haben wird und auch Böhmendorfer sie klar gemacht hat, kann es leicht sein, dass ausgesprochen wurde damals, dass es eine Provision gibt. Hat mich die Höhe interessiert, die Bedingungen interessiert oder sonst etwas? – Nein!

Nochmals: Ich habe in sieben Jahren Finanzminister dem Herrn Plech **keinen** Auftrag gegeben, es hat kein Maklergeschäft gegeben, das er mit dem Finanzministerium gemacht hat, weil ich diese klare Trennlinie ziehen wollte!

Was der Justizminister in seiner Ministerverantwortung gemacht hat, müssen Sie bitte wirklich ihn fragen. Das haben Sie gestern nicht tun können, weil Sie ja gestern, glaube ich, noch erkrankt waren. Aber Gott sei Dank sind Sie heute wieder hier.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur noch abschließend zwei kurze, sachliche Fragen, und dann lese ich noch eine Zeile vor.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das ist dann auf Kosten der Zusatzfrage!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Selbstverständlich.

Das Projekt Justiz-Tower: War das dann letzten Endes teurer oder billiger als die bisherigen oder anderen geplanten Unterbringungen?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Habe ich jetzt nicht mehr im Kopf, aber ich gehe davon aus, dass es teurer war, und deswegen haben wir Widerstand dagegen geleistet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War die Bedeckung geklärt im Februar 2002?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ohne dass die Bedeckung geklärt ist, wird man am Ende des Tages keine Zustimmung dafür erteilt haben. Das heißt, ich gehe davon aus, dass mit Erteilung der Zustimmung am Ende des Tages auch die Bedeckung geklärt gewesen sein wird.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sehen Sie, und das ist das, was mich so gewundert hat. Da gibt es eine Information der Abteilung II/14 aus dem Finanzministerium vom 14. Februar 2002, und da steht unter „Gesamtbeurteilung und Lösungsvorschlag“ folgende kritische Bemerkung.

„Er ist allerdings“ – der City Tower –

erheblich teurer als die bisherigen oder geplanten Unterbringungen. Die finanzielle Bedeckung ist nicht geklärt.“

Das ist ja ganz erstaunlich, wenn man sich geeinigt hat, sagt, jetzt machen wir den Vertrag, alles Mögliche, und die Beamten schreiben hinein in die Information an den Minister, „die Bedeckung ist nicht geklärt“.

Was haben Sie denn dann gemacht?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Seien Sie lieb und geben Sie mir das auch her, dann kann ich versuchen, Ihnen etwas dazu zu sagen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich setze fort, denn es ist ganz einfach. Es geht dann weiter:

„Der Mehraufwand wird gemeinsam mit den Einrichtungskosten erstmals 2003 schlagend. Dies ist auch vor dem Hintergrund des angestrebten 0-Defizits und einer diskutierten Steuersenkung zu sehen.

Es ist daher eine politische Entscheidung, ob vor diesem Hintergrund dem CTV-Projekt“ –

also dem City-Tower-Projekt –

„zugestimmt werden kann.“

Das ist ein ganz entscheidender Punkt, der für uns für die spätere Bewertung wichtig ist.

Die Argumentation – ich weiß jetzt nicht, ob es von Ihnen kommt, das ist auch relativ egal –, das Ganze wäre aus wirtschaftlichen Gründen und Ähnlichem so entscheiden worden, stimmt ganz offensichtlich **nicht**, sondern die Beamten – und das machen Beamte in dieser Situation, das haben wir in einem ganz anderen Zusammenhang in diesem Untersuchungsausschuss auch gesehen – halten dann etwas ganz bestimmtes fest, und das ist immer wieder derselbe Satz:

„Es ist daher eine politische Entscheidung, ob vor diesem Hintergrund dem CTV-Projekt zugestimmt werden kann.“

Genau das war es. Eine **politische Entscheidung** für die teuerste Variante, unter Beitrag – und da war Böhmdorfer mit Plech gemeinsam erfolgreich – aus dem Budget des Bundesministeriums für Finanzen. Da gibt es etliche eigene Unterlagen, wo das detailliert aufgelistet wird. Deswegen ist es auch die Frage, die bis heute nicht beantwortet wird, warum nicht nur der Justizminister, der vielleicht Ressortinteressen hat, sondern auch der **Finanzminister**, der sicherlich kein Interesse am teuersten Projekt haben konnte, in einer Art und Weise zugestimmt hat, dass seine Beamten nur noch diese **Absicherungsklausel** in die Information hineinschreiben konnten.

Das war die Geschichte City Tower, und deswegen stellt sich am Ende wieder die Frage: Was war die Leistung des Herrn Meischberger? Aber ich bin mir sicher, dass Sie das auch in diesem Zusammenhang nicht beantworten wollen. – Danke, ich habe dazu keine weiteren Fragen.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Aber ich darf Ihnen natürlich die Antwort auf Ihre Ausführungen und die vorige Frage geben, da ich mir mittlerweile diese Unterlage angesehen habe.

Herr Abgeordneter, ich muss Ihnen schon sagen: Wenn Sie sagen, es wundert Sie, dann muss ich Ihnen ehrlich sagen, warum wundert Sie das, Herr Abgeordneter, dass es eine politische Entscheidung war? Wissen Sie, Regierungen sind politische Organe. Und Entscheidungen einer österreichischen Bundesregierung waren und sind immer **politische Entscheidungen**. Wenn Sie mich damals gefragt hätten, bin ich dafür, dass es ein Kinderbetreuungsgeld Neu gibt, isoliert als Finanzminister, hätte ich Ihnen gesagt, nein, weil ich im Sinne der Sparsamkeit, der Zweckmäßigkeit, solange wir ein Defizit haben, sage, nein, keine zusätzlichen Ausgaben! Da kann ich Ihnen jetzt viele, viele Beispiele geben.

Aber: Politik heißt dann eben auch Entscheidungen zu treffen, wo man ein größeres Ganzes sieht, wo man Vorhaben einer Bundesregierung umsetzt, wo einzelne Ressortminister ihre Vorhaben umsetzen. Ich erachte es nicht als fair, Herr Abgeordneter, wenn Sie eine Unterlage präsentieren und wieder einmal fragmentarisch daraus berichten. Ich darf das ganze Zitat hier bringen, das damals im Finanzministerium, mir auf der Seite 3 ersichtlich, vorgelegt worden ist:

„Gesamtbeurteilung und Lösungsvorschlag“ –

nämlich das, was Sie vorsätzlich, bewusst **nicht** vorlesen, Herr Abgeordneter. Da steht, von meinen Beamten damals geschrieben:

„Der CTV“ –

also der City Tower – „erscheint sachlich ein gutes Projekt, da er eine funktionelle Gerichtsunterbringung an einem verkehrstechnisch hervorragenden Standort erlauben würde. Der angebotene Mietzins wird von der Abteilung I/5 für angemessen erachtet. Die Valorisierung auf Basis VPI entspricht dem MRG.“

Dann heißt es: Ist teurer als bisher, finanzielle Bedeckung nicht geklärt, braucht eine politische Entscheidung.

Das heißt, tun Sie nicht einfach unter den Tisch fallen lassen, was durchaus wichtig ist, wenn man hier vor Journalisten in der Öffentlichkeit eine Diskussion abführt, nämlich dass offensichtlich die Abteilung I/5 sagt, „verkehrstechnisch hervorragender Standort“, „gutes Projekt“, „funktionelle Gerichtsunterbringung an diesem Standort möglich“. Zum Mietzins darf ich ausführen, wird damals vom Finanzministerium gesagt:

„Der angebotene Mietzins wird ... für angemessen erachtet.“ (*Zwischenruf des Abg. Dr. Matznetter.*)

Daher, Herr Abgeordneter, das war offensichtlich die Sichtweise des Finanzministeriums, und dass damals meine Beamten gesagt haben, wir sind aber nicht dafür, weil es teurer ist, das ist völlig klar und es war auch dokumentiert meine Position, die ich in mehreren Gesprächen vertreten habe.

Nochmals: Nachdem der Justizminister dann gesagt hat, ich will das unbedingt, habe ich am Ende des Tages zugestimmt, habe nie ein Geheimnis daraus gemacht, habe mir auch nichts vorzuwerfen in dieser Frage.

Denn wenn Sie sich jetzt budgetär nochmals, um den Rahmen ein bisschen weiter zu spannen, den Eigenfinanzierungsgrad des Justizressorts ansehen, und zwar im Vergleich zu allen anderen Ministerien, dann kommen Sie darauf, dass das Justizministerium einen **sehr großen Teil** seiner gesamten Ausgaben über **eigene Einnahmen** bedeckt; etwas, was fast kein anderes Ressort zustande bringt.

Wenn Sie einmal fair und objektiv sein würden, dann würden Sie erkennen, dass das eine gewisse Rolle spielt, wenn man mit einem Bundesminister diskutiert, der sagt: Weißt du was, du behandelst mich in Budgetverhandlungen ohnehin extrem streng, ich bekomme das nicht und das nicht und das nicht; jetzt sage ich dir einmal, es ist mir ein Anliegen, weil ich davon überzeugt bin, dass die Konzentration in diesem Justiz-Tower Sinn macht. Deine eigenen Beamten sagen, Mietzins haben wir gut verhandelt, ist angemessen. Deine eigenen Beamten sagen, verkehrstechnisch eine hervorragende Position! Daher: Warum willst du mir das jetzt nicht geben, wenn ich ohnehin einen so hohen Eigenfinanzierungsgrad in meinem Ressort habe?!

Verzeihen Sie bitte, dass ich damals dann dem Justizminister zugestimmt habe, weil er politisch großes Gewicht auf diese Entscheidung gelegt hat. Ich darf auch dazusagen: Im Vergleich zu – Sie überhöhen das jetzt – anderen politischen Entscheidungen war das wirklich keine besondere Priorität und eine Entscheidung **kleineren** Ausmaßes, die wir treffen mussten. Daher habe ich für mich auch damals entschieden: Es macht keinen Sinn, mit dem Justizminister unüberbrückbare Gräben zu schaffen und mit ihm sozusagen in einen massiven Streit einzutreten.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke für die ausführliche Antwort. (*Abg. Dr. Pilz: Darf ich, Frau Vorsitzende ...!*) – Auf die vorletzte Frage des Herrn Abgeordneten Pilz haben Sie auch geantwortet, dass Sie nie einen Auftrag an Kommerzialrat Plech gegeben haben. Wir haben allerdings im Parlament seit Dezember 2011 einen Rechnungshofbericht „Standortentwicklung der Zentralleitung des Bundesministeriums für Finanzen und Generalsanierung des Standorts Himmelpfortgasse 6 – 8“, und da ist in der Kurzfassung des Rechnungshofberichts auf Seite 14 Folgendes vermerkt. Ich bringe es Ihnen nur zur Kenntnis, weil das in völligem Widerspruch zu Ihrer Aussage steht. (*Abg. Dr. Jarolim: Ja, das ist erlaubt!*) Das steht im Rechnungshofbericht auf Seite 14:

„Ebenso wurde auf ausdrücklichen Wunsch des Bundesministers für Finanzen im Jahr 2002 – ebenfalls ohne schriftlichen Auftrag – für die Standort- und Verwertungsüberlegungen hinsichtlich der Liegenschaften der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (BIG) Riemergasse 4 und 7, in denen bislang u. a. das Wiener Handelsgericht untergebracht war, ein Immobilienmakler beigezogen.“

Und wir wissen vom Rechnungshof: Der hieß Plech!

Das nur sozusagen zur Ergänzung – ich formuliere es hier höflich – Ihrer Antwort.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Darf ich vielleicht auch etwas dazu sagen, Frau Abgeordnete (*Obfrau Dr. Moser: Ja, gerne!*), wenn Sie den Vorsitz hier einfach dazu ... (*Abg. Amon: Vielleicht kann man zuerst klären, welche Zeit das ist!*) – Ja, das würde mich auch interessieren.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich wiederhole es gerne noch einmal: Das Ganze steht im Rechnungshofbericht vom Dezember 2011 und bezieht sich auf das Jahr 2002.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Frau Vorsitzende, Sie haben eben dem Kollegen Pilz das Wort abgedreht und haben gesagt, seine Redezeit ist aus – und jetzt machen **Sie** da lange Ausführungen? (*Abg. Dr. Jarolim: Das geht jetzt auf ÖVP-Zeit!*)

Ich glaube, ich verzichte dann auf die zweite Runde (*Obfrau Dr. Moser: Nein!*), damit wir Ihre Redezeit unterbringen. (*Abg. Dr. Pilz: Das ist eine gute Idee! – Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Amon! Ich mische mich nicht in Befragungen ein. Ich stelle ab und zu am Anfang eine Frage. Ich bin da sehr, sehr zeitökonomisch!

Jetzt musste ich in Zusammenhang mit einer Antwort des Herrn Mag. Grasser auf einen Vermerk des Rechnungshofes zurückgreifen, der inhaltlich im Zusammenhang mit dem Beweisthema steht, das wir besprechen: Riemergasse und Justiz-Tower. Vielleicht haben Sie sich nicht richtig erinnert. (*Mag. Grasser: Nein, Frau ...!*) Es ist Ihnen ja völlig unbenommen, nur kann ich es nicht im Raum stehen lassen, wenn ich gleichzeitig die Unterlage des Rechnungshofes habe.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Frau Abgeordnete! Ich weiß, dass Sie eine besonders objektive Vorsitzführung machen und geradezu dafür prädestiniert sind vor dem Hintergrund, dass Sie mich bei der Staatsanwaltschaft angezeigt haben (*Obfrau Dr. Moser: Danke, ja!*) und in mehreren Rechtsstreitigkeiten mit mir verbunden sind.

Aber ich darf Ihnen dazu noch einmal Folgendes sagen.

Erstens: Ich habe hier im Ausschuss völlig korrekt ausgeführt, dass Herr Plech von mir in sieben Jahren **keinen** Maklerauftrag bekommen hat, dass das Finanzministerium aus einer Maklertätigkeit keinen Euro oder Cent an Herrn Plech überwiesen hat. – Punkt eins.

Punkt zwei: Zu dem, was Sie hier als Rechnungshof-Statement vorgelesen haben, habe ich bis jetzt gar nichts gesagt! Es steht kein Satz drin, dass ich diesen Auftrag an Herrn Plech erteilt hätte, von dem, was Sie jetzt vorgelesen haben.

Zum Dritten ist die Riemergasse, wenn ich mich richtig entsinne, ein Gebäude des **Justizministeriums** gewesen. Justizorgane waren darin untergebracht. Daher bitte ich, nehmen Sie zur Kenntnis, wenn Sie so etwas vorlesen: Ich konnte Herrn Plech keinen Auftrag für Projekte und Gebäude des Justizministeriums erteilen!

Insofern sollte man als Vorsitzende, um Objektivität bemüht, das auch dazusagen, wenn man so etwas vorliest und daraus versucht, mir irgendwie zu sagen: Sie haben sich an etwas nicht erinnert! – Ich erinnere mich genau an diese Geschichte und sage es noch einmal: Plech hat keinen Cent vom Finanzministerium aus Maklertätigkeit verdient!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, das können Sie gern sagen. Das Problem ist nur, die Riemergasse hat mehrere Hausnummern, mehrere Häuser. Unter anderem gibt es auch ein Objekt Riemergasse 4 und 7, und da war praktisch laut Rechnungshof Ihr Auftrag an den Herrn Immobilienmakler.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Wo steht das, dass das mein Auftrag war, Frau Abgeordnete?!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das habe ich Ihnen ja vorgelesen! Sie können ...

Mag. Karl-Heinz Grasser: Lesen Sie noch einmal, wo drinsteht: Grasser-Auftrag!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: „Ebenso wurde auf ausdrücklichen Wunsch des Bundesministers für Finanzen im Jahr 2002 – ebenfalls ohne schriftlichen Auftrag – für die Standort- und Verwertungsüberlegungen hinsichtlich der Liegenschaften“, bla bla bla, kann ich aber noch einmal vorlesen, „untergebracht war, ein Immobilienmakler beigezogen.“

Steht im Rechnungshofbericht! Ich kann nichts dafür.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ja, „einer“? Steht dort, dass es Plech war? Steht dort, dass er dafür Geld bekommen hat? (*Abg. Dr. Rosenkranz: Frau Vorsitzende, zur Geschäftsordnung!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das ist ja nicht Thema! Ich habe Ihnen nur zur Kenntnis gebracht, was im Rechnungshofbericht steht. Und ich habe dazugesagt, dass der Rechnungshof mir auch mitgeteilt hat, dass es sich um Plech gehandelt hat. (*Mag. Grasser: Aber, Frau Vorsitzende ...!*) – Zur Geschäftsordnung: Herr Abgeordneter Rosenkranz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Jetzt hat es einen Vorhalt gegeben, wo ich von Gebäuden aus der Himmelpfortgasse und Ähnlichem gehört habe. Als Sie es zum zweiten Mal vorgelesen haben, haben Sie bei den Liegenschaftsadressen „bla bla bla“ gesagt, also vielleicht ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, ich kann es gern sagen – das vierte Mal –: Riemergasse 4 und 7.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ja! Dann geht es jetzt darum: Es wurde laut Rechnungshofbericht über Wunsch des Finanzministers ein Immobilienmakler beigezogen. Das ist ein Informationsstand, der sich nur aus dem Rechnungshofbericht ergibt. Der Rechnungshof nennt an sich keine Namen.

Jetzt haben offensichtlich Sie, Frau Vorsitzende, eine Exklusiv-Information bekommen, dass es sich dabei um Herrn Plech handeln soll. Diese Information ist zumindest uns in keiner Weise irgendwie breiter zugegangen. Vielleicht, wenn wir fragen; wer lange fragt, kriegt vielleicht etwas. Das mag alles sein, ist aber auf jeden Fall keine Information, die uns zugegangen ist.

Ich weiß jetzt auch nicht – wenn es einen Wunsch gegeben hat, dass es sich ein Immobilienmakler anschaut: Steht im Rechnungshofbericht etwas darüber drin, dass diese Beauftragung oder dieser Wunsch, wie immer das genannt wird, **entgeltlich** war oder nicht? – In meinem politischen Leben kommt es oft vor, dass ich einen Freund frage, der etwas beurteilen kann. Das ist sogar meine Tätigkeit als Gemeinderat, wenn ich sage, die Stadt verkauft jetzt irgendein Gebäude, und ich frage einen Immobilienmakler: Sag, stimmt der Preis dort?, und er sagt mir das einfach, ohne dass ich ihm dafür etwas zahlen muss, oder Ähnliches.

Mich würde daher interessieren, ob diese Beauftragung, die der Rechnungshof da angeführt hat, auch eine entgeltliche war, und wenn ja, welche Rechnung das war und wie hoch sie war. Das würde mich interessieren, da ich das so nicht kenne und das

nicht wirklich grundsätzlich ein Beweisthema ist, sondern Sie, Frau Vorsitzende, das – hoffentlich auf Kosten der Redezeit der grünen Fraktion – in der zweiten Runde auch eingebracht haben.

Sie haben etwas eingebracht, was ich durchaus für wesentlich halte: Sie haben versucht, die Glaubwürdigkeit der Auskunftsperson im Vergleich zu einer früheren Aussage zu erschüttern. Das ist durchaus legitim, und das verstehe ich auch. Aber dann möchte ich, um mir ein Bild zu machen, die entsprechenden Informationen auch genauer haben, die Sie hier einfließen lassen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Eine kurze Antwort – Sie können ja selber noch nachlesen, ich habe auch die Seitenzahl genannt –: Es ist beigezogen in der Kurzfassung des Textes des Rechnungshofberichtes. In der Kurzfassung steht nichts von Honoraren. Ich schaue jetzt gerne noch in der Langfassung nach und beantworte Ihnen dann die Frage.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Und ich kann es Ihnen gerne jetzt beantworten! (*Obfrau Dr. Moser: Ja!*)

Es war genau so, wie Sie es in der Gemeinde tun: Man bittet einen Experten, darauf zu schauen. Und ich bin sehr sicher, dass er das unentgeltlich getan hat.

Großes Verbrechen – lassen wir keine Experten mehr darauf schauen!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein, ich schaue gerne nach!

Bitte, Herr Abgeordneter Amon. Es geht nicht auf Kosten Ihrer Redezeit.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich möchte, wenn Sie gestatten, Frau Vorsitzende, eine Korrektur anbringen.

Ich habe Herrn Dipl.-Ing. Pipal im Hinblick auf seine Zeugeneinvernahme vom 23. 11. 2010 zitiert. Die Sitzung, auf die er sich darin bezogen hat, war nicht am 23. Dezember 2005, sondern am 22. Dezember 2005 – nur fürs Protokoll, denn das hat er selbst hier ausgesagt. Einen anderen Hinweis auf den Termin gibt es nämlich nicht. Ich habe irgendwie den 23. im Kopf gehabt, aber es war der 22. Dezember. – Keine weiteren Fragen in der zweiten Runde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich hoffe auch, dass meine Fragen Beantwortung aus der Langfassung finden. Ich lasse mir den Bericht jetzt einmal kommen, damit ich das auch sehen kann, weil es nicht unwesentlich ist.

Herr Mag. Grasser! Ich brauche jetzt gar nicht so sehr zu Details zu fragen, weil schon sehr viel beantwortet wurde. Ich bin sicherlich nicht der, der Sie zum wer weiß, wievielten Mal fragen wird; die einen fragen es direkt, die anderen fragen es verklausulierter. Ich werde Sie jetzt nicht fragen: Haben Sie Schmiergeld, Bestechungsgeld oder sonst etwas genommen, und was haben Sie mit dem gemacht? – Diese Antworten habe ich von Ihnen schon gehört. Im Rahmen von drei Befragungen habe ich Ihren Standpunkt bereits gehört und habe mir das auch entsprechend gemerkt.

Nur: So leicht ist es nicht, hier zum Beispiel auch die Fragen des Kollegen Jarolim abzutun, denn wir als Abgeordnete sind ... – Sie sind ja unmittelbar damit konfrontiert, teilverdächtige Person in einem Strafverfahren zu sein, in einem sehr komplexen Strafverfahren, in einem lange andauernden Verfahren.

Die Staatsanwaltschaft macht sich natürlich auch so ihre Gedanken aufgrund ihrer Erfahrungen und aufgrund der Ermittlungen, die sie gepflogen hat. Diese Ermittlungen dürften noch nicht zu Ende sein. Insbesondere wartet die Staatsanwaltschaft auch darauf, was im Zuge von Rechtshilfeersuchen aus Liechtenstein beziehungsweise aus der Schweiz noch kommen kann oder nicht kommen kann.

Es gibt zum Beispiel, minutiös aufgezählt auf 67 Seiten, von der zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung der Wirtschaftsstrafsachen und Korruption, gezeichnet vom Leitenden Staatsanwalt Mag. Geyer, ein Rechtshilfeersuchen. Ich lese da nur einen Absatz vor:

„In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass laut Kreditvertrag seitens der Kredit nehmenden Mandarin Group Ltd. ein Zinssatz von 3,5 % garantiert wurde. Überdies wurde vereinbart, dass bei Kapitalrückführung aus dem Kauf/Verkauf von MIP-Aktien ein den garantierten Zinssatz von 3,5 % übersteigender Nettobetrag Ing. MEISCHBERGER vordergründig zu bezahlen gewesen wäre. Aufgrund dieser für die Mandarin Group Ltd. bloß nachteiligen Vertragsgestaltung, lässt sich keine wirtschaftliche Rechtfertigung für den Abschluss des Kreditvertrages durch die Verantwortlichen der Mandarin Group Ltd. erkennen und besteht der Verdacht, dass auch dieser Vertrag nachträglich erstellt wurde, um den Zahlungsabfluss vom Konto ‚Walter‘ bei der HIB auf das Konto der Mandarin Group Ltd. bei der RLB und die sich daraus ergebende Nähe zu Mag. GRASSER zu verschleiern.“

Welche Nähe kann gemeint sein? Gibt es eine Nähe von Ihnen zur Mandarin Group Ltd.?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens möchte ich sehr klar sagen, dass ich diesen Vertrag zwar heute kenne aufgrund der Berichterstattung und der Unterlagen aus diesem Ermittlungsverfahren, aber es ist ein Vertrag, der offensichtlich zwischen Meischberger und Mandarin geschlossen wurde. Daher kann ich Ihnen sonst zu diesem Vertrag nichts sagen.

Gibt es ein Naheverhältnis von mir zur Mandarin Group? – Nein, ein Naheverhältnis gibt es nicht. Es gibt eine Transaktion, meiner Erinnerung nach eine Transaktion, die ich ebenso über die Mandarin-Gruppe abgewickelt habe.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber Sie stehen nicht wirtschaftlich in irgendeiner Form – durch Beteiligung oder Ähnliches – hinter der Mandarin-Gruppe? (*Mag. Grasser: Nein!*) – Da gibt es da noch etwas Weiteres, und zwar – um hier auch in die Gedankenwelt der Staatsanwaltschaft einzutauchen – ein Protokoll über die Dienstbesprechung vom 11. 1. 2011. Diese hat von 14 Uhr bis 17.20 Uhr gedauert, und da geht es um den gesamten Themenkomplex von BUWOG bis Porr, über alle möglichen Sachen.

Diese Dienstbesprechung ist auch sehr umfangreich. Anwesend bei dieser Besprechung waren Sektionschef Mag. Pilnacek, Leitender Staatsanwalt Jirovsky, Staatsanwalt Dr. Janda seitens des BMJ, dann seitens der OStA der Leitende Oberstaatsanwalt Hofrat Pleischl und der Oberstaatsanwalt Leitner, seitens der StA Wien die Leitende Staatsanwältin Maria-Luise Nittel, dann Staatsanwältin Mag. Beatrix Winkler, Staatsanwalt Vecsey und Staatsanwalt Dr. Gerald Denk. Sie haben also an dieser Besprechung teilgenommen. Da ist ziemlich viel aufgeboten, was die Anklagebehörde in Österreich zur Verfügung hat. (*Mag. Grasser: Kann man so sagen!*)

Ich zitiere aus dem Protokoll über diese Dienstbesprechung:

„Ing. MEISCHBERGER erklärte in seiner dritten Beschuldigtenvernehmung sinngemäß, dass er die Aktien der Meintl International Power Ltd.“ –

also MIP –

„von den Konten der HIB auf das Konto der Mandarin Group Ltd. übertragen habe, damit Norbert WICKI für ihn Stimmrechte auf den Hauptversammlungen der Meinl International Power Ltd. im Sinne seines Freundes Mag. GRASSER ausüben könne.“

Es hat dann auch tatsächlich eine Hauptversammlung gegeben. – Abgesehen davon, wie die Selbstanzeige war und dass Meischberger auch gezwungen war, diese Anteile zu verkaufen, und er einen dramatischen Vermögensverlust hatte:

Wie können Sie sich erklären, dass Ing. Meischberger auf einmal Interesse daran hatte, Stimmrechte bei der MIP im Sinne von Ihnen auszuüben? Was war da besprochen bei diesem Freundschaftsdienst? Was war das Anliegen?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Das kann ich ganz einfach erklären, Herr Abgeordneter. Ich war damals ja im Rahmen dieser Meinl International Power tätig. Es hat, auch öffentlich nachvollziehbar, einen Übernahmekampf gegeben, weil einige, ich sage, „klassische Heuschrecken“ versucht haben, die Meinl International Power feindlich zu übernehmen.

Wir haben uns daher damals als Geschäftsführungs-, als Aufsichtsratsmitglieder der Meinl international Power Management, also der Management-Gesellschaft, bemüht – genauso wie die Meinl International Power selbst, Hans Haider und andere –, möglichst viele Stimmen von Aktionären beziehungsweise Zertifikatsinhabern zu bekommen, die uns gegen diese „Heuschrecken“ unterstützen sollten. Daher haben wir sowohl öffentlich als auch allen Aktionärinnen und Aktionären gegenüber, die wir gekannt haben, darum geworben: Unterstützt uns bitte! Es hat auch so etwas wie eine Road Show zu den Aktionären gegeben – egal, ob das nach Deutschland, nach England, nach Spanien war, ob das in Österreich der Fall war.

Meischberger hat natürlich hautnah mitbekommen, dass wir diesen Abwehrkampf führen, und hat mir dann im Nachhinein gesagt, dass er mir helfen wollte. Damals habe ich es nicht gewusst, sondern im Nachhinein, mit dem Auffliegen der ganzen Geschichte, sagte er mir: Du, ich wollte dir helfen und habe meine Aktien auf die Mandarin übertragen, damit die das Stimmrecht für mich ausübt, denn ich hätte es nicht für dich ausüben können, weil ich ja sozusagen offiziell diese Aktien nicht haben konnte!

So wurde mir das erklärt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also Ihr Freund und Trauzeuge Meischberger wollte Ihnen einen Freundschaftsdienst erweisen und hat Ihnen das vorher oder zeitnah überhaupt nicht gesagt: Du, ich setze mich jetzt auch bei der MIP ein, damit ich dich dort im Kampf gegen die „Heuschrecken“ unterstütze?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, so nicht. Ich glaube mich zu erinnern, dass er zu mir sinngemäß gesagt hat, dass er auch ein paar Stück Aktien hat. Ich habe ja nicht gewusst, über welche Vermögenspositionen Meischberger damals verfügt hat. Ich glaube mich zu erinnern, dass er gesagt hat: Du, ich habe auch ein paar Aktien, und das werde ich natürlich sozusagen entsprechend für dich abstimmen!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dieses jetzt geschilderte Gespräch war damals zeitnah? Nicht im Zuge des Auffliegens, sondern es war zeitnah mit dem Abstimmungsverhalten?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Damals, zeitnah mit dem Abstimmungsverhalten, glaube ich, dass Meischberger mir gesagt hat, er hat ein paar Aktien. Und ich habe mir gedacht: Ja was wird er haben? – Ich glaube, der Aktienkurs war damals irgendwo zwischen 5 und 6. Er wird eben ein paar hundert Stück oder was immer haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Danke, das genügt mir an sich. – Ich muss jetzt nur auf das zurückkommen, was die Frau Vorsitzende vorhin gemeint hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, ich habe es schon gefunden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich habe jetzt den Rechnungshofbericht da, und auf Seite 27 findet sich im dritten Absatz Folgendes:

„Im Februar 2002 ergaben sich für das BMF mit den infolge der Übersiedlung u.a. des Handelsgerichts Wien frei gewordenen Liegenschaften der BIG an den Standorten Riemergasse 4 und 7 nicht nur zwei weitere Sanierungsvarianten, sondern auch eine Alternative für die künftige Unterbringung der Zentraleitung des BMF. So sah eine der beiden Varianten einen dauerhaften Standortwechsel in die beiden genannten Liegenschaften vor.“

Und jetzt kommt´s:

„Auf ausdrücklichen Wunsch des Bundesministers für Finanzen sollten“ –

Konjunktiv! –

„diese Überlegungen mit dem Immobilienmakler, der den Umzug des Handelsgerichtes vermittelt hatte, besprochen werden.“

Also: „sollte“!

„Ein Auftragsverhältnis mit diesem Makler, der zum Teil in die weiteren Verwertungsüberlegungen eingebunden war, bestand nicht“.

Das heißt, es war offensichtlich ein Wunsch, dem aber über ein Auftragsverhältnis nicht nachgekommen wurde. Das lese ich jetzt hier in der Langfassung.

Was erhellt sich für Sie, Frau Vorsitzende, aus dem?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, es ist ganz einfach. Blättern Sie um und lesen Sie weiter auf Seite 28 – das ist dann TZ 17 –:

„Insbesondere kritisierte der RH die Beziehung eines Bau- und Projektentwicklungsunternehmens und eines Immobilienmaklers ohne vertragliche Verpflichtung.“

Wir können uns ja beim Rechnungshof erkundigen. – Das ist auf Seite 28 der dritte Absatz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dieses „ohne vertragliche Verpflichtung“ verstehe ich unter Umständen dann, wenn es um Haftungsfragen geht. Also wenn man sagt: Ich mache überhaupt keinen Vertrag, aber beziehe jetzt lauter Experten ein, und dann geht etwas schief, weil mir die Experten irgendetwas geflüstert haben. – Dann könnte ich die Kritik verstehen.

Aber können Sie mir irgendeine Passage nennen, wonach diese Beauftragung, oder was immer, **entgeltlich** erfolgt ist?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein, das war ja nicht die Frage! (*Mag. Grasser: Na ja!*) Das habe ich auch nie behauptet. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass der Rechnungshof das kritisiert und der Rechnungshof das **thematisiert!** (*Mag. Grasser: Eine völlig unglaubliche Ausübung der Vorsitzführung!*) Im Zusammenhang damit, dass Herr Mag. Grasser darauf hingewiesen hat (*Mag. Grasser: Eine derart parteiische Vorsitzführung habe ich überhaupt noch nie gesehen!*), dass er **nie** mit Plech irgendein Vorhaben ... – Ich weiß nicht, wie Sie es genau formuliert haben. Wir können das ja im Protokoll in Ruhe nachlesen.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich kann das nur formulieren als: parteiische, voreingenommene Vorsitzführung. (*Abg. Dr. Jarolim: Nein, das war eine Tatsache! – Weitere Zwischenrufe.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das ist es überhaupt nicht! Das ist doch nur eine Zurverfügungstellung von Materialien, die dem Grundauftrag des Ausschusses, der Aufklärung, dient. Ich darf noch einmal darauf verweisen: Es handelt sich da um die Riemergasse 4 bis 7, und das sind genau die Objekte, die nach Aussiedlung der Gerichtsinstitutionen freigeworden sind. Also ist sozusagen mit dem Beweisthema ein direkter Zusammenhang gegeben. Wir können all dem noch extra nachgehen, wir können dem im Rechnungshofausschuss nachgehen. Ich habe es nur als Information dem Ausschuss zur Verfügung gestellt, nachdem Herr Mag. Grasser uns sein Verhältnis zu Plech dargelegt hat.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Danke. Aber können Sie jetzt darüber hinausgehen, damit wir zu einem Untersuchungsgegenstand mit politischer Verantwortung kommen, ob Sie nun der Meinung sind, dass aufgrund dieses Vorgangs der nicht vertraglichen Einbindung eines Immobilienmaklers in irgendeiner Form ein Schaden für die Republik Österreich entstanden ist oder ... – Ich verstehe jetzt nicht, wo das hinführt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein, ich habe ja nur darauf hingewiesen, dass es Rechnungshofinformationen gibt über die Kooperation, in welcher Form auch immer, zwischen dem Herrn Finanzminister ...– Ich habe hier nicht das Recht, dass ich irgendwelche Interpretationen in Ihrem Sinne vornehme.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann danke ich Ihnen, Frau Vorsitzende, dass Sie darauf hinweisen, dass es Rechnungshofberichte gibt!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich darf ja noch darauf hinweisen, dass es Inhalte gibt bei den Rechnungshofberichten. (*Zwischenruf.*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das war alles noch im Rahmen meines Zeitkontingents, darf ich nur anmerken.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie können ja weiterfragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Danke. Ich habe mein Zeitkontingent erledigt. Ich verstehe nicht, was das gewesen sein soll.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Mag. Grasser! Zur Nordbergstraße noch einmal. Auf meinen Vorhalt des „magischen Dreiecks“ – Grasser, Plech, Meischberger – hin haben Sie gesagt, dass Sie mit der Nordbergstraße überhaupt nichts zu tun haben. Diesbezüglich halte ich Ihnen jetzt folgende Unterlagen vor. Es stimmt nämlich überhaupt nicht, dass Sie damit nichts zu tun hatten. Sie sind auch in der Causa Nordbergstraße federführend mit dabei gewesen, und auch in der Causa Nordbergstraße gibt es eben genau dieses magische Dreieck: Grasser, Plech und Meischberger, und zwar in folgender Form:

Es wurde verhandelt – da hat es schon im Jahr 2001 erste Gespräche gegeben –, und der Wirtschaftsuni wurde von der Post dieses Objekt in der Nordbergstraße 15 angeboten, und im Gespräch war der Einzug der Universität in diese Immobilie. Und es läuft auch alles wunderbar. Die führen Gespräche, es wird dann auch mit der BIG verhandelt und so weiter. Und dann schreibt Ihnen – und damit kommen Sie jetzt persönlich ins Spiel – die damals zuständige Ministerin Elisabeth Gehrler am 4. Juni

2002, also nach ungefähr einem Dreivierteljahr, nachdem schon Gespräche gelaufen sind, Folgendes – wir sind bei der Nordbergstraße, noch einmal, wo Sie sagen, Sie haben nichts damit zu tun –:

„Sehr geehrter Herr Bundesminister, lieber Karl-Heinz!“

Gehrer schildert dann die Problematik im Bereich der WU Wien, die Sanierungsbedürftigkeit und sagt dann:

„Als Ersatzobjekt“ –

während der Sanierung –

„bietet sich das leer stehende Gebäude der Post – Landesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland in der“ –

und jetzt kommt´s! –

„Nordbergstraße 15, also in unmittelbarer Nachbarschaft der Wirtschaftsuniversität, an.

Das Objekt könnte aus dem ‚Liegenschaftspaket‘ der Post herausgelöst, von der Bundesimmobiliengesellschaft angekauft und sodann an die Wirtschaftsuniversität Wien bzw. die Universität Wien vermietet werden.“

Das heißt, spätestens an diesem 4. Juni 2002 kommt der Herr Minister Grasser persönlich ins Spiel und wird von der Frau Minister Gehrer genau über diesen Plan informiert – der damals im Hintergrund schon verhandelt wurde –, nämlich dass die Wirtschaftsuni dort hinein soll, dass die BIG das ankaufen soll und dass diese das dann an die Wirtschaftsuni Wien vermieten soll.

Darüber informiert Gehrer Grasser an diesem 4. Juni 2002 und kommt zum Schluss – und damit kommen Sie auch mit Ihrer Entscheidungskompetenz ins Spiel –:

„Ich ersuche Dich, die beiden Universitäten durch Bereitstellung zusätzlicher Mittel in die Lage zu versetzen, die nicht so schnell wiederkehrende Chance der Nutzung eines Gebäudes an einem bereits bestehenden Universitätsstandort zu ergreifen.“

Mit freundlichen Grüßen

Deine Lisl Gehrer“ – Schreibt Bundesministerin Gehrer im Jahr 2002.

Und damit kommen Sie ins Spiel. Sie hat die Genehmigung des Finanzministers gebraucht und Sie mit diesem Schreiben über den Stand informiert, dass die BIG das Ganze ankaufen soll, an die Uni vermieten soll, und ersucht Sie, die entsprechenden finanziellen Mittel als Finanzminister bereitzustellen. Und das Komische ist, Herr Grasser: Genau ab diesem Zeitpunkt gerät in den Verhandlungen Sand ins Getriebe, was die Wirtschaftsuni und die Post beziehungsweise die BIG betrifft. Erster spannender Punkt, dass das fast zeitgleich ist.

Zweiter spannender Punkt ist, dass der Herr Meischberger seine Leistung, nämlich für jene 708 000 €, die er kassiert hat, damit begründet hat, dass er gewusst hat, erstens, dass die Wirtschaftsuni einen Platz sucht, und zweitens, dass er gewusst hat, dass die Telekom einen Platz hergibt – genau das, was Ihnen die Frau Gehrer in diesem Brief auch bereits im Jahr 2002 schreibt. – Zweite Auffälligkeit.

Und dann kommt der entscheidende Punkt. Sie wissen das seit diesem 4. Juni 2002, und dann läuft im Juli 2002, wo das erste Angebot gelegt wird, beziehungsweise im Dezember 2002, wo das zweite Angebot gelegt wird, plötzlich alles schief. In diesem Zeitraum kommt plötzlich die PORR ins Spiel. Und dazu zitiere ich Ihnen zwei Aussagen und stelle Ihnen dazu dann meine Frage.

Zu diesem Schwenk sagt Rektor Badelt – also nicht irgendwer –, wie verwundert er war. Zitat Badelt:

„Wir stellten uns auch die Frage, wie die PORR dazu kommen konnte, scheinbar zufällig die selben Bedingungen zu bieten wie die BIG.“

Badelt sagt dann darauf, dass er sich das nur so erklären hat können, dass es eine Informationslücke im Ministerium gegeben hat.

Und dann kommt´s:

„Auf Befragen gebe ich an, dass meinem Kenntnisstand zufolge damals das Vertragswerk“ –

gemeint ist das Vertragswerk zwischen der BIG und der Post –

„eigentlich unterschriftsreif und ausverhandelt war. Dies betraf auch die Zustimmung des BMWF, wobei nach meiner Erfahrung eine solche Zustimmung nur gegeben werden konnte, wenn auch eine solche des BMF vorlag.“ – Also Ihre. Ihre Zustimmung hat es auch gebraucht.

Und dazu führt der Vizerektor Breitenstein aus, dasselbe:

„Für mich war das Projekt unterschriftsreif und vor dem Abschluss.“

Gemeint ist wieder das Projekt, der Abschluss, wo schon seit 2001 verhandelt wurde, zwischen BIG und der Post.

„Es war nur mehr die Zustimmung des Finanzministers ausständig.“

Und dann geht es weiter: „Zur gleichen Zeit traf Rektor BADELT den damaligen GD SUNDT der Telekom gesellschaftlich und dieser avisierte ihm, dass die Nordbergstraße nicht an die BIG verkauft wird, sondern eine andere Lösung gefunden werde, woraus der WU aber keinerlei Nachteil erwachsen werde. Näheres sagte SUNDT offensichtlich nicht.“

Wir haben zu diesem Gespräch gestern auch Fragen gestellt.

Daher frage ich Sie, Herr Mag. Grasser, jetzt: Bleiben Sie nach all diesen Vorhalten bei Ihrer Darstellung, dass Sie mit der Nordbergstraße überhaupt nichts zu tun hatten? – Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Was sagen Sie dazu, dass Meischberger seine Leistungen für seine 708 000 € genau wortidentisch mit jenen Informationen begründet, die Ihnen die zuständige Ministerin Elisabeth Gehrler bereits in einem Schreiben am 4. Juni 2002 mitgeteilt hat?

Frage Nummer drei: Ist es korrekt, dass nur mehr Ihre Zustimmung und Unterschrift, wie das Badelt und Breitenstein, Rektor und Vizerektor, aussagen, gefehlt hat? Warum haben Sie damals Ihre Zustimmung nicht gegeben, die Unterschrift nicht geleistet, und kann das einen Zusammenhang damit haben, dass man ja das Ziel hatte, dass nicht die BIG das Ganze erwirbt, sondern die PORR am Ende des Tages, wie es dann auch geschehen ist?

Das waren jetzt zwar längere Ausführungen, aber dafür drei Fragen in einem Block.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Erste Bitte dazu: Wenn Sie mir die Unterlage auch zur Verfügung stellen würden, wäre ich dankbar.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welche brauchen Sie jetzt genau? Das Schreiben von Gehrler?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Einfach das, was Sie jetzt darzustellen versucht haben, weil ich das so auch nicht kenne.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben Ihnen alles orange markiert. *(Mag. Grasser: Wunderbar! Dann tue ich mir leichter!)* – Die entscheidenden Stellen sind **orange**. Politische Zusammenhänge sind ausgeschlossen. *(Heiterkeit.)*

Mag. Karl-Heinz Grasser: Warum orange? *(Zwischenbemerkung des Abg. Petzner.)*

Ich werde sicherlich nicht erschöpfend antworten, Herr Abgeordneter, aber ich will jetzt die zehn Seiten da nicht ganz durchlesen, weil sonst spanne ich den Ausschuss zu lange ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Stellen sind eh markiert. Das eine ist der Brief von Gehrler und das andere die Zeugenaussage Badelt, Zeugenaussage Breitenstein. Die entscheidenden Stellen sind orange markiert.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe Ihnen mit größter Aufmerksamkeit zugehört.

Erste Frage: Ich habe gesagt, ich habe nichts damit zu tun. – Dabei bleibe ich, und so habe ich es auch gemeint.

Sie reden da vom „magischen Dreieck“. Und ich habe gesagt, passen Sie auf, Nordbergstraße ist das beste Beispiel dafür, dass es **kein** magisches Dreieck gegeben haben kann, denn wir reden ja nicht davon, dass sich das Wissenschaftsministerium dort einmieten wollte, sondern ich habe vom Geschäft geredet. Und das Geschäft, wenn ich es richtig verstehe, das zugrunde liegt einer Provision oder Nicht-Provision, weiß ich ja nicht, bei der Nordbergstraße ... – Offensichtlich – korrigieren Sie mich – war es zuerst so, dass die BIG etwas von der Post kaufen wollte. Und dann hat die Post aber nicht an die BIG verkauft, sondern die Post hat an die PORR verkauft. Und die PORR hat offensichtlich dann ein Geschäft gemacht, weil sie an irgendeinen Immobilienfonds verkauft hat.

Dazu habe ich Ihnen gesagt, das geht mich gar nichts an und damit habe ich gar nichts zu tun, denn weder war ich damals direkt in irgendeiner Form für die BIG und den Ankauf der BIG verantwortlich noch war ich für den Verkauf durch die Post verantwortlich. Und dass die PORR dann von der Post kauft und nicht die BIG, damit habe ich schon überhaupt nichts zu tun gehabt, und damit, dass die PORR dann an einen Immobilienfonds verkauft, auch nicht.

Das heißt, ich wollte Ihnen nur sagen, ich hätte hier nichts beeinflussen können an diesem Grundgeschäft, das ja offensichtlich die Diskussionen ausgelöst hat: Meischberger, Plech, andere. Daher – und dabei bleibe ich – kann es einmal kein „magisches Dreieck“ geben, denn – jetzt muss ich unbedingt weiterreden, weil ich habe Ihnen auch so aufmerksam zugehört, korrigieren Sie mich – dieser Mietvertrag mit dem Wissenschaftsministerium wäre ja offensichtlich sowohl bei der BIG vorgenommen worden und ist auch bei der PORR vorgenommen worden. Das heißt, es hat ja keinen Unterschied gemacht, wer jetzt von der Post kauft. Sowohl bei der BIG wäre das Wissenschaftsministerium reingegangen als auch bei der PORR – das ist offensichtlich, wenn ich das jetzt richtig aus den Unterlagen erkenne.

Das heißt, ich wollte es Ihnen einfach als Beispiel dafür bringen, dass ich mit diesem Grundgeschäft, nämlich mit der Immobilientransaktion, nichts zu tun hatte. Dass ich mit der Einmietung des Wissenschaftsministeriums genau so befasst war wie das Justizministerium mit dem Justiz-Tower, das ja.

Die zweite Frage, die Sie gestellt haben, war in Bezug auf Meischberger und, ich weiß nicht, 700 000 € oder was immer Sie angesprochen haben. – Ich kann Ihnen das nicht sagen. Noch einmal: Ich habe aus der Zeitung von diesem Geschäft Nordbergstraße erfahren. Ich weiß nicht, welche Leistungen der Herr Plech für sich in Anspruch nimmt, welche der Herr Meischberger – und mir ist das auch wurscht! Daher kann ich diese Frage leider nicht beantworten.

Und die dritte Frage, die Sie zu meiner Zustimmung gestellt haben, da glaube ich fast, dass Sie sich in guter Popper'scher Prägung selbst falsifiziert haben, denn Sie haben mir gesagt, Sie wollten den Nachweis führen, dass ich irgendeine Rolle gespielt hätte und vielleicht Informationen weitergegeben hätte – das habe ich als Unterstellung so mitschwingen gehört – und dadurch dann mit dazu beigetragen haben könnte, dass das Ganze nicht die BIG, sondern die PORR gekauft hat. Und Sie haben angeführt den Herrn Badelt und seine Aussagen und irgendeinen Vize-Rektor.

Und wenn ich mir jetzt den Badelt anschau, dann sagt der Herr Badelt, dankenswerterweise in Orange hervorgehoben –:

„Dies betraf auch die Zustimmung des BMWF“ –

also Wissenschaftsministerium –

„wobei nach meiner Erfahrung eine solche Zustimmung nur gegeben werden konnte, wenn auch eine solche des BMF vorlag.“ – Daher: Falsifizierung.

Wenn Sie den Beweis führen wollen, dass ich mich da irgendwie eingebracht hätte und meine Rolle, nämlich ich hätte vielleicht einen Mietvertrag verzögert, dazu beigetragen hätte, dass es nicht die BIG gekauft hat, sondern die PORR, dann ist genau das das falsche Argument. Denn hier geben Sie mir selbst in die Hand, der Badelt sagt, das BMF hat schon zugestimmt, dass offensichtlich der Vertrag mit der BIG zustande kommt. So lese ich das da, ich meine, das sagt ja Badelt. Rektor Badelt sagt: „wenn auch eine solche des BMF auch vorlag“.

Und daher war offensichtlich meine Zustimmung ja schon gegeben für das BIG-Projekt und war dann auch für das PORR-Projekt gegeben. Und insofern ist das eigentlich der beste Beweis dafür, dass es dieses „magische Dreieck“ nicht gegeben haben kann.

Daher: Wenn Sie sich hier entlastend für mich einsetzen, bin ich Ihnen außerordentlich dankbar.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Den Gefallen kann ich Ihnen leider nicht machen.

Sie tun die Zeugenaussage des Rektors Badelt bewusst missinterpretieren. Und schauen Sie sich die vom Breitenstein an. Die haben Sie auch vor sich liegen, auch orange markiert.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Aber der Badelt sagt das ja genau.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und das entscheidende magische Dreieck Grasser, Meischberger, Plech ist insofern relevant ... – Sie haben da selber gesagt, es war Ihre Zustimmung zu diesem Mietvertrag, der schon verhandelt war, ausständig, diese ist im entscheidenden Moment nicht gekommen, sondern was gekommen ist, ist, dass auf einmal ... Alle warten nur mehr auf den Grasser. Die Unterschrift kommt aber nicht, sondern wer kommt, ist die PORR. Die PORR kommt, geht hin zur Uni und sagt, nein, nein, das machen jetzt wir, das bleibt alles gleich, wie es ist, ihr kriegt die gleichen Mietbedingungen, nur macht es nicht die BIG, sondern es machen wir von der PORR. Das ist der entscheidende politische Zusammenhang.

Und das ist insofern ja auch für den Steuerzahler relevant – Schlusssatz, Herr Grasser –, wo Sie die politische Verantwortung dafür tragen. Dass es am Ende die PORR geworden ist, hat zur Folge gehabt, Herr Mag. Grasser, dass die Mieteinnahmen nicht an die BIG und damit an die Republik geflossen sind, sondern an einen privaten Betreiber, nämlich die PORR, beziehungsweise in weiterer Folge an ein ausländisches Konsortium. Und das ist sehr wohl auch die politische Relevanz und politische Verantwortung, die Sie zu tragen haben.

Der Zusammenhang – noch einmal – ist auch eindeutig klar. Grasser unterschreibt nicht, gibt keine Zustimmung, und es taucht im gleichen Moment die PORR auf und sagt, wir übernehmen das Ganze und wir machen das, genau jene PORR, wo der Herr Meischberger 708 000 € kassiert. Und der Herr Plech – Herr Grasser, da sind wir wieder bei der politischen Unvereinbarkeit –, Ihr Herr Plech, den Sie als stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden in die BIG hineingesetzt haben, der die Interessen der BIG hätte vertreten sollen, der kassiert gleichzeitig von dem Konkurrenten, der die BIG ausgestochen hat, nämlich vom Herrn Kallinger, der mit der PORR ein Konsortium gebildet hat, und kassiert von diesem Herrn 25 000 €. Und da sind wir jetzt beim politischen Problem. Da haben wir nicht ein politisches Problem, da haben wir drei, vier, fünf, sechs auf einem Haufen, und Sie sind mittendrin.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter, ich sehe eine große politische Phantasie, die Sie in diesen Ausführungen einbringen, aber ich möchte schon Wert darauf legen, dass Sie mir eine Unterlage in die Hand gegeben haben, wonach Badelt sagt, das Vertragswerk war **unterschriftsreif** und **ausverhandelt**.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie das von Breitenstein auch vorlesen?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Breitenstein habe ich gelesen. Der Breitenstein sagt, unsere Zustimmung wäre ausständig gewesen. – Da haben Sie völlig recht.

Nur Badelt, der Rektor – Rektor zählt natürlich mehr als der Vize-Rektor, und Sie haben mir das dankenswerterweise auch gegeben –, Herr Rektor Badelt sagt, diese Zustimmung des BMWF gibt es nur dann, wenn es auch die Zustimmung des BMF gab, die offensichtlich vorlag. Das heißt, die lag offensichtlich vor. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie haben schon genügend Zeit gehabt, und Herr Mag. Grasser kann ausreden!

Mag. Karl-Heinz Grasser: Und jetzt muss ich Ihnen da noch etwas vorlesen, das Sie mir gegeben haben. Es wird hier nämlich Chromy von der BIG angeführt.

Ich zitiere das, was Sie mir gegeben haben. Das muss jetzt dieser Vize-Rektor, glaube ich, gewesen sein. Dieser Vize-Rektor sagt:

„Ich habe daraufhin Generaldirektor CHROMY“ –

dieser ist von der BIG –

„mit dem ein sehr gutes Einvernehmen bestand, gefragt, ob er von dieser Entwicklung wisse. CHROMY zeigte sich betroffen und meines Wissens und meiner Erinnerung nach sagte er damals, er sei unglücklich, ihm seien die Hände gebunden und da die WU das Haus ja dringend brauche, empfehle er, mit der PORR abzuschließen.“

Das heißt, offensichtlich war die Situation damals ja sogar so ausgesprochen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Warum sind dem Herrn Chromy von der BIG die Hände gebunden gewesen? Das ist eine andere spannende Frage. **Mag. Karl-**

Heinz Grasser: Schauen Sie, Sie geben mir in die Hand das Protokoll einer Zeugenvernehmung ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Warum sind Herrn Chromy die Hände gebunden gewesen?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, Herr Abgeordneter Petzner! Herr Mag. Grasser soll zu Ende antworten, und dann gelangt der Herr Abgeordnete Jarolim zu Wort.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Sie geben mir das Protokoll einer Zeugenvernehmung in die Hand, das die Aktenzahl 564, glaube ich, NS – oder was immer – trägt, wo ein Dr. Dkfm. Horst – weiß ich nicht wie – befragt wird – Breitenstein. Und dieser Herr Breitenstein hat hier dann gesagt:

„Ich“ –

Breitenstein; nämlich praktisch für die WU –

„habe daraufhin (...) CHROMY, mit dem ein sehr gutes Einvernehmen bestand, gefragt, ob er von dieser Entwicklung wisse.“

Und Chromy hat offensichtlich damals, vor dem Abschluss des Geschäftes Porr-Post, gesagt – „zeigte sich betroffen“ –; „meines Wissens und meiner Erinnerung nach sagte er damals, er sei unglücklich, ihm seien die Hände gebunden“ –

also der BIG; weiß ich nicht warum, ich war nicht für die BIG zuständig, das war Bartenstein –

„und da die WU das Haus ja dringend brauche, empfehle er, mit der PORR abzuschließen.“

Also Entschuldigung, wenn selbst Chromy damals von der BIG gesagt hat, ich möchte nicht mehr bieten – obwohl er offensichtlich gewusst hat, was die Porr bietet –, und die Porr bietet dann halt mehr, dann muss ich Ihnen ehrlich sagen, Herr Abgeordneter, können Sie hiermit nicht punkten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich glaube, Kollege Petzner, das ist etwas, was wir im Herbst – also im Herbst; jedenfalls im September, am Schluss –, da gibt es noch einmal die Telekom-Geschichte, und da kann man das sicher den Herrn Mag. Grasser ausreichend fragen. (*Mag. Grasser: Immer gerne! Wenn es Ihre Geduld erlaubt!*)

Kollege Bartsch war so lieb und hat mich darauf hingewiesen, und, Herr Mag. Grasser, ich möchte das jetzt noch einmal ansprechen, weil ich eigentlich die Reaktion des Herrn Pilz teilweise bewundert habe. Sie haben hier ja ein Schreiben Ihres rechtsfreundlichen Vertreters vorgelegt bekommen, wo drinnen steht – vom Text her –:

In obiger Angelegenheit wurde bereits von Herrn Keppert mitgeteilt, dass Herr Haunold von meinem Mandaten von der Verschwiegenheitspflicht nicht entbunden wurde und auch nicht entbunden wird. – Zitatende.

Jetzt verstehe ich eines nicht ganz: Sie sind ja vorhin gefragt worden, wie das mit der Entbindung ist, und haben uns allen erklärt, dass Sie natürlich den Herrn Haunold entbunden haben, dann hat er ja so viel erzählen können – und jetzt haben Sie dann eigentlich nicht mehr entbunden.

Ich meine, Sie haben uns hier alleine schon aufgrund dieser Erklärung einfach **Tatsachenwidrigkeiten** dargestellt. Sie haben uns hier die **Unwahrheit** erzählt, indem Sie gesagt haben, Sie haben den Herrn Haunold in der Vergangenheit entbunden; und in dem Brief steht drinnen, er wird nicht entbunden und er wurde auch nicht entbunden.

Jetzt erklären Sie mir das bitte. Ich meine, ich bin sowieso – Sie haben das schon richtig gesagt – Ihnen gegenüber sehr kritisch, weil ich die meisten Dinge nicht glaube, die mir nicht relevant und auch nicht plausibel erscheinen. Und das, was da in allen Unterlagen ist, die wir haben, deckt sich mit dem, was Sie sagen – das sind zwar schöne Geschichten –, eigentlich nicht.

Jetzt erlebe ich aber sozusagen auf offener Bühne mehr oder weniger ... – Der Kollege Pilz hat Sie mehrfach gefragt – er hat zwar dann nicht sehr erschüttert gewirkt, was mich erstaunt, wenn ich das auch gleich sagen darf –, aber es stimmt hinten und vorne nicht, was Sie uns dazu gesagt haben.

Relevant ist es deshalb, weil Sie ja nicht müde werden, zu erklären, dass Sie **alles**, was nur irgendwie möglich ist, beitragen, um Licht in die Angelegenheit zu bringen. Und wir sehen jetzt live – mehr oder weniger –, dass das absolut nicht stimmt, sondern ganz im Gegenteil, also gerade dass keine Drohung drinsteht, dass Herr Haunold hier ja kein Wort sagen soll; denn warum schreibt man am 25. 8. so ohne Anlass, einfach nur sicherheitshalber: Bitte wisse, du bist nicht entbunden und halte dich daran!

Können Sie mir erklären, was Sie jetzt da an Nicht-Tatsachenwidrigkeit sehen wollen? Brauchen Sie den Wisch noch einmal?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Nein, Herr Abgeordneter, ich darf Ihnen dazu noch einmal sagen ... (*Abg. Dr. Jarolim: Ich finde das extrem empörend! – Abg. Amon: Zur Geschäftsbehandlung!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, Herr Abgeordneter Amon.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich hätte gerne gewusst: Herr Kollege Jarolim hat jetzt gesagt, dass Mag. Grasser uns dieses Dokument zur Verfügung gestellt hat. – Ist das korrekt? Und: Woher stammt dieses Dokument?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein, ich glaube, das Dokument hat Abgeordneter Pilz ausgeteilt. Er hat diesen Vorhalt allen rechtzeitig... (*Abg. Amon: Haben Sie den gleichen Steuerberater, wie ihn Herr Mag. Grasser hatte? – Abg. Dr. Pilz: Der Himmel bewahre! – Ruf: ... die haben alle den gleichen!*)

Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter Jarolim, ich darf Ihnen versichern, dass es mein persönliches größtes Interesse ist, Ihnen die Wahrheit zu sagen (*Abg. Dr. Jarolim: Schaut aber nicht so aus!*), denn ich sage hier selbstverständlich unter Wahrheitspflicht aus (*Ruf: Das hätten wir alle gerne!*), und daher habe ich das größte Interesse, das auch tatsächlich zu tun – und habe das immer so gehabt.

Ich glaube, ich habe Ihnen sehr korrekt hier gesagt, dass ich Herrn Dr. Haunold von der Verschwiegenheit entbunden habe, und das lässt sich ja auch faktisch überprüfen, ob Sie den Herrn Staatsanwalt Denk fragen – ich habe verwiesen auf die Sitzung – meine erste Einvernahme, glaube ich – im September 2010; Datum mag stimmen oder nicht. Dort wurde ich gebeten und gefragt: Entbinden Sie Ihren Steuerberater Dr. Haunold von der Verschwiegenheit? Ich habe gesagt: Ja, ich entbinde ihn.

Und aufgrund dieser Entbindung hat es ein oder zwei Befragungen des Herrn Dr. Haunold gegeben. Es hat eine ganze Reihe von Dokumenten gegeben, die Dr. Haunold in meinem Auftrag und mit meinem Wissen übergeben hat, und es hat in

weiterer Folge eine ganze Reihe von Unterlagen gegeben, die ich angefordert und gebeten habe – die Stiftungsräte –, zu überlegen, ob sie das hergeben wollen oder nicht. Die haben das entschieden, und daher haben wir das dann auch der Staatsanwaltschaft übergeben.

Das heißt, ich kann nur bei meiner Aussage bleiben. Empirische Wahrheit ist: Ich habe Herrn Dr. Haunold von der Verschwiegenheit entbunden. Sie sagen dann offensichtlich, ohne irgendeinen Anlass hätte ich ihn dann nicht mehr entbunden. Das ist nicht richtig, denn es hat einen Anlass für dieses Schreiben gegeben.

Der Anlass für dieses Schreiben, wo ich dann Dr. Haunold nicht mehr entbunden habe, war, dass Dr. Haunold ohne ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Entschuldigen Sie, was heißt „nicht mehr entbunden habe“? – Nicht entbunden wurde (*Mag. Grasser: Darf ich? Darf ich? Darf ich?*) – steht da drinnen. Lesen Sie doch den Brief Ihres Anwalts durch! (*Mag. Grasser: Ja, Herr Dr. Jarolim! Nicht entbunden wurde, kann ich Ihnen ...!*) Sie erzählen uns da irgendeine virtuelle Geschichte, die absolut nichts mit der Realität zu tun hat. (*Mag. Grasser: Darf ich fertigreden oder nicht?*)

Herr Verfahrensanwalt, kann man die Auskunftsperson anleiten, die Wahrheit zu sagen? (*Mag. Grasser: Aber geh, jetzt machen Sie nicht irgendein kindisches Theater! Das ist wirklich nicht würdig dieses Ausschusses!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Moment! Eigentlich ist jetzt Mag. Grasser beim Beantworten. (*Abg. Dr. Jarolim: Das ist der Brief Ihres Anwalts! Das ist ja nicht irgendetwas!*) – Moment, Herr Abgeordneter Jarolim! Herr Mag. Grasser soll in Ruhe antworten.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Und ich bin am Beschreiben des Sachverhalts und war gerade dabei, dass ich Ihnen gesagt habe, es hat dann einen Anlassfall gegeben, der mich dazu bewogen hat, meinen Anwalt zu ersuchen, dem Herrn Dr. Haunold diesen Brief zu schreiben. Dieser Anlassfall war, dass Herr Dr. Haunold das Mandat von seiner Seite zurückgelegt hat, nachdem es bei ihm eine Hausdurchsuchung gegeben hat und nachdem er selbst als Beschuldigter geführt wurde – und meines Erachtens heute noch wird, wenn das stimmt.

Damals hat Dr. Haunold, ohne sozusagen mit mir weiter zu kommunizieren, entschieden, er legt das Mandat zurück, und wenn ich mich richtig erinnere, hat sein Anwalt Herrn Dr. Ainedter darüber informiert. Und wir mussten relativ aufwändig – Übergabe und so weiter – dann entsprechend vereinbaren. (*Abg. Dr. Jarolim: Okay!*)

Dann hat Herr Dr. Haunold einmal – meines Wissens; oder vielleicht sogar mehrere Male, weiß ich nicht – ausgesagt bei der Staatsanwaltschaft, ohne mich zu befragen, ob er entbunden ist oder nicht. Daraufhin habe ich dann dieses Schreiben ... (*Abg. Dr. Jarolim: Ja, Sie haben ihn ja entbunden gehabt, haben Sie uns vorhin gesagt!*) – Ich bin gerade am Reden, oder?

Daraufhin habe ich Dr. Haunold dann dieses Schreiben geschickt, wo ich ihm mitgeteilt habe, dass er eben **nicht** mehr entbunden ist. Und ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass es sehr wohl einen großen Unterschied macht, ob jemand einfach dann das Mandat **zurücklegt**, weil er selbst sozusagen eine Hausdurchsuchung hat und als Beschuldigter geführt wird – zuerst war er Zeuge –, und dass es das Recht eines Beschuldigten im Verfahren, wie ich das bin, ist, jeweils von Fall zu Fall zu **beurteilen**: entbinde ich wen oder entbinde ich wen nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich glaube, jeder, der den Brief durchliest, ist automatisch davon überzeugt, dass das, was Sie uns gerade sagen,

schlicht und einfach nicht stimmt. Was soll ich machen, aber mehr kann man nicht sagen. Möglicherweise beschäftigt sich mit dieser Frage noch jemand anderer.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Das ist eine falsche Unterstellung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, man muss das als persönlichen Eindruck formulieren, man kann das nicht als Tatsache in den Raum stellen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Da muss man jetzt schon einmal eines sagen – denn wir tun ja so, als wäre dieser Brief ein beschlossenes Beweismittel –: Das ist ein Schreiben, das hier in den Ausschuss gelangt ist, das verteilt worden ist: zur Information. Wenn man das gesamthaft beurteilen müsste, müsste man natürlich tatsächlich auch den Schriftverkehr zur Verfügung haben – gab es vorher Entbindungen, gab es die nicht, all das.

Also einzig und alleine aus diesem Brief jetzt eine endgültige Beurteilung abzugeben, halte ich nicht für ganz korrekt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Also ich glaube, dass der Text eine klare Sprache spricht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Wir werden uns die Geschichte sowieso genauer anschauen müssen. Wir haben das Stenographische Protokoll. Wir haben das zurückliegende Ausschussprotokoll, und ich bin dafür, dass wir in einer Fraktionsführersitzung und dann in einer Geschäftsordnungssitzung überprüfen, ob der Verdacht auf falsche Zeugenaussage besteht, und wenn ja, dann werden wir das tun, was man in solchen Fällen tut, nämlich die Staatsanwaltschaft Wien darüber informieren.

Aber vorher, als Schritt davor, würde ich es für sinnvoll halten – aber das sollten wir in einer gemeinsamen Sitzung besprechen –, dass wir Herrn Mag. Grasser die Gelegenheit geben, noch weitere Unterlagen dazu vorzulegen. Das halte ich für den sinnvollen nächsten Schritt, bevor wir uns da ein abschließendes Urteil bilden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Wir haben natürlich auch dieses Schreiben vorliegen, und grundsätzlich ist alles, was dienen kann zum Beweisgegenstand – und wenn es von jemand Dritten, insbesondere von einer Fraktion, hier in den Ausschuss eingeführt wird –, als zulässig erachtet worden. Es war nur eben die Usance, dass das jeder Fraktion einmal zur Verfügung gestellt wird, was alles passiert ist.

Da steht drinnen, dass Dr. Haunold von der Verschwiegenheitspflicht nicht entbunden wurde und auch jetzt nicht wird. In der ersten Beschuldigtenvernehmung, die ich mir jetzt auch habe holen lassen, sagt der Herr Grasser:

Ich entbinde hiemit Dr. Peter Haunold von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht. – Also auf der einen Seite ist das am 2. September 2010 offensichtlich gemacht worden.

Dann gibt es dieses Schreiben – und um in dasselbe Horn zu stoßen, was der Kollege Amon gemeint hat: Das ist irgendwo aus einem Zusammenhang gerissen. Beilage Punkt/A – was auf dem Stempel draufsteht – deutet darauf hin, dass das eine Unterlage ist, die unter Umständen in einem Zivilprozess vorgelegt wurde – von wem auch immer; wahrscheinlich von Klagsseite, denn das lässt sich aus der Buchstabenbezeichnung hier schließen.

Es kann sein, dass das aus einem Strafverfahren kommt, vor allem wenn ich höre, dass Dr. Haunold in einem Strafverfahren ist und seine rechtliche Vertretung legt etwas vor und versieht das aus Eigenem in irgendeiner Form mit einer Beilagen-Kennzeichnung, wie Sie es vielleicht aus einem Zivilprozess gewohnt sind, was für die Strafjustiz nichts bedeuten muss.

Interessant wäre aber, und da wäre auch an die Auskunftsperson die Frage zu richten – allenfalls nach einer Besprechung mit der Vertrauensperson, die dies ja offensichtlich auch geschrieben hat –: Gibt es dazu irgendein Gerichtsverfahren, das Ihnen auch bekannt wäre? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*) Das würde mich jetzt außerhalb der Geschäftsordnung sehr wohl interessieren, um was es da geht, um auch diesen Widerspruch aus dem Raum zu schaffen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke. Ich werde dann auf Referentenebene baldigst einen Termin für eine Fraktionssitzung vereinbaren lassen, weil sowieso einige Dinge anstehen.

Es ist noch Herr Abgeordneter Jarolim am Wort.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich bin noch am Wort, danke.

Also: Der Brief existiert so wie er ist, und er spricht eine klare Sprache.

Warum wird Haunold eigentlich nicht entbunden? Können Sie uns die Korrespondenz zu dem Brief vorlegen?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Herr Abgeordneter und Herr Abgeordneter Pilz!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nein, ich bin nicht der Herr Pilz, sondern der Herr Jarolim.

Was ist der Anlass für diesen Brief gewesen? Dass der ein Verfahren hat, ist ja kein Grund. Ich meine, was soll das für eine Behauptung sein?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Den Anlass für diesen Brief habe ich Ihnen gerade gesagt, nämlich dass es eine Hausdurchsuchung beim Steuerberater gegeben hat – Punkt eins –, dass er das Mandat von seiner Seite aus zurückgelegt hat – Punkt zwei ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie meinen, dass die dort untersucht ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ausreden lassen, bitte!

Mag. Karl-Heinz Grasser: Erstens reden wir nicht zum Verfahrensthema. Ich bin so nett und erkläre Ihnen das alles, um diesen Vorhalt aufzuklären (*Abg. Dr. Jarolim: Ja, ich schätze das eh enorm!*) – ich danke Ihnen dafür, dass Sie das schätzen –, und habe Ihnen vorher schon gesagt, dass diese Tatsache, dass Dr. Haunold als Beschuldigter geführt wurde, dass er die Hausdurchsuchung hatte, dass er sein Mandat zurückgelegt hat und dann, ohne mich zu informieren oder meinen Rechtsvertreter zu informieren, offensichtlich Aussagen getroffen hat vor der Staatsanwaltschaft und/oder Kriminalpolizei, mich dazu bewogen hat, wie ich davon Kenntnis erlangt habe, dass er mich nicht mehr gefragt hat, ob der das tun kann oder nicht – das hat er nämlich zuvor immer getan –; daraufhin habe ich ihm dann diesen Brief schreiben lassen.

Ich lege Wert auf die Tatsache, dass ich Ihnen daher sehr klar die Wahrheit gesagt habe, und bedanke mich, dass das Protokoll meiner ersten Beschuldigteneinvernahme auch gebracht worden ist. Sie können sehr gerne den Herrn Staatsanwalt Denk, die Kriminalpolizisten, die dabei waren, einladen, die auch Dr. Haunold befragt haben, wo

er auch von der Verschwiegenheit entbunden war, dann werden Sie erkennen, dass ich die Wahrheit gesagt habe.

Ich möchte nur festhalten – auch fürs Protokoll hier – in Richtung Abgeordneter Pilz und Abgeordneter Jarolim: Wissen Sie, die Art und Weise, wie Sie vorgehen und wie Sie mir dann drohen mit einer falschen Zeugenaussage, das ist erstens aus meiner Sicht eine sehr klar und offensichtliche durchsichtige Vorgangsweise, zweitens eine parteipolitische Vorgangsweise. Und drittens dürfen Sie sich dann einfach nicht wundern, wenn mich halt in Zukunft hersetze und sage: Ich entschlage mich!

Ich bemühe mich, sitze das dritte Mal hier bei Ihnen, wir reden stundenlang, ich könnte mich die ganze Zeit entschlagen, wie andere sich vierzimal entschlagen. Ich bin in bester Absicht hier, weil ich aufklären und mit Ihnen kooperieren möchte, so wie ich das auch mit der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei tue – bei Wahrung all meiner Rechte selbstverständlich. Und wenn man das dann gesagt kriegt – okay, dann können wir es ja anders auch machen, oder? Entschlagen wir uns!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Es geht nicht um: so machen oder anders machen. Wenn irgendein Mitglied dieses Ausschusses den Eindruck hat, dass eine Auskunftsperson möglicherweise die Unwahrheit sagt, dann werden wir das miteinander besprechen, und wenn sich das erhärtet, werden wir das der Staatsanwaltschaft übergeben, egal, ob Sie uns drohen oder nicht. – Das ist das Erste.

Das Zweite, Herr Mag. Grasser, ist: Sie haben durch Ihre Antworten zur Klärung der Sachverhalte meiner Meinung nach unwesentlich bis gar nicht beigetragen. Speziell in dem Bereich, wo es um mögliche Schmiergeldzahlungen über Ihren Freund Meischberger geht, haben Sie uns verständlicherweise keine sachlich weiterführenden Auskünfte gegeben und haben sich im Regelfall entschlagen. Wir haben festgestellt, das ist Ihr gutes Recht.

Nur damit es kein Missverständnis gibt, wenn Sie uns mit Entschlagungen drohen: Wir haben auch bis jetzt bewiesen, dass wir von BUWOG bis in die anhängigen Affären – und wir sehen uns beim Glücksspiel wieder, und da ist das Material noch wesentlich dichter (Mag. **Grasser**: ... *habe ich jetzt schon Angst!*) – in der Lage sind, auch ohne Ihre Hilfe – und die Justiz ist auf einem ähnlichen Weg – diese Affären zu klären. Da brauchen wir Sie, Herr Mag. Grasser, am allerwenigsten.

Und wenn Sie so viel herumjammern, dass Sie jetzt endlich am Boden des Rechtsstaates landen: Das ist eine harte Landung, aber es ist **höchste Zeit**, dass auch Sie einmal landen.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Sie verstoßen schon wieder gegen die Verfahrensordnung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Zu diesem Zettel, zu diesem Schreiben da, zu diesem Brief von Herrn Dr. Ainedter, in dem steht: In obiger Angelegenheit – blablabla – den nunmehrigen Vertreter im **Finanz**strafverfahren ... Da ist immer die Rede vom Finanzstrafverfahren, nicht vom anderen strafrechtlichen Verfahren. Ich glaube, vielleicht ist das das entscheidende Problem, oder? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*)

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Tatsache ist, dass es jedenfalls den Herrn Dr. Haunold trifft.

Herr Mag. Grasser, ich glaube, es ist schade um die Zeit, und wir werden uns sicherlich da nicht viel aufhalten, ob Sie jetzt dadurch etwas begangen haben oder nicht. Mir ist es auch persönlich komplett wurscht.

Sie verstehen aber schon, dass der Brief jedenfalls in seiner Wirkung mit dem, was Sie immer sagen – nämlich dass Sie alles haben wollen, was dazu beiträgt, die Wahrheit zu klären ... Indem Sie dem Herrn Haunold sagen, er darf **nicht** aussagen, er wird also hier von seiner Verschwiegenheit **nicht** entbunden, das dient nicht der Wahrheitsförderung. Das verstehen wir schon, glaube ich, in dem Punkt beide gleich. Oder meinen Sie, dass der Brief der Wahrheitsförderung dient?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Das ist Ihre Interpretation, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich frage Sie ja nach Ihrer Meinung.

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich sage Ihnen einfach, dass ich meine Rechte wahrnehme, so wie sie jedem Bürger in Österreich zustehen. Wenn Sie erwarten, dass ich meine Rechte nicht wahrnehmen sollte, dann steht Ihnen das frei; aber wissen Sie: Mein Lernprozess mit der Justiz und der Kriminalpolizei ist der, dass ich auf die erste Frage – entbinden Sie Ihren Steuerberater, geben Sie uns alle Unterlagen? – das alles gemacht habe.

Dann gibt es die erste Einvernahme meines Steuerberaters, der dort den Kriminalpolizisten Unterlagen präsentierte, einen Versuch, darzulegen und zu beweisen, warum das alles korrekt war – und 24 Stunden später habe ich ein Finanzstrafverfahren, eröffnet von zwei Kriminalpolizisten und dem Staatsanwalt vorgelegt.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich war sieben Jahre lang Finanzminister – okay, habe nur eine eingeschränkte Erfahrung –: Ich kenne **kein** weiteres Finanzstrafverfahren, das auf der Grundlage einer Einvernahme von zwei **Kriminalpolizisten** vom Staatsanwalt entschieden worden ist. (*Abg. Dr. Jarolim: Ja, da kann ich Ihnen jede Menge erzählen! – Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.*)

Ich bin daraufhin mit Herrn Dr. Ainedter zum Staatsanwalt gefahren (*Abg. Dr. Jarolim: Da kann ich Ihnen mehr erzählen! Kollege Ainedter sicher auch! Fragen Sie ihn einmal!*) und weil ich mich geärgert habe, habe ich damals dann dem Staatsanwalt gesagt ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Dr. Jarolim, bitte, fallen Sie Herrn Mag. Grasser nicht ins Wort! Er soll in Ruhe antworten können!

Mag. Karl-Heinz Grasser: Ich habe mich damals beim Herrn Staatsanwalt darüber beschwert, wie ich jetzt sozusagen einfach dazu komme (*Abg. Dr. Jarolim: Dass Sie ein Strafverfahren haben!*): Ich lege alles offen, gebe ihm alle Unterlagen – und jetzt habe ich ein Finanzstrafverfahren, **ohne** dass zwei Kriminalpolizisten vorher mit dem zuständigen Finanzamt gesprochen haben. – Das war mein Eindruck, dass man nicht einmal mit dem Finanzamt, dem ich alles offengelegt habe, gesprochen hat. – Und dass dann zwei Kriminalpolizisten dem Staatsanwalt sagen, wir schlagen einmal die Eröffnung eines Finanzstrafverfahrens vor, das war für mich ein willkürlicher Akt – und ist es bis heute.

Der Herr Staatsanwalt hat mir damals erklärt: Schauen Sie, Herr Grasser, da gibt es alle möglichen Leute in der Politik –

er hat, glaube ich, einige hier sitzende erwähnt –,

und ich möchte nie den Eindruck erwecken, dass ich Sie irgendwo in Schutz genommen hätte; und wenn zwei Kriminalpolizisten mir das vorlegen, dann werde ich es unterschreiben; und wenn nichts dran ist, dann wird sich das eh herausstellen, und wenn was dran ist, dann haben Sie das zu verantworten!

Und genau so ergeht es mir, weil ich zurzeit – weiß ich nicht – vier, fünf, sechs Strafverfahren – was immer – habe, die mir angehängt worden sind. Drei Jahre Ermittlungsdauer, keine Ergebnisse, und es gibt bis jetzt fünf Gerichtsentscheidungen, die zeigen, dass die Staatsanwaltschaft rechtswidrig gegen mich vorgegangen ist.

Daher bitte ich Sie um Verständnis, dass man auch klüger wird und dann sagt, okay, dann nehme ich auch **meine** Rechte in Anspruch – und dazu gehört, ob ich entbinde oder nicht entbinde. Und das werde ich weiterhin von Anlassfall zu Anlassfall so halten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich habe da überhaupt nichts dagegen. Ich kenne die Akten relativ gut, und ich verstehe auch, dass die Justiz und auch die Finanz ermitteln und dass sie die Ermittlungen nicht beenden. Aber nur weil Sie das jetzt gerade gesagt haben, darf ich Ihnen Folgendes vorhalten – und damit höre ich dann auf für diese Runde –:

Herr Haunold wird über die Offenlegung gefragt – weil Sie sagen, Sie haben offengelegt –, und er sagt, er hat Ihnen von Beginn 2007 an immer empfohlen, Dinge offenzulegen, die jetzt Gegenstand des Finanzstrafverfahrens sind, was Sie nicht getan haben. Und dann sagt Herr Haunold, Ihr eigener Steuerberater, den Satz:

Im April 2009 kam KHG zu mir und sagte, er will –

also Sie wollen –

jetzt offenlegen. Ich habe ihn gefragt, warum erst jetzt. Der Grund war, glaube ich, dass Meisl am 1.4.2009 verhaftet wurde. Ich hatte das Gefühl, dass er Angst hatte, der Nächste zu sein. – Zitatende.

Jetzt sagen Sie mir bitte – das ist nicht irgendjemand, sondern eine Ihnen ganz nahestehende Person, die uns da darüber informiert, dass Sie Angst hatten, dass Sie nach dem Meisl der Nächste sind –: Warum hatten Sie diese Angst?

Mag. Karl-Heinz Grasser: Also erstens würde ich Sie bitten, mir das vorzulegen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt. – Vertrauensperson Dr. Ainedter: ... schauen, was das überhaupt ist! – Kann man Akteneinsicht nehmen bei euch da, irgendwie? – Abg. Dr. Jarolim: Ja, jederzeit! – Vertrauensperson Dr. Ainedter: Ich habe das noch nicht! – Abg. Dr. Jarolim: Jederzeit! Wir sind ja kooperativ, aber es sollte nur keine Einbahn sein!) – Da bin ich mir ganz sicher.

Also erstens tu ich mich schwer, etwas zu kommentieren, das ich erst jetzt sehe.

Zweitens möchte ich festhalten, dass Herr Dr. Haunold etwas gesagt hat, das offensichtlich sein **Eindruck** war. Aber was Haunold sagt, möchte ich Ihnen gegenüber nicht kommentieren oder interpretieren.

Und zum Dritten möchte ich Ihnen zu Entbindung und Nichtentbindung auch sagen: Als Zeuge unterliegt man, wie Sie wissen, der Wahrheitspflicht, und als Beschuldigter unterliegt man eben nicht mehr der Wahrheitspflicht, und da hat zum Beispiel Haunold ja offensichtlich als Beschuldigter ausgesagt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Naja, das ist, glaube ich, keine Erklärung. Das ist vielleicht lustig, aber ich frage nichts mehr. – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt – da keine weiteren Fragen gestellt werden – der **Auskunftsperson Mag. Grasser**, verabschiedet diese – und **unterbricht** die Sitzung.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 18.24 Uhr **unterbrochen** und um 18.28 Uhr **nichtöffentlich wieder aufgenommen**. – Fortsetzung: 18.28 Uhr bis 18.34 Uhr – und damit bis Schluss der Sitzung – unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)*
